



Beilage: Grüne Ostpolitik

# Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM  
Förderung  
G.M.E.

Jg. 35, Nr. 241, 19. 12. 83

Lieber Leser!  
Liebe Leserin!  
Der nächste  
Arbeiterkampf  
erscheint in vier  
Wochen!

## Gewerkschaften vor dem Durchbruch?



Eine der vermutlich härtesten Tarifauseinandersetzungen seit Gründung der Bundesrepublik hat begonnen: Der Kampf um die 35-Stunden-Woche.

In selten so offen gezeigter Einmütigkeit demonstrieren Kapitalisten und

Regierende in diesem Land ihre harte, unbeugsame (?) Ablehnung dieser Forderung. Sie steigern die Lohnkosten, verteuern die Produkte und vermindern die Exportchancen, sagen die einen — sie gefährden den „Aufschwung“, verköhlen die anderen.

Wochen-Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Dämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Freizeit-Bedingungen der Noch-Arbeitenden — diese durchaus eingängige Gewerkschaftsargumentation verspricht Massen Zustimmung.

Aber: Weder ist der Bruch mit der marktwirtschaftlichen Logik an der Gewerkschaftsbasis und bei der Bevölkerung vollzogen, noch haben es die Gewerkschaften bislang ausreichend geleistet, die Basis, die einen solchen harten Kampf zur Durchsetzung der Forderung bestehen soll, ausreichend vorzubereiten und zu mobilisieren. Nicht vergessen sind insbesondere in der IG Metall die unverdauten Niederlagen in der Stahl- und Werftenindustrie und bei ARBED Saarstahl.

Hinzu kommt: Relevante Gewerkschaften im DGB stellen sich in offener Frontbildung gegen die 35-Stunden-Woche und paktieren stattdessen mit der Bundesregierung für eine neue „Vorruhestandsregelung“.

Zum Stand der gewerkschaftlichen Diskussion und Vorbereitung siehe die

Seite 3 bis 8

## Mittelamerika

## Das Äußerste tun um das

## Schlimmste zu verhindern!

Der Aufmarsch der US-Truppen zum Umsturz der revolutionären Regierung in Nicaragua und zur Niederwerfung der Guerrilla in El Salvador ist abgeschlossen. Die USA scheinen nur noch auf eine günstige Gelegenheit zu warten, um Nicaragua oder El Salvador zu überfallen und vom verdeckten zum offenen Krieg überzugehen. Die konterrevolutionäre Drehscheibe Honduras ist überladen mit Waffen, Soldaten der alten Somoza-Truppen und US-Militäreinheiten. Die Gesprächsebene der internationalen Diplomatie ist von den USA fast gänzlich aufgekündigt, die Verweigerung der Einreise des Regierungsmitgliedes und Revolutionärsführers Borge ist ein jüngstes Indiz für diese Entwicklung. Und nicht zuletzt die Invasion auf Grenada war eine Demonstration der Bereitschaft der US-Regierung, bei der Aufrechterhaltung ihrer imperialen Machtansprüche in Mittelamerika selbst zur Waffe zu greifen.

Viele Menschen haben sich in den vergangenen Monaten Gedanken ge-

macht, wie sie den Kampf der Völker in Mittelamerika um ihre Eigenständigkeit und gegen die drohende Intervention durch den US-Imperialismus unterstützen können. Aus den USA reisten Mitte des vergangenen Sommers eine Gruppe „Witness for Peace“ in die Aufmarschgebiete der konterrevolutionären Banden, in die Grenzregion zwischen Nicaragua und Honduras. Ihre Mahnwachen dort waren begleitet von einer breiten Publizität in den USA selbst.

Seit Anfang November wurde in Europa und den USA begonnen, einerseits eine Kampagne unter dem Motto „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika: Arbeitsbrigaden nach Nicaragua!“ aufzubauen, und zum anderen bemüht sich eine Gruppe von Menschen mit der Initiative „Frieden für Nicaragua“ Öffentlichkeit und Solidarität zu mobilisieren.

Fortsetzung auf Seite 2

## Volkszählungs-Urteil

### Wenn alle zufrieden sind ist einer der Angeschmierte

Gerade noch rechtzeitig zum Fest der Liebe kam die frohe Botschaft aus Karlsruhe, im Stil der Zeit ganz „unsentimental“, wie die „Frankfurter Rundschau“ kommentiert. Das Verfassungsgericht entschied: Volkszählung ja, aber nicht so. Es konstatierte ein „informationelles Recht auf Selbstbestimmung“, das allerdings nicht absolut sei, sondern durch Gemeinschaftsinteressen einschränkbar. Die Einschränkung müsse allerdings zweckbestimmt und verhältnismäßig sein. Von daher sei die Volkszählung in der bisher geplanten Form verfassungswidrig, insbesondere in der Koppelung von Datenerhebungen zu Zwecken der Statistik mit denen zu Zwecken des Verwaltungsvollzugs (Melderegisterabgleich). Grundsätzlich jedoch sei eine Volkszählung, auch eine Totalerfassung, erlaubt — nur „zweckbestimmt“ muß sie halt sein, versteht sich.

Das Echo geht ans Gemüt: „Wir sind hochzufrieden“, jubeln die Rechtsanwältinnen Maja Stadler-Euler und Gisela Wild. Als „sensational weitgehend“ begrüßen Rechtsanwalt Sebastian Cöbler und Rechtsinformatiker Wilhelm Steinmüller die Entscheidung. Datenschützer reden von „einer der wichtigsten Entscheidungen eines deutschen Gerichts“. Bundesdatenschutzbeauftragter Reinhold Baumann prognostiziert „weitreichende Folgen für zukünftige datenschutzbezogene Entscheidungen“. Die Landesbeauftragte von Baden-Württemberg, Ruth Leutze, sieht einen „Markstein des Persönlichkeitschutzes“. Der Informatiker und FDP-Mann Brunstein, Hamburg, und der Innenpolitische Sprecher der FDP, B. Hirsch, „begrüßen“ mit dem neuen Begriff der „informationellen Selbstbestimmung“ nunmehr ein „Grundrecht auf Datenschutz“ und eine „vierte Gewalt“ (gemeint ist wohl eine fünfte, da die vierte ja bereits durch die Presse besetzt ist). Im Namen der SPD-Fraktionskonferenz begrüßt auch J. Vogel die Entscheidung. Sie entspreche in „doppelter Hinsicht den Vorstellungen seiner Partei: In der Notwendigkeit einer Volkszählung für die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben und in der Berücksichtigung des Grundrechts auf Schutz des Einzelnen“. „Eindeutig bestätigt“, sieht sich im selben Sinne auch Hamburgs Innensenator A. Pawelczyk, der ja so wieso schon immer dagegen war. Bestätigt sieht sich auch das Zimmermann-geleitete Bundesinnenministerium „in seiner Auffassung, daß Volkszählungen im Interesse des Volk notwendig seien“. So auch Egon Hölder, Präsident des statistischen Bundesamtes, der findet, mit dem Urteil habe man nun eine Grundlage, „daß der, der die Volkszählung jetzt bekämpft, nicht auf dem Boden dieser Rechtsordnung steht“.

Kurz: Für jeden ist etwas dabei. Alle sind zufrieden. Und so spricht denn wohl der bekannte Friedensengel H. Lummer, Innensenator in Westberlin, nur aus, was alle im Herzen tragen, wenn auch er das Urteil begrüßt, und zwar besonders wegen seines „friedensstiftenden Charakters“, der zu „respektieren und zu akzeptieren“ sei.

Soviel versöhnlicher Stimmung scheint denn auch die „faz“ nicht widerstehen zu können und flugs ist offenbar auch für sie der Tag gekommen, mit der westdeutschen Justiz endlich Frieden zu schließen, nachdem sie das Bundesverfassungsgericht bei seiner einstweiligen Verfügung gegen die Volkszählung im Sommer noch als „Spielverderber“ verdächtigt hatte. Nichts mehr davon! Jetzt ist von einer „Schlappe für Zimmermann“ und einer „Ohrfeige“ für die SPD die Rede und daß eine neue Zählung „zumindest im nächsten Jahr nicht möglich“ sei, kurz: „Volkszählung ade!“ Da sind selbst die liberalen Kommentatoren von der „Süddeutschen Zeitung“ kritischer, wenn sie schreiben: „Damit hat Karlsruhe der seit Jahren im EDV-Bereich wütenden, normativen Kraft des Faktischen eine juristische Grenze gesetzt. Umgekehrt ist damit natürlich nicht erreicht, daß die faktische Kraft des Normativen, die Wirkung richterliche Gebote auf die Wirklichkeit also, quasi sofort den Datenschutz sichert.“

Nur unsere Jüngsten im Bundestag, die Grünen, konnten es diesmal nicht lassen, selbst angesichts eines so voll beladenen Gabentischs noch mit den Füßen aufzustampfen: Auch sie „begrüßen“ das Urteil, stellen aber fest, daß Gesetze angesichts der technischen Entwicklung nicht ausreichen, und außerdem mache der maschinenlesbare Ausweis als Schlüssel zum Überwachungsstaat die vom Verfassungsgericht anerkannte informationelle Selbstbestimmung zur Farce.

## 1984 — im Orwell-Jahr gegen maschinenlesbare Personalkarte

1984, das Jahr des Orwell'schen „Großen Bruders“, steht vor der Tür. Manche meinen, dies Jahr sollte übersprungen werden. Manche meinen, mensch sollte sich nicht von der Magie bloßer Zahlen beindrucken lassen: Die Entwicklung zum Überwachungsstaat Orwell'scher Prägung habe es schon be-

gonnen und werde auch ohne Orwell-Gedenk-Rituale weiter stattfinden. Manche, so die Bundesregierung, sehen sich Orwells Utopie des totalen Überwachungsstaates aber offenbar auch im Sinne einer „self fulfilling prophecy“ verpflichtet. Mit der Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte am

1.11.84 glauben sie das richtige Mittel gefunden zu haben. Dagegen formiert sich der Widerstand.

Siehe hierzu die Seiten 7 und 8



# Das Äußerste tun um ...

## „Menschenwall“ und Arbeitsbrigaden

Zum anderen hat sich die Regierung Nicaragua von jedem Teilnehmer und jeder Teilnehmerin bestätigen lassen, daß sie im Bewußtsein der eigenen Verantwortung anreisen und nicht die Unterstützung einer fremden Regierung in Anspruch nehmen werden, falls es zu irgendwelchen „unüberschaubaren“ Situationen kommen sollte. Im Hintergrund für diese Maßnahme steht sicherlich die Furcht, daß die politische Einstellung und Erfahrung der Freiwilligen niemand kennt. Und so kann sich auch niemand sicher sein, wie die Arbeitsbrigadisten reagieren — im Ernstfalle. Zumal die US-Regierung den vermeintlichen Schutz „ihrer Bürger“

## ... und El Salvador nicht vergessen

### Gegen die US-Intervention in Zentralamerika:

## Gegen die US-Intervention in Zentralamerika: Arbeitsbrigaden nach Nicaragua

### Initiative „Frieden für Nicaragua“

A black and white photograph of a group of young men, likely members of the Black Liberation Movement, posing together. One man in the center is holding a rifle, and another on the right is holding a drum. They are all wearing hats and looking towards the camera.

Bisher unterzeichneten schon eine Reihe von Persönlichkeiten die beiden Aufrufe. Die „Initiative ...“ und deren Stoßrichtung wurden von den Grünen auf ihrem Parteitag in Dulsburg Mitte November unterstützt, die eine ähnlich lautende Resolution verabschiedeten: „Wir wollen einen Welt aus unbewaffneten Menschen innerhalb der Grenzen Nicaraguas zwischen das Volk von Nicaragua und diejenigen stellen, die diesem Volk das freie Recht auf eigene Entwicklung, auf Frieden, auf Leben nehmen wollen“ (Pressemittteilung der Grünen vom 28.11.83). Bislang zeichnet sich ab, daß vom Projekt des „Menschenwalls“ abgerückt wird und die Initiative sich mehr auf die Entsendung von Prominenten konzentriert — eine Entscheidung, die politisch nur zu

### Imperialismus-Kommissionen

(1) Initiative für eine Kampagne  
„Frieden für Nicaragua“  
Berlin, 23. Nov. 1983;  
unterzeichnet von (u.a.): M. Liebek, J.  
Zimmer, R. Zimmer, M. Kappeler

## Berichtigung

Leider wurden bei dem Artikel: „Zivilbanden bei der Springerblockade“ im AK 240 in einem Satz gleich zwei Schreibfehler gemacht. Im ersten Abschnitt heißt es: „Die Polizeidirektion Mittelsoll bereits seit Februar 1982 bestehen...“. Richtig muß es heißen: „Der Zug bei der Polizeidirektion soll bereits seit Februar 1981 bestehen...“. Durch die falsche Jahreszahl wurde nicht verständlich, wieso die Bildung dieses Zuges mit der SPD-Parteiabstimmung vom 2.2.1981 in Verbindung gebracht wird.

E. Anpreisungs-Kommission, 11H

**(continued)**

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19. Tel: Reduktion/Verlag: 040/433320, Abverwaltung: 040/433346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abopreis jährlich DM 60.-, halbjährlich DM 33.- (als Förderabo jährlich DM 100.-, halbjährlich DM 50.-); Bezahlung im Abwurf, sonst PSCha Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank, B.L.Z. 20080000, Kt. 481068500.  
Einzelpreis DM 4.-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.  
Auflage dieser Ausgabe: 5000  
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Abonnenten, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgereicht worden ist. In diese Ausgabe ist eine Beilage des Arbeiterkampf und der Politischen Berichte eingefügt.



### Von der Mit-Regelung zur Opposition

Nicht zu unrecht wird der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche ein so hoher Stellenwert eingeräumt.

Erstmals wieder seit 18 Jahren findet ein bedeutsamer Tarifikampf statt, der die Gewerkschaften in veränderter gesellschaftspolitischer Rolle findet. Was unter Adenauer begann, wurde in den Jahren der „Großen Koalition“ 1966 - 69 und der nachfolgenden sozialliberalen Koalition stetig fortentwickelt. Die Einbeziehung des DGB und seiner Einzelverbände in das politische System des Regierens. Die Gewerkschaften als kalkulierbare, vollintegrierte Institution in diesem System haben wesentlich zu dessen Stabilität insbesondere in wirtschaftlichen Krisenlagen beigetragen. Höhepunkt dieser Integration war die Mitte der siebziger Jahre eingerichtete „Konzertierte Aktion“ aus Regierung, Unternehmern, Gewerkschaften und Interessenverbänden. Die in dieser Phase der Politik betriebene (und institutionalisierte) „Sozialpartnerschaft“ hat das Bild und die Bewusstseinslage ihrer Mitglieder entscheidend und nachhaltig geprägt. Den Höhepunkt solcherart Einflusses hatten die Gewerkschaften als quasi Mitregierung auf dem Gipfel der SPD-„Reformpolitik“.

Mit dem Niedergang dieser Politik als Folge der zunehmend krisenhaften Entwicklung begann dieses Modell bereits in der Endphase der sozialliberalen Koalition zu bröckeln. Mit der Bonner „Wende“ ist ein Bruch eingetreten. Für die Gewerkschaften wird schmerzhaft spürbar, daß ihre mitbestimmende Rolle ausgespielt ist; daß der Preis der Integration in dieses System nicht mehr in gleicher Weise mit Gegenleistungen in Form freiwilliger Zugeständnisse auszuhandeln Kompromisse bis hin zu Auslieferung in Regierungshandeln vergolten wird. Mit der neuen Rolle und realen Machtbeiträgen verliert man in den DGB-Führungskreisen derzeit noch nicht zu recht.

Während rechte DGB-Kreise ganz unverhohlen auf Zusammenarbeit mit jeder Regierung, ob Strauß, Kohl oder Schmidt setzen, versuchen die „Linken“ parallel zur Wandlung der SPD in der Opposition ihre Rolle neu zu bestimmen. Daher das Einschwenken auf die Friedensbewegung. Falsch wäre es, neue und klassenkämpferische Töne aus diesen DGB-Kreisen mit dem Suchen nach „Gegenmacht“ als Alternative zur „Sozialpartnerschaft“ zu verwechseln. Die Beschlüsse etwa der IO Metall zur Wirtschaftspolitik oder auch zur Friedenspolitik greifen nicht die Grundlagen dieses Systems an. Selbst der gegen Vorstandsverständnis angenommene Passus nach „Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum“ erinnert nur an alte Satzungsparagraphen, die seit Neugründung der BRD-Gewerkschaften bestehen. Auch die „Vergesellschaftung der marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum“ erinnert nur an alte Satzungsparagraphen, die seit Neugründung der BRD-Gewerkschaften bestehen. Auch die „Vergesellschaftung der Stahlindustrie bei entscheidenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die zukünftige Unternehmenspolitik“ (1) hört sich zwar auf dem Papier tendenziell systemüberwindend an, prägt aber in keiner Weise die Politik der IGM in diesem Bereich. In der Friedenspolitik bewegen sich die Gewerkschaftsbeschlüsse neben allgemeinen und ausgewogenen Friedensappellen im Rahmen des auch von der SPD vertretenen „konditionierten NEIN“ zur Aufteilung neuer Mittelstreckenraketen, aber eben auch im Rahmen „unserer“ Einbeziehung in das NATO-Bündnis. Darüberhinausgehend ist eigentlich nur die Rede des ausgeschiedenen IO Druck-Vorsitzenden Mahlein zu erwähnen, die aber mehr von seinem Abschied, denn von neuer politischer Orientierung der Gewerkschaft gekennzeichnet war (2).

### Spaltung im DGB an der Arbeitszeitfrage

Vor diesem Hintergrund ist Euphorie in der Beurteilung der abgelaufenen Gewerkschaftstage, insbesondere der IGM, die immer eine wichtige Rolle für die Ausprägung bundesdeutscher Gewerkschaftspolitik gespielt hat, unbegründet. Zweifelsohne gewinnt aber die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche eine zentrale Bedeutung für die kommenden Jahre gewerkschaftlicher Politik, da hier auch die Frage mitentscheidend wird, ob sich die rechten Kräfte im DGB stärker durchsetzen oder ob die Strömungen als Sieger daraus hervorgehen, die wie in der IGM und der IO Druck die Basismobilisierung zu einem Bestandteil

## Nach den Gewerkschaftstagen: Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche hat begonnen

Mit den ersten Tarifverhandlungen im Bereich der IG Metall (Mitte Dezember) ist der Startschuß für eine Auseinandersetzung eröffnet, die von Gewerkschaftskreisen als der „Jahrhundert-Kampf“ apostrophiert wird, dessen Dimension der neue IO Druck-Vorsitzende Ferlemann so beschrieb: „Entweder wir schaffen die 35-Stunden-Woche oder wir sind für die nächsten zehn Jahre von der politischen Bühne abgemeldet.“

Nach der „Wende“ in Bonn jetzt auch eine „Wende der Gewerkschaftspolitik“? Die in der Öffentlichkeit angelegene Debatte um die Arbeitszeitverkürzung und die vehementen Angriffe auf die IG Metall seitens der Kapitalisten, der Bundesregierung und von Teilen des DGB legen diese Vermutung nahe.

Allerdings sollte man nicht übersehen, daß die Gewerkschaften, voran die IG Metall, bislang mehr verbal denn durch aktive Basismobilisierung in diese „Jahrhundert-Auseinandersetzung“ stolpern, daß die Vorbereitungen auf die Durchsetzung ihrer Forderung kaum angefangen sind, daß ein rechter Teil der DGB-Gewerkschaften offen gegen die Wochenarbeitszeitverkürzung opponiert und die IG Metall zwar kräftig tönt, aber gerade erst eine Reihe gewerkschaftspolitischer Niederlagen in der Stahl- und Werftenindustrie sowie bei Arbed Saarstahl hinter sich hat.

Es stellt sich daher die Frage, wie weit das Bemühen um gewerkschaftliche Gegenmacht ernst und realistisch ist, oder ob eine abschbare Niederlage im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung die hochgesteckten Erwartungen und die Hoffnungen auf eine klassenkämpferische Wende der Gewerkschaftsbewegung enttäuschen wird.

Ihrer Politik machen wollen und ihren reform-orientierten Kurs ohne aktive Gewerkschaftsbasis zur Durchsetzung von Forderungen nicht halten können; die damit auch — wie auf den abgelaufenen Gewerkschaftstagen sichtbar geworden — empfindlich für Druck von unten sind.

Der vordergründige Streit im DGB um die Frage der Form der Arbeitszeitverkürzung (Wochenarbeitszeit kontra Lebensarbeitszeit) ist kein Produkt jüngster Auseinandersetzungen, sondern läuft schon seit einigen Jahren. Er spielte auch auf dem letzten DGB-Kongress im Mai 1982 eine Rolle. Dort wurde zwar beiden Formen eine gewichtige Rolle zuerkannt, es wurde aber auch beschlossen: „Durch ein gemeinsames abgestimmtes Vorgehen soll eine Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche durchgesetzt werden“ (3).

Von diesem gemeinsam abgestimmten Vorgehen soll eine Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche durchgesetzt werden“ (3). Von diesem gemeinsam abgestimmten Vorgehen ist allerdings nichts sichtbar. Im Gegenteil ist es zu einer tiefen Spaltung zwischen rechtem und „linkem“ Flügel im DGB gekommen, eine denkbar ungünstige Voraussetzung, einen gewerkschaftlichen „Jahrhundertkampf“ siegreich zu bestehen.

Von den 17 DGB-Einzelgewerkschaften haben allein die IGM, die IO Druck und die GHK mit konkreten Vorbereitungen zur Durchsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung begonnen. Doch auch hier muß festgestellt werden: Spät und ohne erkennbares Konzept, wie bei der vorhersehbaren Ablehnung durch die Kapitalisten mit der Mobilisierung begonnen werden soll. Die IGM hat zwar ihre Tarifverhandlungstermine ab Mitte Dezember festgelegt, befindet sich aber in der Basisarbeit noch in der Phase der Auswertung einer Mitgliederbefragung, die ganz offensichtlich der erste breitwirksame Versuch der Verankerung der 35-Stunden-Wochen-Forderung bei der eigenen Basis ist. Auch unterstützende Mobilisierungsmöglichkeiten außerhalb der Gewerkschaften (Modelle à la „Grüne Raube“ oder „Anachronistischer Zug“ sowie Unterstützerkreise — „Künstler für die 35-Stunden-Woche“ u.ä.) sind ebenfalls noch im Vorbereitungstadium. Dies

deutet darauf hin, daß dem Schnellschuß Verhandlungsbeginn zunächst einmal monatelange, zähe Verhandlungen folgen werden, in denen man dann offensichtlich ausprobieren will, wie die Mobilisierungsbereitschaft ist.

Außer den beiden genannten Gewerkschaften fordern die 35-Stunden-Woche: die HBV, GHK (Holz und Kunststoff), DPG (Postgewerkschaft) sowie für den Gang der Entwicklung zunächst einmal unbedeutend: Die GEW, Gewerkschaft Leder und die GOLF (Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten).

Die wichtige Gewerkschaft ÖTV hat sich zwar ebenfalls positiv hierzu erklärt und der IGM Unterstützung zugesagt, plant selber aber erst für April 1984 eine Arbeitszeitkonferenz, auf der über die Umsetzbarkeit der Forderung diskutiert werden soll.

Demgegenüber steht eine „Ablehnungsfront“ aus IO Chemie, IO Bergbau, NGO (Nahrung, Genuß, Gestätten), IO BSE (Bau, Seine, Erden) und der GTB (Textil/Bekleidung), die offen mit der derzeitigen Bundesregierung zu paktieren bemüht ist, um die „Vorruhestandsregelung“ als Alternative zur Wochenarbeitszeitverkürzung zu propagieren. Sie findet Unterstützung bei den Arbeitgeberverbänden.

Von „gemeinsamer Front“ ist nach Lage der Dinge nichts zu sehen und eine solche Entwicklung ist auch nicht zu erwarten.

### Die Entwicklung in der Metallindustrie

Kräftige Verbalradikalisierung von IGM-Führern sind auch deswegen mit Vorsicht zu genießen, weil die IG Metall als Gewerkschaft in den entscheidenden Auseinandersetzungen der letzten Monate um den Erhalt von Arbeitsplätzen nur Niederlagen hat einstecken müssen.

Da war die Serie von Niederlagen und Hinfälligkeit gegenüber der Rationalisierungsentwicklung in der Stahlindustrie. Die IG Metall hat auf diese Entwicklungen immer gleich reagiert: Ausgehend von ihrer Einsicht, „daß



So etwas ist bislang noch eine Ausnahme: Gemeinsame Protestaktionen der IGM, IG Druck, HBV und GHK in Köln.

Überkapazitäten im Stahlbereich abgebaut werden müssen“ (IGM-Stahlexperte Judith), hat sie Entlassungsplänen immer dann zugestimmt, wenn damit das Versprechen auf die Sicherung und den Erhalt der verbleibenden Arbeitsplätze verbunden war. Im Vertrauen auf kapitalistische Krisenregulierungsvorschläge wurde nicht Gegenwehr entwickelt, sondern an der „sozialen Abfederung“ von Entlassungen mitgewirkt. Hoffnungen in staatliche Subventionspolitik gesteckt und auf eigenes Handeln verzichtet. Weder konnte dabei die Entlassungswelle aufgehalten werden, noch hat man der IGM diese Nachgiebigkeit gedankt. Im Fall Arbed-Saarstahl haben Unternehmen und Regierung bedenkenlos die Nachgiebigkeit der IG Metall genutzt, um nicht nur weiter zu entlassen, sondern auch einen tiefen Schult in bisher erreichte gewerkschaftliche Erfolge bei der sozialen Absicherung durchzusetzen.

Ähnlich verhält es sich mit der Entwicklung der Werftenindustrie. Selbst die verzweifelten Selbsthilfsaktionen von Belegschaften (Betriebsbesetzungen, Hungerstreiks) haben nicht zu einer

Ähnlich verhält es sich mit der Entwicklung der Werftenindustrie. Selbst die verzweifelten Selbsthilfsaktionen von Belegschaften (Betriebsbesetzungen, Hungerstreiks) haben nicht zu einer

Ähnlich verhält es sich mit der Entwicklung der Werftenindustrie. Selbst die verzweifelten Selbsthilfsaktionen von Belegschaften (Betriebsbesetzungen, Hungerstreiks) haben nicht zu einer

Ähnlich verhält es sich mit der Entwicklung der Werftenindustrie. Selbst die verzweifelten Selbsthilfsaktionen von Belegschaften (Betriebsbesetzungen, Hungerstreiks) haben nicht zu einer

gen die Wochenarbeitszeitverkürzung weniger hart sein dürfte, als in den oben beschriebenen Konflikten.

In welcher Situation die Gewerkschaften in der Bundesrepublik sich befinden, dümmert mehr und mehr auch den Gewerkschaftsführern. Es mutet fast schon wie ein Treppwitz an, wenn IGM-Vorstandsmitglieder sich auf dem Gewerkschaftstag hinstellen, die Inaktivität der Basis beklagen und diese zum Kämpfen auffordern, nachdem sie jahrelang eine andere Politik betrieben und gepredigt haben und selbständige Basisaktivitäten gefördert haben wie der Teufel das Weihwasser.

So hart wie die IGM-Führer zur 35-Stunden-Woche auftreten, sind sie in der konkreten Vorbereitung allerdings auch wieder nicht, schaut man sich ihre Haltung zum Lohnausgleich und zur zu erwartenden Leistungsverdichtung in den Betrieben an.

### Einkalkulierter Lohnverzicht?

### Einkalkulierter Lohnverzicht?

Es gehört zum gewerkschaftlichen Selbstverständnis, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu fordern. Doch was sich auf dem Papier gut liest, sieht in der Realität ganz anders aus. Zum einen haben die gewerkschaftlichen Lohntarifverhandlungen der letzten Jahre den Reallohn nicht halten können:

1980:	- 0,3%
1981:	- 1,4%
1982:	- 2,2%
1983:	- 1,0%
1984:	- 0,5% (geschätzt)

Zum anderen wird deutlich erklärt: „Die IGM weiß, daß es die 35-Stunden-Woche nicht zum Nulltarif gibt. Was für die Wochenarbeitszeitverkürzung beansprucht wird, sieht für Lohnerhöhungen nicht mehr zur Verfügung“ (5).

Entsprechend hat der IGM-Vorstand seinen regionalen Tarifkommissionen für die Tarifverhandlungen die Forderungshöhe von 3 bis 3,5% für 1984 empfohlen.

Angesichts der Härte, die die Kapitalisten bei der Ablehnung der 35-Stunden-Woche zeigen, ist zweifelhaft, ob dieses Lohnrügeverständnis der Verbesserung der Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung dienen kann.

### Rationalisierungsschutz zweitrangig?

Schon vor dem Gewerkschaftstag waren in der IGM-Presse merkwürdige Rechenkunststücke aufgetaucht, die an der Ernsthaftigkeit der 35-Stunden-Wochen-Forderung für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zweifeln lie-



Den. So setze die IOM dem Kapitalistenargument, die 35-Stundenwoche bedeute letztlich eine Lohnerhöhung von 18 Prozent, folgendes entgegen: „Diese Rechnung ist falsch. 50 Prozent der Arbeitszeitverkürzung werden durch die zusätzliche Produktivitätssteigerung aufgefangen, verursachen also keine Lohnkostenbelastung. Die effektive Kostenbelastung beträgt lediglich gut sechs Prozent der Lohn- und Gehaltssumme und wird durch Neueinstellungen verursacht“ (Metall, 26.8.83).

Richard Heller, Betriebsratsvorsitzender von Opel Rüsselsheim, bekannt als linker Gewerkschafter, griff in einem Redebeitrag auf dem Gewerkschaftstag eben diese Argumentationslinie an: „Laut sagen unsere Leute schon, mit 50 Prozent Rationalisierungseffekt durch die Einführung der 35-Stundenwoche finden wir uns ab. Wo sind wir denn eigentlich, wenn wir im Vorfeld der Auseinandersetzung öffentlich von unseren Vertretern sagen lassen, wir finden uns mit 50 Prozent Leistungsverdrängung ab. Das ist das Gegenteil von Strategie und Taktik. ... Wenn das Taktik ist, daß wir den Arbeitgebern erst die 35 Stundenwoche abringen wollen, und dann in Nachverhandlungen Definitionen der Arbeitsbedingungen durchsetzen sollen, dann grinst es mir vor dieser Auseinandersetzung“ (Nachrichten, 11/83).

Zu dieser Frage wurde von Stuttgarter und Frankfurter Delegierten ein von 148 (von insgesamt 551) Delegierten unterzeichneter Ergänzungsantrag eingebracht, um den eine heftige Auseinandersetzung gab. In dem Antrag hieß es: „Die 35 Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, um Arbeitsplätze zu schaffen, sowie gestiegene Belastungen auszugleichen. Wo die tarifrechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, sollten die Tarifkommissionen deshalb die Forderung nach der 35-Stundenwoche verbinden mit der tariflichen Regelung der Arbeits- und Leistungsbedingungen. Die so realisierte Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit verbessert auch die Voraussetzungen der Arbeitnehmer, ihr persönliches Leben zu gestalten und am kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“.

Mayr und Jantzen (zuständig im IGM-Vorstand für Tarifpolitik) vertraten in der Diskussion dann den Standpunkt, daß die Arbeitszeitverkürzung schon eine solche gewaltige Aufgabe sei, daß man sie nicht mit anderen Forderungen „überfrachten“ solle. Der Gewerkschaftstag solle es, so forderte Mayr, bei der Vorstandsempfehlung 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, Überstundenbeschränkung und Ausgleich durch Freizeit belassen. Schließlich solle der Verhandlungsspielraum der Tarifkommission nicht unnötig eingeengt werden.

Beschämend war nun, wie sich der ehemalige Stuttgarter Bezirksleiter Steinkühler in dieser Debatte verhielt. Kurz vorher war er noch mit 494 Stimmen (Maxt erhielt nur 440) zum 2. Vorsit-

Beschämend war nun, wie sich der ehemalige Stuttgarter Bezirksleiter Steinkühler in dieser Debatte verhielt. Kurz vorher war er noch mit 494 Stimmen (Mayr erhielt nur 440) zum 2. Vorsitzenden der IGM gewählt worden. Anstatt nun diesen Stimmengewicht auszunutzen und seine Stuttgarter Kollegen/innen zu unterstützen, kuschelte er und verhielt sich in der Debatte passiv. Als er dann in der Diskussion darauf angesprochen wurde, erklärte er den Delegierten, es sei ja bekannt, daß er dazu eine ganz bestimmte Auffassung habe — nur: „Ihr solltet wissen, daß es niemanden geben wird, der zwischen Hans Mayr und mir einen Keil treibt oder auch nur ein Stückchen Papier“ (FAZ, 17.10.83).

Die Stuttgarter konnten sich mit ihrem Ergänzungsantrag schließlich nicht



durchsetzen. Er wurde als Material angenommen, was den IGM Vorstand zu nichts weiter verpflichtet, als das Material „zu den Akten“ zu nehmen.

Die Niederlage auf dem Gewerkschaftstag hat die Stuttgarter jedoch nicht veranlaßt, von ihrer Forderung Abstand zu nehmen. Am 24.11. beschloß die Große Tarifkommission der IGM Baden-Württemberg neben der Forderung nach 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich, die Forderung nach Senkung der Überstunden sowie die Forderung nach Betriebsvereinbarungen über die Arbeitsbedingungen. Damit gehen sie deutlich über den vom IGM Vorstand abgesetzten Rahmen hinaus. Es ist aber kaum zu erwarten, daß ein einzelner Bezirk allein diese Forderungen auch realisieren kann.

## Ähnliche Schwierigkeiten bei der IG Druck

## Ähnliche Schwierigkeiten bei der IG Druck

Im Gegensatz zur IOM hat die IG Druck und Papier ihre Forderungen zur 35-Stundenwoche schon vor ihrem Gewerkschaftstag dem Kapitalistenverband überreicht. Im einzelnen fordert die Drupe:

1. 35 Stunden (von der formal die Lohndruckfrage nicht betroffen ist, da die Drupe in der Druckindustrie tarifliche Wochenlöhne im Lohnabkommen hat — keine Stundenlöhne).
2. Bindende Vereinbarungen mitbestimmungspflichtiger Stellenpläne.
3. Generelles Widerspruchsrecht des Betriebsrates gegen Entlassungen.
4. Verbote bzw. Schutzbestimmungen

bezüglich der Erfassung, Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten sowie Mitbestimmungsrecht über Arbeitszeitschichten.

5. Kündigung des bisherigen Rationalisierungsabkommens, das zukünftig im MTV (Manteltarifvertrag) geregelt sein soll. Gefordert wird vor allem: Recht auf Ablehnung neuer Technologien, wenn die Auswirkungen nicht geklärt sind sowie ein Unterlassungsanspruch des Betriebsrates hinsichtlich personeller und/oder wirtschaftlicher Maßnahmen bei Betriebsänderungen, sofern nicht das Verfahren nach §§ 111/112 BVG (Sozialplan, Interessenausgleich) abgeschlossen ist (Druck und Papier, 17.10.83).

Wie auch bei der IG Metall gab es Streit über die Gewichtung und Abdeckerung der Forderung nach 35 Stunden. Die Position des Drupe-Vorstandes sieht folgendermaßen aus: „Die Kontrolle der Leistungsbedingungen ist ein wichtiger Flankenschutz jeder Arbeitszeitverkürzung und ihrer Umsetzung. Die Position des Drupe-Vorstandes sieht folgendermaßen aus: „Die Kontrolle der Leistungsbedingungen ist ein wichtiger Flankenschutz jeder Arbeitszeitverkürzung und ihrer Umsetzung. Es wäre jedoch falsch, daraus zu schließen, daß die Arbeitszeitverkürzung nur unter der Voraussetzung derartiger Kontrollrechte sinnvoll ist. Die 35-Stundenwoche hat ihre eigenständige Bedeutung“.

In der Auseinandersetzung um diese Frage auf dem Gewerkschaftstag, tat sich der linke Henckes (jetzt einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden) vornehmlich hervor. Mit seiner Äußerung, daß jede Arbeitszeitverkürzung in welcher Dimension auch immer etwas bringt, stellte er sich gegen verschiedene Anträge, die ausdrücklich einen vollen Personalausgleich forderten (Bezirk Hannover) bzw. „eine stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche“ ablehnten (Landesbezirk Nordmark).

Henckes argumentierte, daß die Frage der Stufen und der Geschwindigkeit, mit der die 35-Stundenwoche eingeführt werden soll, nicht mit Resolutionen und Beschlüssen des Gewerkschaftstages festgelegt werden dürfe. Er plädierte gegen die Annahme des Antrages gegen die stufenweise Einführung. In einer Kampfabstimmung folgten 137 Delegierte dieser Empfehlung. 124 stimmten dagegen. Auch der Antrag nach vollem Personalausgleich wurde nur als „Material“ an die Tarifkommission verabschiedet.

U. + H. Kommission Betrieb & Gewerkschaft

## Anmerkungen

1. Entschließung 7, „Wirtschaftspolitik“ (Gewerkschafter 12/83).
2. Mahlein sprach davon, daß die Gewerkschaften stärker über politische Widerstandsmaßnahmen sprechen müßte, da mit parlamentarischen Mehrheiten für gewerkschaftliche Forderungen auf längere Zeit nicht gerechnet werden könne. „Für Volks- und Regierungsparteien mag der Staat Oberbegriff sein, für die Gewerkschaften ist es die Gesellschaft; der Staat ist dabei nur die formale Hülle und deshalb eben nicht der dominierende Begriff. Als gewerkschaftliches Selbstverständnis schält sich insoweit die außerparlamentarische Opposition heraus“. Offensichtlich mit Blick auf die IG-Chemie u.a. fragte Mahlein dann, ob sozialpartner-schaftliches Verhalten, ein Sozialpakt aller gesellschaftlichen Gruppen, oder eine unkritische Zusammenarbeit mit der „Rechtskoalition“ die richtige gewerkschaftliche Antwort ist, um in absehbarer Zukunft die Abwärtsbewegung im Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung aufhalten oder sogar vertreiben zu können.

Schließlich kritisierte Mahlein auch den DGB, dem er unzureichende Koordination in der Tarifpolitik vorwarf. Bei den vergangenen Tarif-

runden sei die gesamtgewerkschaftliche tarifliche Anleihe falsch gewesen. Die kämpferischen Möglichkeiten seien nur teilweise und die tatsächlich vorhandene Kraft sei nur unzulänglich eingesetzt worden (Druck und Papier, 17.10.83).

3. Entschließung „Tarifpolitik“, Quelle 8/82.
4. Lambdoförle Drohung mit dem Verbandsgesetz hat nach dem ÖTV-Streik 1973 eine Rolle in der öffentlichen Diskussion gespielt. Gemeint ist damit, die Gewerkschaften in ihren Rechten zu knebeln und „Verbände und Vereinigungen“, soweit sie „bei ihrer Tätigkeit in den Bereich wesentlicher öffentlicher Interessen hineinwirken“, darauf zu verpflichten, „zugleich das Wohl der Allgemeinheit zu beachten“ (so der Vorschlag einer CDU-Grundgesetzkommission für eine Grundgesetzänderung).
5. Grundsatzzrede des neuen IGM-Vorsitzenden Hans Mayr (Gewerkschafter 11/83).

# Generalstreik-Debatte auf den Gewerkschaftstagen

Ein Schwerpunkt der Gewerkschaftstage war die Friedensdiskussion. Heiß wurden die Köpfe bei der Diskussion über die geeigneten gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen.

Auf dem Gewerkschaftstag von GEW, DPG und IG Druck wurde beschlossen, den 21. November „In Zusammenarbeit mit dem DGB und der Friedensbewegung“ zu dem nächsten „Widerstandstag der Betriebe“ zu machen. Bei der IG Druck wurden durch die Vorlage eines Leitantes vom Hauptvorstand verschiedene weitergehende Anträge, die sich auch für den Generalstreik aussprachen, vom Tisch gewischt.

In dem Leitartikel, der dann auch verabschiedet wurde, heißt es u.a.: „Der Gewerkschaftstag erwartet gleichermaßen von den Mitgliedern, von den anderen Gewerkschaften und vom DGB: 1. Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung“, ... und an anderer Stelle: „7. Gegen die Stationierung neuer Atomwaffen ist mit geeigneten Mitteln im Sinne des Grundgesetzes gewaltfrei Widerstand zu leisten; von den Mitgliedern erwartet der Gewerkschaftstag, daß sie sich ... und an anderer Stelle: „7. Gegen die Stationierung neuer Atomwaffen ist mit geeigneten Mitteln im Sinne des Grundgesetzes gewaltfrei Widerstand zu leisten; von den Mitgliedern erwartet der Gewerkschaftstag, daß sie sich an gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen wie Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen beteiligen ...“ (Druck und Papier, 31.10.83). Das Wort Generalstreik wurde peinlichst vermieden. Offensichtlich ist dies das Ergebnis eines „Interessenausgleichs“ zwischen dem einzelnen politischen Fraktionen in der IG Druck, der dazu führte, daß politische Kontroversen, wie sie etwa bei der IGM um diese Frage geführt wurden, gar nicht erst aufkamen. Ein Grund dafür, Konflikte in dieser Art zu umgehen ist sicherlich, daß die rechten Sozialdemokraten in der IG Druck, wie z.B. der neue Vorsitzende Ferlemann, bei der IGM zu den „Linken“ zählen würden. Das heißt die Linken in der IG Druck werden nicht so herausgefordert wie in der IGM, wo sie es von Vorstandswahl bis hin zur Arbeitsniederlegung gemäß Paragraph 2 unserer Satzung durchzuführen“ (faz, 15.10.83).

So hatte Loderer auf dem IGM-Kongress gepowert, er marschiere nicht mit denen „unter einem Friedenstrans-

parent, die in diesem Lande dank unserer demokratischen Verhältnisse für Frieden und Abrüstung demonstrieren dürfen, während in den Mutterländern der Politik, die sie vertreten, Gleiches oder Ähnliches nicht möglich, ja verboten ist“ (Metall, 21.10.83).

Nach einer vierstündigen Debatte in der sich von 38 Diskussionsrednern 30 für politische Widerstandsaktionen einschließlich des Streiks aussprachen, wurde schließlich folgender Kompromiß verabschiedet: „Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu einer Situation führen, in der die demokratische Grundordnung als Ganzes bedroht ist, fordert der Vorstand der IGM in Zusammenarbeit mit dem DGB die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Arbeitsniederlegungen gemäß § 2 unserer Satzung durchzuführen“.

Richard Heller, der Opel-Betriebsratsvorsitzende hatte in der Debatte hierzu gesagt: „Ist denn in der Zeitspanne einer Computerfehlers die Zeit vorhanden, daß demokratisch legitimierte Beschlüsse über einen Generalstreik gefaßt werden können?“ (Nachrichten, 11/83) Der weitergehende Antrag, für den etwa hundert Delegierte stimmten, lautete: „Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen durchgeführt werden, fordert der Vorstand der IGM die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Aktions- und Kampf-formen bis hin zur Arbeitsniederlegung gemäß Paragraph 2 unserer Satzung durchzuführen“ (faz, 15.10.83).

Interessant war, daß auch bei dieser Debatte einer am Mikrophon fehlte: Franz Steinkühler. Und das obwohl er mit seinem Vorschlag, am 19. Oktober 15 Minuten aus Protest gegen die Nachrüstung zu streiken, die gewerkschaftliche Debatte wesentlich mit herbeigeführt hatte.

Zum Schluß sei noch die Postgewerkschaft erwähnt, die entgegen den Empfehlungen ihres Vorstandes beschloß, daß der DGB und die Einzelgewerkschaften „den Generalstreik als letztes Mittel zur Durchsetzung zentraler Forderungen offen diskutieren“ müssen (Nachrichten, 11/83).

U., Kommission Betrieb & Gewerkschaft

## Beschäftigungswirkungen der Wochenarbeitszeitverkürzung

Anzahl der abhängig Beschäftigten	Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 40 Stunden auf effekt!	Rechnerischer (Brutto-) Beschäftigungseffekt	Tatsächlicher (Netto-) Beschäftigungseffekt
		Variante I <sup>2</sup>	Variante II <sup>3</sup>
19 395 000 <sup>1</sup>	39	497 000	249 000
19 892 000 <sup>1</sup>	38	523 000	262 000
20 415 000 <sup>1</sup>	37	552 000	276 000
20 967 000 <sup>1</sup>	36	582 000	291 000
21 549 000 <sup>1</sup>	35	618 000	308 000
22 165 000 <sup>1</sup>	35	2 770 000	1 386 000
			1 845 000

- <sup>1</sup> Der rechnerische Beschäftigungseffekt ergibt sich aus folgender Formel:  $\frac{\text{angefallene Arbeitszeit} \times \text{abhängige Beschäftigte}}{\text{Arbeitszeit je Erwerbstätiger nach der Verkürzung}}$  = Mehrbedarf an Arbeitskräften
- <sup>2</sup> Die Arbeitszeitverkürzung wird zu 50% durch zusätzliche Produktivität aufgefangen.
- <sup>3</sup> Die Arbeitszeitverkürzung wird zu 33,3% (ein Drittel) durch zusätzliche Produktivität aufgefangen.
- <sup>4</sup> 1983 gibt es nach der WSI-Prognose ca. 22 085 Millionen abhängig Beschäftigte. Davon werden 12% Tarifbeschäftigte abgezogen, die weniger als 36 Stunden die Woche arbeiten und für die die Wochenarbeitszeitverkürzung vermutlich nicht unmittelbar voll wirksam wird.
- <sup>5</sup> Die rechnerische Mehrbeschäftigung der vorherigen Arbeitszeitschätzung wird für die Zahl der abhängig Beschäftigten herangezogen. Falls hier die tatsächliche Mehrbeschäftigung herangezogen würde, wäre bei einer Arbeitszeitverkürzung in mehreren Stufen die Summe möglicher als bei einer einstufigen Arbeitszeitverkürzung. Die Differenz ist jedoch gering.

Quelle: „Mehr Zeit fürs Leben — 35 Stunden sind genug“, frag. von der IG Druck und Papier.



Vor dem Hamburger Springerverlagshaus



## Tariffrente: DGB-„Kontras“, Regierung und Kapitalisten gegen die 35-Stunden-Woche

Die „Kontras“ gegen die 35-Stunden-Woche im DGB, das sind die IG Chemie, die NOG, die IG Bergbau, die IG BSE und die OTB. Sie sind sich nur in einem Punkt einig: Die Zuspitzung der gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche muß zum Wohle der wirtschaftlichen Aufschwüngen unterbleiben. Gegenüber den Berechnungen anderer Gewerkschaften, daß die 35-Stunden-Woche eine Million und mehr neue Arbeitsplätze schaffen könnte, setzen sie, daß das Modell der Vorruhestandsregelung 900.000 neue Arbeitsplätze schaffen würde und die Belastung für die Unternehmen geringer wäre. Dagegen stehen schon viel zu positive Berechnungen kapitalfreundlicher Institute, daß der jetzt vorliegende Gesetzentwurf von Arbeitsminister Blum maximal 200.000 Arbeitsplätze schaffen würde. Von den 900.000 infrage kommenden Arbeitnehmern würden gut 50% diese Regelung wahrnehmen. Die dann freierwerdenden Stellen würden von den Unternehmen nur etwa zur Hälfte mit neuen Einstellungen belegt (1).

### Politischer Pakt mit der CDU-Regierung

Am deutlichsten war bislang der IG-Chemie-Vorsitzende und rechte Kanalarbeiter in der SPD-Bundestagsfraktion Hermann Rappa. Vor dem Beirat der IG Chemie propagierte er: „Um die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien sicherzustellen, wäre auch eine große Regierungskoalition von SPD und CDU als wirksame Alternative gegen die derzeitige, von den Wirtschaftskräften von FDP und CDU/CSU bestimmte Politik erwägenswert“ (dpa, 1.12.83).

Dieser Versuch des Arrangements gegen eine Linksentwicklung in einem Teil der DOB-Gewerkschaften prägt das Handeln der „Kontras“ seit längerem. Es ist der NOG-Vorsitzende Döding gewesen, der seit längerem das Modell der Tariffrente als Alternative zur Wochenarbeitszeitverkürzung propagiert hat und hier zuerst beim vormaligen IG Chemie-Vorsitzenden Hauenachd Gehör fand. Hauenachd und Döding versuchten schon in der ersten Jahreshälfte 1982 in einem Brief an den damaligen Bundeskanzler Schmidt diesen zu einer frühzeitigen Gesetzesinitiative zu bewegen (worauf der nicht mehr kam). Nach dem Regierungswechsel 1982 und nachdem die IG Metall sich im Herbst 1982 für die 35-Stunden-Woche als Priorität entschieden hatte (2), griff der neue Arbeitsminister Blum den Döding-Plan auf. Sein Vorstoß führte zu monatelangen regierungsinternen Beratungen um das Was und Wie eines Gesetzes.

Mittlerweile handelte die IG Chemie: Am 23. März 1983 schloß sie einen Tarifvertrag ab, der zwei wesentliche Elemente enthielt:

1. Vorübertragungen beim Lohn (3,2% Abschluß bei einem Nullmonat und 14 Monaten Laufzeit) sowie
2. Eine Vorübertragung bei der Arbeitszeit: Die 40-Stunden-Woche wurde im Manteltarifvertrag bis 1988 festgeschrieben sowie als Einstieg in die Tariffrente vereinbart, daß alle ab 58 Jahre ab 1.9.83 vierzehntägig eine vierstündige „Altersfreizeit“ erhalten, die dann ab 1.1.87 wöchentlich gehen soll.

Diese Gewerkschaftsvereinbarung mit dem Arbeitgeber Chemie war das erste Signal aus dem Unternehmerla-

ger, daß man das Ansinnen Tariffrente gegen Wochenarbeitszeit positiv honorieren wolle. Damit auch das ohne „größere Verluste“ für das Kapital abgeht, signalisiert die IG Chemie, daß sie eine umfassendere Vorruhestandsregelung „erst im Anschluß an die Lohnrunde 1984 aufnehmen und in Bezug zur Tariffrente 1985 bringen will“ (FAZ, 28.11.83).

Flankenschutz kann dann vom rechten SPD-Flügel: Sozialexperte Glombig brachte im Juni 1983 eine gesetzliche Regelung zum Vorruhestand im Bundestag ein, die offensichtlich als Druck auf den noch mit seinen Ministerkollegen Stoltenberg und Lambdorff verhandelnden Blum gedacht war, seinen Gesetzentwurf zu beschleunigen. (Glombigs Entwurf enthält günstigere finanzielle Regelungen sowie eine schärfere Garantie für den Ersatz freigerforderter Arbeitsplätze).

Als dringenden Hilferuf an die Bundesregierung richteten die fünf Gewerkschaftsvorsitzenden der „Kontras“ am 14. Oktober 1983 einen gemeinsamen Brief an Bundeskanzler Kohl: „...noch in den nächsten Wochen ein Rahmengesetz für eine Vorruhestandsregelung („Tariffrente“) im Bundestag einzubringen“ (nach FAZ, 15.10.83).

Ziel dieser Intervention: Auf jeden Fall auf vor Beginn der 35-Stunden-Wochen-Verhandlungen im Dezember eine öffentlichkeitswirksame Initiative zu sein. Dies geschah auch: Am 17. November stieg sich der Bundeskanzler und seine Ressortminister auf eine Regelung, die mit großem Getöse über die Medien als sozialer Fortschritt verkauft wurde.

Die „Kontras“ fanden zwar nicht alle Forderungen des Döding-Plans wieder, bezeichneten Blums Entwurf aber als „Schritt in die richtige Richtung“ (FR, 3.12.).

### Das „Blum-Modell“

#### Das „Blum-Modell“

Danach soll der Vorruhestand mit der Vollendung des 59. Lebensjahres beginnen, gilt aber nicht für den öffentlichen Dienst. Es soll bis zum frühestmöglichen Beginn der Rente gezahlt werden. Der frühzeitig in Rente gehende Arbeitnehmer erhält dann 65% des bisherigen Bruttoehnes abzüglich Sozialversicherung (Was netto nur wenig mehr ausmacht als die 68% Arbeitslosengeld vom Nettolohn). Die Bundesanstalt für Arbeit erstattet den Unternehmen 40% der Kosten, wenn diese „gläubhaft machen, daß sie anstelle des ausgeschiedenen Arbeitnehmers einen Arbeitslosen oder einen arbeitsuchenden Jugendlichen einstellen“.

Blums Gesetz und die Einigung darüber zogen sich deshalb so lange hin, weil seine Ministerkollegen Lambdorff und Stoltenberg vehement die Forderungen der Kapitalisten nach Senkung des zu zahlenden Geldes, Unverbindlichkeit der Arbeitsplatzvermittlung („gläubhaft machen“) und ausreichender Finanzierung durch die Bundesanstalt für Arbeit verfochten.

Gleichzeitig mit dem Gesetz soll die bisherige „59er-Regelung“ nach dem Arbeitsförderungsgebot verschlechtert werden. Sie sah vor, daß Arbeitslose, die im Alter von 59 Jahren entlassen werden, bis zur Erreichung der vollen Rente (Arbeitslose können schon mit 60 in Rente gehen) ein Jahr lang volles Arbeitslosengeld beziehen. Der

finanzielle Abstand zur neuen Vorruhestandsregelung soll vergrößert werden.

Die „Kontras“ im DGB waren's nur halb zufrieden, mußten sie doch Forderungen lassen. Vereint schlugen sie daher Anfang Dezember zu und hielten eine gemeinsame Arbeitszeit-Konferenz ab, auf der sie neben der positiven Bewertung des Blum-Vorschlags ihre Änderungs-Wünsche formulierten:

- Beginn der Regelung schon mit 58
- 75% vom Bruttoehnes
- Nachweis statt Glaubhaftmachung eines wiederbeschäftigten Arbeitsplatzes
- Ausdehnung der Regelung auf den öffentlichen Dienst

Trotz dieser Kritik scheint den „Kontras“ das Hauptziel erreicht.

Umgekehrt gilt dies auch für die Bundesregierung. Blums parlamentarischer Staatssekretär sagte dazu schon vor einiger Zeit: „Wir wollen jenen Gewerkschaften, die sich der Kampagne der IG Metall zur Einführung der 35-Stunden-Woche nicht anschließen, eine Alternative bieten“ (Metall, 26.8.83).

Und Blum selber erklärte anläßlich der Vorlage des Gesetzentwurfs, 1984 entscheide sich, ob es einen Rückfall in den Klassenkampf geben werde, oder ob eine Politik des vernünftigen partnerschaftlichen Ausgleichs eine Chance habe. Er setzte darauf, daß die „Tariffrente“ in der Bauwirtschaft, in der chemischen Industrie, in der Textilindustrie sowie in der Lebensmittelindustrie das Angebot des Staates aufgreife. Noch wichtiger für dieses Vorgehen ist: „Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich dem Vorgehen nach zugestimmt“ (Hamburger Abendblatt, 19.11.83).

Sicheres Zeichen dafür ist, daß nur wenig später der wichtigste Arbeitgeberverband, Gesamtmetall, der IG Metall für ein Spitzengespräch ein Paket „Flexible Arbeitszeitverteilung“ anbot:

- Verhandlung über eine tarifliche Ausgestaltung der Vorruhestandsregelung
- Mehr Teilzeitarbeit
- Flexible Verteilung der Arbeitszeit, z.B. in auftragschwachen Zeiten die 30-Stundenwoche, dafür in Spitzenzeiten als Ausgleich die 50-Stundenwoche bei entsprechend mehr oder weniger Lohn (FAZ, 21.11.83).

Die IGM hat sowohl das Spitzengespräch abgelehnt, als auch Blums „Vorruhestandsmodell“, das sie als „Versuch, die Tarifförderung der IG Metall zur 35-Stunden-Woche zu unterlaufen“ bewertete. Die Regelung von Blum treibe die Arbeitnehmer, so die IGM, „wegen der unzureichenden Leistungen in die Sozialhilfe und damit ganz bewusst in die Armut“ (Gewerkschafter 12/83).

H. und U., Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Anmerkungen

(1) Berechnungen des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“, zitiert nach FR, 19.11.83

(2) Künftig sei die Beteiligung der IG Bergbau in der Koalition der „Kontras“. Für die Bergbauindustrie ist die jetzt eingehandelte Vorruhestandsregelung kaum bedeutsam, da es nur wenige Beschäftigte über 55 Jahre gibt.

(3) Auch in der IG Metall hatte 1982 das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmittglied Jentzen versucht, die Position des „Tariffrenten“-Schwerpunkts durchzusetzen, war aber in der anschließenden Entscheidung unterlegen.

Frank Kramer

ARBED Saarstahl

## Die Erpressung

Viele Kollegen erinnern sich noch recht gut an das letzte gelungene Erpresser-Manöver der Bundes-, saarl. Landesregierung, sowie der Geschäftsführung in Sachen ARBED-Saarstahl (s. auch den Artikel von J. Bünig in Revier 1/83). Was waren die Ergebnisse dieser Aktion Ende des letzten Jahres gewesen? 3.500 Arbeitsplätze sollten zusätzlich in drei Jahren vernichtet werden, für 1983 und '84 sollte auf die Hälfte des 13 Monatsgehältes „verzichtet“ werden und 3.500 Kollegen sollten in routinierender Form jahrelang Kurzarbeit fahren.

Knapp sechs Monate nach dieser Aktion ließ die Geschäftsführung durchblicken, daß sie auch mit diesen Geldern nicht auskommt. Bundes- und Landesregierung gaben daraufhin erneut Stahlschüsse (2 mal 90 Millionen DM), verbunden mit den Auflagen, ein endgültiges „Anpassungsprogramm“ vorzulegen, das die Restrukturierung von ARBED-Saarstahl (zwecks Bezeichnung) den veränderten Marktbedingungen anpaßt, sowie massive Kostensenkungen mittels Masseneinstellungen und Schließung ganzer Werkteile durchzuführen.

Was die angekündigten Masseneinstellungen angeht, kursierten damals Zahlen zwischen 3.000 und 4.000. Anfang Oktober kam dann das „endgültige“ Konzept auf den Tisch: Abbau der Belegschaft auf ca. 12.000 bis Ende 1985. Einstellung des Blockgusses und Beseitigung weiterer „Schwachstellen“. In der Folge liefen Gespräche zwischen Bundes- und Landesregierung einerseits und Geschäftsführung andererseits wie flüchtige Poppen im Wind.

In der Folge liefen Gespräche zwischen Bundes- und Landesregierung einerseits und Geschäftsführung andererseits, wie dieses Programm der tatsächlichen Arbeitsplatzvernichtung durchzuführen ist und natürlich: wie der „Arbeitnehmerbeitrag“ auszuweisen hat.

52.000 Kollegen sollen bis Ende 1985 ihren Arbeitsplatz mittels neuer Sozialpläne verlieren. Masseneinstellungen ließ es, seien vom Tisch. Betroffen sind alle Kollegen über 50 (!) Jahre. Sie werden mit 82 % des Monatsnettolohns nach Hause gehen. Die Jahresonderzahlung (13. Monatsgehalt) werden diese Kollegen nicht mehr bekommen. Dann liegt der jetzige Sozialplan bei 73 % des Jahresnettolohns, also 5 % über dem Arbeitslosengeld.

Also: Die neuen Sozialpläne sind ein „besseres“ Wort für Masseneinstellungen! Die älteren Sozialpläne (vor allem der erste), die z.T. erheblich attraktiver erschienen, sollen auch entsprechend herabgesetzt werden. Außerdem wird konkret von „Nullrunden“ für die drei kommenden Jahre gesprochen; also keine Lohnerhöhungen. Auflage des Bundeswirtschaftsministeriums ist es, daß ARBED-Saarstahl aus dem Arbeitgeberverband aussteigt und die Nullrunden mittels Hausarbeits durchsetzt.

Die Verschlechterung der Sozialpläne konnte durchgesetzt werden (von den -zig-tausend Arbeitsplätzen, die jetzt noch zusätzlich vernichtet werden, ganz zu schweigen). Da der Gesamtbetriebsrat sich weigerte, den geforderten 82 % zuzustimmen, lief entsprechend das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren ab: Die Präsidentin des Landesarbeitsamtes, Frau Lenke (CDU), setzte kurzfristig ein Vermittlungsgespräch zwischen Geschäftsführung und Gesamtbetriebsrat an, zu dem die Vertreter für den Betriebsrat nicht erschienen. Daraufhin wurde nach § 112 Betriebsverfassungsgesetz die sog. Einigungsstelle einberufen, der ebenfalls Frau Lenke als „neutraler Mann“ vorstand. Dann wurde gegen die Arbeitnehmerstimmen die 82 %-Regelung durchgesetzt.

Zur Bewertung

Bei ARBED-Saarstahl wurde zum zweitenmal ein Exempel statuiert nicht nur im Hinblick auf die Neuordnung der bundesdeutschen Stahlindustrie, sondern im Hinblick auf anstehende Auseinandersetzungen (wie z.B. der Kampf um die 35-Stunden-Woche). Weitere Stahlschüsse im Rahmen der saarländischen Restrukturierung und damit die Verhinderung des Konkurses von ARBED-Saarstahl wurden von einem „Arbeitnehmerbeitrag“ abhängig gemacht. Schaut man sich die Summen

an, um die es in beiden Fällen ging (also die Dezember-Aktion und die letzte Erpressung), so erkennt man, daß es der Bundesregierung um mehr ging, als der, lediglich der Belegschaft die Gelder abzupressen.

- Einsparung durch die Einbeziehung der Hälfte des 13. Monatsgehältes für 1983 und 1984 ohne Wegfall des Härtausgleiches und 10 %ige Kürzung der Sozialpläne: 60 Mio. DM
- Einsparung durch niedrigere Sozialpläne ab Dez. 1984: 54 Mio. DM
- bisherige Subventionen: 1,3 Milliarden DM
- bisherige Bürgschaften: 1,18 Milliarden DM

Es ging um einen anderen Kurs der IGM gegenüber und darum, die winzigen verbliebenen Spielräume gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu streichen. Beide Regierungen sind nicht mehr bereit, sich das Wohlverhalten der IGM in Sachen Arbeitsplatzvernichtung mittels Sozialpläne zu sichern. Das Muster dieser gelungenen Erpressungen ist denkbar einfach: Die

„Die volle Tragweite der Ereignisse um Arbed Saarstahl wird vor allem deutlich, wenn man sich menschliche Folgen und die finanziellen Größenordnungen vor Augen hält: Mit dem Einigungsstellenanspruch vom 8.11.83 sollen Arbeitnehmer ab 50 Jahren aus dem Arbeitsleben gedrängt und in vielen Fällen bis an die Sozialhilfegrenze in ihrem Einkommen geschnitten werden. Die dabei geschnittenen alten Sozialplan ersparte Summe von durchschnittlich 4 Mio. DM pro Jahr steht in gar keinem Verhältnis zu dem Finanzbedarf, der zur Rettung von Arbed Saarstahl insgesamt erforderlich ist. Ganz offensichtlich ging es dabei den reaktionären Kräften in der Bundesregierung und der saarländischen Landesregierung vor allem darum, die vielbeschworene „Wende“ zu dokumentieren, mit dem Versuch, Gewerkschaften und Arbeitnehmer zu demütigen und die Umverteilung von unten nach oben überall Praxis werden zu lassen.“

(Stellungnahme der IGM vom 9.11.83 — zitiert aus „Revier“ 12/83).

Bundesregierung verkündet bestimmte Spielregeln; wenn sich IGM und Betriebsräte den verlangten Auflagen nicht beugen wollen, werden sie verantwortlich für den Konkurs des Unternehmens gemacht. Das war der demagogische Tenor von Bund und Land sowie diversen saarländischen Medien. Gleichzeitig war dies der offensivste Spaltungsversuch der jüngsten Geschichte: Die IGM soll dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Kollegen über den Konkurs des Unternehmens dauerarbeitslos werden. Die Dinge werden vollends auf den Kopf gestellt!

Im vergangenen Dezember sind nicht wenige Kollegen auf diese Hetze hereingefallen. Vereinzelt ging das bis zur telefonischen Morddrohung gegenüber einem Betriebsrat. Daß die Kollegen so reagierten, tut allerdings nicht wunder. Ohne an Wahnsinn zu glauben, war eine solche Situation vorhersehbar; die IGM informierte die Kollegen nicht ausreichend und mobilisierte kaum bzw. auch zu spät. Und ist es nicht Rudolf Judith selbst (Stahlexperte im IGM-Vorstand), der von der Notwendigkeit spricht, daß „Überkapazitäten im Stahlbereich abgebaut werden müssen“ (gemeint sind natürlich Arbeitsplätze) und kurz vor der Zustimmung der IGM zur Kündigung des Tarifvertrages letzten Dezember: „Wir werden schon einen Weg finden... Die IGM hält, was sie verspricht.“ Angesichts eines solchen Erpresser-Manövers hatte das Verhalten von Betriebsräten, Bevollmächtigten und IGM-Vorstand einen ungemein demobilisierenden Charakter.

Fortsetzung nächste Seite







Fortsetzung von vorheriger Seite

rakter. Die IGM-Saar bekundete ja ihre „Opferbereitschaft“, aber bitter in Mäßen!

Die Kollegen wußten nicht mehr, wo oben und unten war. Im Grunde genommen sprach Ministerpräsident Zeyer die gleiche Logik aus wie Rudolf Juchacz: von den tausenden an Arbeitsplätzen, die vernichtet werden sollen, wurde gar nicht mehr gesprochen...

Man muß sich das vorstellen: Ende des letzten Jahres ging eine solche Erpressung der Kollegen glatt über die Bühne, während die Heckel-Kollegen monatlang den Betrieb besetzten!

Vielen Kollegen ging erst später ein Licht auf, und als die Bundesregierung ihre zweite Erpressung startete, war die über große Mehrheit gegen die geforderten Auflagen. Nullrunden für drei Jahre! Das hatten die Kollegen begriffen: Jetzt geht's ans Eingemachte! Drei Viertel der Beschäftigten, die nach der Herabsetzung des Sozialplanalters auf 50 Jahre gehen werden, haben einen Netto-Monatsdurchschnittslohn zwischen 1.320 DM und 1.650 DM. Behinderte, die sich als Portier bzw. Waschkaufwärter verdienen müssen, haben einen Stundenlohn von 10 DM. In Neunkirchen sind die Kollegen sauer wie nie, gerade dort müssen viele Kollegen mit 82 % gehen. Auch will die ARBED-Saarstahl-Geschäftsführung die alten besseren Sozialpläne auf 82 % zurückzusetzen. Ausgerechnet der Betriebsrat wies darauf hin, daß diese alten Sozialpläne Einzelverträge mit dem Unternehmen darstellen und damit nicht ihrer Verantwortung obliegen. Als Ende Juni die ersten Ankündigungen von Massenentlassungen bekannt wurden, glaubten über die Hälfte der Kollegen, daß solche gar nicht stattfinden könnten. Die IGM tat vor der Sommerpause nichts mehr.

Gerade in den dramatischen Tagen der Entscheidung über die Durchsetzung der Auflagen führte ich Gespräche am Werkator mit den Kollegen. Sie waren stinksauer. Aber es war eine fruchtbare Empörung. Die Kollegen kamen nicht auf die Idee, z.B. dem Betriebsrat Druck zu machen, daß er auf zung der Auflagen führte ich Gespräche am Werkator mit den Kollegen. Sie waren stinksauer. Aber es war eine fruchtbare Empörung. Die Kollegen kamen nicht auf die Idee, z.B. dem Betriebsrat Druck zu machen, daß er auf

zungen der Auflagen führte ich Gespräche am Werkator mit den Kollegen. Sie waren stinksauer. Aber es war eine fruchtbare Empörung. Die Kollegen kamen nicht auf die Idee, z.B. dem Betriebsrat Druck zu machen, daß er auf

Selbst in dieser Situation zeigte sich die IGM noch verhandlungsbereit: Ihr ging es um einen Sozialplan mit 86 %, statt mit 82 %. Ebenfalls erklärte der Gesamtbetriebsrat von vornherein, daß er den Spruch der Einigungsstelle tolerieren werde. Von den angekündigten Nullrunden und ihre Bedeutung für den Kampf um die 35-Stunden-Woche war in diesen Tagen von der IGM recht wenig zu hören. Und was die Bedeutung dieser gelungenen Erpressung als Signalwirkung an das übrige Bundesgebiet angeht, so suchte der Vorstand das Gespräch mit Kanzler Kohl, um ihm das Versprechen abzurufen, daß ARBED-Saarstahl kein Präzedenzfall darstelle.

## Resümee

Das war noch lange nicht das vorläufig letzte Kapitel eines Trauerspiels: es wird konsequent weitergehen.

1) ARBED-Saarstahl ist noch lange nicht gerettet. Ungünstiger Standort und ungünstige Produkte (leichte Profile) werden bei sich verschärfenden Marktbedingungen das Restrukturierungskonzept vollends scheitern lassen. Was bleibt ist entweder ein Stahlunternehmen in Mini-Format, nicht vergleichbar mit dem jetzigen Umfang, oder: der komplette Konkurs.

Die SPD-Saar fordert aus diesen Gründen eine Hinorientierung auf

Edelmühle. Allerdings würde dieser Fall bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen auch langfristig das „Aus“ für ARBED-Saarstahl bedeuten. Die Lösung kann nur ein Konzept bieten, das für alle Standorte gleichermaßen Geltung hat. Bei Produktion im kapitalistischen Sinne optimal organisieren zu müssen, können alle Lösungen einschließlich Schutzpolitik und Dauerbeschussung das Problem allerhöchstens verlagern. Wenn es im Falle von ARBED-Saarstahl weiterhin eine Menge Banken gibt, die kräftig zulaufen, — wenn es eine Muttergesellschaft gibt, die Nutzen davonträgt, aber keine müde Mark in das Unternehmen investiert, — wenn es eine Landesregierung gibt, die sich Outachten trauen läßt, über die Perspektiven der saarländischen Stahlindustrie, wo die Länder der dritten Welt als zukünftige Standorte der Flüssigphase und Massentahle angesprochen werden und als Reaktion eine kostengünstige Flüssigphase des Unternehmens in Form der gemeinsamen Roheisenerzeugung (ROGESA) zur Verfügung gestellt wird. Ein Beispiel indirekter Verstaatlichung.

2) Das Beispiel ARBED-Saarstahl zeigt konkret die Anwendung der Montanmitbestimmung. Im letzten Fall galt § 112 Betriebsverfassungsgesetz. Wir sehen: wenn es darauf ankommt, haben die betrieblichen Mitbestimmungsträger einen Scheißdruck mitzubestimmen.

Wäre die Entscheidung am Montag, den 7. November durch die Einigungsstelle nicht zustande gekommen und hätte sich in der Folge die Hetze der Landesregierung und CDU/FDP noch weiter verstärkt, so glaube ich, daß ähnlich wie im vergangenen Dezember viele Kollegen wieder „umgefallen“ wären. Die dramatische Umgefallenerklärung des Ministerpräsidenten per Funk und Fernsehen muß bei manchen die Wirkung nicht verfehlt haben. Hier zeigt sich der ungemein demobilisierende Charakter der Sozialpolitik der vergangenen Jahre. Die IGM stolpert nun selbst über ihre eigene Politik. Fast jeder Kollege empfindet ein unterschiedliches Arbeitsplatzrisiko. Der erste Sozialplan erschien den über

55-jährigen recht attraktiv. Heute bedeuten Sozialpläne krasse Lohneinbußen. Ein Teil der „qualifizierten“ jungen Kollegen streichte die Abfindung ein und ging von selbst. Diese Abstufung war ein wichtiger Grund dafür, daß keine Solidarität innerhalb der Belegschaft entstehen konnte. Es ist eine verrückte Situation: Dadurch, daß die IGM in den letzten Jahren auf Sozialplan gesetzt hat, hat sie ihre eigene Grundlage zerstört. In diesem Sinne baut die Regierung Kohl/Lambdorff auf die Jahre sozialdemokratischer-liberaler Herrschaft auf. Bundes- und Landesregierung hielten es in Sachen ARBED-Saarstahl nicht mehr für nötig, die IGM in die Gespräche miteinzubeziehen. Sie weisen der IGM die Aufgabe zu, für Opfergleichheit in den eigenen Reihen zu sorgen. So möchte die Landesregierung den Vorschlag, eine Umverteilung innerhalb der verschiedenen Lohnstufen nach Kürzung der Sozialpläne vorzunehmen, um „Opfergleichheit“ zu bewahren. Die IGM legte ebenfalls eine ähnliche Regelung vor.

Ende 1983 soll ARBED-Saarstahl ca. 12.000 Beschäftigte haben. Vor der Restrukturierung waren es ca. 27.000. Die Möglichkeiten der gesellschaftspolitischen Einflußnahme wird entsprechend abnehmen. Dasselbe gilt wohl auch für die bundesweite Stahlkoordinierung. Waren die Stahlbetriebe einmal Brennpunkt der Auseinandersetzungen gewesen, so steht jetzt die Austrocknung der mitgliederstärksten Gewerkschaft an. Das ist die Kapitaloffensive der 80er Jahre!

(Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus „Revier“ 12/83).

Günter Preßer

## ARBED Saarstahl — Die nächste Erpressung kommt bestimmt

### Psychoterror gegen IGM

Eine Regel besagt, daß ein Erpresser immer wieder erpresst. Das Unternehmen ARBED brauchte im Herbst '82 wieder einmal Geld. Erpresser Lambdorff verlangte damals von den Banken, von der Mutter und von uns — den Arbeitnehmern — einen Beitrag zur Sanierung. Bund und Land wollten dann auch ihr Scherflein dazugeben. Die IG Metall sagte zuerst „NEIN“ zu Tarifkürzungen, aber nach Druck von Teilen der Belegschaft stimmte die IGM dann doch zu. Die Sonderzahlung 1983-84 wird nur zur Hälfte in den Jahren 85-86 ausbezahlt.

ARBED Luxemburg, die auch 100 Mill. DM dazugeben sollte, hat es bis heute noch nicht getan. Handlanger Lambdorff war in erster Linie die SZ (Saarbrücker Zeitung). Jeden Tag schrieb sie, daß die Belegschaft dazugeben müßte, um ARBED Saarstahl zu retten. Es wäre ja nur einmal und dann würde das Unternehmen überleben.

Ministerpräsident Zeyer (CDU) sagte sogar, daß es danach keine Massenentlassungen mehr geben würde.

Viele Kollegen meinten damals — nach mündlichem Druck durch die Medien —, daß mit einem einmaligen Verzicht (Stundung der Sonderzahlung) man seinen Arbeitsplatz retten könne. Dies war nicht der Fall.

Im August — 3 Tage vor den Werkferien — kam dann durch eine undichte Stelle (es kann auch Absicht gewesen sein) heraus, daß die Werksleitungen in Neunkirchen, Burbach, Homburg und Völklingen drastischen Personalabbau planten und auch schon Zahlen hatten.

Rund 5.000 Arbeitsplätze sollten gestrichen werden. Ursache: das Geld war wieder einmal alle.

Die Bundesregierung war bereit Geld zu geben, aber unter einer Bedingung — Massenentlassungen sollten gestoppt werden.

Die IG Metall, vom letzten Jahr gewarnt, sagte „NEIN“ zu Massenentlassungen und Lohnkürzungen. Diesmal kam das NEIN aus Frankfurt vom Vorstand der IGM, es sollte nicht wieder passieren, daß ein Bezirksleiter eigenmächtig handelt und der IGM einen schweren Schaden zufügt. Am 10. November — Zahlung für die Belegschaft — brauchte die ARBED 83 Mill. DM, um die Löhne und andere Verpflichtungen zu bezahlen.

Lambdorff sah seine Stunde gekommen, den Arbeitnehmern und Gewerkschaften zu zeigen, wer in diesem Staat das sagen hat, und wo die Reise hingeht.

Der Psychoterror begann damit im Saarland. Die Saarbrücker Zeitung (SZ), Radio und Fernsehen begannen die Öffentlichkeit zu bombardieren mit allen Tricks, die sie auf Lager hatten.

Judith versuchte man als Mann des Ruhrgebiets hinzustellen.

Die IG Metall Bevollmächtigte der Verwaltungsstellen Neunkirchen, Homburg, Saarbrücken und Völklingen wollte man von der IG Metall Frankfurt abspekeln, indem man von saarländischen Gewerkschaftern schrieb, die doch andere Interessen hätten als die von außerhalb.

Daß die Betriebsräte nur ihre Gewerkschaft sehen und nicht die Arbeitnehmer und deren Interesse an der Erhaltung von ARBED Saarstahl. So

sollte jeder gegen jeden ausgespielt werden.

Und immer die Drohung: 5.000 Massenentlassungen oder Konkurs, was der Zusammenbruch des Saarlandes in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht bedeuten würde.

Die Schuld wurde in jedem 2. Satz der IGM und den Betriebsräten in die Schuhe geschoben.

Die Betriebsräte mit der IGM organisierten in dieser schweren Zeit Unterschriftensammlungen, machten in fast jedem Ort öffentliche Diskussions- und Informationsveranstaltungen. Flugblätter wurden von den Vertrauensleuten in alle Haushalte regelmäßig geschickt.

Es pastierte dann etwas, was Zeyer, Lambdorff und die Medien sich nie trümen ließen: Der überwiegende Teil der Bevölkerung solidarisierte sich mit den Hüttenarbeitern und ihrer Gewerkschaft. Die Belegschaft stand zu 90% hinter der IGM und den Betriebsräten. Sie war bereit zu kämpfen.

Die Gewerkschaftsführung und die Regierung waren danach bereit über einen Sozialplan zu verhandeln und von Massenentlassungen abzusehen.

Und damals kam ein Diktat von Lambdorff: nur 82% vom letzten Monatsnetto sollen die Kollegen ab 50 Jahre bekommen und alle anderen Kollegen, die im Sozialplan sind, sollen auch nur 82% vom letzten Monatsnetto bekommen, was 10 - 18% Verlust bedeutet.

Derweiteren soll ARBED aus dem Arbeitgeberverband auscheiden und für 1984-85-86 eine Null-Lohnrunde anstreben.

Der Betriebsrat war bereit, den gültigen Sozialplan (90% vom Netto) auf die 50-55-jährigen auszuweiten, was die Arbeitgeber und die Regierung nicht wollten.

Nach 12 Verhandlungen in einer Woche des Gesamtbetriebsrates mit den zuständigen Stellen kam es dann zur Einigungsstelle nach dem Betriebsverfassungsgesetz.

Der Einigungsanspruch lautete dann auch 82%. Lambdorff, Zeyer und die Arbeitgeber hatten erreicht, was sie wollten. Es wurde ein Weg gezeigt, wie man aus Verträgen, die mit der Gewerkschaft und den Betriebsräten abgeschlossen wurden, aussteigen kann, ohne Rechtsbruch begangen zu haben.

Die Betriebsräte stehen jetzt in Verhandlungen mit der Geschäftsführung um den Sozialplan schriftlich festzulegen und zu retten, was noch zu retten ist.

ohne Rechtsbruch begangen zu haben. Die Betriebsräte stehen jetzt in Verhandlungen mit der Geschäftsführung um den Sozialplan schriftlich festzulegen und zu retten, was noch zu retten ist.

Was die IGM und Betriebsräte in den letzten Tagen falsch gemacht haben, z.B. die Belegschaft aktiv in den Kampf einzubeziehen (Streik in der kritischen Phase, Sternmarsch aller Hüttenarbeiter an den Verhandlungsort der Einigungsstelle usw.) muß man erst aufarbeiten.

Es kommen jeden Tag noch verstärkte Informationen ans Tageslicht. Es wird noch einige Zeit dauern, bis man sich ein richtiges Bild machen kann.

Vielleicht ist es dann aber zu spät, denn die nächsten Erpresserversuche stehen schon vor der Tür.

(Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus „Revier“ 12/83)



REVIER-Verlag:

„Stacheldraht, mit Tod geladen, ist um unsere Welt gespannt...“ Diskussionsbeitrag zur Perspektive der Friedensbewegung

Aus dem Inhalt:  
- Hände hoch! Überfall!  
- NATO-Land ist überall!  
- Von der Anti-Raketen-Bewegung zur Friedensbewegung  
- 60 Jahre realer Sozialismus  
64 S., 4,- DM + 1 DM Versand

„Paß mal auf, liebe Sonne“ Argumente gegen faule Kompromisse im Kampf um die 35-Stunden-Woche  
44 S., 3,- DM + 50 Versand

„Weniger wäre mehr“ Argumentationshilfe mit Grafiken etc. zur Diskussion um die 35-Stunden-Woche  
40 S., 2,50 DM + 50 Versand

„Die schwierige Solidarität“ Gewerkschaftspolitik zwischen Boom und Krise  
400 S., 28,- DM + 2,- Versand

„Erkundungen“ 29 Berichte, Reportagen, Interviews aus (dem) Revier  
150 S., 14,- DM + 1,- Versand

„Stahikrise - Regionalkrise“ Ursachen, Verlauf und regionale Auswirkungen  
240 S., 14 DM + 1,- Versand

REVIER - Zeitschrift für sozialistische Betriebsrat und Gewerkschaftsarbeit  
Dezember-Schwerpunktthemen:  
- Wohin rollt die Autoindustrie?  
- Die Erpressung - Arbed Saarstahl  
- Gewerkschaftstage (IGM + Drupa)  
- Frühverrentung - Gespräch mit Betroffenen  
- Sozialhilfe - Erläuterungen von Vera Becker  
- Kurzberichte: AG-Weiser, GHH, Opel, Klöckner, Graetz u.a.

Einzelheft: 3,- DM, Jahresabo 36 DM zu beziehen über:  
REVIER-Verlag, Siegrstr. 15, 4100 Duisburg, Tel.0203/ 340083

Einzelheft: 3,- DM, Jahresabo 36 DM zu beziehen über:  
REVIER-Verlag, Siegrstr. 15, 4100 Duisburg, Tel.0203/ 340083

Winterschulung des KB Baden-Württemberg vom 5. - 8. Januar 84  
Auf dieser Schulung wollen wir zum einen die Krise in der BRD und die Krisenstrategien des Kapitals (neue Technologien/Rationalisierungen, neue Arbeitszeiteinheiten etc.) diskutieren und die ökonomischen Konsequenzen des NATO-Hochrüstungskurses herausarbeiten: ständige Eingriffe in die Wirtschaft, um sie Rüstungsanforderungen anzupassen, womit die „normalen“ Krisenfolgen nochmals drastisch verschärft werden; Finanzierung durch sozialen Kahlschlag; und gesellschaftspolitische Folgen dieser Entwicklungen, insbesondere auch für die Frauen.

Der zweite Teil der Schulung soll sich mit gewerkschaftlichen und reformistischen Gegenstrategien (35-Stundenwoche, Investitionsprogramme...) beschäftigen, den Stand der Bewegung in den Betrieben kritisch beleuchten und die Antikriegsdiskussion im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich (Gewerkschaftsbeschlüsse, Rüstungskoproduktionsforderungen, betriebliche Friedensinitiativen) untersuchen, um gegenüber der Hegemonie sozialdemokratischer Konzepte in diesem Bereich Positionen der radikalen Linken formulieren zu helfen.

Die Schulung beginnt am Abend des 5.1. auf einer Hütte im Odenwald. (Übernachungskosten 13DM/Nacht, Verpflegung (kollektive Selbstversorgung) miteinbehalten). Eine Materialmappe mit „Pflichtlektüre“ und Hintergrundmaterial für die Teilnehmer/innen wird ab ca. Mitte Dezember befreit sein. Anmeldung schriftlich über KB/Gruppe Freiburg, c/o Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg. (Bitte 5 DM in Briefmarken oder bar für die Materialmappe beilegen).





## 1. Mehr Datenschutz durch die PK?

Die Karte sei nur ein, auch unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten, verbesserter Ausweis, sagen die Befürworter/innen der PK. Sie enthalte nur Name, Geburtsdatum, Adresse, keine Hinweise mehr wie noch der alte Personalausweis auf „unveränderliche persönliche Kennzeichen“, keinen „Säuerbalken“, keine sonstigen Vermerke, auch nicht die als verfassungswidrig eingestufte Personen-Kennziffer früherer Entwürfe. Die Benutzung der Karte zur Anlage oder Erschließung von Dateien sei lt. dem neuen Personalausweisgesetz verboten, außer „für Zwecke der Grenzkontrolle und der Fahndung aus Gründen der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr durch die hierfür zuständigen Behörden“, versteht sich und selbstverständlich auch nicht für die „zuständigen örtlichen Personalausweisbehörden“. Bundes- und Landesdatenschutzbehörden hätten zugestimmt.

Tatsächlich ist die PK (samt den dazugehörigen Lesegeräten) für sich genommen nicht mehr und nicht weniger als ein rationalisierter Personalausweis, der weniger sichtbare Daten enthält als der alte Personalausweis. Tatsächlich geschieht bei Kontrollen „nichts“, was nicht auch jetzt schon passiert“, wie „Die Polizei“ (12/83) formuliert, außer daß es maschinell geschieht. Insofern ist die PK (samt Lesegeräten) zunächst nichts anderes als ein automatisiertes Erfassungssystem und Eingabesystem, das Kontrollvorgänge beschleunigt.

Die eigentliche Brisanz der PK liegt — insofern ähnlich wie bei der Volkszählung — in ihrer Koppelung mit dem Unterbau staatlicher Verwaltungsaufbau mit Polizei- und sonstigen Behörden, die in den letzten Jahren in gigantischem Ausmaß betrieben wurde. Die Einführung der PK als Erfassungssystem ist nur die aktuelle Spitze dieser Entwicklung: Zwar wird auf der PK tatsächlich keine Personenkennziffer als erkennbare Laufnummer einer Person geführt, dafür wirken aber die Kombination von Name, Geburtsdatum, Adresse, ergänzend auch noch die ersten vier Stellen der Seriennummer der PK als Erkennungsmerkmal für die ausstellende Behörde, als vollkommen ausreichender Ersatz für eine solche Personenkennziffer. Dieser Ersatz figuriert unter dem Begriff „Ordnungsmerkmal“ (OM), über das eine hundertprozentige Identifizierung einer Person und Zuordnung ihrer weiteren Personendaten möglich ist. Mittels dieses OM ist die PK nicht nur der Schlüssel zu den Polizei-Dateien, sondern darüber hinaus auch für die automatisierten kommunalen Einwohnerdatenbanken, hierarchisch gegliedert über zentrale Landesdatenbanken bis zu einzelnen kommunalen Ämtern, die bereits seit längerem nach demselben OM normiert sind und ihrerseits wiederum Drehpunkt eines behördlichen Daten-Netzes sind, das eben dieser Normierung gegenwärtig mit Macht angepaßt wird.

# Fahrplan für eine Kampagne Gegen Personalkarte und Erfassungsstaat

Ab 1.11.84 soll die maschinenlesbare Personalkarte (PK) anstelle des jetzt gültigen Personalausweises eingeführt werden. Ein entsprechendes Bundesrahmengesetz samt Ausführungsbestimmungen dazu liegt verabschiedet vor; entsprechende Länderausführungsgesetze und Länderausführungsbestimmungen müssen (bis auf Baden-Württemberg) noch verabschiedet werden.

Ander als bei der Volkszählung, die allein durch die Fülle der sich abgeforderten Daten, das beachtliche Eindringen der Zähler/innen in die privaten Haushalte und einen gemeinsamen Zählungs-Stichtag das Ausmaß der Volkszählung sehr sinnlich erfahrbar machte, ist an der maschinenlesbaren Personalkarte selbst ihre Gefährlichkeit nicht erkennbar und schon gar nicht direkt sinnlich erfahrbar.

Darüber hinaus gibt es keinen Erfassungstakt, an dem alle Ausweise durch die neuen Karten ausgetauscht würden, sondern die Einführung erfolgt entsprechend dem neuen Personalausweis-Rahmengesetz in einem Zeitraum von fünf Jahren entsprechend der jeweiligen Gültigkeitsdauer der jetzigen Personalausweise; zudem auch noch aufgrund der Rahmenrechtsregelung in den aus anderen Fällen schon bekannten Differenzierungen der Länderausführungsgesetze.

Mehr noch: gewitzigt aus den Erfahrungen mit dem Volkszählungsboykott, dessen Heftigkeit sie nach eigenen Angaben überrascht habe, entwickeln die Betreiber der Personalkarten-Einführung über diese auf Unterbrechung kollektiven Widerstands zielende Einführungsstrategie hinaus weit im Vorfeld eine propagandistische Verharmlosungskampagne, in der die PK als schlichte Rationalisierung des Personalausweises hingestellt und jeglicher Zusammenhang der PK als neues Erfassungssystem mit der Automation staatlicher Verwaltung, vor allem der Schiene Meldeweise-Polizei, geleugnet wird.

Diese Verdummungskampagne zielt auf die „naiven Deutschen“, die glauben „nichts zu verbergen“ zu haben und denen mit Einführung der PK mehr Sicherheit durch größere Effektivität der Terrorismus- und Verbrechenskämpfung sowie die Vereinfachung des Umgangs mit den Behörden versprochen, ja sogar ein größerer Datenschutz suggeriert wird, da die Karte weniger Daten enthalte als der bisherige Ausweis. Obwohl platt und verlogen, darf die Wirkung dieser Kampagne nicht unterschätzt werden. Soll der Widerstand gegen die Einführung der PK und den drohenden Erfassungsstaat 1984 auch nur annähernd vergleichbare Dimensionen erreichen wie bei der Volkszählung, so muß die Linke angesichts der Schwierigkeit der Materie ihrerseits ebenfalls weit im Vorfeld des Einführungstaktes mit einer Aufklärungskampagne beginnen, die Punkt für Punkt den Beweis antritt, daß die Einführung der PK eine Volkszählung in Permanenz bedeutet und noch wesentlich tiefer in Individualität und -recht der Einzelnen — sowie ganzer Bevölkerungsgruppen — eindringt als die Volkszählung es vermocht hätte. Dann wird sich vielleicht zeigen, daß weit mehr Menschen weit mehr zu verbergen haben als sie zunächst glaubten.

schweigen von bereits erfaßten Fahndungsobjekten sowie ganzen Gruppen, eröffnet. Zu den technischen Details ist bereits einiges veröffentlicht (siehe auch AK 232). Soll allerdings der Behauptung der Betreiber, an eine Erschließung von Dateien außerhalb der Polizei-Systeme sei nicht gedacht und sie sei auch wegen mangelnder Kompatibilität (Vergleichbarkeit) der kommunalen Systeme nicht möglich, mit Tatsachen und nicht nur mit Befürchtungen entgegengesetzt werden, müssen zur Schiene Polizei/Einwohnerdaten-Banken und insbesondere Einwohnerdaten-Banken/kommunale Verwaltungsautomation noch reichlich Fakten geliefert werden. (In Hamburg wurde eine entsprechende Arbeit jetzt gestartet — siehe nebenstehenden Kasten.)

Sind diese technischen Möglichkeiten erst einmal installiert, verläßt Datenschutz vollends zur Farce. Da Behörden der „Strafverfolgung“ und der „Gefahrenabwehr“ eh von den datenschutzrechtlichen Einschränkungen des neuen Personalausweisgesetzes (wie

System xyz entweder per Programm oder Einzelerfassung befohlen werden muß und nicht aus Versehen passiert.

Aber wer ist in der Lage zu prüfen, ob das auch geschieht? Die Betroffenen? Eh nicht! Die Datenschützer sind zu mehr als Stichproben weder politisch berechtigt noch von ihrer Sachkenntnis und Kapazität her in der Lage. Bleibt die Kontrolle der Maschinen-Protokolle durch die Behörden selbst. Da bedarf es schon eines bemerkenswerten Vertrauens in demokratische Arbeitsmethoden und Absichten der Staatsorgane und ihrer Behörden, in solcherart Kontrollmöglichkeiten der Behörden durch sich selbst einen Fortschritt zu sehen. Worin auch wäre dieses Vertrauen bei der Geschichte deutscher Ämter begründet? Haben nicht die Vorläufer des heutigen automatisierten Melde- und Verwaltungswesens in Zusammenarbeit mit der Polizei, GeStaPo, SS schon einmal in der deutschen Geschichte, als sie technisch noch in den Katasterschuhen steckten, das Instrumentarium für die gezielte Selektion der Juden und anderer mißliebiger Minderheiten geliefert? Und sind nicht auch heute schon wieder Millionen Menschen in den Speichern der Geheimdienste und der Polizei? Angesichts solcher Tatsachen ist nicht Vertrauen, sondern Mißtrauen erste Bürgerpflicht.

## 2. „Fälschungssicherheit“ — Reaktion auf den Terrorismus?

Die neue Form der Personalkarte sei notwendig geworden, um Fälschungen seitens des internationalen Terrorismus zu verhindern, heißt es. Das mag 1977 tatsächlich in einigen Köpfen der mittleren Partei- und Behördenetagen eine gewisse Rolle gespielt, vielleicht sogar die Diskussion bestimmt haben. Tatsächlich ist die Einleitung von Schritten zur Automation der inneren Verwaltung, einschließlich der Planung der Einführung eines Personenkennzeichens samt automatischer Erfassungssysteme wesentlich älter als der Terrorismus, der bekanntlich 1972 bis 1977 seine Hochphase hatte.

Nicht anders als das gesamte „Programm Innere Sicherheit“, mit dem die SPD 1969 antrat, ist auch das Programm zur Automation und Effektivierung des Verwaltungswesens ein Produkt der politischen Erschütterung der BRD (im europäischen Kontext) durch die Krisen 66/67 und die ihr folgenden Studentenunruhen: Franz Mal '68, „heißer Herbst“ in Italien '69, Osterunruhen und Anti-Vietnamkriegs-Bewegung 68/69 in der BRD, um nur ein paar Stichworte zu nennen. Die Reform der Inneren Sicherheit (EDV-Hochrüstung der „Sicherheit-

organe“, personelle Aufrüstung, Schaffung neuer Polizeibefugnisse in Form von geheimen Sonderkommandos usw.) ist zusammen mit der Reform der inneren Verwaltung Bestandteil eines Gesamtkonzepts der damaligen SPD gewesen, das nach den Erfahrungen von 68/69 auf Re-Stabilisierung sowie mit Blick auf zukünftige Auseinandersetzungen auf Rationalisierung und Effektivierung des staatlichen Herrschaftsapparats zielte. Neben der Polizei gehört dazu eben auch die innere Verwaltung. Seitdem betreibt die „Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung“ (KGSt) die systematische Durchforstung des Behördenlabyrinths sowie der kommunalen Verwaltungsstrukturen mit dem besonderen Auftrag ihrer zügigen und gründlichen EDV-mäßigen Automation.

Parallel zum „Programm Innere Sicherheit, Teil I“ lagen bereits 1972 erste auf umfangreichen Untersuchungen und ersten Erfahrungen basierende Richtlinien für die weitere Automatisierung des Verwaltungswesens vor, einschließlich Plänen zur Einführung von Personenkennziffern. Die heutigen Vorstellungen zur PK gehen zurück auf Diskussionen und Projekte der KGSt nach Ablehnung der Personenkennziffer bei der ersten Vorlage eines Bundesrahmengesetzes 1977.

Wie leicht erkennbar, kreuzen Entstehungs-, Hoch- und Tiefphasen des Terrorismus nur zufällig die relativ stetige Entwicklungslinie der Automation im Melde- und Verwaltungswesen. Die angebliche „Fälschungssicherheit“ ist lediglich der Vorwand, der bei öffentlicher Vorstellung der Pläne am 1977 am billigsten zu haben war, um von seinem eigentlichen Charakter, der Maschinenlesbarkeit, mit der ja immerhin das Verbot einer Personenkennziffer umgangen wird, zu verschleiern.

In diesem Zusammenhang muß auch der Interpretation entgegengetreten werden, die SPD-Regierung sei von diesem Automatisierungs-Prozess lediglich überrollt worden. Nein, sie hat vielmehr den allgemeinen Entwicklungsprozeß, wie er in der „Wirtschaft“ begonnen hatte, bewußt und gezielt für die Effektivierung von Polizei und Verwaltung nutzbar gemacht. Was Zimmermann heute in Sachen Einführung der PK fordert, geht bruchlos aus dieser SPD-Politik hervor. Sollte die SPD in ihrer neuen Oppositionsrolle auf die — nach den Erfahrungen in der Friedensbewegung nabeliegende und sich auch durchaus schon abzeichnende — Idee kommen, ihre Politik nachträglich zu einem Irrtum zu erklären, dann sollte ihr die Korrektur nicht zu leicht gemacht werden.

Kommt schließlich in Sachen „Fälschungssicherheit“ noch hinzu, daß

selbstverständlich gerade die — ach so gefährliche — „organisierte Kriminalität“ lt. Polizei-Definition international organisiert ist und sich insofern wohl mit Leichtigkeit mit ausländischen Dokumenten ausstatten kann — insbesondere, wenn's wie beim Drogenhandel in die höheren Etagen geht. Ähnliches — abgesehen vom Drogenhandel — dürfte für die wenigen noch aktiven westdeutschen Terrorist/innen gelten.

## 3. Mehr Sicherheit durch größere Fahndungseffektivität gegenüber Kriminellen (und Terroristen)?

Tatsächlich: die Einführung der PK würde die Effektivität der Fahndung nach gesuchten Personen an Grenzübergängen und bei sonstigen ständigen oder aktuell eingerichteten polizeilichen Kontrollstellen spürbar erhöhen. — Aber wen trifft's?

Dem/r einzelnen Kriminellen wird sicher, sofern er/sie polizeibekannt ist, das Untertauchen erschwert, sofern er/sie sich der Fahndung nicht durch falsche Papiere entziehen kann. Das gleiche gilt für evtl. Terrorist/innen. „Die“ Kriminalität jedoch dürfte auch nach evtl. Einführung der PK kaum zurückgehen, da Diebe, Vergewaltiger, Raubmörder u.a.m. in der Regel nicht ihren Pass vorzeigen, bevor sie zuschlagen. Ähnlich gilt das natürlich auch für mögliche Aktionen von Terrorist/innen.

Effektivität dagegen kann die Einführung des PK-Systems im Rahmen des ganzen Erfassungs-Hintergrunds gegenüber denen haben, die eben ihren Ausweis gemeinhin treudoof vorlegen, d.h. gegenüber den normal registrierten Bürgern — egal auf welcher Stufenleiter der Politisierung.

Erste Stufe ist die mögliche Anlage von vollständigen Bewegungs- und Charakterbildern einzelner Personen, die — aus welchem Grunde auch immer — polizeiliches Objekt der sog.

„beobachtenden Fahndung“ (BeFa) werden. Methode: automatische Protokollierung aller Kontrollabfragen, gezielte Fahndungsabfrage bei der zuständigen Einwohnerdaten-Bank.

Zweite Stufe ist die mögliche Anlage von Bewegungsbildern ganzer Gruppen von Menschen: Minderheiten jeder Art — von sozialen über ethnischen zu kulturellen bis zu politischen Gruppen. Ergebnis: die Anlage von Kriminalgeografien, die die präventiven Eingriffsmöglichkeiten des Staates gegen diese oder jene Minderheit erheblich erhöhen. Methode: automatische Protokollierung bestimmter Kontrollen, gezielte Fahndungsabfragen bei zuständigen Einwohnerdaten-Banken, Rasterfahndungsabgleiche, vermittelt über die Einwohnerdaten-Banken.

Dritte Stufe ist die mögliche Durchleuchtung des sozialen Alltags der Durchschnittsbürger. Stichwort: Normierung und Selektion im Interesse sozialer Sparmaßnahmen, d.h. einer effektiveren Verwaltung der Armut auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Methoden: gezielte Büro-Personenfahndung im Verwaltungsbereich, mittels des Ordnungsmerkmals (OM), um verstreute, eine Person betreffende Daten zu einer Information zu koppeln; Büro-Rasterfahndung nach bestimmten Merkmalen zur Erfassung von bestimmten Gruppen; Erstellung eines allgemeinen statistischen sozial-geografischen Atlanten durch entsprechende statistische Massenauswertungen. Ergebnis: die vielen kleinen Alltags-Tricks, Unregelmäßigkeiten und individuellen Sonderwege, die mancher/m heute das Leben auf Staatskosten verrückt, mancher/m erst ermöglicht, werden wegrationalisiert, soziale Leistungen nach unten nivelliert etc. und zugleich diejenigen erfaßt, die aus sozial-geografischen Erwägungen für polizeiliche „Behandlung“ vorzumerken sind.

Auch ohne Einführung der PK geht die Entwicklung staatlicher Verwaltungsaufbau in diese Richtung. Mit Einführung der PK würden aber eben darüber hinaus die allgemeinen Möglichkeiten der Datensammlungen, -abgleiche usw. jederzeit in Sekundenbruchteilen individuell mobilisierbar. Praktisch bedeutet das, daß den „Sicherheitsorganen“ von ihnen für nötig gehaltenen personenbezogene Daten über jede beliebige Person oder Gruppe jederzeit zur Verfügung stehen, ohne daß die zentralen Polizei-Rechner damit vollgestopft werden müßten. Dies ist wahrlich eine Effektivierung der Fahndung — allerdings nicht im Interesse der Bürger, sondern einer Polizei, die als Spinne im Netz mehr und mehr alle gesellschaftlichen Bereiche erfaßt.

Fortsetzung nächste Seite



Mit Einführung der PK als Erfassungssystem wird dieser Normierungsprozeß entlang der OM erheblich beschleunigt, effektiviert und in der Verknüpfung für die anfragenden Stellen in wachsendem Maße nutzbar. In der Einführung der PK drückt sich somit die Zuspitzung einer ohnehin stattfindenden technischen Gleichschaltung (im wahrsten, nicht einmal nur im übertragenen Wortsinne wie bei den Nazis) der diversen staatlichen Informations-Systeme aus, die gestützt auf die zentralen Einwohnerdatenbanken der Länder technisch die Möglichkeit der Durchleuchtung von „unbescholtenen“ Individuen, ganz zu

übrigens auch der Meldesetze u.a.m.) ausgenommen sind, bleibt ohnehin nur die Kontrolle der nicht durch dieses Gesetz geregelten Datenflüsse zwischen Polizei und sonstigen Behörden, insbesondere den kommunalen Datenbanken. Hierzu gibt es aus Kreisen der Datenschützer die Position, daß die Automation der Verwaltung durch Ausschaltung bisher üblicher „Unregelmäßigkeiten“ des Handbetriebs auch die technische Kontrollierbarkeit der Datenflüsse erhöhe. Das trifft insoweit zu, daß technisch jeder Datentransfer als „Vorgang“ protokolliert, d.h. automatisch festgehalten werden kann, weil jeder Transfer im



Fortsetzung von vorheriger Seite

#### 4. Entbürokratisierung und „weniger Staat“ durch Verwaltungsvereinfachung?

Allerdings, die Benutzung der PK könnte den Verkehr zwischen Bürger und Verwaltung vereinfachen, indem durch Quer- und technische Gleichschaltung der verschiedenen Ämter Schreib- und Antragsaufwendungen üblicher Art reduziert werden. Auch wäre die PK praktischer als der Personalausweis, weil leichter, abwaschbar, kleiner u.a.m. Insofern mag manche/r wirklich eine Entbürokratisierung erwarten.

Nichtsdessen ungeachtet ist absehbar, daß eine solche Entbürokratisierung auf Dauer dem Staat zu effektiver Kontrolle, den Bürgern aber nicht zu mehr Freiheit verhelfen würde. Schon jetzt ist von den Betreibern klargestellt, daß die PK auch im privaten Verkehr Einzug halten soll, vor allem im Bereich betrieblicher Überwachungs- und Sicherungssysteme, wo schon heute vergleichbare Karten benutzt werden, die durch die PK leicht und effektiv zu ersetzen sind. Es folgen außerdem der Bankverkehr, öffentliche Dienstleistungen u.a.m. Aus der Erleichterung des Umgangs mit dem Staat von unten

#### 5.) Verpflichtung durch Europa-Konvention?

Es gibt eine Empfehlung des Ministerrats des Europarats von September 1977 zur Einführung eines „fälschungssicheren“ Ausweises nach einheitlichem Muster, sowie eine Empfehlung der internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), einer Unterorganisation der UNO, vom November 1978, eine elektronisch lesbare PK einzuführen. Diese Empfehlungen sind offenbar von anderen europäischen Staaten nicht angenommen worden, jedenfalls offiziell nicht. In Frankreich sogar begleitet von einer explizit antifaschistischen Argumentation, daß Mißbrauch durch entsprechende Regimes nicht auszuschließen sei. In England gibt es nicht einmal ein dem (west)deutschen vergleichbares Meldewesen, infolgedessen auch kein vergleichbares Personalausweis(un)wesen. Die Niederländer haben keine Personalausweise. Das soll so bleiben. Ebenso in Belgien. Die Schweiz hat eine Personalkarte, die aber nicht computerlesbar ist. Österreich will bei dem herkömmlichen Ausweis bleiben. Italien hat von der geplanten Einführung einer PK aufgrund innerer Wirren Abstand genommen. Schweden hat zwar keine Personalausweise, dafür aber im Führerschein eine zehnstellige Personennummer. Kurz: von einer Verpflichtung, die aus

### Am 1. April 1984: Auf zum „Bundeswaschtag“ und zur „Aktion Schlange“

Ausgehend von dem Kölner Kongreß „Vor den Toren von Babylon“ vom 28.-30.10.83 trafen sich am 3./4.12. in Köln Vertreter/innen mehrerer Initiativen, Gruppen und Organisationen, um den von dem Kölner Kongreß beschlossenen Aufruf für eine Kampagne gegen die Einführung der PK zu präzisieren und die anlaufende Kampagne zu koordinieren. Anwesend waren: Büro Petra Weiß/Hamburg; FORBIT e.V./Hamburg; AG Computer & Medien/GRÜNE im Bundestag; Kölner Vorbereitungsgruppe des Babylon-Kongresses; AK-Datenschutz/Hamm; Erfassungsschutz AG/Gießen; Kommunistischer Bund; AG Demokratie und Recht/GAL Hamburg; HH-Vobo-Nachfolgegruppe; AG Datenschutz der AL/Westberlin.

Das nächste Treffen soll, mit allseits erhoffter breiterer Beteiligung weiterer Gruppen, am 21./22.1.84 in Gießen stattfinden.

Als Vorschlag für die Kampagne wurde folgender vorläufiger Fahrplan aufgestellt: Silvester 83/84: Aufruf zu dezentralen phantasievollen Aktionen zur Begrüßung des ORWELL-Jahres; ab 1.1.84 Beginn des öffentlichen Countdowns zum 1.4.84 unter der Parole: „noch 91 ... (90,89,88 usw.)... Tage bis zum Bundeswaschtag.“ Erste Gelegenheit, den Countdown zu beginnen, können die Aktionen zum 1.1. sein; am 18./19.2.84 (oder am 3./4.3.84) findet ein weiterer Arbeitskongreß zu Neuen Medien, Automation und Überwachungsstaat unter besonderer Berücksichtigung des praktischen Nutzens für die anlaufende Kampagne gegen die Personalkarte statt, Ort: Gießen;

der 1. April wird zum „Bundeswaschtag“ erklärt, an dem alle Personalausweise kollektiv gesäubert werden sollen; ab 2. April beginnt die „Aktion Schlange“, in deren Verlauf gütige, aber auf verschiedene Weise unbrauchbar gewordene Personalausweise auf Orts- und Meldedatenerneuerung abgegeben und die Ausgabe neuer (alter) Personalausweise beantragt werden soll. Ziel der Aktion soll sein: 1) einen ersten Kri-

stallisationspunkt für einen kollektiven Widerstand zu setzen, 2) eine technische Störung der Einführungsstrategie zu versuchen, 3) demonstrative Öffentlichkeitsarbeit zu machen, 4) aufs Differenzierte auf das Amtspersonal einzuwirken. Dementsprechend sollen die — örtlich organisierten — Aktionen erstmals gemeinsam am 2.4. demonstrativ und kollektiv, verbunden mit Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen aller Art beginnen. So weit möglich, soll die Aktion an den nächsten Tagen und Wochen fortgeführt, mindestens aber an bestimmten Tagen im April wiederholt werden. Das hängt je wohl auch von den jeweiligen örtlichen Bedingungen ab; am 27.4. wird die von den Anti-Kabel-Gruppen geplante „ORWELL-Woche“ beginnen, die u.a. „Datenschutz“-Anfragen an verschiedene Behörden mobilisieren soll, nach dem Motto: „Welche Daten sind warum über mich zu welchem Zweck gespeichert?“ (z.B. Schufa, BKA, Einwohnermeldeamt, Arbeitsamt etc.); am 1.5.84 Beteiligung an Mai-Kundgebungen zum Ausklang der ORWELL-Woche, insbesondere mit dem Versuch, die Themen PK und betriebliche Überwachungssysteme zu koppeln; laßt man Beendigung der „Aktion Schlange“ soll ein Auswertungstreffen stattfinden, wo auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen über weitere Aktionen beraten werden soll. Im Vorfeld der April-Aktionen sollen Anstrengungen für Untersuchungs- und Öffentlichkeitsarbeit unternommen werden, um der Propaganda-Kampagne des BMI entgegenwirken zu können und für den 1.4. zu mobilisieren. Besonderer Gegenstand von Untersuchung wird die Wirkung der PK im Rahmen der forcierten Automation kommunaler Verwaltung sein. Nach langem bürokratischem Gezappel der hamburger LandesGRÜNEN in der GAL wird von den BundesGRÜNEN dazu inzwischen ein vom hamburger Wissenschaftsforum FORBIT zu erstellendes PILOT-Projekt am Beispiel Hamburg finanziert. Es soll anwen-

dungsbezogen der Entwicklung der Kampagne und der Arbeit von Initiativen unmittelbar zugute kommen. Über das Büro Petra Weiß wird aus Hamburg eine Broschüre mit aktuellem INFO-Material zur PK zur Verfügung gestellt, die demnächst über den alten Vobo-Verteiler verschickt werden soll. Ebenfalls über das Büro Petra Weiß soll zwecks Koordination, Informationsaustausch und Stärkung der Initiativen-Infra-Struktur ein mehr oder weniger regelmäßiges INFO verbreitet werden. Die GRÜNEN im Bundestag sowie die GAL/Hamburg und AL/Westberlin wollen die AL-Aktionen durch entsprechende parlamentarische Aktivitäten auf Bundes- sowie Länderebene so begleiten (Gesetzentwurf gegen das neue Personalausweisgesetz, Große Anfrage), daß sie die Mobilisierung unterstützen. (Weitere Einzelheiten entnehmen frau/man bitte dem Protokoll des Kölner Treffens, das über das Büro P. Weiß, Thadenstr. 130, 2 HH 90, oder notfalls über mich, zu beziehen ist). F., 15.12.83

#### Literatur:

Neuere AK-Artikel zum Thema  
AK 239: Kongreß „Ratschlag gegen die 'schöne neue Welt'“ beschließt: Kampagne gegen die Einführung der computerlesbaren Personalkarte  
AK 232: Neuer Personalausweis — Schlüssel zum Computerstaat? (2.5.83)  
AK 232: Betrifft Volkszählung: Fakten zur Verdrehung der Republik (5.4.83)  
AK 231: Gezählt wird nicht, die Volkszählung wird zum Flakko: Thesen, Artikel und Interview zur Volkszählung  
Zum Einsparen  
Totale Überwachung, der neue Personalausweis. Broschüre der AG-Datenschutz der AL/WBln. (kostenlos zu beziehen über AL-Büro, Badensche Str. 29, 1-WBln 51)  
Nico Hardmann, Überwachung total: Der neue Personalausweis, Verlag die Werkstatt, Oktober '83



Direkte, blitzschnelle Verbindung von jedem Peterwagen ...



... zum BKA-Computer.

wird somit flugs eine Erleichterung der allseitigen Kontrolle von oben, die befürchtete totale Erfassung und der allgegenwärtige Staat. Die PK bliebe nach ihrer Einführung zudem mit Sicherheit nicht nur im übertragenen Sinne der Schlüssel zum Erfassungsstaat, sondern würde sich zu einem unverzichtbaren realen Schlüssel alltäglicher Verrichtungen am Arbeitsplatz wie im Freizeitbereich entwickeln: ohne PK bist du nicht mehr identifizierbar und damit geschäfts- und bewegungsunfähig. Dies ist zwar gegenwärtig politisch noch eine Utopie, technisch allerdings ist diese Entwicklung möglich und auch gewollt. Und was technisch möglich ist, das wird von entsprechenden Kräften auch politisch angestrebt werden, allen voran Leute wie Zimmermann, Strauß und Co.

Man muß in diesem Zusammenhang wohl auch daran erinnern, daß diese innenpolitischen Entwicklungen im Zusammenhang der globalen Krisen- und Vorkriegspolitik der BRD stehen. Auch hier wird der Nutzen der PK und ihres Hintergrunds für ihre Betreiber offensichtlich: u.a. Effektivierung der Wehr- und Zivildienstverfassung bei gleichzeitiger Aussonderung präventiv gespekter potentieller Störer.

einheitlichen Plänen im europäischen Rahmen resultieren könnte, kann nicht die Rede sein. (Es wäre allerdings interessant, dies weiter aufzuarbeiten).

Bemerkenswert ist Zimmermanns Hinweis auf die Effektivierung der Grenzüberwachung — während gleichzeitig mindestens im Rahmen der EO über die Verwandlung der Grenzen in grüne Grenzen verhandelt wird. Das kann nur zweierlei heißen: entweder das Bundesinnenministerium spinnt oder ihr gegenwärtiger Chef denkt Deutschland schon wieder einmal in den Grenzen Europas nach dem Motto: am deutschen (Paß)wesen soll die Welt genesen.

#### Was nun, was tun?

Kommt schließlich das Argument: „Was soll man machen?“ Dazu ist in aller Bescheidenheit anzumerken: der Kampf gegen die Einführung der PK und den Erfassungsstaat ist ein Abwehrkampf. Jede Vorstellung etwa dergestalt, daß nach hoffentlich verhinderteter Einführung der PK die Gefahr des Überwachungsstaats gebannt sei, wäre Illusionsmacherei. Insofern ist es richtig, praktisch eine Kampagne gegen die

neuer (alter) Personalausweise beantragt werden soll. Ziel der Aktion soll sein: 1) einen ersten Kri-

stallisationspunkt für einen kollektiven Widerstand zu setzen, 2) eine technische Störung der Einführungsstrategie zu versuchen, 3) demonstrative Öffentlichkeitsarbeit zu machen, 4) aufs Differenzierte auf das Amtspersonal einzuwirken.

Einführung der PK als aktuellem Ausdruck dieser Entwicklung zu entfalten. Die unmittelbare Forderung dazu lautet: Sofortiger Stop aller Vorbereitungen und Außerkraftsetzung des neuen Personalausweisgesetzes! Dies dürfte sicher der breiteste demokratische Konsens in der Sache sein. Es wäre aber fatal, den Inhalt der Kampagne in dieser Weise auf die PK selbst zu begrenzen. Wir stimmen damit überein, was die AG Demokratie und Recht der GAL/HH dazu in einer Erklärung zur PK am 18.8.83 formulierte: Mit der Verhinderung der Einführung der PK ist es allerdings nicht getan: es müssen zugleich und darüberhinaus juristische und politische Schritte auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene unternommen werden gegen die einzelnen Teile des in den letzten Jahren aufgebauten Kontroll- und Überwachungssystems selbst, dessen Existenz erst die Voraussetzung dafür ist, daß die PK als Schlüssel zum Kontrollstaat wirksam werden kann. Es sind dies im wesentlichen:

- die unkontrollierbaren, ständig weiter ausgebauten Informationssysteme und Datensammlungen von Polizei und sonstigen „Sicherheitsorganen“, sowie deren Verbund, insbesondere Koppelung zwischen Geheimdiensten und Polizei;
- die wachsende Verkopplung zwischen privaten (z.B. Schufa) und betrieblichen (Polisy, PIS etc.) und staatlichen Informationssystemen;
- die beabsichtigte technische Großvernetzung der Systeme mittels Einführung zentraler automatischer Einwohnerdatenbanken der Länder;
- die Einrichtung kommunaler Datenzentren mit sog. online-Verbindungen zwischen Polizei, Melde- und sonstigen Behörden sowie privaten Datenbanken — hier in Hamburg z.B. mit Sitz im Polizeipräsidium;
- die rechtliche Absicherung des staatlichen Kontrollanspruchs und der Datenvernetzung u.a. durch
- die neuen Polizeigesetze von 1977
- die neuen Meldegesetze
- das neue Personalausweisgesetz
- die neuen Volkszählungsgesetze

- ein beabsichtigtes neues Amtshilfegesetz (gemeint: die neuen Datenübermittlungs-Verordnungen in Bund und Ländern - AK). Als notwendige Maßnahmen, die zu ergreifen und zu unterstützen seien, werden genannt:
- Datensammlungen der „Sicherheitsorgane“ einzuschränken;
- die Entkopplung betrieblicher, privater und staatlicher Datensysteme zu fördern;
- der beabsichtigten Vernetzung durch BTX und Verkopplung entgegenzutreten;
- die genannten Gesetze und Gesetzesvorhaben unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes einzugrenzen, womöglich zu ändern — oder auch abzuschaffen, wäre zu ergänzen.
- der beabsichtigte Gegenstand kommunaler Bemühungen müsse sein:
- den weiteren Ausbau einer zentralen Einwohnerdatenbank in Hamburg zu unterbinden;
- das kommunale Datenzentrum zu dezentralisieren und den Zugriff der Polizei darauf zu unterbinden.

Nur so kann dem sicher zu erwartenden Versuch begegnet werden, mit geringfügiger technischer oder juristischer Kosmetik dem Widerstand gegen PK und Erfassungsstaat die Spitze abzubreaken. Dies gibt eine Chance die sicher zu erwartenden Versuche abzuwehren, mit geringfügigen technischen oder juristischen Kosmetiken dem Widerstand gegen die PK und den Erfassungsstaat die Spitze abzubreaken. Im übrigen kann über dies hinaus versucht werden, diese Entwicklung in den Rahmen der Vorkriegspolitik zu stellen, wie sie von den BRD-Strategen betrieben wird. Für die Form des Widerstands ist angesichts der bewußt jeden Widerstand individualisierenden Einführungsstrategie die Schaffung von Kristallisationspunkten vorrangig, an denen sich eine kritische Öffentlichkeit und aktiver Widerstand kollektiv entfalten können. (siehe dazu nebenstehenden Kasten).

F. Antifa-Kommision  
KB/Gruppe HH

verdatet, verkabelt, verkauft

verdatet, verkabelt, verkauft

Nein zu  
Personalinformationssystemen



Sie wollen nur  
unser Bestes, aber sie kriegen es nicht

In immer mehr Betrieben werden Datenverarbeitungssysteme eingeführt, die dem Unternehmer die alleinige Verfügungsmacht und den uneingeschränkten Zugriff zu den Daten aller Kolleginnen und Kollegen ermöglichen sollen. Beim Austausch von Erfahrungen ist uns klar geworden, daß unser Widerstand allein im Betrieb nicht ausreicht. Daher haben wir — eine Gruppe von Menschen aus verschiedenen Hamburger Betrieben — eine Veranstaltung in Hamburg zu diesem Thema gemacht, die wir mit dieser Broschüre dokumentieren. Mit Texten aus Science-Fiction-Romanen, Unternehmerzitate, kurzen Sketchen, Video-Filmen, Dias und einer Ausstellung glauben wir, die kommende Entwicklung deutlicher darstellen zu können als durch herkömmliche Podiumsdiskussionen und Referate. Außerdem wollen wir damit anregen, etwas Ähnliches oder vielleicht auch, mit neuen Ideen, etwas ganz anderes zu probieren.

Diese Broschüre ist zu bestellen über:  
Medienpädagogikzentrum Hamburg  
Thadenstr. 130 b  
2000 Hamburg 90  
gegen Vorauszahlung auf das  
Sonderkonto Karsten Groth  
Postfachamt Hamburg  
Nr. 55 78 55-201  
BLZ 200 100 20  
Preis: DM 6,— pro Exemplar  
zusätzlich Porto etc. 10,—  
1 Ex. —,75  
2 Ex. 1,—  
bis 10 Ex. 5,—  
bis 20 Ex. 8,—



# Stichwort: "Computerkriminalität"

Kriminologen in allen westlichen Ländern, voran die USA, wie immer dichtgefolgt von der BRD, machen sich Gedanken über ein neues Phänomen, das sie „Computerkriminalität“ nennen. Man zeigt sich beunruhigt über zunehmende unbefugte Benutzung privater, öffentlicher und staatlicher Systeme für private oder — seltener — politische Zwecke durch ausgeflippte Top-Spezis oder auch Hobby-Bastler von der Art der „hacker“, wie sie der Film „War Games“ anschaulich schildert.

Man macht sich nicht nur Gedanken. Man handelt auch. Das Wort „Sicherheit“ hat in diesem Zusammenhang Hochkonjunktur. Und nicht nur das: In den USA wurde kürzlich der „hacker“ Mark Austin, 19 Jahre alt, verhaftet. Ihm droht eine mehrjährige Gefängnisstrafe nach dem neuen US-„Gesetz gegen Computerkriminalität“. Ähnliche Gesetze sind für die BRD auch in Vorbereitung. Es scheint, als ob auch im Computerzeitalter die „ultima ratio“ der Herrschenden zur Sicherung der Besitzverhältnisse, d.h. aktuell des Computer-Monopols, die Repression oder mindestens ihre exemplarische Vorführung bleibt — eine beruhigende Beobachtung.

## Worum geht's?

Die Entwicklung neuer EDV-gesteuerter Automations-Techniken hat ein Stadium erreicht, indem sie über die massenhafte Durchdringung der Produktion hinaus nunmehr sichtbar auch den sog. tertiären Sektor von Verwaltung und Dienstleistung und zunehmend auch den Konsumtionsbereich erfasst: BTX, Kabelfernsehen, Neue Medien, Home-Computer sind der massenhafte Ausdruck dieses Prozesses. Ungute Erinnerungen an die Einführung des Volks-Empfängers während der Nazi-Zeit werden wach. Mit Recht: die Gesamtentwicklung ist bedrohlich und muß entschieden bekämpft werden, wo ohnehin schon gegebene menschenfeindliche Entwicklungen, Unterdrückung und Ausbeutung auch noch automatisiert und somit effektiviert werden. Diese Erkenntnis und eine dementsprechende Praxis soll hier vorausgesetzt werden.

In Ergänzung dazu muß aber auch gesehen werden, daß eben jene aktuelle Vermassung der Computerisierung zugleich die Störanfälligkeit der automatisierten Systeme erhöht. Das gilt zum einen im technischen Sinne. Das soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Das gilt darüberhinaus für die menschliche Bedienung der Apparate. Mensch könnte sagen: mit zunehmender Vermassung der Computertechnik bis zum Volks-Computer wirkt die soziale Realität wieder als Faktor auf die Entwicklung und Benutzung der Maschinerie. Volks-Computer wirkt die soziale Realität wieder als Faktor auf die Entwicklung und Benutzung der Maschinerie zurück und zwar — aus der Sicht der Herrschenden durchaus beunruhigend — als Störfaktor. Der Begriff „Computerkriminalität“ gibt das zu erkennen. Gemeint ist die unbefugte Benutzung privater oder öffentlicher Systeme zu privaten, ggf. auch politischen Zwecken, die dem Kapitalinteresse an der Computerisierung, der Rationalisierung und Effektivierung von Produktion und Herrschaft im Dienst des Profits, zuwiderlaufen. Dabei ist die Realität dessen, was die Herrschenden unter dem Begriff „Computerkriminalität“ fassen, ebenso vielfältig wie die soziale Realität selbst und entspricht in der Benutzung des Begriffs durchaus den bisher handelsüblichen Kategorien bürgerlicher Kriminologie, wenn auch noch recht vage und ohne ausreichende empirische Grundlagen. Die Hauptpunkte sind danach:

- Wirtschaftskriminalität, dabei speziell die Wirtschaftsspionage, Betriebsespionage u.ä.;
- Programmklau bzw. unberechtigter Handel mit Programmen;
- unberechtigter Daten-Handel;
- florierender Versicherungsbetrug;
- Computermanipulation durch automatisierte Buchhalter/innen oder andere Spezis aus dem Betriebsinneren;
- Computermanipulation von außen (sog. hacker);
- Sabotage;
- politische Enthüllungen oder politische Spionage durch Anzapfen von computerisierten Geheimträgern. Kurz: die Liste enthält die ganze Realität von Konkurrenz- und Klassenkampf.

Unter den aktuellen politischen Bedingungen der USA, mehr noch der BRD, sind die „Sicherungsprobleme“ in Bezug auf computerbezogene Wirtschaftskriminalität, Betriebsespionage, Programmklau usw. zweifellos von

Verbindung oder Netz-Benutzung am eigenen Arbeitsplatz vorausgesetzt. Dabei kann das unbefugte Benutzen von innerhalb und von außerhalb gegebener Systeme geschehen, durch Top-Spezialisten, die ihren gesonderten Interessen aufgrund ihrer Fachkenntnisse nahezu unkontrolliert nachgehen können, ebenso wie durch Hobby-Bastler wie sie der Film „War Games“ — so weit es die technische Seite betrifft — durchaus realistisch zeigt. Der jetzt inhaftierte Mark Austin soll erwisch worden sein, als er Justamente im System der Airforce herum„hackerte“, in der Hoffnung, Geheimdaten zur Raketenaufrüstung der US-Streitkräfte veröffentlicht zu können.

In den USA scheint es bereits Tausende junger Leute zu geben, die sich entweder einfach nur einen technischen Spaß daraus machen, fremde Systeme zu knacken oder dasselbe Spiel mit dem Ziel der Erlangung privater Vorteile, wie Zensuren-Änderung u.ä. betreiben, seltener bisher allerdings mit politischen Absichten zu verbinden trachten. In der BRD steht eine solche Entwicklung erst am Anfang.

Technische Voraussetzungen dafür in den USA ist die offene Vernetzung der Systeme über das allgemein zugängliche Telefon- und Postnetz, das die direkte Verbindung zwischen allen am Fernsprechnetz angeschlossenen Systemen technisch möglich macht. Für die BRD wird erst die Durchführung der geplanten Verkabelung und Einführung von BTX zu einer vergleichbaren Situation führen — dann allerdings in ziemlich Dimensionen.

Zurück zum Kennwort: Das in der Regel hierarchisch organisierte und administrativ verwaltete Kennwort-System ist sozusagen der elektronische Pfortner, mit dem die verschiedenen Systeme sowie innerhalb der Systeme und Dateien die Teil-Systeme und Teildateien gegeneinander abgehortet und Daten vor unbefugtem internen wie ggf. auch externen Zugriff bewahrt werden sollen. Anders als der gute alte Pfortner ist die Kennwort-Erkennung aber in ihrer maschinellen Begrenztheit nicht in der Lage, dem Kennwort eine bestimmte Person unverwechselbar zuzuordnen. D.h., bei Kenntnis der entsprechenden Kennworte kann sie jede/r als Schlüssel für den ungehinderten Zugriff auf entsprechende Daten benutzen — gleich, ob er/sie von außen oder von innen in das betreffende System eindringt.

Hieraus ergeben sich eine Reihe von Handlungs-Möglichkeiten. Um nur ein paar zu nennen:

Hieraus ergeben sich eine Reihe von Handlungs-Möglichkeiten. Um nur ein paar zu nennen:

- Bei Kenntnis des Gesamtprogramms und einer Übersicht über die hierarchisch gegliederten Kennworte von oben sind Top-Spezis in der Lage, Informationen im System „zu verstecken“ bzw. ihm versteckt zu entnehmen;
- bei Kenntnis von Teilprogrammen und erfolgtem Kennwort-Austausch zwischen Kollegen können diese miteinander im Programm umherfahren — soweit ihr (kollektiver) Kennwort reicht;
- bei Kenntnis von Kennworten (sei's durch systematische technische Suche, sei's durch Indiskretion) kann

von außen in Systeme eingestiegen werden — allerdings immer nur für den Geltungsbereich des Kennworts, übergeordnete Hierarchien müssen neu erschlossen werden. ...

Und schließlich ein faszinierender Gedanke: die Funktion des gesamten Kennwort-Systems ist davon abhängig, daß die Kennworte geheimgehalten werden und zwar doppelt: zum einen innerhalb eines jeweiligen Systems (Betrieb, Amt, Polizei) und zum anderen nach außen gegenüber der Öffentlichkeit. Sollte diese Geheimhaltung nicht nur aus Versehen, sondern gezielt aus Disloyalität, oder unter bestimmten Bedingungen gar organisiert, durchbrochen werden, wäre damit die Öffentlichkeit des Datenflusses hergestellt — sozusagen Datenschutz total. Nun ja — unter aktuellen Bedingungen eine Utopie, die allerdings zeigt, wo das Problem der Datensicherung im Kern liegt: nicht in der hardware, nicht in der software, sondern in der ideologischen und politischen Haltung der Menschen, die diese Technologie bedienen.

## Sicherungsmaßnahmen

Im Sinne der Herrschaftssicherung wird damit eine Schwachstelle in der aktuellen technologischen Entwicklung sichtbar, die von den Herrschenden durchaus als Lücke empfunden und um deren Beseitigung sich fieberhaft bemüht wird. Diverse technische Maßnahmen zur Abschottung der Systeme untereinander wurden bereits entwickelt, angefangen bei Methoden des „Zerhackens“ bzw. „Kryptographie“ von Informationen, die durch die öffentlichen Netze geschickt werden. Hierdurch soll der Einstieg von außen verhindert werden. Nun ist allerdings klar: wo es eine technische „Verzerrung“ gibt, da gibt es notwendigerweise auch die Möglichkeit der „Entzerrung“. Das ist dann eine Frage des technischen Aufwands. Desweiteren wurden komplizierte System-Verwaltungsprogramme entwickelt, die der eigentlichen System-Be-Nutzung vorgeschaltet sind und in die hinein schon nur noch mit Kennwort gegangen werden kann. Innerhalb der Systeme wurden elektronische Sperren bei der Kennwort-Erkennung programmiert, die als „Kennwort-Fallen“ unbefugte Eindringlinge abfangen sollen. Viele „hacker“ stolpern heute offenbar leidend über solche Kennwort-Fallen. Darüberhinaus wurden Selbstverwaltungssysteme bei der Kennwort-Vergabe eingeführt. Damit können die jeweiligen Kennwort-Inhaber/innen beim Verdacht, ihr Kennwort könnte im Kollegenkreis (oder darüberhinaus) gegen ihren Willen bekanntgeworden sein, sich selbst wieder unabhängig von einer zentralen Neuvergabe ein neues Kennwort geben, das nur sie kennen bzw. ihre Vorgesetzten, denen es angegeben werden muß.

„Sicherheitsrelevante“ Systeme, etwa des Militärs oder der Polizei u.ä., laufen teilweise oder ganz auf eigenen Netzen, in die von außen keine bzw. nur gestaffelte Wege führen, die offenbar technisch vollkommen kontrollierbar sind, andernfalls würden z.B. sich militärische Gegner der USA oder BRD mit Sicherheit auf technischem Weg in den Besitz militärischer Geheimnisse zu bringen. Alle bekannten öffentlichen Informationen sprechen aber dagegen, daß dem so sei. Ähnliches läßt sich z.B. über die Systeme der BRD-„Sicherheitsorgane“ sagen wie VS-, MAD-, BND- und diverse Polizei-Systeme wie INPOL, POLAS u.ä., die zu großen Teilen auf eigenen Netzen laufen (wie weit im einzelnen wäre allerdings mal eine eigene Untersuchung wert).

Die Beispiele der „sicherheitsrelevanten Bereiche“ zeigen, daß in abgeschlossenen Bereichen technische und organisatorische Lösungen der „Sicherheitslücke“ möglich sind. Wie weit das auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung übertragbar ist, ist eine offene Frage, die zu lösen wir getrost der Gegenseite überlassen können. Aktuell nicht es allerdings erst einmal so aus, als ob mit der vor unseren Augen stattfindenden Vermassung der Computerisierung die genannte Lücke zunächst größer wird und für die Betreiber der Computerisierung ein akutes Problem darstellt.

Es ist auch leicht zu erkennen, daß — was immer an technischen und systematischen sowie organisatorischen Sicherungen noch entwickelt werden mag — die Aktivierung der System-Eingänge durch Kennwort unumgänglich ist. Das gilt auch für die relevanten der „sicherheitsrelevanten“ Systeme, solange nicht den Menschen, die die EDV bedienen, ein klar identifizierbarer elektronischer Impuls als unverwechselbares persönliches Kennzeichen ins Gesicht geschossen, an den Körper gebettet oder ins Gehirn verankert worden sein sollte. Solange dies nicht der

Fall ist, bleibt der elektronische Pfortner die entscheidende Lücke in der Perfektion eines drohenden Computer- und Überwachungsstaats. Trotz technischer Sicherungsversuche bleibt damit für die Benutzer der Computer, und das sind heute die Kapitalisten und ihr Staat, die Erhaltung der Loyalität ihrer Beamten, Angestellten, Arbeiter das A und O für einen Einsatz der Maschinerie in ihrem Sinne. Mehr noch: im Zuge der Vermassung der Computer-Technologien gewinnt die Aufrechterhaltung dieser Loyalität noch an Bedeutung, eben weil mit der Effektivität der Technologie auch ihre Störanfälligkeit gewachsen ist und weiter wächst.

In den ersten Entwicklungsphasen der Computerisierung (schon der Entwicklung von ersten elektronischen Rechnern während des zweiten Weltkrieges bis zur Entwicklung von Mikroprozessoren in den Siebziger) mochten hochdotierte Bezahlung und die Forschungsprivilegien der im Vergleich mit der heutigen Situation wenigen Spezialisten zur Aufrechterhaltung dieser Loyalität ausgereicht haben.

Heute ist die Aufrechterhaltung der Loyalität der in diese computerisierte Maschinerie hineingezogenen tendenziellen Massen das Problem der Herrschenden. Das gilt sowohl für den Produktionsbereich als auch für den Staatsapparat und seine Behörden sowie allgemein für eine im Umgang mit Computern wachsend qualifizierte und z.T. selbst computerbesitzende Bevölkerung. Einerseits liegt eine solche Vermassung der Computertechnologien im unmittelbaren Interesse des Kapitals, andererseits muß das Kapital darauf bedacht sein, sich nicht die Verfügungsgewalt über dieses derart effektivisierte Produktions- und Herrschaftsinstrument entwinden zu lassen, sondern sein Monopol darauf zu behaupten.

Konkret heißt das: das Kapital und sein Staat haben zwar ein Interesse an einer massenhaften Verbreitung von Automation bis hin zu Volks-Computern aller Größen und Gattungen, keineswegs aber an einer gleichzeitigen Verbreitung des bisherigen Spezialisten-Wissens über die Funktionsweise der Computer-Technologie zu einer allgemeinen Volks-Qualifikation in dieser Sache. Im Gegenteil: der Verbreitung von Volks-Computern entspricht das Bemühen, die Bedienungsanleitungen auf Minimalanforderungen zu reduzieren, vergleichbar etwa dem Fahren eines Autos oder dem Steuern des Fernsehapparates u.ä., was in der Regel ohne Kenntnis der technischen Funktionsweise möglich ist und auch geschieht. Das Wissen um die Funktionsweise der Computertechnologie bleibe auf diese Weise nach wie vor Spezialisten vorbehalten, die durch enorme soziale und finanzielle Privilegien dazu angehalten werden, ihr Wissen als Herrschaftswissen im Interesse der herrschenden Klasse einzusetzen.

Tatsache ist, daß das Vorgehen gegen die „hacker“ in den USA erst vor diesem Hintergrund seinen Sinn bekommt, nämlich als staatlicher Versuch, eine wildwachsende Entwicklung von Qualifikation bzgl. Computer diesem Hintergrund seinen Sinn bekommt, nämlich als staatlicher Versuch, eine wildwachsende Entwicklung von Qualifikation bzgl. Computer-Technologie unter der Kontrolle von Staat und Kapital zu bekommen.

So klassisch wie diese Problemstellung, wenn auch auf neuem Niveau, so klassisch sind die fantasievollen Lösungsansätze: wo der Einkauf mit Privilegien nicht reicht, muß eben die alte Repression wieder her. Gegen „Computerkriminalität“ im oben erwähnten Sinne nützt das wenig, gegen den Wildwuchs an wissenschaftlich-technischer Qualifikation und für ihre Ausrichtung an den Verwertungsinteressen und Herrschaftsinteressen des Kapitals aber recht viel.

Dritt am Schluß als Kampfkraft in Sachen Computerisierung anzumerken: wer sich gegen die mit der Computerisierung einhergehende Totalisierung kapitalistischer Verwertungs- und Herrschaftsinteressen stellen will, muß nicht nur ein entschlossenes Nein gegen den Ausbau bestimmter Herrschaftstechniken wie z.B. Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte oder betrieblicher Überwachungs-Systeme u.ä. setzen, sondern auch ein ebenso entschiedenes Ja dazu, sich die Fähigkeiten aneignen zu wollen, mit denen die Herrschenden beim Einsatz dieser Technik und speziell des technisierten Herrschaftsinstrumentes gestört, tendenziell verdrängt gar „expropriert“ werden können, um diese alte Erkenntnis denn doch mal wieder auszusprechen. Wie weit von der technischen Möglichkeit zur Störung und unbefugten Anzapfung der Systeme über Hobby-Spezialisten oder private Bereicherungen hinaus eine politische Realität im Sinne effektiven Widerstands wird, hängt allerdings m.E. nach wie vor, gesteuert angesichts dieses gewaltigen Apparats sogar mehr denn je, vom Grad der politischen Organisiertheit ab.

F. Antke/HH



Der 19-jährige Student Mark Austin aus Kalifornien wurde am 3. Oktober verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, von seinem Heim-Computer aus in 300 Computerdateien, darunter einer aus dem Verteidigungsministerium, eingedrungen zu sein. Obwohl er keinen Schaden anrichtete, droht ihm nach dem neuen Gesetz gegen Computerkriminalität eine mehrjährige Gefängnisstrafe.



Im Rechtsvergleich der Ausländer-Gesetzgebungen innerhalb der EG hält die BRD den Negativ-Rekord: Insbesondere die bundesdeutschen Bestimmungen zur Familienzusammenführung sind so restriktiv wie in keinem anderen Land.

Nur in der BRD gibt es die Nachzugssperre für Jugendliche über 16. Daß von einer weiteren Senkung des Einreise-Alters auf 6 Jahre vorerst abgesehen wird, ist dabei kein Trost. Das neue gefaßte Ausländergesetz, das voraussichtlich im März '84 verabschiedet werden soll, sieht weitere drastische Einschränkungen bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen vor. Parallel dazu werden die Kompetenzen von Ausländerbehörden und Polizei erweitert: Ein Verstoß gegen die Verpflichtung, ständig seinen Paß mitzuführen, kann zum Beispiel die Ausweisung zur Folge haben.

Anlybewerber sollen für die gesamte Dauer ihres Verfahrens keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten.

Ausländer, die zu Ausbildungszwecken in die BRD einreisen, bekommen nur noch eine begrenzte Aufenthaltsgenehmigung. Nach Ablauf der festgelegten Frist werden sie ausgewiesen.

Die Bundesregierung will sich besonders in der Frage der „Familienzusammenführung“ hervortun.

Der Nachzug von Eltern, „eingebürgerten“ Ausländer in die BRD soll generell untersagt werden. Ehegatten-Nachzug nur im Rahmen jährlich festgesetzter Quoten erfolgen. Wobei im übrigen der Nachzug nur genehmigt werden soll, wenn der in der BRD lebende Partner mindestens 8 Jahre hier lebt, und die Ehe seit mindestens 1 bzw. 3 Jahren besteht.

Besonders soll der Nachzug von Kindern und Jugendlichen verhindert werden. Zur Frage der Kriterien für eine Beendigung des „Aufenthalts“ in der BRD ist man noch unterschiedlicher Meinung, was Details betrifft.

Eine ist man sich allerdings in der Hauptsache:

- Politische Betätigung ist grundsätzlich nicht erwünscht.
- Bezug von Arbeitslosenhilfe ist Ausweisungsgrund, wenn dies über ein Jahr lang erfolgt oder aber bei Ausländern ohne Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung (siehe hierzu AK 232, 7.3.83).

Bevor die heutige Praxis der Ausländerbehörden anhand verschiedener Beispiele dargestellt wird, soll erläutert werden, wie die Behörden die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen formal handhaben.

Sowohl befristete als auch unbefristete Aufenthaltserlaubnisse sind keine Garantie gegen Ausweisung.

So kann beispielsweise bei Bezug von Sozialhilfe die unbefristete Aufenthaltserlaubnis zurückgenommen werden, während die befristete einfach nicht verlängert wird.

Um eine Aufenthaltsberechtigung zu bekommen, muß man

- seit mindestens 8 Jahren rechtmäßig und ununterbrochen in der BRD leben. Als Unterbrechung gilt u.a. die

Um eine Aufenthaltsberechtigung zu bekommen, muß man

- seit mindestens 8 Jahren rechtmäßig und ununterbrochen in der BRD leben. Als Unterbrechung gilt u.a. die nicht rechtzeitige Paßverlängerung;
- im Besitz einer „besonderen Arbeitserlaubnis“ sein. Diese wird beim Arbeitsamt beantragt und bei einem „rechtmäßigen und ununterbrochenen“ Aufenthalt von mindestens 5 Jahren in der BRD erteilt;
- „ausreichende Deutschkenntnisse“ besitzen;
- „ausreichenden Wohnraum nachweisen“.

Was „ausreichender Wohnraum“ ist, variiert derzeit je nach Bundesland: — In Nordrhein-Westfalen und Westfalen bedeutet dies neun Quadratmeter Wohnfläche pro Erwachsenen und Kind.

— In Niedersachsen bedeutet dies zwölf Quadratmeter Wohnfläche pro Erwachsenen und Kind, für Kinder unter sechs Jahren werden acht Quadratmeter verlangt.

— In Baden-Württemberg bedeutet dies zwölf Quadratmeter, wobei im Ausland lebende Kinder unter 16 Jahren (ähnlich wie in Niedersachsen) mitgezählt werden. Auch wenn sie gar nicht nachziehen wollen.

— In Bremen und Schleswig-Holstein bedeutet dies für zwei Personen mindestens fünfzehn Quadratmeter und eine Kocheinrichtung,

für drei Personen zwanzig Quadratmeter (+ Kocheinrichtung), für vier Personen dreißig Quadratmeter (+ Kocheinrichtung),

für fünf Personen vierzig Quadratmeter (+ s.o.), für sechs Personen fünfzig Quadratmeter (+ s.o.),

bei sieben und mehr Personen werden pro Person weitere fünf Quadratmeter gefordert.

— In Hessen bedeutet dies für Personen über sechs Jahren zwölf Quadratmeter und für Kinder unter sechs Jah-

ren acht Quadratmeter Mindestfläche, (aus einem Infoblatt von „Terra des homines“).

## Und die Praxis heute?

Welchen Schikanen und Unversämlichkeiten sich heute schon Ausländer in der BRD gegenübersehen, zeigen die folgenden Beispiele. Sie stellen die Schwierigkeiten bei der Beantragung oder Verlängerung von Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung dar.

## Aufenthaltserlaubnis

### — Vormundschaftsfälle:

Der Fall des 11-jährigen türkischen Mädchens in Berlin, der durch die Presse ging, steht nicht isoliert da. Allein in Berlin gab es in den letzten Jahren etwa 10 ähnliche Fälle, wo ausländische Kinder unter Vormundschaft bei Geschwistern oder anderen Verwandten lebten und ausgewiesen werden sollten.

Das damals neunjährige türkische Mädchen kam 1980 zu seinem in Berlin lebenden Onkel. Der Vater war gestorben, der Aufenthalt der Mutter unbekannt.

Der Berliner Senat wollte dem Mädchen eine Aufenthaltsgenehmigung verweigern:

„Die Tatsache, daß ein ausländisches Kind unter Vormundschaft steht, begründet kein Aufenthaltsrecht.“

Die Verwaltungsbestimmungen, gemeldet unter dem Namen Ausländererlaubnis, sehen vor, daß ein Nachzug von ausländischen Jugendlichen nur in begrenzten Fällen stattfinden darf. Nämlich als Nachzug minderjähriger Kinder zu ihren hier lebenden Eltern. Befindet sich ein Elternteil im Ausland, dann findet auch kein Familiennachzug statt ...“ (Berliner Senatsschiedsgericht Dr. Conen; Sender Freies Berlin, 1.9.83). Die Ausländerbehörde in Berlin zog mit der Begründung nach:

„Es widerspricht dem Interesse der Bundesrepublik Deutschland, Kindern, deren Eltern nicht hier leben, einen längeren Aufenthalt zu gestatten, da ihre Anwesenheit zu einer noch stärkeren Belastung öffentlicher Einrichtungen führen würde.“

Gegen das Kind wurde sogar Abschiebehaft angeordnet. Der Vollzug dieses Haftbefehls wurde allerdings durch das Landgericht — nach Beschwerde der Verteidigung — ausgesetzt ...

Die jetzige Lage: Das Mädchen soll erst dann in die Türkei zurückgeschickt werden, wenn die Mutter ausfindig gemacht worden ist.

Ein zehnjähriges spanisches Mädchen in Oelsenkirchen erfuhr eine ähnlich skandalöse Behandlung: Nach dem Tod ihrer Mutter war sie zu einer älteren Schwester nach Oelsenkirchen eingereist.

Der Vater lebt in Spanien als Landarbeiter, seine anderen Kinder sind in spanischen Heimen untergebracht.

Anfang Januar dieses Jahres erhielt die Zehnjährige folgendes Schreiben der Ausländerbehörde:

„Ihr Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin wird hiermit zeitlich bis zum 31. Januar 1983 beschränkt. Sie werden aufgefordert, das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin bis zum 15. Februar 1983 zu verlassen.“

Weiter steht dort:

„Ihr Aufenthalt (...) war ... zu beschränken, weil das öffentliche Interesse an Ihrer Ausreise gegenüber Ihrem privaten Interesse an einem weiteren Verbleib überwiegt ... Die Inanspruchnahme von Schul- und Ausbildungsplätzen durch jugendliche Ausländer, die keine engere familiäre Bindung in der Bundesrepublik Deutschland haben, beeinträchtigt deutsche Belange ... Die von ihnen vorgebrachten Argumente sind von mir bei meiner Entscheidung berücksichtigt worden. Es ist jedoch Angelegenheit des Heimatstaats ...“

— **Ehegatten-Nachzug:** In Baden-Württemberg wurde einer türkischen Frau die Aufenthaltserlaubnis verweigert, da ihr Mann weder seit 8 Jahren in der BRD lebe, noch eine ausreichende Wohnung zur Verfügung

stehe. Außerdem sei die 3-jährige „Ehebestandszeit“ noch nicht erfüllt. In dem Bescheid der Ausländerbehörde heißt es:

„... Außerdem bereitet es der Bundesrepublik Deutschland große Schwierigkeiten, die hier dauernd lebenden und zum Teil aus fremden Kulturkreisen stammenden Ausländer mit ihren Familien angemessen zu integrieren. Derwegen sollen die Integrationsbemühungen möglichst nicht durch weitere massierte Zugänge erschwert werden. Gerade um einer dem Sozialstaatsprinzip zuwiderlaufenden Entwicklung im Innern vorzubeugen, entspricht es in der Regel pflichtgemäßem Ermessen, Ausländern den Zuzug zu verweigern, bei denen damit gerechnet werden kann, daß sie durch ihren Aufenthalt zu den erwähten Problemen beitragen.“

Es kommt noch viel dicker:

„Eine Politik, die darauf hinauszielt, Ausländer unbegrenzt die Einreise in das Bundesgebiet zu gestatten, wäre ... mit dem Willen des Grundgesetzgebers unvereinbar, da sie die ethnische Umwandlung der zur Zeit noch bestehenden Majorität des deutschen Volkes gegenüber dem im Bundesgebiet befindlichen Ausländer in eine Minorität zur Folge haben könnte.“

— **Jugendliche Ausländer:** Nach dem Ausländergesetz benötigen alle jungen Ausländer/innen nach Vollendung des 16. Lebensjahres eine Aufenthaltserlaubnis.

Je nach Aufenthaltsdauer bekommen sie eine befristete oder eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Bei verspäteten Anträgen werden, vorzugsweise in Baden-Württemberg, Jugendliche dazu bestraft, an zwei, drei Wochenenden Arbeit in einer „gemeinnützigen“ Einrichtung zu verrichten. Wenn es nicht gleich Strafbauzeile und nur kurz befristete Aufenthaltserlaubnis bedeutet:

„... bedeutet die verspätete Beantragung der Aufenthaltserlaubnis (auch wenn es nur 2 Monate sind) ein Verstoß gegen die geltenden Bestimmungen des Ausländergesetzes. Eine Strafmaßnahme sowie die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... sowie die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

... und die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwiefern bei einer geringfügigen Übertretung der Bestimmungen ...“

stehe. Außerdem sei die 3-jährige „Ehebestandszeit“ noch nicht erfüllt.

In dem Bescheid der Ausländerbehörde heißt es:

„... Außerdem bereitet es der Bundesrepublik Deutschland große Schwierigkeiten, die hier dauernd lebenden und zum Teil aus fremden Kulturkreisen stammenden Ausländer mit ihren Familien angemessen zu integrieren. Derwegen sollen die Integrationsbemühungen möglichst nicht durch weitere massierte Zugänge erschwert werden. Gerade um einer dem Sozialstaatsprinzip zuwiderlaufenden Entwicklung im Innern vorzubeugen, entspricht es in der Regel pflichtgemäßem Ermessen, Ausländern den Zuzug zu verweigern, bei denen damit gerechnet werden kann, daß sie durch ihren Aufenthalt zu den erwähten Problemen beitragen.“

Es kommt noch viel dicker:

„Eine Politik, die darauf hinauszielt, Ausländer unbegrenzt die Einreise in das Bundesgebiet zu gestatten, wäre ... mit dem Willen des Grundgesetzgebers unvereinbar, da sie die ethnische Umwandlung der zur Zeit noch bestehenden Majorität des deutschen Volkes gegenüber dem im Bundesgebiet befindlichen Ausländer in eine Minorität zur Folge haben könnte.“

— **Die Kontrolle und Einschränkung der Einreise und des Aufenthalts ist ein Akt staatlicher Selbstbehauptung, wenn nicht gar Selbstverteidigung ...“**

Eine Tradition geht ihren Weg ... (zitiert aus „Die Tat“, März 83).

— **Kinder-Nachzug:** Hierzu die Bestimmungen des Innenministeriums:

„a) Entspricht die Wohnung nicht den Mindestanforderungen nach Art. 3 Abs. 2 des Wohnungsaufsichtsgesetzes, ist der Ausländer mit einer Auflage aufzufordern, sich innerhalb von zwei Monaten eine ordnungsgemäße Wohnung zu beschaffen. Hat er danach noch keine ordnungsgemäße Wohnung, ist der Aufenthalt des Kindes nach § 7 Abs. 5 AuslG zu beschränken.“

b) Ist die Wohnung ordnungsgemäß, aber reicht die Wohnfläche nicht aus, ist der Ausländer aufzufordern, sich um eine ordnungsgemäße und ausreichende Wohnung zu bemühen und Nachweise über diese Bemühungen alle zwei Monate der Ausländerbehörde vorzulegen; dabei ist dem Ausländer zu erläutern, daß ihm auch der Umzug in eine andere Gemeinde oder in einen anderen Stadtteil und ein tägliches Pendeln zur Arbeit zuzumuten ist.

Bemüht sich der Ausländer trotz Abmahnung nicht um eine solche Wohnung, wird der Aufenthalt des Kindes beendet (...).

c) Kindern, die unerlaubt zu anderen Verwandten als ihren Eltern nachziehen, ist der Aufenthalt gemäß § 7 Abs. 5 AuslG zu beschränken (...).

d) Ist eine Anordnung gegen das Kind nicht möglich, weil eine Betreuung des Kindes in der Heimat nicht gesichert ist, ist einem Elternteil zuzumuten, mit dem Kind in die Heimat zurückzukehren.“

Und die Zusammenfassung:

„Liegen die Voraussetzungen für den Familiennachzug nicht vor, beeinträchtigt der Familiennachzug regelmäßig erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland ...“

— **Politische Betätigung:** Bekannt geworden ist der Fall des seit fast 22 Jahren in der BRD lebenden ägyptischen Staatsangehörigen Magdi El-Gawhary.

Gawhary wurde bereits im September 1972 (im Zusammenhang mit dem Überfall auf die israelische Olympiamannschaft in München) erstmals ausgewiesen — als vermeintliches Mitglied der GUPP bzw. GUPA. Jetzt bringt die Landes-Staatsanwaltschaft Bayern neue Vorwürfe gegen ihn vor: Er sei tätig in der Anti-Apartheid-Bewegung, habe auf einer VVN-Veranstaltung gesprochen und ähnliches mehr.

Jedenfalls erklärte die Stadt München: „Im Fall des Herrn El-Gawhary ist das Bayerische Staatsministerium

des Innern mit gewichtigen Gründen zum Ergebnis gekommen, daß der weitere Aufenthalt die Belange der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen würde“ (Ende August 1983, siehe auch „SZ“, 28.1.83).

## Beispiele für abgelehnte Anträge auf Aufenthaltsberechtigung

— Ein türkischer Staatsangehöriger in Baden-Württemberg bezieht Pflegegeld für seinen 1981 geborenen behinderten Sohn. 1982 stellt der Vater einen Antrag auf Aufenthaltsberechtigung. Mit folgender Begründung lehnt die zuständige Ausländerbehörde ab:

„Sie können offenbar den Lebensunterhalt für sich und Ihre Familie nicht aus eigenem Einkommen zu bestreiten. Sie werden voraussichtlich öffentliche Leistungen auf unabsehbare Zeit beziehen.“

Es liegen deshalb Gründe vor, die Ihre Aufenthaltserlaubnis in Frage stellen. ... Sie haben sich nicht in das soziale Leben in der Bundesrepublik eingefügt. Ihr Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung ist daher abzulehnen.“

— Eine türkische Frau in Stuttgart wurde die Aufenthaltsberechtigung 1983 so verweigert:

„Sie halten sich zwar schon länger als 8 Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet auf (...) Sie haben sich jedoch nicht in das soziale Leben der Bundesrepublik eingefügt, denn Ihr Sohn T. ist erheblich vobestraft (wegen zahlreicher Ladendiebstähle) ... Dies zeigt, daß Sie als Mutter nicht in der Lage sind, Ihren Sohn so zu erziehen, daß er sich in die deutsche Gesellschaft einzugliedern vermag. Deshalb muß davon ausgegangen werden, daß Sie selber Eingliederungsprobleme haben ... Die ausreichende Erziehung ausländischer Kinder und Heranwachsender durch die Eltern steht im deutschen öffentlichen Interesse“ („Stuttgarter Zeitung“, 9.9.83).

— Besonders listig ist die Begründung der Ablehnung im Fall eines türkischen Staatsangehörigen, der seit 1973 hier arbeitet und lebt. Ihm, dessen Familie in der Türkei lebt, wurde eine Aufenthaltsberechtigung im Namen des Familienschutzes vorenthalten:

„Die Voraussetzungen der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung erfüllen Sie nicht. Ihre Familie lebt nach wie vor in der Türkei. Von einer Eingliederung in das wirtschaftliche und soziale Leben in der Bundesrepublik Deutschland kann nicht gesprochen werden, solange die Familie getrennt lebt. Dies zeigt sich allein schon darin, daß in der deutschen Staats- und Rechtsordnung die Familie als kleinste Zelle des Staatsgebildes betrachtet wird und als solche durch Artikel 6 GG mit einem besonderen Schutz umgeben ist.“

(...) Da Ihre Familie in der Türkei lebt, und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“

... und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von ...“



## Das Asylrecht der BRD steht in einer „großen Tradition“

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, der Dana Paul Hartung, hat nun endlich doch seinen Besuch in der Bundesrepublik absolviert. — und — er wurde sogar von CSU-Zimmermann empfangen.

Es ging um die bündendeutsche Ausländerpolitik, insbesondere die Asylpolitik, die verglichen mit anderen europäischen Ländern in den letzten Jahren einzigartig verschärft worden ist.

„Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Hohen Flüchtlingskommissar und der Bundesregierung sind nicht so groß, wie es nach vor kurzem den Anschein hatte, Hartung nannte — alles in allem — die deutsche Asylpolitik „ein Beispiel“. Er verwies auf den Grundrechtscharakter des Asylrechts und zitierte die Äußerung des Bundeskanzlers, es gebe keinen Zweifel, daß „die große Tradition“ fortgesetzt werde. „Mit diesen Sätzen beginnt die konservative „Frankfurter Allgemeine“ (9.12.83) offensichtlich erleichtert ihren Bericht über Hartungs Besuch. Doch diese stolze Einschätzung ist der Bundesregierung keineswegs so einfach in den Schoß gefallen!

Noch im Sommer ließ es in einem internen Bericht des UN-Flüchtlingskommissariats: „Obwohl das Recht auf Asyl für politisch verfolgte in Artikel 16 des 1949 verkündeten Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland verankert ist, sind in Europa einzigartige abschreckende Maßnahmen gegen Asylsuchende verhängt worden, so z.B. durch die zwangsweise Einweisung in Sammelunterkünfte, starke Beschränkung der Freizügigkeit, Arbeitsverbot, Arbeitsverpflichtung in bestimmten Fällen und Nichtanerkennung des Konzepts der familiären Einheit (ungültiger Status der Familienmitglieder)“.

(aus: UNHCR-Bericht zur Lage der Asylsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland, Punkt 29. Sämtliche Kritikpunkte sind hier einzeln belegt und Ergebnisse von Besuchen in Asylanten-Sammelagern).

Um diese mißliebigen Aussagen vom Tisch zu bekommen, bedurfte es allerdings keiner anderen Politik in Sachen Asylanträge. Es genügt Druck und Intervention seitens der Bundesregierung, die auch vor den UN-Flüchtlingskommissar Hartung die BRD be-

reihen. Als Vorbereitung lag ihm der oben zitierte, schlicht ehrlich zu nennende Bericht über die Zustände in den Asyl-Sammelunterkünften vor. Durch „Indiskretion“ wurde der Bericht bekannt und von der nationalen und internationalen Presse verbreitet.

Das ließ sich die Bundesregierung nicht bieten — und sie hatte es ganz offensichtlich auch nicht nötig.

Der Bericht wurde als „unentzifferbar“ und „in keiner Weise den Tatsachen entsprechend“ bezeichnet. Hartung wurde zwar nicht eingeladen, aber man teilte ihm mit, daß Innenminister Zimmermann ihn nicht empfangen werde. Keine Zeit!

Der unabhängige Flüchtlingskommissar verstand richtig. Bereits zwei Monate später lag ein neuer „offizieller“ Bericht vor — und jetzt wurde er auch empfangen. Was er vortrug, war deutlich entschärft; er forderte und kritisierte nur noch wenig. Er sprach lediglich „Verbesserungsmöglichkeiten“ an, er sah „in der Praxis in einigen Punkten Anlässe zu Beanstandungen“ und „fand mahnende Worte“. („FR“, „FAZ“, 9.12.). Insgesamt eine „sehr fruchtbare Begegnung“ — so der Originalton des Innenministeriums.

Dort, wo Hartung konkret in seiner Kritik wurde — etwa die lange Unterbringungsdauer der Asylbewerber in Sammelunterkünften oder das Arbeitsverbot — blockte Bonn ab bzw. machte unsinnige Zusagen — wie z.B. die Unterbringungsdauer in Asylagern auf 3 Monate zu kürzen, was vom gesamten Verfahren her so überhaupt nicht praktikabel ist.

Den Skandal, der hier passiert ist, sollten wir ernst nehmen. Die Durchsetzung dieser katastrophalen Asylpolitik ist erst der Anfang. Die Bundesregierung ist dabei, ihre extrem ausländerfeindliche Politik weiter zu entwickeln — und ganz offensichtlich verfügt sie über Machtmittel, um sich dabei über internationale Kritik hinwegzusetzen und sie sogar zu unterbinden.

Bleibt noch nachzutragen, daß die Bundesregierung auch nicht kleinlich ist, wenn es um die Förderung der Menschenrechte — in ihrem Sinne — geht. Sie hat nämlich der neuen „erfreulichen Entwicklung“ ihren finanziellen Anteil an der UN-Flüchtlingskommission von 36 Mio. DM auf 45 Mio. in diesem Jahr erhöht.

AG Antifaschismus/Hamburg

## Zimmermann schlägt zu: ANS verboten!

Am 7. Dezember wurde vom Bundesinnenminister „Old Schworhand“ Zimmermann (nicht identisch mit dem Fernsehmoderator) der Kühnens-Verleide „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) zum Unterorganisationsverbot. Stolz präsentierte sich Zimmermann als der Saubermann der Nation, der nach der linken DEVRIMCI SOL (9.2.83) und den HELLIS ANGELS (2.11.83) nun auch gegen Rechte aufräumt. Teile der Linken — so scheint es — sind verwirrt, da hier ein Rechtsaußen der Regierung ausgerechnet gegen Rechte vorgeht. Völlig verrückt wird die Angelegenheit dadurch, daß die einzige Kritik an dem Verbot von sozialdemokratischer Seite kommt. Oder ist die Sache gar nicht so verrückt?

Von Rechts wegen war die ANS schon längst überfällig für ein Verbot. Gegenüber für die Hamburger Bürgerschaftswahlen 78, erlangte sie bundesweite Bedeutung und Kühnens Haftentlassung Ende 82. In mehr als 30 „Kameradschaften“ im ganzen Bundesgebiet (außer Saarland und Bremen) sammelte Kühnens in den vergangenen Monaten angeblich etwa 270 Anhänger — zum Teil ehemalige Mitglieder der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG, verboten 1981), teils aber auch neue Anhänger, die in verschiedenen „Säcken“ zu rekrutierten versuchte (Skis, Fußballfans).

Wir haben im ARBEITERKAMPF regelmäßig über Kühnens Aktivitäten berichtet und jeweils nachgewiesen, daß seit der ANS-Gründung im Bundesgebiet (15.1.83) jederzeit das Verbot hätte erfolgen können und müssen. Stattdessen ließen alle Behörden die Nazis munter agieren bis sogar zu dem Punkt, daß diese unter eindeutig nazistischen Parolen als „Aktions-Landtagswahlkampf“ bei den hessischen Landtagswahlen kandidieren konnten. Verbotsforderungen von Antifaschisten wurden monatelang zurückgewiesen mit Hinweis, man könne leider nichts machen.

Jetzt auf einmal konnte Zimmermann in einer der größten Polizeikontrollen wurden am Morgen des 7. Dezember mindestens 64 Wohnungen durchsucht (außer Westberlin), wurde Kühnens in Pinneberg das Verbot zugestellt und das Vereinsvermögen in Form von Flugblättern, Fahnen, Uniformen etc. pp. beschlagnahmt. Zu Verhaftungen kam es nicht (was bei einem Vereinsverbot auch nicht geboten ist). Parallel zum Verbot allerdings sind gegen die ANS und ihre Kader diverse Prozesse wegen Volksverhetzung anhängig, teilweise auch wegen krimineller Delikte (Bankraub, Körperverletzung und Raub), die zur Begründung des Verbots herangezogen wurden.

Kühnens in Pinneberg das Verbot zugestellt und das Vereinsvermögen in Form von Flugblättern, Fahnen, Uniformen etc. pp. beschlagnahmt. Zu Verhaftungen kam es nicht (was bei einem Vereinsverbot auch nicht geboten ist). Parallel zum Verbot allerdings sind gegen die ANS und ihre Kader diverse Prozesse wegen Volksverhetzung anhängig, teilweise auch wegen krimineller Delikte (Bankraub, Körperverletzung und Raub), die zur Begründung des Verbots herangezogen wurden.

Doch die Frage, die sich offenbar angesichts des Verbots vielen Antifaschisten stellt, warum nämlich ausgerechnet ein Rechter Rechte verbietet, kann kaum aus der aktuellen Bedeutung Kühnens hergeleitet werden. Sein Stern war offenbar im Sinken begriffen, innerhalb des engsten Führungskreises war es zu Querelen gekommen (Arndt Marx war wegen „Eigenmächtigkeit“ ausgeschlossen worden), und die Serie der Mißerfolge hatte bei Kühnens Anhängern einigen Unmut ausgelöst: Das miserabile Abschneiden bei den Landtagswahlen, der Flop vom 26.10. in Westberlin, als anlässlich des Fußballländerspiels BRD-Türkei der „Volkszorn“ eben nicht hochste, dafür aber der nicht gerade als Antifaschist berüchtigte Innenminister Lummer sich profilierte und den Nazis den Aufmarsch verweigerte, und schließlich der so jämmerlich in die Hose gegangene Versuch, den 60. Jahrestag des „Marschs auf die Feldherrenhalle“ in München gebührend zu begehen: All dies machte in den letzten Monaten deutlich, daß ganz so einfach in der BRD nun doch keine nazistische „Massenorganisation“ aufzubauen ist.

Genau hieran setzt denn auch die Kritik von sozialdemokratischer Seite, allen voran die des Hamburger Polizeisenators Pawelczyk, an: Zimmermann habe Kühnens durch das Verbot aufgewertet; jetzt sei die Gefahr gegeben, daß die ganz militante Nazis in den Untergrund abtauchen würden und daß die Arbeit der zuständigen Behörden nun erschwert würde. Nun mag man sich ja streiten, ob ein Organisationsverbot gegen die ANS sinnvoll ist, wenn das die einzige Maßnahme gegen Rechte darstellt, wenn insbesondere seit Jahren der durch VS-Spitzel völlig aufgedeckte NSDAP-Zusammenhang in keiner Weise behelligt wird. Doch daß ausgerechnet Pawelczyk diese Kritik erhebt, fällt auf ihn selbst zurück, da gerade Hamburg sich dadurch auszeichnet, daß von staatlicher Seite reinweg gar nichts ge-

mensch ja streiten, ob ein Organisationsverbot gegen die ANS sinnvoll ist, wenn das die einzige Maßnahme gegen Rechte darstellt, wenn insbesondere seit Jahren der durch VS-Spitzel völlig aufgedeckte NSDAP-Zusammenhang in keiner Weise behelligt wird. Doch daß ausgerechnet Pawelczyk diese Kritik erhebt, fällt auf ihn selbst zurück, da gerade Hamburg sich dadurch auszeichnet, daß von staatlicher Seite reinweg gar nichts ge-

Das scheint doch auch einiges an Geld bei den Kritikern auszuweichen, die den rechten Zimmermann nicht den Triumph gönnen wollen, daß er als einer auf dem ganz rechten Flügel der Unpop sich der staunenden Öffentlichkeit als Antinazi präsentieren kann.

Denn daß es bei dem Verbot vor allem um das Image des Herrn Zimmermann gegangen ist, kommentierte andernorts in gewohnt deutlicher Art die „BILD“: „Nanu? Zimmermann schlägt rechts zu? Haben seine Gegner nicht immer gesagt, Zimmermann sei auf dem rechten Auge blind? Richtig ist: Zimmermann bekämpft Extremisten von links und rechts. Wehret den Anfängen ist seine Devise. Würden doch alle so denken!“

Genau Herr Saubermann räumt auf: Die CDU/CSU als Kraft der Mitte und des Ausgleichs, des Rechtsinhalts und der Sicherheit, die das von der SPD schwankend zurückgelassene Staatschiff nicht vor rechten wie vor linken Gefahren schützt. Das ist die aktuelle Image-Politik der CDU/CSU in der Regierungsverantwortung. Da kommt so ein ANS-Verbot gerade recht, auch wenn — so weit kann man sich dem ansonsten durchschüssigen Kritiken von sozialdemokratischer Seite folgen — es nicht viel einbringen wird, was die tatsächliche Bekämpfung des Neo-Nazismus und seiner Ursachen anbelangt; denn die Ursachen des Neo-Nazismus zu bekämpfen, würde für Zimmermann u.s. bedeuten, die Politik seiner eigenen Partei bekämpfen zu müssen. Für die Imagepflege aber braucht der Herr keine lange Bedenkzeit, nicht einmal eine gute Begründung, er handelt. Der Befall ist ihm sicher. Aus „politischer Opportunismus“ — so nennt man es so etwas gemeinlich. Es nützt Herrn Zimmermann in seinem Amt und in seinem Ansehen, wenn er auch mal was gegen Rechte unternimmt. Es nützt ihm im Innern genauso wie im Ausland, wo nach wie vor nazistische Umtriebe in der BRD argwöhnisch registriert werden.

Kühnens selbst, der das Verbot schon länger in seine Überlegungen einbezogen hatte, erklärte anschließend, daß er gegen das Verbot klagen werde. Insbesondere die Frage, ob die AAR eine Partei sei und deshalb gar nicht in Zimmermanns Zuständigkeit falle, soll dabei vom Gericht geklärt werden. Ansonsten wolle man vorerst kürzer treten und sich was Neues ausdenken.

AG Antifaschismus/Hamburg

Antifa-Kommission KB Hamburg

## „Ratten und Schmeißfliegen“ geben auf

Fortsetzung von  
vorheriger Seite

Immerhin versicherte der Kreisordnungsamts-Leiter aus Stade: „Aber, mir und mich darf der Gefährte dabei schon verwechseln“ („Stader Tagblatt“, 14.7.83).

In Bayern spielen natürlich noch ein paar andere Sachen eine Rolle.

„Die Rosenheimer Behörden legen größeren Wert auf das persönliche Gespräch mit den Ausländern. Das äußere Erscheinungsbild und der erste Eindruck spielen eine weitaus größere Rolle“ („Oberbayerisches Volksblatt“, 26.7.83).

Deutscher kann nicht werden, war will

Bei politischer Betätigung, im linken Sinne versucht sich, schon gar nicht.

So fehlen beispielsweise, laut Freiburger Polizeibehörde, einem 26-jährigen italienischen Staatsangehörigen, 14 Th. Quozoni, „die Grundvoraussetzungen für eine Einbürgerung“.

Begründung: Kandidatur für den MSB-Spartakus zum Freiburger Studentenparlament und ähnlich Schreckliches für die Herrschenden. In die gleiche Richtung geht der Fall eines 45-jährigen Spaniers in München, J. Aguirre, der über 20 Jahre in der BRD lebt, Aguirre ist seit 5 Jahren Mitglied

im Nürnberger Ausländerbeirat, den er jetzt auch stellvertretend leitet. Überhaupt:

Wer in die Bundesrepublik eingebürgert werden möchte, der muß den Anforderungen des „Rechts- und Staatsangehörigkeitsgesetzes“ (RuStAG) genügen.

Der „Kölner Stadtanzeiger“ (14.4.83) wußte von einem Fall zu berichten, wo der freundliche Tip gegeben wurde, „das Verfahren durch das Befolgen eines Arier-Nachweises aus der NS-Zeit abzukürzen“.

Es ging hierbei nicht um einen Ausländer, sondern um den deutschen Ehemann einer koreanischen Krankenschwester, der enorme Schwierigkeiten hatte, seine eigene deutsche Staatsangehörigkeit den Leverkusener Behörden nachzuweisen. Laut „RuStAG“ kann nämlich ein(e) Ausländer(in) nur dann Deutscher werden, wenn er/sie sich selbst ernähren kann oder einen dazu fähigen Partner hat. Bezagter Ehemann war arbeitslos geworden und ausrotteten die Behörden.

Die Liste dieser Beispiele könnte beliebig erweitert werden.

Es gibt viel zu tun!

Im März wird in verschiedenen Städten der BRD, anlässlich der drohenden Verabschiedung des revidierten Ausländergesetzes, zur Politik der Ausländerbeziehung eine Aktionswoche stattfinden.

Die lokalen Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit freuen sich über jeden Menschen, der mitarbeiten will!

Z., KB-Frankfurt

Der „Presseforum Demokratische Initiative“, seit 1968 die wohl wichtigste Informationsquelle über rechte Umtriebe in der BRD, gibt auf. Lapidar heißt es in seiner Erklärung: „Wir müssen Ihnen heute leider mitteilen, daß der PDI zum 31. Dezember 1983 aufhört zu existieren und auch der „Blick nach rechts“ eingestellt wird“.

Das Archiv des PDI, das wohl umfangreichste über Neofaschismus in der BRD, wurde zur Abdeckung von Schulden an die FU Westberlin verkauft — womit auch schon der eine Grund für das Aufgeben benannt ist: Dem PDI fehlte Geld. Wie zu erfahren ist, hatten die Verantwortlichen des PDI am nahezu einem Jahr verrückt, eine neue finanzielle Grundlage für die Fortführung des Archivs und des „Blick nach rechts“ zu finden — ohne Erfolg.

Doch diese Erklärung für das Scheitern einer demokratischen Institution reicht nicht aus. Zur Rettung des PDI hätte ein Bruchteil dessen ausgereicht, was der „Schweißblut“ (so der Delegierte Klaus Volker Hoffmann beim jüngsten Gewerkschaftstag der IO Druck und Papier „Neue Heimat“ täglich an Defizit macht. Nicht, daß der PDI eine gewerkschaftseigene Institution gewesen wäre — das hätte ihm

schlecht angestanden. Unbestritten aber ist, daß der PDI sich selbst dem DGB und der SPD besonders verbunden fühlte, daß seine Arbeit sich im besonderen an diese Organisationen richtete.

Die „Münchener Stadtzeitung“ charakterisierte dieses besondere Verhältnis der Sozialdemokratie zum PDI recht treffend folgendermaßen: „Und es bleibt dem PDI am Willen, daß es der SPD und den Gewerkschaften noch immer und schon wieder an Bewußtsein fehlt, ihre vorhandenen Gelder sinnvoll genug einzusetzen, um den politischen Alltagskampf gegen ihre eigenen Gegner zu unterstützen.“

Um was für gemessene an SPD-Verhältnissen, lächerliche Beträge es gegangen ist, enthüllt die Zeitschrift „konkret“, die von 1.500 Fest Abos mit einem Gesamtwert von 120.000,- DM zur Rettung des PDI berichtet, über die seit Mai 1983 zwischen SPD und PDI verhandelt wurde.

Doch das mangelnde Geld allein scheint es nicht gewesen zu sein, was den PDI zur Aufgabe zwang. Er selbst schreibt dazu: „Die Ursachen sind nicht leicht zu benennen: Die Rechtsbewegung in Bonn, das damit verbundene Klima der Einschüchterung, aber auch das Engagement der demokratischen Kräfte in der Friedensbewegung haben die antifaschistische Arbeit in den Hintergrund gedrängt. Die neofaschistische Szene befindet sich darüber hinaus

in einem strukturellen Wandel, der ihre Beobachtung und die klare Definition und Abgrenzung zu konservativen Gruppen erschwert.“

Ein Antifaschismus, wie er heute nötig ist, der sich nicht einengt auf das Spektrum der Schaffstufel-Nazis, sondern alle Tendenzen im konservativen Lager dokumentiert, alle Anstöße in „Konservative Aktion“, „Criticon“ und ähnliches — ein solcher Antifaschismus ist offenbar in der BRD nicht gefragt. Traurig, daß der PDI aus dieser Tatsache die Konsequenzen gezogen hat.

Mit dem PDI hat damit in diesem ersten Jahr der neuen Rechtsregierung schon die zweite antifaschistische „Institution“ die Waffen gestreckt. Seit dem Sommer dieses Jahres erscheint auch die „Tel“, die antifaschistische Zeitung der VVN, nicht mehr; sie fusionierte mit der „Deutschen Volkszeitung“, wobei bei dieser Fusion sowohl der spezifische Antifaschismus der „Tel“ als auch manche nicht ganz lineare Berichterstattung der bisherigen „DVZ“ über den DGB ging.

Die Lücken, die diese beiden Publikationen hinterlassen (hinzuzurechnen sind da noch die „Neuen Kommentare“, die ihr Erscheinen schon länger eingestellt hatten), werden für die antifaschistische Bewegung nicht so leicht auszufüllen sein.

Antifa-Kommission KB Hamburg



## Wie weiter in der Friedensbewegung? Der alte Minimalkonsens taugt nicht mehr

„Es bleibt beim Nein“ und „die Bewegung muß noch weiter verbreitert werden“: Mit solchen Phantasiegebilden verachtet sich mancher (wie hier der Trägerkreis des Hamburger Forums) über die Runden zu reiten. Inzwischen dünnt es aber allmählich auch dem Letzten: Mit dem alten „Minimal“-Konsens — „Keine neuen US-Atomraketen — keine Pershing II und Cruise Missiles“ — kann die Friedensbewegung keinen neuen Aufschwung erleben.

Die Bundesregierung geht zwar la-dert, aber im Großen und Ganzen heil aus der Kampagne gegen die Stationierung hervor. Wer glaubt, in nächster Zeit noch eine Konfrontation herbeiführen zu können, nachdem die Bundesregierung trotz des öffentlichen Drucks mit der Stationierung begonnen hat, ist bestenfalls ein Traumfänger zu nennen.

Der (bereits erwähnte) Trägerkreis des Hamburger Forums möchte trotzdem nicht gern von einer Niederlage sprechen, sondern nennt das einen „Mißerfolg“. Man möchte sich vor der Schlußfolgerung drücken, die ganz offen auf der Hand liegt: Eine in demokratischen Umfragen ermittelte riesige Mehrheit, die die Aufstellung neuer Atomraketen nicht so gerne hätte, eine Friedensbewegung, die maximal 10 % der Bevölkerung in ihre direkten Aktivitäten einbeziehen konnte und weitestgehend jeder politischen Konfrontation ausgewichen war, war nicht in der Lage, einen solchen Druck auszuüben, um den Rüstungsvorhaben der Herrschenden ernsthaftes Steine in den Weg zu legen. Wenn jetzt in noch größerer „Verbreiterung“ das Heil gesucht wird, so geht das am Problem vorbei. Ablehnungsquoten wie 1978, wie bei der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, oder gar Quoten, wie sie noch bis Anfang der 30er Jahre gegen die Wiederauflösung zu finden waren, ändern an den realen Verhältnissen leider nichts.

Wieviel Gelegenheiten, glauben solche Leute, werden wir noch haben, um zwar den Herrschenden die Ablehnung ihres Kriegskurses demonstrieren zu können, wobei in Hinsicht auf die Verhinderung der Kriegsvorbereitung aber kein Erfolg erreicht wird?

**Auf den DDR-Vorschlag, die atomwaffenfreie Zone auf je 300 km auszuweiten, weil 150 km jeweils als „zu gering“ anzusehen seien, erklärte Schwedens Außenminister Lennart Bodström, Eine Verdoppelung der Breite des Korridors gebe diesem 'andere politische und militärische Dimensionen (1)', als ursprünglich vorgesehen waren. Eine derart breite Zone würde nahezu das gesamte Gebiet der Bundesrepublik umfassen und könne so ... als Maßnahme gegen die Stationierung eurostrategischer Raketen angesehen werden ... Dies sei jedoch nicht Sinn dieses Vorschlages.**  
aus „FR“, 19.3.83

Die Diskussion und Bewertung der bisherigen Strategie der Friedensbewegung soll nicht Thema dieses Artikels sein, obwohl natürlich die jeweilige Sicht der Dinge bei der Diskussion um zukünftige inhaltliche Schwerpunkte eine große Rolle spielen wird. Wenn auch diese Debatte — wie geht es weiter mit der Friedensbewegung? — auf den ersten Blick vollkommen offen erscheint, so kann das nicht über die Situation hinwegtäuschen: Es gehört zu den entscheidenden „Fehlern“ der Friedensbewegung, daß diese Debatte erst jetzt beginnt, wo ein entscheidender „Kritik“, das gemeinsame Ziel der Verhinderung der „Nachrüstung“, weggefallen ist. Jede Debatte über dieses Thema wurde während der Kampagne tabuisiert, das sei ein Thema für die Misstrauer, die sowieso nicht an die Verhinderung der Stationierung glauben mögen (seiner hatten diese Misstrauer eben Recht), und von Leuten, die der „Verbreiterung der Friedensbewegung“ Steine in den Weg legen wollten. Von „Fehlern“ kann man dabei überhaupt nur sprechen, wenn man unterstellt, daß es „nur“ das kurzzeitige Ziel war, je den Vorschlag aus dem radikalen Lager (unabhängig von jeder

„Die Friedensbewegung muß sich von den falschen Ängsten befreien.“

„Eine Friedensbewegung, die die unmittelbare Verhinderung der westlichen Nachrüstung ... anstrebt, programmiert ihren eigenen Untergang ...“

Die neue Friedensbewegung hat nur eine Chance, ihren ziemlich wahrscheinlichen Zusammenbruch 1984/85 zu vermeiden, wenn sie den Mut hat, sich von den eigenen falschen Ängsten und Hoffnungen zu befreien ...

Die Angst vor dem Verlust der eigenen Angst vor den neuen Atomwaffen scheint der Motor der gegenwärtigen Friedensbewegung ... In großen Teilen der Friedensbewegung haben sich im wesentlichen folgende Ängste als Glaubensgewißheiten festgesetzt, die annehmen, daß die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen

1. eine unmittelbar drohende Kriegsgefahr ... produzieren;
2. der Vorbereitung eines amerikanischen Angriffskrieges gegen die Sowjetunion dienen;
3. eine qualitative Revolution im Sinne der Schaffung einer ent-waffnenden Erstschlagskapazität darstellen ...
4. eine direkte Gefährdung der nationalen physischen Existenz der Deutschen und anderer Europäer bedeuten ...

Gegen diese verbreiteten Überzeugungen läßt sich in aller Kürze einwenden:

1. Mehr Rüstung bedeutet nicht erhöhte Kriegsgefahr — weniger Rüstung nicht vergrößerte Friedenschance ...
2. Für die Planung eines amerikanischen oder gar NATO-Angriffskrieges gegen die Sowjetunion in Europa gibt es keinerlei Anhaltspunkte, wohl aber für die Planung eines atomaren Erstein-satzes im Verlaufe eines Verteidigungskrieges ...
3. Die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen sind entgegen verbreitetem Glauben keine Erstschlagswaffen ...
4. Die physische nationale Existenz ... ist und bleibt in einem Atomkrieg besonders gefährdet; ... Die Mittelstreckenraketen ändern an dieser Situation überhaupt nichts. Auch atomwaffenfreie Zonen verringern nicht die Gefahr eines Völkermordes in einem Atomkrieg, sondern erhöhen sie unter Umständen ...“

Egbert Jahn, „FR“, 2.9.83

Prüfung) abblocken zu wollen, ohne zu sehen oder sehen zu wollen, daß dieses Verfahren der SPD-Spitze total in die Hände spielt.

Man hat es ja nun geschafft. Kaum war die SPD in die Opposition geraten, brauchte sie ihren alten „Nach-rüstungs“-Beschluss nicht mehr durchzuführen, war sie ein Jahr später zum Bündnispartner der Friedensbewegung gekürt worden. Bei der DGB-Spitze (die ja zum rechten Teil der SPD gehört), kam noch hinzu, daß sich damit die Einbeziehung der Arbeiterschaft euphorisch an die Wand malen ließ (ein Ritual, was auf jeder Friedens-versammlung regelmäßig die Leute auf die Bänke treibt und lediglich zeigt, daß der Großteil der Aktiven nicht aus diesem Milieu stammt). Der bisherige (hört), kam noch hinzu, daß sich damit die Einbeziehung der Arbeiterschaft euphorisch an die Wand malen ließ (ein Ritual, was auf jeder Friedens-versammlung regelmäßig die Leute auf die Bänke treibt und lediglich zeigt, daß der Großteil der Aktiven nicht aus diesem Milieu stammt). Der bisherige Konsens war nämlich in Opposition zur SPD — wenn auch mit vielen sozialdemokratisch orientierten Kräften — durchgesetzt worden, während sich heute nach dem üblichen Konsensprinzip viele Kräfte sperren dürften, über-lange nicht revolutionäre Überzeugungen zu treffen, die der SPD, aber vor allem dem DGB weh tun könnten.

Das wäre das Ende der Friedensbewegung, denn so würde sie zum Wurf-sack einer NATO-Reform-Strategie und einer Mehrheitsbeschaffung für die SPD verkommen.

Diese Situation erfordert gleichzeitig, daß der „unabhängige“ Teil nun unbeschadet der Möglichkeiten, Ziele für die Gesamtfriedensbewegung mit-formulieren zu können, eigene Zielvorstellungen entwickelt und sich auf gemein-same Strategievorstellungen verständigt, um einen entsprechenden Druck herstellen zu können. Die Forderung nach Radikalisierung des Widerstands reicht da keineswegs aus, zumal die bi-herige Situation die vollkommen unter-schiedlichen Vorstellungen in diesem Teil der „Unabhängigen“ Kräfte nicht so zum Tragen gebracht hat.

### Die Angst vor dem Atomkrieg

Für jeden weiteren Vorgehen ist es von zentraler Bedeutung zu berücksichtigen, worin eigentlich die Ursache besteht, daß sich über 70 % der Bevölkerung in Umfragen gegen eine Stationierung ausgesprochen haben. Denn auch wenn die „Volksumfragen“ am 22.10.1983 die bisher größten Kundgebungen in der Geschichte der Bundesrepublik waren, bleibt als Tatsache, daß die Schallmauer für die Einbezie-

hung von Menschen in Aktivitäten (und sei es nur die Form des Unterschriftengebens) unter 20 % der Bevölkerung angesiedelt ist, wobei 10 % eher eine realistische Größe sein dürfte.

Im Zentrum dieser Ablehnung steht die vollkommen reale Befürchtung, daß jede kriegsnahe Konfrontation zwischen Warschauer Pakt und NATO zu einem direkten Himmel-fahrtskommando werden dürfte. Diese Einschätzung hat sich nicht nur in Europa herumgesprochen, sondern mehr und mehr auch in den USA an Boden gewonnen.

„Dieses Land ist infolge des Krieges in Vietnam durch eine tiefe philosophisch-kulturelle Krise gegangen ... Es taucht jetzt aus dieser Krise auf.“  
Brzezinski 1979

Der Friedensbewegung wird von ver-schiedenster Seite „Panikmache“ vor-geworfen, darunter auch gerade aus antiumperialistischer Sicht. Richtig an dieser Kritik ist nur, daß teilweise die unsinnigsten Bilder und Vorstellungen verbreitet werden, wie es zum Atom-krieg kommen kann, daß Erklärungen, der wahnsinnige Reagan wolle Europa in seinem Kriegskalkül eines auf Europa begrenzten Atomkrieges opfern, die „Opfer“ in der BRD und anderswo müßten sich abkoppeln, niemand wolle eigentlich den Krieg, weshalb er nur als „Panace“ denkbar ist, an den tatsäch-lichen Kriegskalkülen vorbeigehen bzw. davon ablenken. Es geht ja der NATO nicht darum, bei der Erlangung einer absoluten atomaren Überlegenheit über Nach dem Krieg mit einem „Ent-waffnungs-schlag“ aller strategischen Einrichtungen der Sowjetunion („Ent-hauptung“) zu beginnen, sondern es wird die Fähigkeiten entwickelt, durch sogenannte „chirurgische Schläge“ bzw. der Fähigkeit zum „deep Sink“ auf jeder begrenzten Kriegsebene eine Konfrontation beginnen zu können.

Das alles ändert aber gar nichts an der schlicht vollkommen richtigen Tat-sache, daß jeder kriegsnahe Konflikt in Europa mit aller Wahrscheinlichkeit bei der gegenseitigen Vernichtung en-den dürfte, es sei denn, man setzt vor-aus, die Sowjetunion würde sich einer kriegsnahe Erpressungspolitik der NATO beugen.

Interessant ist in diesem Zusam-menhang auch, daß nicht nur die SPD, sondern vor allem auch sozialdemo-

kritische Kräfte „innerhalb“ der Friedensbewegung vor „falscher Pa-nikmache“ warnen. Besonders hervor-ge-tan hat sich dabei Egbert Jahn (SB und SPD) bzw. „sein“ hessisches Friedensforschungsinstitut, daß sich in letzter Zeit vollkommen darauf kon-zentriert, die jetzige Niederlage statt auf mangelnde Konfrontationsberei-t-schaft auf den Punkt „falscher Panik-mache“ zurückzuführen (s. Fakasimile). Der Kern der Situation in Europa be-zieht sich nicht nur darin, daß die Rüstung des Warschauer Paktes jedes Einmarschkalkül in Osteuropa (wieder einmal) keinen „Spaziergang“ nach Osten erlaubt, sondern die Drohung im Raum steht, daß eine einseitige Ver-nichtung der SU einschließliche der ato-maren Vernichtungsdrohung zu einer beiderseitigen Vernichtung werden dürfte.

Diese Drohung macht nicht nur für die NATO-Strategen die Kriegsplanung zu einem unkalzuberbaren Risiko, son-derm diese Drohung ist zum großen Teil der Grund für viele Menschen, einen Krieg zu fürchten. Denn bei der großen Masse sieht es inbezug auf Kriegs-führung ohne diese offensichtliche Risiko des eigenen Unter-gangs vollkommen anders aus. Das hat das Falklandunternehmen in Großbri-tannien und in den USA die Grenada-Invasion allzu deutlich gemacht.

Diese Kriege liefen bei der Mehrheit Stimmungen her, wie sie vom Verhält-nis zur eigenen Fußballnationalmann-schaft bekannt sind. Die Nation liebt möglichst am Fernseher um den gran-diosen Sieg ihrer Mannschaft. Tosen-der Beifall, wenn der Rechtsaußen den Gegner verladen oder demoralisieren kann. Jeder Gegenreißer, jeder „eigene“ Verlust wird schnell zur nationalen Schande. Der Ruf nach besseren Trup-pen oder einem neuen Trainer liegen nicht fern. Auch der so von den Herr-schenden bezeichnete „Vietnam-Schock“ beruht vor allem Dingen auf diesem Effekt. Es ist ja eben nicht so, daß dem US-Imperialismus in gro-ßen Teilen der Bevölkerung das unau-sprechbare Schandmal eines Völkermor-des anhaftet, sondern vor allem die Schmach einer Niederlage. Es muß eben eine „saubere“ Operation sein, wenn Grenada erobert wird, oder die US-Truppen im Libanon müssen schnelle Erfolge zeitigen und Reagans Wiederwahl ist gewiß, gerade weil er solche Kriege geführt hat.

„Wir leben in einer Zeit, in der ein Putsch, ein größerer Streik, ein terroristischer Angriff oder ein abgelegener Krieg zwischen zerstrittenen Nachbarn in einem

„Wir leben in einer Zeit, in der ein Putsch, ein größerer Streik, ein terroristischer Angriff oder ein abgelegener Krieg zwischen zerstrittenen Nachbarn in einem noch nicht dagewesenen Aus-maß weltweite Konsequenzen zur Folge haben kann.“

David C. Jones, Stabschef aller Waffengattungen, 1982 vor dem US-Kongress

Selbst in der BRD konnte man dies an der Reaktion auf die Blutspritzer er-kennen, die der grüne Landtagsabge-ordnete Schwalbe-Hoth auf der Uni-form eines Vietnam-Generals verpor-tiert hat. Daß dieser Vorgang über jede moralische Empörung erhaben sein mußte, macht der Vergleich deutlich, daß die Hamburger Außenminister erst auf 20 Meter Tiefe ausgegabt wer-den mußte, um das Blut vietnamesi-scher Menschen fassen zu können, das während der US-Intervention ver-gossen worden ist; das ergibt einen See, in dem die ganze US-Elite erlaufen könn-te.

Sowenig also die Atomkriegs-furcht in größerer Opposition zur NATO und auch zu Kriegspolitik steht, so ver-betend wäre es, nicht gerade hier an-zusetzen, will man große Teile der Be-völkerung in eine Opposition zur her-rschenden Kriegsrüstung bringen. Seit Jahren hat es sich schon in herrschen-den Kreisen herumgesprochen, daß sich dieses zu einer allgemeinen NATO-Krise auswachen könnte. In der BRD ist dies häufig weniger sichtbar, weil der durchschnittliche CDU-Politiker es gar nicht wagen würde, da mitzuden-ken und es auch bei der SPD nicht viel besser aussieht. Inzwischen hat sich aber die SPD-Spitze (jetzt erst in der Opposition) einer solchen NATO-„Re-form“ verschrieben. Wie sie vor allem in US-Kreisen (z.B. McNamara) em-

wickelt wurden. Dabei geht es weniger um tatsächliche Reformen von der Kriegsplanung weg, als vielmehr um die Versöhnung der Masse der Bevölke-rung mit der NATO.

Von der SPD-Spitze werden heute der Freeze Gedanke, der Verzicht auf den atomaren Erstein-satz und auch der atomwaffenfreien Zonen in Form des Palme-Planes (einer Zone von je 150 km in der DDR und BRD ohne Atom-waffen in Friedenszeiten) aufgenom-men und propagiert.

Als Voraussetzung jeder dieser Vorschläge betrachtet die SPD-Spitze eine konventionelle Aufrüstung. Man sollte sich nicht täuschen lassen; es handelt sich just um die konventio-nellen Waffen, die im Rahmen des Rogers-Plan und des Airland-Battle Konzeptes für den „deep Strike“, für das Blitzkriegskonzept nach Osteuropa benötigt werden. Selbst SPD-Politiker wie der ehemalige Verteidigungsmini-ster Apel stellen sich gerne in der war-nenden Pose hin, daß eine Blitzkriegs-strategie nach Osten, so lauthals ver-kündet, politisch verheerend wäre. Po-litiker aller Couleur mochten ihre Waf-fen gerne mit dem Omelette „defen-siv“ verkaufen.

„In den ersten 20 Jahren des Bündnisses der NATO war es für die Verteidigung Europas nicht von großer Bedeutung, was 'draußen in der weiten Welt' passierte. Die Macht der USA verhinderte, daß da etwas für die Sicherheit Europas Gefährliches geschah.“

Nun aber seien „die Großräume um den Nordatlantischen Raum herum, also der Nordmeerraum, der Mittelmeerraum, der Nahe- und Mittlere Osten, Afrika und der Indische Ozean, von großer und unmittelbarer Bedeutung für die europäische Verteidigung. Man muß sie ohne jede Dramatisierung lebens-wichtig nennen, im Kriege über-lebenswichtig und dies aus zwei Gründen: in ihnen liegen die rohstoffliefernden Länder, und über die Meere laufen die Ver-bindungslinien der westlichen Länder beiderseits des Atlan-tiks“

Bundeswehrgeneral Graf v. Kleemannsegg in Europäische über die Meere laufen die Ver-bindungslinien der westlichen Länder beiderseits des Atlan-tiks.“

Bundeswehrgeneral Graf v. Kleemannsegg in Europäische Wehrkunde 5,6/1979

Helmut Schmidt sagte es im Rahmen der Bundestagsdebatte ganz offen, worum es gehen soll. Man will noch in diesem Jahrzehnt erreichen, daß die NA-TO auf die Drohung mit dem atomaren Erstsatz verzichten kann, weil sie in der Lage wäre, einen konventionellen „Blitzkrieg“ zu führen, was dann in völliger Umkehrung der jetzigen Situa-tion die Sowjetunion in Ablehnungs-schwierigkeiten bringen könnte. Wenn man sich die Pläne anschaut, sehen diese keineswegs die Beseitigung der Atomkriegsrüstung vor, sondern so sehr diese Vorschläge auch heute in Opposition zum jetzigen NATO-Kurs stehen, können sie für eine neue Legiti-mation und „Akzeptanz“ für den NATO-Kurs mißbraucht werden.

Alle diese SPD-Pläne sehen kei-newegs die sofortige (oder gar einseitige) Änderung der NATO-Atomrüstung vor, sondern neue Abrüstungsverhand-lungen zwischen den USA und der So-wjetunion (bzw. die Einbeziehung Großbritanniens und Frankreichs in die Verhandlungen). Es geht um den altbekannten Verhandlungsspekter, bei dem sich die SPD (schon in der „Nach-rüstungs“-Frage) für den besseren Atomkernspeiler hält.

So sieht der Palme-Plan auch kei-newegs die Verschrottung einer einzigen Atomwaffe vor, im Gegenteil. Der schwedische Außenminister begründete die Ablehnung einer 600 km breiten Zone (wie ihn die DDR vorschlug) aus-drücklich damit, daß dann ja der Vor-schlag in Kontraste zur jetzigen „Nachrüstungspolitik“ geraten wür-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

de. So sehr jede Atomwaffenfreie Zone, auch die nur symbolischer Natur, in Opposition zur jetzigen NATO-Politik stehen mag, so wenig kann sich die Friedensbewegung darauf einlassen, daß solche Abrüstungsvorschläge an den Genfer Verhandlungstisch gestellt werden, die keine realen Abrüstungsschritte der NATO mit beinhalten.

Will man konsequent die Atomkriegsgefahr aushebeln (und nicht auf Hoffnungen der NATO-Verhandlungsführung setzen, wenn erst einmal die Reagan-Opposition in der USA und in der BRD die SPD die Regierung stellen), so geht es um die Beseitigung der Atomwaffen.

An die herrschenden Klassen kann und sollte darum unbedingt die Forderung nach Abzug sämtlicher Atomwaffen bzw. aller Massenvernichtungsmittel (also auch der B- und C-Waffen) aus der BRD gestellt werden und zwar ohne jedes gestrickelte Verhandlungskalkül und auch ohne jede Ost-West-Bedingung. Gerade dadurch kann auch der Masse der Bevölkerung, die sich gegen die Atomkriegsplanung wendet, deutlich gemacht werden, ob ihre Furcht vor allem nur „beruhigt“ werden soll.

„Wie 1973 in Angola versäumt und 1977 und 1978 in Shaba praktiziert, müssen westliche Staaten wohl oder übel immer wieder eingreifen, um die Machtübernahme durch kommunistische Usurpatoren und die Rekolonialisierung durch die Sowjetunion zu verhindern. Nichteinmischung ... gibt es nicht, denn ... Abstinenz des Westens bedeutet nur noch mehr Einmischung des Ostblocks.“

Frankfurter Allgemeine, 6.6.78

## TO BE oder NATO BEI

Mit diesem Slogan endet ein Papier, daß eine Diskussion um den NATO-Austritt der BRD und die Erweiterung des Minikonsensus um diese Forderung begründet. Das Papier ist im letzten Arbeiterkampf abgedruckt; es ist auf der letzten Aktionskonferenz verteilt worden und wird von Personen aus 3 Welt-Gruppen und dem nicht gewaltfreien Teil des BAF-Spektrums getragen.

Der erste Vorstoß in der NATO-Frage kam aber aus umgekehrter Richtung. Kaum hatte der Bonner Koordinationsausschuß („Bonner Frühstücksrunde“) der SPD nun ein „entscheidendes Nein“ zur „Nachrüstung“ beschlossen, da brachte Willy Brandt auf der Bonner „Volksversammlung“ sein entscheidendes JA zur NATO zum Ausdruck. Auch die SPD nun ein „entscheidendes Nein“ zur „Nachrüstung“ bescheidet, da brachte Willy Brandt auf der Bonner „Volksversammlung“ sein entscheidendes JA zur NATO zum Ausdruck.

Nach inzwischen langen Diskussionen brach der geschäftsführende Ausschuß der Bonner Koordination in einer Presseerklärung (am 17.11.83) eine ungewöhnlich klare Gegenposition zustande: „Ein NEIN zur „Nachrüstung“ darf angesichts des Air-Land-Battle-Konzepts mit dem Ziel der Erlangung einer Kriegsfähigkeit nicht mit einem bedingungslosen JA zur NATO gekoppelt werden. Ein bedingungsloses JA zur NATO bedeutet die Mitschuld an der Fortsetzung des Rüstungswettlaufes und an militärischen Bedrohungen gegen Länder der Dritten Welt (...).“

Der Beginn der Stationierung von Erstschlagwaffen wird für alle Teile der Friedensbewegung eine Herausforderung sein, über den Widerstand gegen Atomwaffen hinaus die Verwandlung (wieso Verwandlung, das war schon immer Sinn und Zweck der NATO - Ann. des Verf.) der NATO zu einem Instrument der Kriegsführung zu bekämpfen (sowohl der Koordinationsausschuß).

In diesem Sinne erklärte auch Volkmars Deise, Vertreter von Aktion Südseezeichen (ASF) im Koordinationskreis: „Zwar wird eine Folge der Stationierung auch die Diskussion um die NATO-Mitgliedschaft sein. Wer stationiert, muß das wissen“. Tatsächlich liegt nicht nur aus den SPD-Reihen vor dieser Gefahr gewarnt, in diesem Sinne bricht die CDU/CSU ständig Debatten vom Zaun, in denen sie vorsorglich und zur Abschreckung allen möglichen Sozialdemokraten (leider zu Unrecht) diesen Kurs unterstellt. Dafür muß die Weigerung der SPD, ihren Segen für den Stationierungsbescheid zu geben, genauso herhalten wie der jüngste Vorstoß von Oskar Lafontaine zugunsten

einer europäischen Militärmacht anstelle der NATO.

Für einen Austritt aus der NATO tritt Volkmars Deise keineswegs ein, er glaube nicht, daß dies „jetzt richtig“ sei. Es ist auch unklar, ob er damit meint, später einmal. Für ihn heißt „die Richtung ... Auflösung der Blöcke“. Das ist eine langfristige Aufgabe, die sich heute darin konkretisiert, daß die NATO zu einer anderen Politik gezwungen wird. D.h. nicht, daß man darauf verzichtet, die Bundesregierung zu einer eigenständigeren Politik zu bringen. „In diesem Sinne fordert er eine „Sicherheitspartnerschaft“ zwischen Ost und West (das Papier von Volkmars Deise ist im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ - (am 18.11.83) abgedruckt). Ob Deise meint, die NATO dahin reformieren zu können oder ob er diese Frage aus taktischen Gründen nur lieber ausgeklammert wissen möchte, bleibt im Nebel.

„Die UdSSR könnte sich gezwungen sehen, den Griff, mit dem sie ihre europäischen Satelliten gefaßt hält, zu lockern, wenn sich herausstellt, daß diese Politik mehr und mehr ihrer Kraft aufzehrt (...). Eine Probe auf unsere Strategie besteht deshalb darin, ob sie fähig ist, Lagen herbeizuführen, die potentiellen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Sowjetblocks zur Auswirkung zu bringen.“

Henry Kissinger, 1957

Daß die DKP die NATO-Austrittsforderung nicht als neuen Konsens unterstützen mag, ist bei ihrem schlechten Blick auf das Bündnis mit SPD und DGB kaum anders zu erwarten. Ganz im Sinne der sowjetischen Außenpolitik fordert die DKP die „Auflösung der Blöcke“ und befindet sich damit Seite an Seite mit jenen Kräften, die an dieser und anderen Fragen die DKP aus dem Bündnis katalysieren möchten (s. dazu später). Die Bauchschmerzen, ob man den NATO-Austritt in den Mittelpunkt stellen sollte, reichen aber auch weit ins linke unabhängige Lager.

Grundsätzlich (ohne bündnistaktische Überlegungen) ist die Sache denkbar einfach: Daß die NATO ihre Interessen mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen gedenkt, läßt sich vor allem angesichts der rasanten Entwicklung in den letzten Jahren kaum noch wegdiskutieren, und es wird für viele Menschen zu einer ersten Frage: Eine neue Phase der Invasionspolitik — unterbrochen durch den sogenannten Vietnam-„Schock“ — hat begonnen. Auch die Wortakrobatik einzelner Regierungserklärungen bei solchen Interventionen — wie jüngst durch die Bundesregierung zur Grenada-Invasion der USA — ändert nichts daran, daß es um Vietnam-„Schock“ — hat begonnen. Auch die Wortakrobatik einzelner Regierungserklärungen bei solchen Interventionen — wie jüngst durch die Bundesregierung zur Grenada-Invasion der USA — ändert nichts daran, daß es um gemeinsame imperialistische Interessen geht und um einzelnen lediglich um Frage der Vorgehens-Methoden besteht, sonst müßte dies ja Folgen für das NATO-Bündnis haben. In aller Regel machen sich distanzierende Worte besonders gut, wenn es sich bei einer solchen Invasion um einen Vorgang der „Arbeitsteilung“ handelt.

Neben einer Nuklearstrategie braucht die NATO „ein nicht-nukleares Truppenkontingent, ... das vorbereitet und in der Lage ist, in Osteuropa einzumarschieren. ... Sollte es in Europa zu einem Krieg kommen, müssen sie wissen, daß es einen Status Quo nicht länger gibt. Die Frage der Struktur Osteuropas — dies ist das mindeste — ist wieder einmal offen.“

Colin S. Gray, 1979 (in Military Review)

Nicht nur in diesen Invasionen wird die militärische Konfrontation mit der Sowjetunion heraufbeschworen. Die NATO geht davon aus, daß die neuen Rüstungsprogramme und Strategien (Rogers-Plan und Air-Land-Battle) auch zu einer konventionellen Kriegsfähigkeit in Europa führen sollen. Daß davon auszugehen ist, daß die NATO uns Krieg „beschert“ dürfte, wird ernsthaft niemand bestreiten wollen aus der Friedensbewegung, deren Sinn und Zweck es eigentlich ist, dieses zu verhindern (und nicht darauf zu hoffen,

daß es schon so schlimm nicht kommen möge).

Bisher hat die Friedensbewegung an einem zentralen Aufrüstungsvorhaben (den neuen Mittelstreckenraketen) den Kriegsvorbereitungskurs der NATO durchkreuzen wollen. Daß dabei häufig der Güter zumet getan wurde, indem dieses neue Waffensystem nicht nur zum Ausgangspunkt genommen wurde, um den gesamten Kriegskurs zu erläutern, sondern häufig diesen Waffen die Kriegsfähigkeit schlichthin zugesprochen wurde, liegt auf einem anderen Blatt, weil damit andere Rüstungsvorhaben „übersehen“ wurden. Die konventionelle Rüstung, die neuen Pläne (Rogers-Plan und Air-Land-Battle), die schnelle Eingreiftruppe und genauso „alle“ Hüte wie die „Nachrüstung“ auch, wenn sie jetzt erst bei vielen im Blickfeld rücken. Will man seine generelle Opposition gegen den Kriegsvorbereitungskurs zum Ausdruck bringen und zusammenfassen, landet man ganz zwangsläufig bei der grundsätzlichen Stellung gegen die NATO.

Bisher ließ es in den Aufrufen dazu, man wolle „Entspannung“. Diese Parole hat das sozialdemokratisch orientierte Mehrheitsparlament immer ungeniert in jeden Aufruf hineingesteckt (obwohl dieses allen Linken im Gesicht schlug). „Entspannung“, Handel und Abkommen in den Warschauer Pakt hinein waren lediglich einem militärischen Kräftegleichgewicht, besser gesagt mangelnder Überlegenheit der NATO, geschuldet, stand aber für die NATO niemals in Alternative oder gar als Verzicht für eine Kriegsplanung.

## Zur seinerzeit geplanten Propaganda-Kampagne:

„Diejenigen, die sich dieser Aufgabe anzunehmen haben, machen sich keine Illusionen über die Erfolgchancen ... Es wäre nicht der erste Versuch, ... Einsicht in die Notwendigkeit der Nachrüstung zu schaffen.“

Karl Feldmeyer in „FAZ“, 26.8.83

Die Hoffnung, daß sich „Entspannung“ irgendwie zu einem „Friedensprozeß“ oder zu Abrüstung ausbauen würde, und heute selbst den kühnen Optimisten nicht mehr einzureden.

Nicht viel mehr taugt der von Deise propagierte Begriff einer „Sicherheitspartnerschaft“. Im Rahmen der NATO gäbe es eine scheinbare „Sicherheitspartnerschaft“ nur dann, wenn es als aussichtslos gelten würde, zu militärischer Überlegenheit und Kriegsfähigkeit aufzurufen zu können, was auch weniger gigantische Rüstungsausgabensteigerungen zur Folge haben könnte. Will man das als eigene Utopie verstanden wissen, so ist das ja kein Ersatz für eine grundsätzliche Opposition gegen die NATO, im Gegenteil, ohne die wäre überhaupt gar nichts zu erreichen.

Andere erheben den Einwand, die Forderung „Raus aus der NATO“ könnte dem Plan einer 3. Supermacht, einem europäischen Militärbündnis „Vorschub“ leisten. Dahinter steht die Einschätzung oder Sorge, daß eine sol-

che Eingung und auch eine „Abkopplung“ von den USA als Alternative immer stärker in herrschenden Kreisen diskutiert werden. Die Debatte um eine europäische Eingung und um eine „europäische NATO“ gibt es, solange es die Debatte um Europa gibt. Der Höhepunkt dieser Debatte war schon in den 60er Jahren. Es ist allerdings eine Fehlmeinung, wenn dies hauptsächlich als Konkurrenzbindung gegenüber den USA mißverstanden wird. Der Imperialismus geht heute von einer gemeinsamen Frontstellung gegenüber der 3. Welt und dem „System des realen Sozialismus“ aus. Eine Variante des Vereinigten Europas ist ja nicht als Schwächung, sondern als Stärkung dieser Front gedacht, wenn es dabei auch

## Zur Stationierung:

„Bonn muß demonstrieren, daß es seiner Sache sicher ist. Je besser dies gelingt, um so stärker wird die Bundesregierung aus der Kraftprobe dieses Herbstes hervorgehen. Die Erfahrung, daß die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen weder den Alltag der Politik noch den des einzelnen verändert, wird erleichternd und ernüchternd wirken.“

Karl Feldmeyer (s.o.)

um ein entscheidendes Gewicht und ein angestrebtes Gleichgewicht der Europäer geht. Jedenfalls wird der Europäische Gedanke in herrschenden Kreisen niemals in Konfrontation zur NATO oder gar mit einem tatsächlichen Austritt aus der NATO erwogen.

Ganz unanfällig ist der Gedanke, die Opposition zur NATO einzuheben oder zu verstecken hinter der Forderung nach „Auflösung der Blöcke“. Vor dem „Mißverständnis“, daß ja auch die NATO die Auflösung der Blöcke in ihrem Sinne im Auge hat, versucht man sich damit zu retten, daß dann von einer Auflösung „von unten“ gesprochen wird. Ein Auflösen der Blöcke würde aber rein logisch betrachtet voraussetzen, daß die BRD aus der NATO austritt. Interessanter wird es schon dann, wenn (wie z.B. im Grünen Friedensmanifest) behauptet wird, ein solcher Austritt sei (einseitig) in der BRD gar nicht zu bewerkstelligen. Sicherlich kann eine internationale Front gegen die NATO dazu nur nützlich sein, aber ansonsten wäre es idiotisch, wollte man einer solchen Bewegung (sagen wir in den Niederlanden als Beispiel) verbieten, sich aus der NATO zu begeben, solange wir in der BRD soweit gar nicht sind. Umgekehrt würde das gleiche gelten. In der Regel heißt es, die Auflösung der Blöcke müsse durch einen gleichzeitigen Prozeß in Ost und West hergestellt werden. Daß hierbei natürlich darauf nur allem BRD soweit gar nicht und. Umgekehrt würde das gleiche gelten. In der Regel heißt es, die Auflösung der Blöcke müsse durch einen gleichzeitigen Prozeß in Ost und West hergestellt werden. Daß heute natürlich derzeit vor allem, jeder Oppositionsbewegung in Osteuropa abzurufen, am Warschauer Pakt zu rütteln, weil in der BRD ein NATO-Austritt nicht in Sicht erscheint. Gerade die Propagandisten solcher Ost-West-Auflösung ist aber gerade dieser Gedanke noch überhaupt nicht in den Sinn gekommen, obwohl gerade das

Kriegskalkül der NATO darauf aufbaut, daß es zu solchen einseitigen Prozessen in Osteuropa kommt, wo die NATO gern den „Befreier“ spielen möchte, während umgekehrt für die Sowjetunion diese Möglichkeit überhaupt nicht besteht.

In aller Regel gehen solche Ost-West-Kalküle davon aus, daß eine grundsätzliche Opposition gegen das herrschende NATO-System gar nicht als möglich angesehen wird; sozialdemokratische Kräfte und Teile der Grünen, vor allem Ex-ML-Kräfte, haben ganz offen eine Schwächung des Kampfes gegen die NATO im Auge.

Will man die Forderung nach Auflösung der Blöcke nicht an die Völker der Welt stellvertretend delegieren, so muß schon in der BRD die Forderung nach einem NATO-Austritt erhoben werden.

Bleiben wir aber mal auf dem Teppich der derzeitigen Situation, so geht es dabei um zwei Dinge:

## Rogers-Plan und Air-Land-Battle

„Wenn es aber in der Entwicklung unserer Strategie darum gehen sollte, unsere militärischen Fähigkeiten so zu verändern, daß wir eine etwaige konventionelle militärische Auseinandersetzung hineinragen können in den gegnerischen Raum, dann kann sich auch sehr schnell politisch-psychologisch vieles im Ost-West-Verhältnis ändern. Dann werden wir anfällig für die Behauptung der Sowjetunion, wir wollten konventionell angreifen und ihr Staatsgebiet mit Krieg überziehen. Gerade wir Deutschen könnten angesichts unseres Überfalls auf die Sowjetunion im letzten Weltkrieg einer solchen Kampagne nur schwerlich widerstehen, nicht zuletzt angesichts des überragenden Anteils unserer Bundeswehr an der konventionellen Abschreckung der NATO in Zentraleuropa.“

Hans Apel

Im Europ. Wehrkunde 4/83 unter seiner Ägide als „Verteidigungsminister“ wurden diese Pläne entwickelt und z.T. auf NATO-Ebene verabschiedet; man muß nur anders drüber sprechen...

1. Es ist unumstritten notwendig, die Opposition gegen den NATO-Kriegskurs in einer zentralen Forderung zusammenzufassen (und nicht nur gegenüber einzelnen Plänen und Rüstungsschritten).

2. Spätestens seit sich die SPD als die Vertreterin des Friedensgedankens in der Friedensbewegung aufzuspielen be-

Fortsetzung nächste Seite

## Anzeige

### Der Westen will den Krieg

Was hat uns heute mit der BRD vor ... ?

der im Bündnis mit den paar anderen westlichen Nationen, für den Friedensgedanken also die Forderung aller anderen Konventionen auf der Welt und insbesondere für die Friedensbewegung ist das schillernde Friedensgeheimnis.

der weltweit zwischen „Lernschulung“ im Osten und anderen Regionen unterschiedet und das „Lernschulung des Rechts“ überlassen soll.

demnach Öffentlichkeit um den Bürger im Osten auf eine gute Lageposition einzulassen, nämlich eine demnach selbst unabhängige „Schulung“ mit demokratischen Methoden zu werden.

der große Koffer im Osten für einen Anschlag auf den Weltfrieden steht, den es mit anderen Waffen teilen muß.

der alte Länder der Welt erfolgreich für einen nationalen Raum und politischen Einfluß bemüht und deswegen in der Bevölkerung der westlichen Nationen haben.

„Anforderungen“ anderer an diesen letzten Nachbau schuld.

der die Frage, ob die Befragung immer auf einen hohen Grad selbst sich selbst überlassen bleibt, kommt.

der den 3. Jahrestag (1983) mit der Geschichte Frieden als der Pflicht erklären zu haben zum Beispiel für die Freiheit des Friedensgeheimnisses stehen zu lassen.

der den anderen Frieden macht, so heißt es in der Welt, je weniger die Befragten das aufzunehmen.

Woher hat die BRD die Macht und die Freiheit zu solchen Politik, und wie ist sie dazu zu kommen?

Der Westen will den Krieg

Karl Held / Theo Ebel

Karl Held / Theo Ebel

Abweichende Meinungen zur

## „NACHRÜSTUNG“

## Der Westen will den Krieg

Acht Beweise und ein Schluß



Fortf. von vorheriger Seite

ginn und von zahlreichen Strömungen in dem bisherigen Friedensbündnis als Teil der Friedensbewegung gesponsert wird, ist es unabdingbar geworden, daß sich der Anti-NATO-Flügel auf der anderen Seite sammelt, um gegen den Unsinn von NATO-Reform-Versprechen (na oh diese „den Frieden sichern“ sollten) nicht nur im einzelnen anzutreten. Es wäre verheerend, als besonders „schauen“ Bündnis-Schutzbüro auszumalen, hier Zurückhaltung zu üben.

Es ist nicht zu bestreiten, daß beim derzeitigen Stand der Dinge in manchen größeren Bündnissen „Kompromisse“ zu formulieren wären, die sich in etwa an der Erklärung des Koordinationskreises orientieren könnten. Aber auch das setzt einem gemeinsam agierenden Anti-NATO-Flügel voraus.

## Friedensbewegung zwischen Ost und West

Wir hatten begründet, warum sich die Friedensbewegung, will sie Bestand haben und nicht auf spontanen Anlässen eines Breitenprotestes spekulieren, zu einer klaren Oppositionsbewegung gegen den NATO-Kriegskurs entwickeln muß. Gegen diesen klaren eindeutigen Kurs werden vor allem Ost-West-Orientierungen der Friedensbewegung gesetzt, häufig auch in direkter Alternative zum Anti-NATO-Kurs.

Bei Sozialdemokraten ist es überdeutlich, daß die Zielrichtung auf eine Ost-West-Orientierung, und neue „Ab“-Rüstungsverhandlungen der Abschwächung der Konfrontation gegen die NATO dienen soll.

Auf der anderen Seite wird eine Ost-West-Orientierung vor allem aus den Reihen der Grünen Partei eingebracht, häufig ist es sogar das Hauptbetätigungsfeld, wenn nicht gar überhaupt das einzige aktiv betriebene Anliegen dieser Kräfte.

Allerdings reichen die Unklarheiten und die unterschiedlichsten Ansichten dazu in große Teile der Friedensbewegung hinein.

Angekreist zahlreicher Artikel zu dem Thema in diesem AK (siehe Beilage) kann sich hier auf mehr zusammenfassende Aussagen beschränkt werden.

## Heißer Herbst — schon vorbei?

„Ich habe damals gesagt, ob der Herbst nun naß oder kalt oder heiß wird — dieser freiheitliche Herbst nun naß oder kalt oder heiß wird — dieser freiheitliche Rechtsstaat ist stärker als Farbbeutel, Demonstranten und Gewalttäter. Das hat sich erwiesen. Der Teil der Friedensbewegung, der einfach antiparlamentarisch ist, wird abschwellen, aber der harte Kern wird weiterzumachen versuchen und sich ein neues Thema suchen.“

Rainer Barzel, „Welt“, 3.12.83

Innerhalb dieser Kreise ragt der kleine, aber umso agilere Kosi-MIL-Teil hervor, der heute samt und sonders seine Zelte in den grünen Reihen aufgeschlagen hat und noch immer Anhänger der 3. Weltentheorie ist, wonach die beiden Supermächte (insbesondere die Sowjetunion) die 2. Welt (Europa) bedrohen. Diese Kräfte sind in den verschiedensten Ost-West-Kreisen und in der „Deutsch-Deutschen“ Wiedervereinigungsnationalismus-Initiative zu finden.

So kraß, wie es hier z. B. Exil-Solidarismus-Vertreter betreiben, wo erst jüngst ein KOS-Komitee („Komitee für sozialen Widerstand“) vor jeder (einseitigen) westlichen Abrüstung wegen der sowjetischen Kriegsgefahr warnte (s. „lat“, 6.12.83), mögen es diese Kräfte nur selten ausdrücken. Umso vehementer werden aber solche Positionen zur (unabhängigen) Friedensbewegung in Osteuropa hochstilisiert, mit denen eine Zusammenarbeit das Herzensanliegen der Friedensbewegung hier überhaupt sein müsse.

Andererseits grüne Ost-West-Positionen sind widersprüchlich und schwankend. Auf der einen Seite werden von der Sowjetunion Abrüstungsvorleistungen verlangt, um damit als „Bundespartner“ der Friedensbewegung deren Möglichkeiten zu verbessern. Als die Möglichkeiten nun unaußersichtlicher oherrückte, machte die Idee, jetzt könne für den „Durchbruch“ nur noch die Verschrottung von SS-20-Raketen helfen, die Runde.

Auf der anderen Seite soll Friedensbewegung in Osteuropa überhaupt nur dort einzuordnen sein, wo diesen Kräften eine ausdrückliche Opposition zu

den dort herrschenden Verhältnissen nachgesagt werden kann; ein Maßstab, der in der BRD niemals angewendet wird. Wenn die Grünen ihren Ost-West Kurs gerne mit dem Slogan umhängen, daß die Friedensbewegung weder mit einem Bein in Moskau noch in Washington stehen dürfe, so fällt ihnen offenbar nicht einmal „auf“, daß sie ihre Ostkontakt und Ausrichtungsbasis in herzlichster Eintracht mit SPDlern betreiben. So ist Rudi Steinke vom Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa immer dabei, ebenso stammte der letzte Ost-West-Aufruf aus dem Biermann-Büro aus der SPD-Berliner (Biermann stammt aus dem genannten Arbeitskreis und arbeitet heute für MdB Westkirchen, er gilt als inoffizieller SPD-Vertreter im Bonner Koordinationsausschuß).

Hintergrund der vielen schwankenden Positionen ist, daß der Sowjetunion in aller Regel eine Beteiligung an militärischen Schutz und Verteidigung gegen die NATO-Drohung verweigert wird, obwohl selbst pazifistische Kräfte in aller Regel ein solches Recht für Befreiungsbewegungen oder Staaten in der 3. Welt gegenüber einer imperialistischen Invasion oder Invasionen nicht bestreiten. Dieses Recht eines bedrohten Staates, und dies ist die Sowjetunion seit ihrer Existenz, anzuerkennen, hat ja absolut nichts mit einem Blankoscheck zu tun, mit dem der Sowjetunion Friedfertigkeit o. ä. attestiert wurde.

Daß sich die Sowjetunion keineswegs durch die Friedensbewegung hier schützen lassen kann, liegt auf der Hand; es liegt sogar auf der Hand, daß nicht prinzipielle Anti-Kriegshaltungen die Furcht vor einem Krieg in Europa haben so groß werden lassen, sondern die von der Sowjetunion angedrohte beiderseitige Atomare Vernichtung (s. o.).

Mit Ausnahme der DKP, die allerdings in solchen Verhandlungen mit starken Kräften und Unterstützern vertreten ist, herrscht ansonsten Einigkeit, daß Solidarität gegenüber Unterdrückung von sozialen Bewegungen und Antimilitarismus und Pazifismus auch in Osteuropa nicht aus der Friedensbewegung auszuklammern ist.

Die DKP selbst hat es vernehmlich bereits schlucken müssen, daß Vertreter aus der DDR (die sich auch gegen die NATO-„Nachrüstung“ gewandt haben) auf Kundgebungen sprechen konnten.

## Der neue Minimalkonsens:

Hans Apel hat sich mit Oskar Lafontaine und Egon Bahr bei der Diskussion über ein Vorstandsprotokoll zu neuen Strategien auf den Minimalkonsens verständigt, eine 300 Kilometer breite atomwaffenfreie Zone zwischen NATO und Warschauer Pakt zu befürworten.

Dieser Vorschlag des schwedischen Regierungschefs Olof Palme mag der frühere Verteidigungsminister gerade noch akzeptieren.

Apels Sorge: Die auf Abschaffung von Atomwaffen eingeschworenen Genossen könnten sich ... auf die Forderung verständigen, die Bundesrepublik einseitig von dem „Teufelszeug“ (Brandt) zu befreien; damit begänne für Apel tatsächlich der Weg in den Neutralismus.

nach „der Spiegel“, 28.11.83

Andererseits geht es grünen Kräften in aller Regel nicht um Solidarität in diesem Sinne. Es wird gleich noch gefordert, solchen Kräften alle möglichen Anerkennungsschreiben (als die Friedensbewegung dort) zu verpassen, selbst wenn diese vor westlicher Abrüstung warnen oder für die selbst dann noch Solidarität gefordert wird, wenn diese (wie bei Solidarnosc) mit den heutigen Herrschenden zusammen organisiert wird. Statt Anerkennung der bestehenden Grenzen darf dann auch ruhig die deutsche Wiedervereinigung gepredigt werden. Daß der europäische Imperialismus allein (ohne die USA im Rücken) immer noch stark genug wäre, ökonomisch ganz Osteuropa zu erobern, wenn das ihm ermöglicht würde, sollte doch allen Anlaß geben, nicht nur jedem „deutschen“, sondern auch jedem europäischen Nationalismus eine Abfuhr zu erteilen und sich vom Bild eines von der Sowjetunion bedrohten Europas zu trennen.

## Antimilitarismus

Die Friedensbewegung müsse sich von einer Anti-Atom- zu einer antimilitaristischen Bewegung entwickeln, so heißt es bei den unabhängigen Kräften.

In der Tat bestehen auch gute Chancen, daß alle Kräfte zur massenhaften Kriegsdienstverweigerung aufgerufen werden. Es muß aber auch deutlich gemacht werden, daß nicht nur für mehr Kriegsdienstverweigerung eingetreten werden muß, sondern daß die Verweigerung die einzige Möglichkeit ist, will man gegen den jetzigen Kriegskurs etwas tun. Denn „Verweigerung“ wird es über den Kriegsdienst in keinem Fall geben können, ein „büchsen“ bewaffneten Friedensdienst am Rande des störaner Holocaustes kann es wohl nicht geben.

Die Erkenntnis, daß nur durch konsequente Ablehnung jedes Rüstungsvorhabens und jeder Militärzerlegung die Kriegsvorbereitungen der NATO infrage gestellt werden können, sollte nach der jetzt erfolgten Niederlage deutlich sein, dazu bedarf es keineswegs grundsätzlich pazifistischer oder antimilitaristischer Positionen.

Aus demselben Grunde sind Vorstellungen von „alternativer oder defensiver“ Rüstung, die ausgerechnet bei den „gewaltfreien“ Grünen zahlreich auf Zuspruch stoßen, auf die Situation der NATO und der BRD übertragen bestenfalls phantastische akademische Gebilde, in aller Regel aber eine Beschönigung oder Verharmlosung von Massenmordwaffen, die auch in den gegebenen Kriegsplänen ebenfalls benötigt werden.

Es ist mehr eine Frage der Praxis, und nicht Gegenstand dieses Artikels, wie im einzelnen dazu vorgeschlagene Kampagnen, zur Verweigerung, gegen den Rüstungsexport, gegen den Ausbau von Militäreinrichtungen, gegen die Herbstmanöver und andere mehr sich entwickeln können. Ungeeignet aber ist es, wenn statt Praktizierung davon ausgegangen wird, als könne man jetzt mit Aufrufen der Millionenmassen zum alljährlichen Widerstand bewegen, als warteten diese nur noch auf den richtigen Ruf, um ihr Konto aufzulösen, gemeinsam zu fasten, zu streiken oder sonstiges zu unternehmen. Vielmehr ist es doch so, daß nicht einmal eine feste Zusammenarbeit der Antimilitaristen innerhalb der Friedensbewegung hergestellt ist.

HH, Hamburg

# „Ohne ‚Sozialisierung‘ Europas ist die Europäisierung ein Spiel mit dem Feuer“

Tom Voerkamp ist Studentenfürer für ausländische Studenten und seit 1968 in Westberlin in der Linken aktiv. Er war jahrelang in der Solidaritätsarbeit mit den Befreiungsbewegungen der „3. Welt“ engagiert. Mit dem Ausblenden der neuen Friedensbewegung fand er hier seinen Tätigkeitsbereich. Auf der westberliner Volksversammlung am 22.10. dieses Jahres sprach er als Vertreter der westberliner Friedensbewegung.

AK: Welchen Stand hat deiner Meinung nach die neue westdeutsche Friedensbewegung nach den herkömmlichen Aktionen und der aus begonnenen „Auto-„Nachrüstung“ erreicht?

Tom: Sie ist ratlos, würde ich sagen, obwohl jeder mit dem Ergebnis vom 22. November gerechnet hat. Die Strategie der Friedensbewegung als Massenbewegung war parlamentarisch angelegt. Man hat gehofft, durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung die Politiker und Parlamente zu anderen Entscheidungen zu bewegen. Diese Hoffnung kam dadurch zum Ausdruck, daß man versuchte, so viel Leute wie möglich in Aktivitäten einzubinden. Also die Zahl der Beteiligten war eine politische Qualität in dieser Strategie. Nach dem 22. November stellte sich nun heraus, daß dieser Weg nicht zum Erfolg geführt hat. Das Ziel, das die Friedensbewegung hatte, nämlich die „Nachrüstung“ zu verhindern, konnte nicht erreicht werden. Nun fragt man sich, wie es weitergehen soll. Muß man auf andere Mehrheiten in Bonn hoffen und dafür arbeiten? Muß man zu einzelnen außerparlamentarischen Aktionen schreiten — mit dem Ziel, das öffentliche Leben zu destabilisieren? Die anschließende Frage lautet, wie dies in politische Entscheidungen umgesetzt werden könnte. Auf alle diese Fragen gibt es ebenso viele Antworten, wie es

## Neues aus Krefeld: 16 Monate Gefängnis für Karin G. Prozeß gegen Anne H. geplatzt

Am 15.12. erging das zweite Urteil in Sachen Krefeld, erneut durch die Kammer unter Vorsitz des Staatschutzesproben Richter Paul. Diesmal nicht wie bei Holger aus Detmold wegen schweren Landfriedensbruchs, sondern wegen einfachem, konkreter Beweise waren, wie bei Holger, rar in diesem Verfahren. Der Beweis für den Landfriedensbruch bestand aus beschlagnahmten Briefen, die im Prozeß vorgelesen wurden. Aus ihrer Prozeßklärung wurde geschlossen, daß sie an der Demo teilgenommen und ihre Ziele und das Vorgehen gebilligt habe. Außerdem sei sie „ausgerüstet“ gewesen (Helm, Lederkleidung, Sturmhaube). Das alles beweise ihre Mitgliedschaft nach §125 StGB (einfacher Landfriedensbruch). Im übrigen habe sie sich durch Einschlagen mit einem Holzknüppel auf einen Bullen des Widerstandes und der gefährlichen Körperverletzung schuldig gemacht.

Das hohe Strafmaß wurde damit begründet, daß sie ihr zur Lam gelegten Handlungen dem Strafmaßstand des schweren Landfriedensbruchs sehr nahe kommen würden.

Letztlich ist dies dieselbe Begründung wie bei Holger: Wer teilnimmt an der Demo und dies hinterher vertut und sich für die Ziele der Demo erklart, ist automatisch Mitglied des Landfriedensbruchs. Der Unterschied zwischen schwerem und einfachem Landfriedensbruch ist in Krefeld genau ausgerechnet worden: fünf Monate Knast.

Aufgrund eines am 8.12. gestellten Befangenheitsantrages von Annes RA erklärte die 2. Kammer des Landgerichts Krefeld die 1. Kammer unter Vorsitz von Richter Hegger für befangen. Damit ist der Prozeß vorläufig geplatzt und wird vermutlich im Januar vor der 2. Kammer unter Richter Paul — verantwortlich für die Urteile gegen Holger und Karin (s.o. und AK 240) — neu eröffnet.

Anne ist eine der Angeklagten, denen zur Zeit vor dem Landgericht Krefeld der Prozeß wegen der Anti-Hush-Demo vom 25.6. dieses Jahres der Prozeß gemacht wird. Am dritten Prozeß-

tag, dem 8.12., unterbrach der Vorsitzende Hegger mehrmals die Verlesung ihrer Erklärung zur Sache, in der sie noch mal den Hintergrund der Demo und die Rolle der BRD im Rahmen der Nato herausarbeiten wollte. Die Begründung dafür: Das gehöre hier nicht zur Sache — ein weiterer Versuch, den politischen Hintergrund der Demo und der jetzt stattfindenden Prozesse zu unterdrücken. Nachdem Anne sich das nicht gefallen ließ und den Richter mehrmals scharf anfuhr, er solle das lassen, erwiderte dieser mit der Kammer den Beschluß, Anne vom Prozeß auszuschließen. RA Simon, der Anwalt von Anne, stellte daraufhin einen Befangenheitsantrag gegen die Kammer, den diese erstmal zurückstellte. Als dann der beizitzende Richter Boermann bei einer Zeugenbefragung dem Zeugen die „passenden“ Antworten geradezu in den Mund legte, folgte ein zweiter Befangenheitsantrag gegen Richter Boermann. Am Mittwoch, den 14.12. entschied nun die 2. Kammer, daß dem Antrag gegen die Kammer von Richter Hegger zulässig und berechtigt sei, da die Aussage von Richter Hegger, die Erklärung gehöre nicht zur Sache, die Besorgnis der Befangenheit begründet, denn für die Angeklagten sei aus ihrer Sicht die Erklärung sehr wohl ein wichtiger Bestandteil ihrer Einlassung zur Sache, deren Unterbrechung für sie ein Grund dafür sein könne, sich einem Gericht gegenüberzusetzen, daß ihr befangen gegenüberstehe.

## Prozeß Krefeld

Landgericht:  
5. Jan. 84 gegen Jörn aus Köln, 9 Uhr  
9. Jan. 84 und die folgenden Montage gegen Bea aus Hamburg, 9 Uhr  
11. Jan. 84 und die folgenden Mittwochs gegen Doro aus Düsseldorf, 9 Uhr, Alle drei sitzen noch im Knast!  
Amtsgericht:  
1./10. Jan. gegen Moni aus Düsseldorf  
17. Jan. gegen Thomas aus Bielefeld  
24./31. Jan. gegen Erik aus Frankfurt. Alle drei haben Widerspruch gegen Strafbefehle eingelegt.

den gewaltfrei. Als militärische Prozeß- Strafbefehle eingelegt.

bei Teilen der Friedensbewegung die Neigung, den Spieß nun umzudrehen und von dem Warschauer Pakt einen einseitigen Abrüstungsbeginn zu verlangen. Das sage ich, obwohl ich weder den politischen noch den militärischen Sinn der Maßnahmen des Warschauer Paktes verstehen kann. Wir müssen auch nach wie vor unsere Verantwortlichkeit in dieser Frage in den Vordergrund stellen, d.h. die NATO nicht „nach“ was will sie damit, was ändert sich dadurch bei uns, und was ergibt sich daraus für uns als politische Konsequenzen? Das bedeutet nicht so sehr eine Erweiterung, als vielmehr eine Vertiefung des Minimalkonsens, indem wir jetzt nicht mehr nur über die Raketen selber reden, sondern über das, was sie repräsentieren, was sie erreichen bzw. „schützen“ sollen. Ich denke, daß dies jetzt auf der Tagesordnung der Friedensbewegung steht. Ob dabei am Ende eine Parole wie „Raus aus der NATO!“ herauskommt, ist eine zweite Frage, über die erst ausführlich diskutiert werden muß.

Welche langfristigen Aufgaben hat nach deiner Meinung die Friedensbewegung?

Diese Frage macht schon deutlich, daß auch die „Friedensbewegung“ selber nur eine Worthilfe ist. Es gibt in der Friedensbewegung so viele unterschiedliche Leute, daß auch dort fast jeder einzelne eine eigene Antwort hat. Für bürgerlich-demokratische Politiker ist die Friedensbewegung allenfalls ein Mittel, um eine weitere Aufrüstung einzudämmen bzw. vorsichtige Schritte in Richtung einer Abrüstung einzuleiten und so Mittel und Wege zur Kriegsverhütung zu finden. Für Sozialisten in der Friedensbewegung liegt die Perspektive schließlich in einer gesellschaftlichen Veränderung, weil ein Gesellschaftssystem wie das unsrige auf der Ausbeutung ganzer Völker und Kontinente beruht. Es ist damit an und für

Fortsetzung nächste Seite



# Blockade in Frankfurt Hausen — ein Lichtblick



Foto: AK

Fortsetzung von vorheriger Seite

schon bereits ein Kriegsherd. Und solange dieses System besteht, wird man immer mit der Kriegsgefahr leben müssen. Also besteht die Perspektive letztendlich darin, daß eine Gesellschaft wie die unsere von Grund auf geändert oder erneuert werden muß, um endlich zu wirklicher Abrüstung und zu einem wirklichen Frieden zu kommen, der mehr ist als nur Kriegsverhütung.

Was kennzeichnet die Beziehung SPD — Friedensbewegung?

Ich sehe dort für die Friedensbewegung eine große Gefahr. Allerdings muß ich mich dabei auch auf die Grünen beziehen. Die Bonner Schlusskundgebung vom 22. Oktober hat gezeigt, daß es einen Konkurrenzkampf zwischen Grünen und SPD um die Friedensbewegung gibt, wobei ich den Grünen etwas mehr laute Motive unterstelle als der SPD; obwohl die Vorstellungen der Grünen auch reichlich wirksam sind. Aber diese ganze Geschichte ist schädlich. Die Friedensbewegung sollte sich in jedem Falle als parteiunabhängig weiterentwickeln.

Was die SPD betrifft, ist natürlich die Frage, wie es um Friedenspolitik bestellt sein würde, wenn diese Partei 1987 in Bonn wieder die Macht übernimmt. Da muß man äußerst skeptisch sein, gerade aufgrund der Erfahrungen, die mit der SPD in der Nachkriegszeit gemacht wurden. Es war kein Zufall, daß ausgerechnet diese Partei 1979 auf ihrem Berliner Parteitag den „Nichtrüstungsbescheid“ befürwortet hat. Das hängt mit dem Ja dieser Partei zum westlichen Bündnis und zum westlichen Militärsystem zusammen. Seitdem dieses „Ja“ in den 50er Jahren gesprochen wurde, konnte diese Partei den Weg zur Macht erfolgreich begehen. Es wäre eine illusionäre Hoffnung, daß diese Partei diese Erfahrungen vergessen würde, wenn es 1987 wieder einen sozialdemokratischen Kanzler geben sollte. Es müssen klare politische Forderungen gestellt werden, die eine Rückkehr zur klassischen NATO-Politik ausschließen.

Was mir weiter Sorgen bereitet, ist, daß nach vielen Änderungen sozialdemokratischer Politiker die nukleare Schwelle durch eine verstärkte konventionelle Aufrüstung angehoben werden soll. Dies ist eine sehr abenteuerliche Position, weil alles darauf hinausläuft, daß es bei einem militärischen Konflikt in Mitteleuropa nicht bei der Anwendung konventioneller Waffen, was sozio schon eine Katastrophe für die betroffenen Länder wäre, bliebe. Die ganze waffentechnologische Entwicklung zeigt in die Richtung, daß es zu einem zeitlich sehr frühen Einsatz von Atomwaffen kommen würde. Solange es in der SPD solche Gedanken gibt, und solange es in der SPD keine Bereitschaft gibt, die grundsätzliche Frage anzugehen, nämlich die Frage, die das westliche Bündnis als solches betrifft und ob die Zeiten dieses Bündnisses nicht vielleicht vorbei sind, solange kann die Liebe der Friedensbewegung zur SPD nur sehr kühl sein.

Kann die Liebe der Friedensbewegung zur SPD nur sehr kühl sein.

Die SPD ist zwar gegen die Nachrüstung aber für die NATO. Im NATO-Rahmen will sie für eine größere Unabhängigkeit Westeuropas bzw. der BRD von den USA streben. Sieht da darin einen emanzipatorischen Prozess?

Nein, ich denke, daß es ein illusionärer Vorgang ist. Die Unabhängigkeit Europas von den USA würde, wenn es eine wirkliche Unabhängigkeit wäre, bedeuten, daß Europa grundsätzlich andere politische, ökonomische und andere soziale Interessen hätte als die USA. Solange das aber nicht der Fall ist, wird diese Unabhängigkeit nur eine Papierunabhängigkeit sein. Die Amerikaner würden natürlich jederzeit sagen — und sie tun es — „Das ist fuer OI, das wir am Golf verteidigen!“. Solange diese grundsätzliche Interessensübereinstimmung zwischen USA und Europa besteht, wird das notwendigerweise auch seinen militärischen Ausdruck finden. So wird man im Krisenfall nichts anderes tun können, als in dem Boot mitzufahren, in dem sowohl der Kapitän als auch der Steuermann ein Amerikaner ist.

In der Friedensbewegung herrscht die Forderung nach einer „Europäisierung Europas“.

Ich habe mit Europa noch nie etwas anfangen können. Ich denke, daß es sich um eine bloße Abstraktion handelt, was auch der gescheiterte Athener Gipfel bewies. Den europäischen Staaten ist das Heind immer näher als der Rock.

Was soll das sein, eine „Europäisierung Europas“? Ein blockfreies Europa? Und wenn das so sein sollte, hört dann das Interesse Europas als ökonomische Großmacht auf Frankreich

würde weiterhin auf seinen Interessen in Afrika bestehen, die bundesdeutsche Industrie in Iran, Lateinamerika usw.

Auch der Frieden würde durch ein „europäisiertes Europa“ nicht sicherer. „Wir“ hätten immer noch die gleichen Interessen wie die USA. Daraus ergibt sich m.E., daß, wenn diese Parole zur zentralen Forderung erhoben würde, sie die Leute nur in die falsche Richtung schicken würde. Etwas anderes ist es, wenn man sagt, die Europäer sollen, weil sie nun einmal mit der Sowjetunion auf einem relativ kleinen Kontinent zusammenleben, ihr Verhältnis zu ihr regeln, ohne die Amerikaner! Das heißt kurzfristig Annullierungspolitik (etwas mehr als nur Anti-Raketen-Bewegung!); längerfristig bedeutet dies einschneidende gesellschaftliche Änderungen bei uns, weil der Konflikt ja nicht nur ein Konflikt konkurrierender Mächte ist, sondern tiefer geht.

Wenn man von einem blockfreien und unabhängigen Europa spricht, sehe ich nicht, wie man dann ohne „Eurobalance“ auskommt, wie man dann verhindert, daß es zu einem eigenständigen europäischen Atomarsenal kommt, das dem sowjetischen gleichgewichtig wäre, wie man verhindert, daß sich gaulistische- oder Straußkonzepte durchsetzen. „Europa den Europäern“ — prima! Aber ohne „Sozialisierung“ Europas ist die Europäisierung ein Spiel mit dem Feuer. Emission von den USA und gleichzeitig einseitige Abrüstung? Wenn dafür Mehrheiten geschaffen werden sollen, haben wir noch eine Menge zu tun.

In Westberlin gab es heftige Auseinandersetzungen über die Frage, ob ein Mitglied der unabhängigen Friedensbewegung sprechen sollte. Nur notwendig wurden die Klappen dadurch umschifft, daß nur ein deutscher Redner auftrat. Wie soll sich aus dieser Sicht das Verhältnis zu dieser Frage in der Zukunft gestalten?

Das ist eine sehr komplizierte Frage, die einen vordergründigen Aspekt hat. Demnach dürfen gemeinsame Aktionen der westberliner Friedensbewegung nicht auf Bedenken wesentlicher Teile der Friedenskoordination Westberlins stoßen. Daher war die Forderung, einen externen Jenseits reden zu lassen, von vornherein nicht konsensfähig.

Den Hintergrund bildet aber folgende Frage: Wenn es bei jeder friedenspolitischen Großaktion zur Bedingung gemacht werden soll, jemanden aus der Oppositionsbewegung Osteuropas bzw. der DDR reden zu lassen, wird dann dabei nicht eine politische Perspektive herausbeschoren, die in Richtung eines „blockfreien“ Europas führt?

Die ganze Frage: wie hältst du es mit der Opposition in Osteuropa, und die Rednerfrage ist nur eine untergeordnete Teilfrage, kann nur beantwortet werden, wenn man die ganze Perspektive eines atomwaffenfreien Europas als Auftakt zu einem blockfreien Europa von Polen bis Portugal viel gründlicher diskutiert als es bis jetzt der Fall war. Für das DKP/SEW-Lager ist die Frage sowieso tabu, habe ich das Gefühl; bei den Grünen ist es ebenfalls der Fall. Für das DKP/SEW-Lager ist die Frage sowieso tabu, habe ich das Gefühl; bei den Grünen wird die Sache praktisch als Glaubensartikel gehandelt. Entweder bist du dafür oder du bist Teil des „Spektrums“ (sprich DKP) und von vornherein unglaubwürdig. Die irrationalen Heißreaktionen auf meine Position seitens mancher Leute in der AL deuten daraufhin, daß wir erst noch lernen müssen, die Fragen sachlich zu stellen. Ich bin aber nicht bereit, dafür den Preis eines Verzichts auf jegliche Imperialismuskritik zu zahlen.

Was siehst du als konkrete Handlungsperspektive?

Die Politiker rechnen fest damit, daß es mit der Friedensbewegung wie mit der Studentenbewegung, der Bewegung gegen die Berufsverbote, der Anti-AKW-Bewegung geht. Es fallen Entscheidungen, und dann ebbt die Sache ab. Kohl hat dies ausdrücklich so gesagt. Wenn wir es schaffen würden, daß dieses Abebben nicht stattfindet, wäre das ein Politikum von größter Bedeutung. Dazu ist jetzt aber eine Phase des Nachdenkens nötig, ohne daß es zu einem Stillstand bei den Aktionen kommt. All diese Aktionen sollten weitergehen, von Unterschriftensammlungen bis zu Blockaden. Für die Osttage sollte man sich vielleicht vornehmen, keine Militäranlage in der Bundesrepublik ohne Besuch zu lassen, wobei der Besuch verschiedene Formen annehmen kann, die aber auch wie vor strikt gewaltfrei sein sollten. Man würde so klarstellen, daß hier vorläufig gar nichts ebbt und uns würde es Mut machen, den Kampf, der noch über viele Jahre hinweg zu führen ist, nicht aufzugeben.

(Das Gespräch wurde am 10.12.1983 geführt.)

Zu einer harten Konfrontation zwischen Rüstungsgegnern und Polizei kam es vom 9. bis 12.12. im Frankfurter Stadtteil Hausen vor dem dortigen US-Militärgelände, auf dem nachweislich Montage- und Wartungsarbeiten für die Pershing-Systeme I und II durchgeführt werden. Anders als bei den „Prominenten-Blockaden“ in Mutlangen und ungeachtet der laufenden Gespräche zwischen dem hessischen GRÜNEN und der SPD um eine Zusammenarbeit in der Landespolitik drohte die Polizei mit einer Heftigkeit auf die Demonstranten ein, wie sie der Friedensbewegung bislang unbekannt war. Ziel der zügigen Wasserwerfer-Einsätze, der Verfolgungsjagden und Schlägereien, die die Polizeiführung anordnete, war ganz offensichtlich, die beabsichtigte Blockade nicht zustandekommen zu lassen, d.h. Aktionen zu zerschlagen, die über den bisherigen gutmütigen Appellationscharakter von Ostermärschen und Volksversammlungen hinausgehen. Dabei dürfte die Frage, einigen Militärfahrzeugen freie Fahrt zum US-Gelände zu verschaffen, in den politisch-politischen Überlegungen eine höchst untergeordnete Rolle gespielt haben. Den Verantwortlichen des Einsatzes — wie immer bei solchen Frankfurter Anlässen Polizeipräsident Gerner (SPD), Oberbürgermeister Walzmans (CDU) und Innenminister Gönner (SPD) in Nachfolge (Vertretung?) des unvergessenen Gries (FDP) — ging es um mehr: Ansatz der Friedensbewegung, den Weg vom Protest hin zum Widerstand zu beschreiten, sollten strikt unterbunden werden. Doch wie es manchmal bei solchen Situationen vor sich geht, wurde eben, sollten strikt unterbunden werden. Doch wie es manchmal bei solchen Strategien passiert, wurde wohl eher das Gegenteil befördert. Die politische Gewalt provozierte erst Empörung, dann Entschlossenheit und Gegenwehr. Die Aktion lief besser ab, als man nach den Vorbereitungen erhoffen durfte. Es war „wie an der Starbahn“. Und das ist für die Friedensbewegung — nicht nur im Rhein-Main-Gebiet — sicher ein enormer Zugewinn an Kampfbereitschaft, gerade wenn man bedenkt, daß dies drei Wochenenden nach dem Stationierungsbescheid des Bundestages stattfand.

Die Blockade ging am Freitag morgen (9.12.) gegen 8 Uhr gleich los mit 1000 Leuten, die sich pünktlich am vereinbarten Treffpunkt einfanden und nach Hausen aufbrachen. Dort hatte die Polizei zwei zum US-Gelände hinführende Straßen in jeweils 500 m (Rossittenstr.) und 100 m (Elbingerstr.) Entfernung davon dichtgemacht. Vor den polizeilichen Absperungen ließen sich die Demonstranten nieder, wobei die zweimalige Aufforderung der Polizei, die vorbeiführende Durchgangsstraße (Ludwig Landmannstr.) freizumachen, geflissentlich überhört wurde. Merklich hob sich die Stimmung, als ein US-LKW eintraf, haltmachen mußte, eine Weile festsaß, um dann über den Grünstreifen der Ludwig Landmannstr. hinweg zu wenden und abzuhauen. Ansonsten stützten sich die „Sprecherrai“ unentwegt über die bedeutsame Frage, ob zivile Fahrzeuge mit anderen Anlaufwegen als der Pershing-Fabrik durchgelassen werden sollten. Teils geschah es so, teils auch nicht. Umständlich konstruiert die Polizei jetzt im nachhinein aus diesem Umstand eine publizistische Rechtfertigung für ihr späteres Eingreifen. Der Wirklichkeit am nächsten dürfte die konservative „Frankfurter Neue Pres-

se“ kommen, die am darauffolgenden Tag schlicht feststellte: „Zu Ende war die Geduld (der Polizei) allerdings, als ein amerikanischer Lastwagen angehalten und seine Ladung, bestehend aus Klappstühlen, als bequeme Sitzgelegenheit auf die Straße gestellt wurde“. Das geht ja nun auch entschieden zu weit. Wasser marsch! Marburger Blockade-Spezialisten trotzten der Hochdruck-Fronte und blieben sitzen — 204 Festnahmen zur Personalien-Feststellung. Aus Protest dagegen findet am Abend eine Innenstadt-Demo mit 800 Leuten statt.

Schon der Verlauf des ersten Tages bringt die unterschiedlichen Strömungen der Friedensbewegung zueinander. Beinahe mühelos gelingt eine Einigung über bis dahin heiß umstrittene Demonstration am nächsten Tag. Das Unabhängige Friedensplenum Frankfurt hatte eine Route angemeldet, die am IO Farben-Haus (heute Sitz des V. Corps der US-Armee) und am US-Konsulat vorbei nach Hausen führte. Der Friedentreff hingegen (KOPAZ-Spektrum) wollte diese „kritischen Punkte“ meiden, um SPD und DGB eine Teilnahme an der Demo zu erleichtern — vergebens. Man einigte sich auf die „UFF“-Route und eine gemeinsame Abschlusskundgebung. Und so versammelten die 8000 Teilnehmer, die am Samstag-Vormittag zusammenkamen, durchaus ein gewisses „Stärkegefühl“. Es war eine linke Demonstration, unausgewogen, einseitig, NATO-feindlich. In den Augen des Staates mag es auch eine „unfriedliche“ Demo gewesen sein, insofern zwar lautstark der äußere, nicht aber der „innere“ Kriegsschrei der Antimilitaristen laut gewesen sein, insofern zwar lautstark der äußere, nicht aber der „innere“ Frieden gefordert wurde.

Ohne groß die Schlußansprachen abzuwarten, fanden sich nun tausende vor den Polizeisperren ein. Was verboten ist, macht eben doch — trotz Kälte und Erschöpfung — scharf, und die Blockade war von A bis Z „einschließlich aller Ernsthandlungen“ vom Ordnungsamt verboten worden. Diesmal verzichtete die Polizei von vornherein auf „Geduld“ und auch auf irgendwelche Vorwände von wegen Verkehrsbehinderung. Von beiden Richtungen wurde die Ludwig Landmannstr. durch massive Einsatzkräfte bedroht. Dann wurde getaumelt. Flüchtende wurden mit gezogenen Knütteln verfolgt und teilweise auf dem Gelände einer Kirchengemeinde niedergeschlagen. Es gab mehrere Schwerverletzte mit blutigen Schädeln und 87 Festnahmen, darunter auch ein Reporter des Hessischen Rundfunks, was wieder mal anschaulich beweist, daß es die Polizei „ausschließlich auf Gewalttäter abgesehen hat“. Es gab keinerlei „Gewalttaten“, die dieses Vorgehen „provokiert“ hätten. Es gab dann aber sehr wohl auf die Straße gezogenen Molli-Containern, Flaschen und Steine, um die blindwütige Jagd der Uniformierten abzustoppen. Während dieser Straßenschlacht-ähnlichen Szenen in den angrenzenden Straßen hatte eine kleine Gruppe von Blockierern immer noch unbeugsam vor der Polizeisperre in der Rossittenstr. aus. Sie wurde von vier (!) Wasserwerfern aus unmittelbarer Nähe mit voller Wucht besprüht. Gesichtsverletzungen waren die Folge. Vor dieser rücksichtslosen Brutalität ist selbst die bürgerliche Presse unangenehm berührt.

Auf dem abendlichen Plenum zunächst Niedergeschlagenheit sowohl beim Friedentreff wie auch beim Un-

abhängigen Plenum. „So macht man den Erfolg der Demo kaputt“, meinten DKPler. Jetzt müsse wieder von vorn angefangen werden, der Widerstand müsse „neu aufgebaut werden“. Vertreter des „UFF“ beklagten, daß sich die Autonomen nicht an Absprachen und Konzept gehalten hätten. Später kam die Parole auf, am Samstag seien polizeiliche Provokaturen „à la Krefeld“ am Werk gewesen. Nun sind zwar während der Demonstration — also noch ohne jede Tuchföhlung mit der Polizei — in völlig unsinniger und objektiv provokatorischer Weise Scheiben bei einem Hotel eingeworfen worden, das sich immerhin gewarigert haben soll, als Beobachtungsposten für die Polizei zur Verfügung zu stehen. Und es sind von einzelnen Kids, wohl in panischer Angst, auch Steine geworfen worden, die leicht andere Demonstranten hätten treffen können. Dies kann jedoch kein Anlaß sein, eine insgesamt berechnete, defensive Gegenwehr von Demonstranten als das Werk eingeschleuster Zivis darzustellen. Die Provokaturen zeigen sich an diesem Tag ganz offen in Uniform.

Vielmehr war das Plenum am Samstag-Abend von der Angst geprägt, Militanz von seiten der Demonstranten könne zur Isolierung in der Bevölkerung führen. Diese Angst war gewiß übertrieben. Mensch führt zwar ungern die „Bildzeitung“ als Zeugen an. Aber bemerkenswert ist es doch, wenn etwa „Bild“ am 13.12. „Interviews mit der Bevölkerung“ bringt („4 Tage Blockade — wie stehen Sie dazu?“) und von sechs Befragten vier Leute nicht nur Verständnis, sondern sogar Unterstützung bzw. bewundernde Äußerungen für die sechs Befragten vier Leute nicht nur Verständnis, sondern sogar Unterstützung bekunden. Heimtückischer Trick von Springer, um uns auf einen falschen Trip zu setzen???

Für den Sonntag wurde ein flexibles Vorgehen verabredet — wenn die Polizei räumt, zurückweichen statt sich festnehmen zu lassen — und von an die tausend Leuten befolgt. Gegen Abend gab es wieder aus nichtigem Anlaß einen schlimmen Knüttelinsatz der Polizei mit einigen Verletzten. In der Nacht 34 Festnahmen in Hausen, um die Leute „an der Begehung von Straftaten zu hindern“, also Vorbeugehaft. Die Polizei versuchte mit dieser Taktik eine Stimmung zu verbreiten, daß jetzt nichts mehr hingehoren werden werde, und daß jede Versammlung gleich welcher Art zerschlagen wird. Drohgebärden und Einschüchterungsversuche auch am Montag, wo sich erneut 300 bis 400 einfanden, die sich später nur mit knapper Not zum Campus der Universität zurückziehen konnten. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß die verhängte Aktion zum erfolgreichen Abschluß gebracht wurde: 2500 Leute beteiligten sich am Montag-Abend an einer Demo durch die Stadt.

Daß die von der Polizei beabsichtigte Zerschlagung auch gegen Ende der vier Tage nicht gelang, daß die Mobilisierung beschließend war und eine Spaltung vermieden werden konnte und daß schließlich grundsätzliche Distanzierungen von Militanz erfreulicherweise ausblieben, zählt zu den Lichtblicken dieses Wochendendes. Die große Zahl der Festnahmen und der jetzt folgenden Ermittlungsverfahren deutet aber den hohen Preis an, der dafür bezahlt wurde. In der weiteren Diskussion um zweckmäßige Aktionsformen muß dieser Umstand berücksichtigt werden.

KB/Gruppe Frankfurt



## Koordinierungsausschuß beschließt: „Autonome Volksbefragung“ am 17. Juni

Nach einer zweitägigen Klausurtagung hat der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung am 14. Dezember beschlossen, eine „autonome Volksbefragung“ über die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen durchzuführen. Sie soll am 17. Juni, dem Tag der „deutschen Einheit“ und der Wahlen zum Europa-Parlament, abgehalten werden. Dabei soll folgender Text zur Abstimmung gestellt werden: „Ich lehne die Stationierung von Pershing-II und Cruise Missiles auf dem Boden der BRD ab. Ich fordere die Bundesregierung auf, den sofortigen Stopp der Stationierung und den Abbau der bereits stationierten Mittelstreckenraketen durchzusetzen. Damit sollen der Stopp (Infrieren) der atomaren Rüstung sowie Abrüstungsschritte in Ost und West — insbesondere der Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittel- und Kurzstreckenraketen — eingeleitet werden.“

Dieser Text wurde mit 12 4 Stimmen angenommen. Gegen diese Formulierung votierten anwesende Vertreter von FÖCA, BAF, BuKo und den GRÜNEN. Der Antrag aus dem BAF-Kreis und von den GRÜNEN (Lukas Beckmann), den Abstimmungstext noch um den Satz „Ich bin für die Einführung der Volksentscheide“ zu ergänzen (wobei klar war, daß hierüber am 17. Juni gesondert abgestimmt werden sollte), wurde mit 9:34 Stimmen abgelehnt. Für diesen Antrag votierte neben den Antragstellern noch die „Initiative Kirche von unten“. Andere Vertreter des „unabhängigen Spektrums“ enthielten sich hier der Stimme. Mit großer Mehrheit angenommen wurde allerdings ein Antrag, daß im noch zu erarbeitenden Kampagnenauftrag die Forderung nach einem „Mehr an plebiszitären Demokratie“ Eingang finden soll. Die Kampagne, so wurde versichert, sei auch als Schritt in diese Richtung zu interpretieren. Die Annahme dieses Antrags war jedoch — nach der Herausnahme der Forderung selbst nach konsultativer Volksbefragung — nicht mehr als die Verabreichung eines Trostpflasters an die Adresse derjenigen, die für eine stärkere Verknüpfung der „Raketenfrage“ mit der „Demokratiefrage“ plädierten. Ein „Zugeständnis“, das den DKP- und SPD-nahen ewigen Anhängern unverbindlicher Meinungsbekundungen vorerst nichts kosten dürfte.

Als Diskussionsgrundlage diente dem KA ein Papier der am KA assoziierten bundesweiten „AO Volksbefragung“. Zur Begründung der Kampagne heißt es in diesem Papier u.a.: „Die Friedensbewegung darf den Kampf gegen die Stationierung der Pershing-II und Cruise Missiles jetzt nicht aufgeben. Trotz Bundesratsentscheidung und Stationierungsbeginn kann die Bundesregierung ein Defizit nicht loswerden: Sie war zwar zur physischen Nichts kosten dürfte.“

Als Diskussionsgrundlage diente dem KA ein Papier der am KA assoziierten bundesweiten „AO Volksbefragung“. Zur Begründung der Kampagne heißt es in diesem Papier u.a.: „Die Friedensbewegung darf den Kampf gegen die Stationierung der Pershing-II und Cruise Missiles jetzt nicht aufgeben. Trotz Bundesratsentscheidung und Stationierungsbeginn kann die Bundesregierung ein Defizit nicht loswerden: Sie war zwar zur physischen Nichts kosten dürfte.“

### Einwände ...

Während BBU (Leinen), Jusos (Hartung) und IFAS (Biermann, SPD) sich für einen sofortigen Start der Kampagne stark machten, verhielten sich die ASF und das KOFAS-Spektrum davor zurückhaltend. Letztere plädierten für einen zeit-

lichen Aufschub der Beschlussfassung über die Kampagne in den Januar ASF gab zu bedenken, daß eine Kampagne derartigen Ausmaßes überhaupt nur unter der Voraussetzung zu realisieren sei, daß sich die gesamte Friedensbewegung an ihrer Durchführung beteiligt. Dem KOFAS hingegen mag es dabei mehr um die bereits in eigener Regie gestartete Volksabstimmungskampagne im Mikrobereich (Universität, Schule, Betrieb, WG, Katzenklo) gegangen sein.

Auf Drängen insbesondere der Jusos sprach sich schließlich der KA mit Mehrheit dafür aus, bereits jetzt endgültig über den Start der Kampagne zu entscheiden.

Seitens der „Unabhängigen“ und der GRÜNEN wurden gegen die vorgeschlagene Konzeption der Volksbefragungskampagne u.a. folgende Einwände formuliert.

— In weiten Teilen des „unabhängigen Spektrums“ wird der Verdacht gehegt, daß es den Befürwortern der Kampagne primär darum geht, mit der „selbstorganisierten Volksbefragung“ die von den „Unabhängigen“ kritisierte alte Politik unter veränderten Bedingungen (Stationierung) im (gezwungenenmaßen) neuen Formen fortzusetzen. Für diesen Verdacht spricht das Desinteresse und die Sabotage, die Teile derjenigen, die nun die „autonome Volksbefragung“ organisieren wollen, in der Vergangenheit der Forderung nach Durchführung einer konsultativen Volksbefragung entgegengebracht haben. Dieses Desinteresse galt ganz offensichtlich bis zum 22.11., dem Tag der Entscheidung des Bundesrates über die „Nachrüstung“. Während sich bis heute noch nicht ein Abgeordneter vom linken Flügel der SPD-Fraktion dazu durchringen konnte, den im Zusammenhang mit dem KA formulierten Gesetzentwurf der GRÜNEN nach Durchführung einer konsultativen Volksbefragung zu unterstützen, kommt nun aus derselben Ecke der Vorschlag der „selbstorganisierten Volksbefragung“.

Der Unterschied zwischen einer per Gesetz beschlossenen konsultativen Volksbefragung und der „selbstorganisierten Volksbefragung“ ist der, daß letztere von noch geringerer machtpolitischer Relevanz ist als die konsultative Volksbefragung. Für die Unterstützung des Vorhabens durch die SPD dürfte das von Bedeutung sein. In diesem Zusammenhang muß auch gefragt werden, warum sich die AG nicht bei der Wahl des Textes für die Formulierung des grünen Gesetzentwurfes entschieden hat, aktualisierte um die Forderung nach Abzug der bereits stationierten Systeme. Es hätte nämlich noch einen gewissen Sinn ergeben, nach Ablehnung dieses Gesetzentwurfes durch die Bundestagsmehrheit die Durchführung einer „autonomen Volksbefragung“ mit eben diesem Gesetzentwurf dürfte das von Bedeutung sein. In diesem Zusammenhang muß auch gefragt werden, warum sich die AG nicht bei der Wahl des Textes für die Formulierung des grünen Gesetzentwurfes entschieden hat, aktualisierte um die Forderung nach Abzug der bereits stationierten Systeme. Es hätte nämlich noch einen gewissen Sinn ergeben, nach Ablehnung dieses Gesetzentwurfes durch die Bundestagsmehrheit die Durchführung einer „autonomen Volksbefragung“ mit eben diesem Gesetzentwurf anzukündigen.

Besonders infame Geister behaupten nun, das ganze Unternehmen sei ohnehin nur als Bonbon an die Adresse der SPD zu begriffen. Derartige Behauptungen finden ihre Bestätigung, wenn Juso Hartung, angesprochen auf die Gefahr, daß das ganze Unternehmen mangels Beteiligung der Charakter einer neuerlichen Unterschriftensammlung anstatt einer repräsentativen Abstimmung bekommen könnte, erwidert: der intendierte Zweck sei auch schon dann erreicht, wenn die Kampagne am Wahltag im Wahlergebnis ihren Ausdruck finden würde. So bescheinigt tatsächlich auch eine noch so zahllose weitere Unterschriftensammlung für die SPD ihren Sinn: Mit Hilfe einer in den Wahltag einmündenden Kampagne der Friedensbewegung soll der SPD bei den eigentlich völlig unattraktiven Europawahlen zu einem guten Ergebnis verholfen werden. Wichtig ist dabei, und nur unter dieser Voraussetzung kann die SPD an dieser Form von „Wahlhilfe“ augenblicklich interessiert sein, daß diese Wahlen unter machtpolitischen Gesichtspunkten völlig irrelevant sind. Ein gutes Ergebnis der SPD bei den Europawahlen, getragen von der Friedensbewegung, dient vielmehr einem mittel- bis langfristigen Comeback der SPD als Regierungspartei, bzw. kurzfristig der Verbesserung ihrer Position in der Opposition. In diesem Zusammenhang darf auch nicht vergessen werden, daß Teile der linken SPD sich darum bemühen, die Friedensbewegung auf die 1987 stattfindenden nächsten Bundestagswahlen zu orientieren. Verkommt die Friedensbewegung zum Anhängel und Wahlhelfer der SPD? Aber wie gesagt, derartige Vermutungen werden bislang nur von

besonders infamen, und somit kaum ernstzunehmenden Geistern geäußert — Es wurde auf der KA-Sitzung auf die notwendigen politischen, organisatorischen und finanziellen Anstrengungen hingewiesen, die das Unternehmen erfordern — gesetzt den Fall, es ist nicht eine neuerliche Unterschriftensammlung intendiert, sondern eine ernsthafte Abstimmung mit repräsentativem Charakter. Selbst bei der zu erwartenden niedrigen Wahlbeteiligung sind noch immer die Kreuzchen und Unterschriften von nicht weniger als 12 bis 15 Millionen Wahlberechtigten erforderlich, um der Abstimmung einen einigermaßen repräsentativen Anstrich zu verleihen. Die „AO Volksbefragung“ hat ausgerechnet, daß hierzu ca. 250 000 Helfer benötigt werden. Realistisch betrachtet ist dies nur zu bewerkstelligen, wenn so gesellschaftlich relevante Großorganisationen wie SPD und DGB das Unternehmen unterstützen. Da genügt es auch nicht, wenn SPD und DGB beschließen, es sei ihren Mitgliedern freigestellt, sich als Individuen an der Durchführung der Kampagne zu beteiligen, so wie dies bislang bei Aktionen der Friedensbewegung der Fall war. Sollte jedoch tatsächlich beabsichtigt sein, die Kampagne ernsthaft als Abstimmung vor den Wahllokalen am 17. Juni durchzuführen, so dürfte eine Konfrontation mit Zimmermann unabweisbar sein. Sind die SPD und der DGB heute schon zu einer solchen Konfrontation bereit? Sind SPD und DGB, die bislang noch nicht einmal die Forderung nach Abhaltung einer konsultativen Volksbefragung und die Durchsetzung dieser Forderung auf parlamentarischer Wege unterstützen, tatsächlich dazu bereit, eine Kampagne nach dem Vorbild der „autonomen Volksbefragung“ von 1951/52, die bekanntlich von der Illegalisierung der Antireparaturbewegung und der KPD begleitet war, tatkräftig voranzutreiben? Wir hätten nichts dagegen, im Gegenteil, und versuchen abermals diesbezüglich unsere uneingeschränkte Solidarität „Freies für Willy, Rudolf, Ernst und alle anderen eingekerkerten SPD- und DGB-Genossen“, wird unsere Schlagzeile am 18. Juni lauten. Wahrscheinlich wird aber alles viel harmloser ausfallen: die Friedensbewegung wird ein paar Millionen Unterschriften und Kreuzchen sammeln und die SPD ein gutes Wahlergebnis erzielen. Danach wird Willy Brandt vor die Kameras treten und verkünden, das Wahlergebnis und die statische Menge der Unterschriften hätten gezeigt, daß sich die SPD im Einklang mit „großen Teilen unseres Volkes“ befindet, die nämlich am 17. Juni sich nicht nur für den Stopp der Stationierung und den Abbau der bereits stationierten Raketen aussprechen werden, sondern auch für die SPD-Liebblingsforderung des „Infrieren“ aller Atomwaffen, selbstverständlich in Ost und West. SPD und DGB würden natürlich den Teufel tun, eine Kampagne zu unterstützen, die sich an die illegalisierte „autonome Volksbefragung“ von 1951/52 anlehnt. So werden sich vielmehr auch dem Motto verhalten: Die Friedensbewegung (inklusive unserer noch verbliebenen münsterer Jusos) organisiert, die Sozialdemokratie kasziert (in Form von Wählerstimmen).

— Herbe Auseinandersetzungen gab es um die Formulierung des Textes, der der Abstimmung zu Grunde gelegt werden soll. In seiner ursprünglichen Formulierung stellt er einen Kompromiß zwischen Hartung/Biermann/Leinen einerseits und dem KOFAS-Spektrum andererseits dar. Mit der verabschiedeten Fassung verhält es sich nicht anders, die Einwände der „Unabhängigen“ und der GRÜNEN fanden keine inhaltliche Berücksichtigung. Im Einzelnen wurde kritisiert, a. daß der Text kaum zur Durchführung einer Abstimmung geeignet ist, sondern vielmehr an die Formulierung von Texten für Unterschriftensammlungen erinnert, und b. daß der Abstimmungscharakter dadurch unterlaufen wird, daß der Text Dinge zur Abstimmung stellt, die bei einer realen Volksbefragung nie zur Abstimmung gestellt werden können. So hat sich der Wahlberechtigte nicht nur gegen die hier stationierten Ajoeraketen auszusprechen (die einzige Aussage, die für eine Abstimmung von Interesse ist), sondern auch für ein globales Einfrieren der atomaren Rüstung und natürlich in diesem Zusammenhang auch gegen die Rüstung des Warschauer Paktes. Ein fragwürdiger Beitrag zum 17. Juni. Von der MSB-Vertreterin wurde dies damit verteidigt, daß es sich bei der

Abstimmung doch ohnehin nur um eine Form von Meinungsbekundung handeln würde. Dann sollte mensch das Unternehmen aus Gründen der Redlichkeit von vornherein als „selbstorganisierte Meinungsbekundung“ ausgeben, anstatt hochtrabend von „autonomer Volksbefragung“ zu reden. Achim Maske (KOFAS) verteidigte die opportunistischen Formulierungen mit den Worten, es sei wichtig, daß möglichst viele Menschen i.d.U.L. (= indiesula = in diesem unserem Lande) ihr Kreuz beim „Ja“ (= „Nein“ zu den Raketen) machen könnten. Auch solche, die nach wie vor der fahelchen Gleichung „Pershing-II/Cruise Missiles = SS 20“ Glauben schenken. Mensch kann selbstverständlich die Dinge diesbezüglich (mit Rücksicht auf das rückständige Bewußtsein der Bevölkerung) noch tiefer hängen ... Lukas Beckmann veranlaßte die Aussage Maskes zu folgendem Text-Vorschlag: „Ich bin für Frieden und Freiheit. Ich trete ein für Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“. Zweifelloß würde mensch mit einem solchen Text einen Bombenerfolg landen. Fragt sich bloß, welche Aussagekraft eine derartige Abstimmung noch hätte.

c. Der verabschiedete Text legt die Friedensbewegung auf die Unterstützung der „Freiere“-Forderung als quasi neuen „Minimalkonsens“ fest, ohne, daß dies die Friedensbewegung bereits ausführlich diskutiert hat. d. Wenn dem ganzen Unternehmen ohnehin die Gefahr droht, zu einer weiteren Unterschriftensammlung zu verkommen, so argumentierten die „Unabhängigen“ und GRÜNEN, dann müsse mensch wenigstens eine qualitativ neue Forderung hinzufügen. Hier wurde der bereits erwähnte Vorschlag gemacht, den Text um eine weitere Fragestellung zu erweitern, nämlich: „Sind Sie für die Einfrierung des Volksentscheides“. Hierüber sollte, selbstverständlich, mit einem gesonderten Kreuzchen entschieden werden, d.h., die Befragung eines Stops der Stationierung und des Abbaus der bereits stationierten Systeme sollte keineswegs an die Befragung des Volksentscheides gekoppelt werden. Das KOFAS forderte dennoch, auf diese zusätzliche Fragestellung zu verzichten, mit der Begründung: diese Fragestellung, die heute lediglich von einer Minderheit mit „Ja“ beantwortet werden würde, könnte die Erfolgsaussichten des Unternehmens schwächen. (Nebenbei: Wird sich jemand an einer wie auch immer gearteten Volksbefragung zur Stationierung beteiligen, wenn er/sie nicht auch für das Prinzip des Volksentscheides ist? — d. Setzer) Zunächst einmal sei klar gestellt, daß laut Umfragen heute bereits 60% der Bevölkerung die Einführung des Volksentscheides befürwortet. Es handelt sich somit bei der Forderung nach Volksentscheid keineswegs um das Anliegen einer Minderheit. Es wirkt vielmehr ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der „Linken“ in den „neuen sozialen Bewegungen“, wenn sie sich als völlig unfähig erweisen, mit dem Verlangen von 60% der Bevölkerung nach einer Erweiterung der demokratischen Entscheidungsstrukturen vernünftig umzugehen. Hier ist mensch offensichtlich aus purem Opportunismus gewillt, eine riesige Chance zu verpassen. Und das vor dem Hintergrund der Bundesratsentscheidung, die einmal mehr deutlich gemacht hat, daß die Verwirklichung von direkter Demokratie zur Überlebensfrage wird. Desweiteren ist die zitierte Begründung aber auch ein Beweis für die Unentschaffigkeit des ganzen Unternehmens: Meint mensch es mit dem demokratischen Mehrheitsprinzip tatsächlich ernst, dann unterwirft er die Anwendung dieses Mehrheitsprinzips auch nicht irgendeinem taktischen Kalkül, sondern nimmt gegebenenfalls auch in Kauf, aus einer Auseinandersetzung als Minderheit hervorzugehen. Schließlich bleibt jederzeit die Möglichkeit, eine einmal getroffene Entscheidung wieder zu revidieren. Juso Hartung gab gegen die Aufnahme der Forderung nach Einführung des Volksentscheides zu bedenken, daß es schon schwer genug sei, die Genossen von der Richtigkeit der Konsultation Volksbefragung zu überzeugen. Die Jusos sahen sich somit nicht im Stande, die weitergehende Forderung zu unterstützen. Darum ging es eigentlich auch gar nicht. Es ging lediglich darum, diese Forderung zusätzlich zur Abstimmung zu stellen. Wenn einige Millionen diese Forderung mit „Ja“ antworten würden, könnte mensch am Ende tatsächlich von einer auch in qualitativer Hinsicht neuen und in ihrer politischen Aussagekraft über bisherigen hinausge-

henden Unterschriftensammlung sprechen.

### Geschäftsführung aufgelöst

Zum Auftakt der Klausurtagung wurde die Geschäftsführung des KAs aufgelöst. Der KKW hatte bereits nach dem 22. Oktober seinen Vertreter aus der Geschäftsführung zurückgezogen. LL nem entsprechenden Antrag wurde jetzt mit 10:7 Stimmen stattgegeben. Gegen die Auflösung votierten sämtliche DKP/KOFAS-nahen Organisationsvertreter (VDS, LSV, DFG-VK, DFI, SDAJ, KOFAS) und der BBU. Neben den „Unabhängigen“ (BuKo) sprachen sich insbesondere die ASF, als Antragsteller, sowie die Jusos und die IFAS für die Auflösung aus. Die „Unabhängigen“ befanden sich hier einmal mehr in der milchlichen Situation, einer Fraktion des „traditionellen Spektrums“, mit der sie ansonsten inhaltlich wenig am Hut haben, als Mehrheitsbeschaffer zu dienen. Hinter der Kontroverse um die Beibehaltung oder Auflösung der Geschäftsführung verbirgt sich in erster Linie eine Kontroverse zwischen zwei Fraktionen des „traditionellen Spektrums“ um die zukünftige Orientierung der Friedensbewegung. Während der BBU und die DKP/KOFAS-nahen Organisationen für eine „aktionsorientierte“ Friedensbewegung eintreten, vertreten ASF, Jusos, IFAS u.a. die Auffassung, die Friedensbewegung müsse sich jetzt erst einmal mit inhaltlichen Fragen auseinandersetzen. Was hier auf den ersten Blick hin recht einladend anmutet, dürfte sich noch als Versuch entpuppen, die Friedensbewegung ideologisch hinter der sicherheitspolitischen Strategie der Sozialdemokratie zu formieren. Vom „Protest zur Politik“ anstatt „vom Protest zum Widerstand“ lautet eine Parole, wie sie auch in — der SPD ideologisch nahestehenden — Ah MLR Kreisen mittlerweile kursiert. Jusos und IFAS beabsichtigen zudem mit der Auflösung der Geschäftsführung die Zurückdrängung des DKP-Einflusses in den Orientierung der Friedensbewegung. Zweifelslos wird dies auch mittelfristig gelingen, zur Not unter Mithilfe der „Unabhängigen“ und GRÜNEN.

Die „Unabhängigen“ und „Linken“ sind nun vor die Entscheidung gestellt, entweder mit einem eher „aktionsorientierten“ Flügel zu gehen, der, was seine politische Praxis anbetrifft, weiterhin in den ausgelassenen traditionellen Pfaden wandeln wird, oder aber sich auf eine sicherheitspolitische Strategiediskussion im KA-Milieu einzulassen, von der schon heute feststeht, daß ihr Ergebnis nicht in der Forderung nach „Austritt der BRD aus der NATO“ bestehen wird, sondern in der Unterstützung der „neuen“ „sozialdemokratischen Sicherheitspolitik“. Einen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es nur, wenn es den „Unabhängigen“ und „Linken“ gelingt, ihre gegenständige Position in jeder Hinsicht auszubauen. In diesem Sinne sollte auch die „Konferenz der unabhängigen Friedensbewegung“ am 22. Januar nächsten Jahres verstanden werden.

### Anzeige

**Bremerhaven  
am 15.10.1983**  
**Eine Dokumentation**  
DIN A4 • 56 Seiten • 5 DM  
Es wird beschrieben:  
— Die Vorbereitung  
— Die Blockaden mit Berichten von Beteiligten  
— Die Demonstration  
Mit einer ausführlichen Dokumentation der Presseberichte.

Zu bestellen gegen Einsendung von 5 DM + Porto bei  
Buchhandlung Arbeiterbuch  
Sonnenstr. 8  
2850 Bremerhaven



# Volksbegehren für den Frieden im „Pershing-Ländle“

Nach Heusen jetzt auch Baden-Württemberg: Die plebiszitäre Aufstände in den Bundesländern gegen den Kriegskurs der Bonner Zentralgewalt gehen weiter. Die bedächtigen Schwaben und die lebenslustigen Badener wollen nicht mehr in die Schlacht ziehen für die hohen Herren in Bonn und Washington. Ein landesweites Gesetz gegen ABC-Waffen, eingebracht auf dem Wege des Volksbegehrens, soll die Schaffung einer „Friedenszone“ in Mitteleuropa bewirken. Die „Aufhebung der Blöcke“ beginnt bei uns, beginnt in den von der Vernichtung am direktesten bedrohten Provinzen.

## Wie alles begann

Diese Geschichte kann man auf zwei Arten erzählen. Die eine Version ist die, daß in Deutsch-Südwest der Ruf nach Demokratie schon immer einen besonders guten Boden fand und die Zentralgewalt schon immer schlecht angesehen war. Zum Beispiel 1848/49, als eine radikaldemokratische badische Republik zur Mithilfe einer fremden „Schutzmacht“ wiederhergestellt werden konnte. Diese „Schutzmacht“ war damals noch nicht die USA, sondern das reaktionäre Preußen.

Für heute lehrreich zu erinnern: Die aufständischen Badener konnten nur deshalb besiegt werden, weil es in den anderen Bundesländern ruhig blieb. Ob das diesmal anders wird? Immerhin haben die Heusen mit ihrem Volksbegehren ebenfalls begonnen, in Nordrhein-Westfalen laufen die ersten Vorbereitungen, in der Pfalz — 1848 schon im Bunde mit den südlichen Nachbarn — wird auch nachgedacht. Vielleicht stimmt's wirklich: „Die Enkel fechten's besser aus...“

## Was Euch interessiert

... wird aber zweifellos eine andere Geschichte sein. Nämlich nicht die von 1848, sondern die von 1983. Die Geschichte begann so: Am 16.11. trafen sich in Stuttgart 60 Menschen aus dem gesamten Ländle. Vornehmlich Mitarbeiter von Friedensinitiativen, die sich z.T. bisher schon mit dem Gedanken der plebiszitären Demokratie beschäftigt und untereinander einen lockeren Kontakt aufgebaut hatten. Auf diesem Treffen wurde der Gedanke an ein landesweites Volksbegehren erstmals diskutiert. Die Überlegungen dieses Kreises wurden in Flugblättern mit einer Auflage von 6.500 Stück an alle Initiativen verschickt. Weiterhin wurde das Gespräch mit wichtigen „Multiplikatoren“ der Bewegung gesucht, sodaß schließlich auch die Gustav-Heinemann-Initiative, die „Landesberatung der Friedensinitiativen“ und die Grünen das Papier mitverbreiteten.

## Die „Initiative Volksbegehren“ wird gegründet

Kaum zwei Wochen später konnte nach dieser massiven Mobilisierung das nächste Treffen stattfinden: 160 Menschen aus baden-württembergischen Friedensinitiativen kamen am 4.12. nach Karlsruhe. Ulli Tost vom Bundesvorstand der Grünen, ein Vertreter des Landesvorstandes, ein SPD-Landtagsabgeordneter und schließlich auch Erhard Eppler (der allerdings nur per Brief) machten deutlich, daß diese Idee auf Unterstützung in den Parteien „links von der CDU“ rechnen kann.

Das Treffen konnte an diesem einen Tag sämtliche Vorbereitungen zur Einleitung eines Volksbegehrens beraten und beschließen. Das ist deswegen bemerkenswert, weil in Heusen dieses Ziel erst nach vier nervenaufreibenden Sitzungen geschafft war. Trotzdem gab es einige Hürden, die jedoch von der Versammlung souverän gemeistert wurden: Hürde Nr. 1 — Die „Liberalen Demokraten“ waren auf das Treffen schon mit den fertig gedruckten Unterschriftenlisten für ihr eigenes Volksbegehren erschienen. Dieses richtet sich nicht gegen den Ausbau von Baden-Württemberg zur atomaren Abschlußzone, sondern hat lediglich Richtlinien für die „Friedenszerziehung an den Schulen“ zum Ziel. In mehreren Redebeiträgen versuchten die LD den Eindruck zu erwecken, unser Gesetzentwurf sei — um Unterschied zu ihrem — nicht verfassungskonform, da ein Landesgesetz sich nur auf Landeskompetenzen (z.B. Bildungspolitik) beziehen könne. Diese Auffassung ist deswegen höchst verwunderlich, weil die LD in Heusen maßgeblich an der Formulierung des Volksbegehrens beteiligt waren, das dem baden-württembergischen Gesetzentwurf als Vorbild diente.



Bei den Anwesenden stieß nicht nur der beschränkte Inhalt des LD-Volksbegehrens, sondern auch ihr Ablehnen in dieser Frage auf Unverständnis und Kopfschütteln. Frustriert verließen die LD-Vertreter nach der Mittagspause das Treffen. Mit ihren wenigen Gefolgsen werden sie es schwer haben, auch nur die 10.000 Unterschriften für die Beantragung des Volksbegehrens einzusammeln.

Hürde Nr. 2: Vertreter der DKP, die fröhlich nicht als solche auftraten, sondern in allerhand Kostümierungen, beklagten die mangelnde Verankerung der „Initiative Volksbegehren“ in der „offiziellen Friedensbewegung“. Hier ist nicht nur der Ausdruck „offizielle Friedensbewegung“ reichlich ungeschickt, vertrieben die DKP-Leute doch darunter vorzugsweise die von ihrer Partei kontrollierten Gruppen. Besonders putzig ist im vorliegenden Fall, daß diese „Kritik“ auch gar nicht stimmt. Die von der DKP stark beeinflusste „Landesberatung der Friedensinitiativen“ hatten nicht nur das Einleitungsprotokoll zu diesem konstituierenden Treffen der „Initiative Volksbegehren“ mitverschickt. Die letzte „Landesberatung“ am 12.11. in Heilbronn hatte überdies mehrheitlich die Einleitung eines landesweiten Volksbegehrens beschlossen — und zwar auf Antrag von DKP-Chef Klaus Mauerer selber.

Des Rätsels Lösung: Die DKP hatte diesen Weg nur halbherzig vorgeschlagen. Ein Volksbegehren sollte nur „pro forma“ eingeleitet werden, um nach der — schon erwarteten — Ablehnung durch die Landesregierung ein „autonomes Volksbegehren“ parallel zu den Landtagswahlen durchführen zu können. Und: Der DKP schmeckt die jetzt angelegte Initiative deswegen nicht, weil sie darin nur ein Teil unter vielen wäre, und keineswegs so dominierend wie in der „Landesberatung“.

Unterm Strich wird die DKP aber im Sinne ihrer eigenen Glaubwürdigkeit um die Unterstützung des Volksbegehrens nicht herumkommen. Durch ihren eigenen Vorstoß auf der letzten „Landesberatung“ hat sie ja ein Projekt vorgeschlagen, das zumindest in der ersten Stufe identisch ist. Ob wir den eigensinnigen Dribbelkünstlern von der DKP ein bißchen mannschaftsdienliches Team-Spiel beibringen können? Die Chancen stehen nicht ganz schlecht.

Hürde Nr. 3 — Um den vorgelegten Gesetzentwurf als eine größere Kontroverse. Etwa der Hälfte der Versammlung war unwohl, weil nicht nur die „Nachrüstung“, sondern „Massenvernichtungswaffen“ allgemein durch das Gesetz abgeschafft werden sollten.

Viele Kritiker und Kritikerinnen argumentierten betont sachlich und in der Sorge um die dadurch eventuell verlorene Breitenwirkung unserer Initiative. Ihnen konnte entgegengesehen werden, daß selbst der Papst sich öffentlich gegen „sämtliche Massenvernichtungswaffen“ ausgesprochen hat, und daß auch die SPD in einem Antrag an den Landtag vom 9.11. nicht nur die Verhinderung der „Nachrüstung“, sondern die Entfernung aller Atomwaffen aus Baden-Württemberg verlangt hatte. Zudem diskutierte auch die Friedensbewegung gerade über eine Ausweitung des „Minimalkonsenses“ in diese Richtung, weil angesichts der schon ablaufenden Raketenstationierung ein Festhalten nur an den neuen Waffensystemen unsere Niederlage zementieren würde.

Sehr unsachlich und polemisch wurde von einem Mitglied des Landesvorstandes der Jusos argumentiert. Eine Stoßrichtung gegen alle Massenvernichtungswaffen könne man „den Kollegen“ nicht vermitteln (wo für die immer herhalten müssen...). Wenn vom Minimalkonsens (gegen Pershing II und Cruise missilen) abgegangen werde, so könne er „damit nicht leben“. Dem wurde er von einer kleinen sozialistischen Gruppe namens ISA, die ebenfalls in der SPD arbeitet, unterstützt. Das Power-Play zahlte sich nicht aus. Immer mehr Kritiker und Kritikerinnen der „ausgeweiteten“ Formulierung relativierten ihre Einwände und plädierten für einen Kompromiß, der schließlich auch gefunden wurde (s. Abdruck des beschlossenen Gesetzesentwurfes). Der Begriff „Massenvernichtungswaffen“ wurde ergänzt durch die Eigenschaftswörter „atomar, bakteriologisch und chemisch“, d.h. die im ursprünglichen Begriff implizierten konventionellen Massenvernichtungswaffen wurden in der beschlossenen Fassung ausgelassen. Trotzdem ist der verabschiedete Text ein großer Fortschritt. Zusammen mit dem heissen Volksbegehren wird jetzt auch in Baden-Württemberg versucht, die Massenbewegung gegen die „Nachrüstung“ in eine Massenbewegung gegen ABC-Waffen zu transformieren. Die nächste Runde im Kampf gegen den Krieg ist eingeleitet!

## Einige Diskussionspunkte für das weitere Vorgehen

Die am 4.12. gegründete „Initiative“ deckt trotz ihrer kurzen Vorbereitungszeit schon ein recht breites politisches Spektrum ab. Dies zeigt sich auch an den (gesetzlich vorgeschriebenen) Vertrauensleuten, die gegenüber dem Behörden für die „Initiative“ verantwortlich sind. Unter den 5 am 4.12. gewählten Vertrauensleuten sind drei aus dem grün-alternativen Spektrum, ein Karlshuter Professor und ein Landtagsabgeordneter der SPD (Michael Seauver). Naturgemäß gibt es in diesem pluralistischen Kreis recht unterschiedliche Ansichten über das weitere Vorgehen, die sich auch durchaus gegenseitig befruchten können, wenn sie nicht alternativ gestiftet werden.

Die erste Strömung hält ein Volksbegehren auf Landesebene im Grunde genommen für nur in einer Richtung effektiv: Es sei beschlossenes Gesetz könne die Landesregierung beauftragen, über den Bundesrat die Bundespolitik mitzubestimmen und dort gegen ABC-Waffen zu wirken. Ein Handeln der Landesregierung selbst sei darüber hinaus unmöglich.

Die zweite Strömung sieht das genau andersherum: Es müsse der größtmögliche Druck ausgeübt werden, damit eben die Landesregierung ihre Unterstützung der Kriegsvorbereitungen unterläßt. Gedacht ist hier z.B. an die Absicherung der Stationierung durch Einheiten der Landespolizei, an die ideologischen Kriegsvorbereitungen an den Schulen, oder auch an die Raketentransporte, die auf den (der Landesregierung unterstehenden) Kreis- und Landesstraßen ständig hin- und hergeführt werden.

Hinter dieser Diskussion steckt eine unterschiedliche Gewichtung der juristischen bzw. politischen Argumente. Die erste Strömung argumentiert etwa so: Solange es ein Bundesabstimmungsgesetz nicht gibt, das auf Bundesebene die Möglichkeit zu Volksbegehren und Volkentscheid schafft, könne man auf Landesebene nur eines tun. Nämlich die Landesregierung per Volksbegehren zu beauftragen, im Bundesrat in einer bestimmten Rich-

tung tätig zu werden. Nun ist aber genau diese Argumentation, die sich juristisch einwandfrei glaubt, vom Bundesverfassungsgericht schon als verfassungswidrig bezeichnet worden. Im BVerfG-Urteil von 1958, das die Länder-Volksbefragungen gegen die Atombewaffnung untersagte, heißt es: „Eine „Instruktion“ der Landesregierung im Bundesrat durch das Landesvolk (...) ist nach der Struktur des Bundesrates ausgeschlossen.“

Schon bei diesem BVerfG-Urteil überhaupt kein Argument dagegen, es auch in dieser Richtung wieder zu versuchen. Es widerlegt aber die Ansicht, es gebe hier sozusagen einen juristisch 100% sicheren Weg. Das „Sesam-öffne-Dich“ für ein Volksbegehren ist überhaupt nicht die rechtliche Argumentation, sondern zu allererst der politische Druck.

— In diese Richtung argumentiert die andere Strömung: Wo ein politischer Wille ist, findet sich auch ein juristischer Weg.

Den politischen Willen bei den verantwortlichen Politikern, die über die Zulässigkeit eines Volksbegehrens entscheiden, erreichen wir, indem wir ihnen überall dort die Heile heiß machen, wo sie im Rahmen ihrer Kompetenzen den Krieg vorbereiten helfen. Auf diese Art ist die Kampagne „Volksbegehren“ auch eine Zusammenfassung von schon laufenden Protesten, z.B. gegen die Militarisierung der Schule und den deutsch-nationalen Kultusminister, gegen die Atomwaffenunfälle auf unseren Straßen, gegen die ABC-Waffenforschung an den Hochschulen des Landes, gegen die Polizeiausrüstung.

## Aufgabe und Chance: Landtagswahl

Besonders auffällig für politischen Druck sind die Politiker vor Wahlen — die stehen in Baden-Württemberg Ende März 1984 an. Im Augenblick steht Späth diesen Wahlen mit Gelassenheit

gegen. Durch den vorläufigen Verzicht auf Wyl und große Worte zum Waldsterben hat er ein liberales Image bekommen. Sein Kultusminister Mayer-Vorfelder hat als Präsident des Fußballvereins VfB-Stuttgart zusätzlich den Titel des Herbsenmeyers an den Neckar geholt. Die Landes-SPD ist blaß, die Grünen noch nicht richtig in Schwung. In dieser Situation kann es sich die Friedensbewegung nicht erlauben, die Landtagswahlen zu verschlafen. Führt die CDU wieder eine absolute Mehrheit ein, ist die „Nachrüstung“ politisch abgesegnet. Baden-Württemberg ist die erste Wahl nach der Stationierung und zudem das Bundesland, das am stärksten betroffen ist. In dieser Situation dient das Volksbegehren auch als politische Gegenoffensive. Zum zentralen Wahlkampfthema muß die Frage gemacht werden: Musterlande für Demokratie — oder Abschlußstraße für Raketen.

Wenn das wirklich geschafft wird, so bedeutet das vielleicht noch nicht die Zulassung des Volksbegehrens, aber immerhin könnte Späth auf diese Art die liberale Hose ausgezogen werden. Wenn zusätzlich am Wahltag 100.000 Unterschriften für das Volksbegehren gesammelt würden (bei der heissen Landtagswahl im September waren es immerhin 40.000), könnte nachher selbst eine weiterhin bestehende CDU-Mehrheit nicht als Wahlervotum für die Raketen mißinterpretiert werden. Eigentlich habe ich aber noch eine andere Idee: Wäre es nicht vorstellbar, daß das Volksbegehren eine solche Wirkung bekommt, daß Späth im Falle von dessen Nicht-Zulassung 10% der Wähler verliert und wie nach der Landtagswahl eine Mehrheit aus SPD und Grünen haben? Beide Parteien hätten sich vorher zur Unterstützung des Volksbegehrens entschlossen und müßten es — dafür würden zumindest die Grünen sorgen — nach der Wahl durchführen. Jetzt werdet ihr Leser mögen: Der spioniert. Wir sind im Jahre 1983 und nicht 1848. Recht habt ihr.

Und dennoch: Es gibt einige gute Gründe für die SPD, auf den langsam anlaufenden Zug aufzuspringen. Der Hauptgrund ist ganz schneidig: Die SPD mit ihren kaum 30% und ihrem völlig blauen Spitzenkandidaten Ulrich Land hat keine andere Chance, in Deutsch-Südwest jemals aus ihrer Isolation herauszukommen. Wie sagte doch Peter Glotz ganz richtig: „Die bayerische Sozialdemokratie hat, aus einer aussichtslosen Minderheitsposition heraus, ihre größten Erfolge mit Volksbegehren erkämpft.“ (Materialien Friedenspolitik, hrsg. SPD-Parteivorstand, 8.13.) Ob die SPD im Ländle diesen Tip so schnell beherzigt?

Ein Greeno aus Baden-Württemberg

## Der Gesetzentwurf

§1 Die Landesregierung von Baden-Württemberg ist verpflichtet, im Rahmen der ihr durch Grundgesetz und Landesverfassung zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse alles zu unternehmen, um Herstellung, Transport, Lagerung und Stationierung von jeglichen atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen — insbesondere Pershing II, Cruise Missiles und vergleichbare Systeme — zu verhindern und darauf hinzuwirken, daß solche bereits im Landesgebiet von Baden-Württemberg gelagerten oder stationierten Massenvernichtungsmittel entfernt werden.



# Betrifft: Überfall auf die AK-Technik

Wie berichtet, stürmten während der Erstellung des AK 240 vom Sonntag auf Montag ca. 15 Mitglieder der „Antifaschistischen Aktion Hamburg“ die Redaktions- und Technik-Räume des ARBEITERKAMPF. Sie verlangten den Abdruck eines „Offenen Briefes an die Antifa-Kommission des KB“ sowie eines weiteren Papiers. Darin wenden sie sich gegen einen Artikel aus AK 239, der sich kritisch mit der Politik auseinandersetzt, die unter dem Schlagwort „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ bekannt ist. Um ihrer „Forderung“ Nachdruck zu verleihen, stahlen sie aus den Bürokabinetten Unterlagen verschiedener Art, so einfache Artikelmaterial, Briefe an den KB und zwischen KB- und Redaktionsmitgliedern, Aufzeichnungen über Antifajobprojekte, mindestens ein wertvolles Buch, einen Pfeifensatz sowie Adressenunterlagen der Hamburger Friedenskommission. Die Drohung, die mitgenommenen „Pflöcker“ zu vernichten, bzw. die als schwebende Drohung, die Materialien öffentlich zu machen, soll eine Gefügung machen. Wir gingen auf diese Erpressung nicht ein. Bis heute sind, bis auf die Materialien der Fiko, keinerlei Sachen zurückgegeben worden. In einem Anruf gegenüber der „IAR“ wurde behauptet, die Papiere seien verbrannt worden.

Der weitere Gang der Geschichte: Nach dem Erscheinen des AK 240 schrieben wir einen Brief an die „Antifaschistische Aktion“, in dem die sofortige Rückgabe der Materialien gefordert wurde, die nicht dem KB gehören (speziell das Adressenmaterial der Fiko); die Rückgabe der KB- und AK-Materialien wurde innerhalb drei Tagen verlangt (wonit ihnen Zeit genug blieb, sich über die Wertlosigkeit dieser Dinge für sich zu informieren). Es wurde betont, daß uns an keiner Eskalation der Auseinandersetzung läge, und die Bereitschaft erklärt, unter Hinzuziehung unabhängiger linker Organisationen oder Personen ein Gespräch zu führen. Gleichzeitig machten wir jedoch klar, daß wir einer weiteren Eskalation ihrerseits, beispielsweise der Verwüstung der Technik-Räume, nicht latentlos zusehen und alle uns zur Verfügung stehenden Mittel dagegen einsetzen würden, bis hin zu strafrechtlichen Mitteln.

Seitdem hat es kaum Bewegung gegeben. Auf dem folgenden Treffen der „Antifaschistischen Aktion“ wurde die Aktion rundheraus gerechtfertigt, ein Gespräch mit dem KB nicht einmal in Erwägung gezogen. Es wurde sogar noch geleugnet, daß andere als dem KB gehörende Dinge bei der Klausuraktion mitgegangen sind. Stattdessen wurde eine weitere ungeheure Lüge aufgestellt, um die Aktion vor der Hamburger autonomen Szene zu rechtfertigen. Der Fotograf, mit dessen Fotos nach ei-

nem Teilnehmer der Fallungsbettel-Aktion wegen versuchten Totschlages gefahndet wird, sei KBler, wurde behauptet. Später wurde dieses Gerücht in weiteren Varianten verbreitet, der Fotograf wohne mit KBlern zusammen, komme aus KB-Zusammenhängen usw. Einen Beweis wollten und konnten sie für diese Behauptung nicht antreten. Es wurde auf sich „gesicherte Informationen“ berufen, u.a. wiederum auf Informationen aus „KB-Kreisen“. Nachfragen nach den angeblichen Informanten wurden damit beantwortet, Namen würden nicht genannt, weil niemand denunziert werden dürfe. Damit läßt sich selbstverständlich jedes Lügengerücht als gesicherte Wahrheit verkaufen.

Spätestens an diesem Punkt ist es notwendig der Frage der politischen Mentalität dieser Gruppe nachzugehen. Für sie reicht die Ausbreitung eines Gerüchts, um einen Überfall auf den KB zu starten. Ist dieses Gerücht in den eigenen Reihen entstanden, würde dies ein bezeichnendes Licht auf den politischen Zustand der Gruppe, ist es außerhalb der Gruppe entstanden und hat

Zur Auseinandersetzung um den ganzen Vorgang ist ein KB-Info erschienen, u.a. mit dem „Offenen Brief“ und einer Antwort der Antifa-Kommission. Dies kann bestellt werden unter Belegung von 80 Pfg. für Porto bei der Verlagsadresse.

sich diese dadurch „Im-guten-Glauben“ aufschalten lassen, hätte der Staatsschutz in Zukunft leichtes Spiel: Er bräuhete nur das Lügennetz aufzuspannen, um die linken Gruppen gegeneinander aufzubringen.

Und noch ein interessantes Phänomen hat sich in den vergangenen Wochen gezeigt: Zwar ist die „Antifaschistische Aktion“ über ihren engen Kreis hinaus fast vollständig auf Ablehnung mit ihrer Aktion gestoßen, aber sie hat sich damit keineswegs isoliert. Trotz der Ablehnung hat die Gruppe mit keinerlei Konsequenzen aus der autonomen und linksradikalen Szene zu rechnen. Kaum jemand ist beispielsweise auf die Idee gekommen, die Zusammenarbeit solange einzustellen, bis die Angelegenheit geklärt ist. Andererseits hat es große Aufregung darum gegeben, daß wir damit gedroht haben, daß bei einer weiteren Eskalation (beispielsweise die Verwüstung unseres Büros oder Angriffe auf einzelne Genossinnen und Genossen) wir alle als strafrechtliche Abwehrmittel einsetzen würden. Wir warten aber bis heute auf eine Ant-

wort aus dieser linken Szene auf die Frage, welche Mittel sie einzusetzen bereit ist, um uns die gestohlenen Sachen wieder zu besorgen und uns vor weiteren Angriffen dieser Art zu schützen. Solange hierfür keine Zusicherungen bestehen, solange die ganze Aktion für die „Antifaschistische Aktion“ folgenlos bleibt, solange sich also ähnliche Dinge wiederholen können, haben wir die Aufregung über diesen Punkt für absolut fehl am Platz.

Der Umgang mit der Wahrheit ist für die „Antifaschistische Aktion“ offensichtlich nicht nur in den „großen Dingen“ schwierig. So leugneten sie, wie schon erwähnt, beispielsweise zunächst, daß sich unter dem gekauften Sachen auch Adressenmaterial der Hamburger Fiko befand. Erst nachdem ihnen immer wieder auf die Füße getreten wurde, kam dieses Material plötzlich zum Vorschein. So behaupteten sie beispielsweise in einer ersten Erklärung, der mangelnde Pfeifensatz (mit drei Pfeifen) sei dem „rechtmäßigen Besitzer“ zurückgegeben worden. Diese Dinge sind jedoch niemals angekommen. Und nochmals zur Kenntnis: Diese Pfeifen gehören einem normalen Mitglied des KB, der sie hier vergessen hatte — es wird also nicht einmal ein KB-Mitglied persönlich getroffen (was ja noch eine gewisse Genugtuung hätte sein können). Und es ist auch ein relativ wertvolles Buch (Dokumentation der Geschichte der KPD, Faksimile-Verlag) verschwunden, das in den Erzählungen der „Antifaschistischen Aktion“ gar nicht erst auftaucht.

Nun wird behauptet, die entwendeten Sachen seien verbrannt worden. Auch die Pfeifen und das Buch? Dies ist kaum anzunehmen. Warum werden diese Dinge dann nicht zurückgegeben, warum wird nicht gesagt, was damit passiert? Solange in solchen einfachen Dingen keine klaren Verhältnisse zu schaffen sind, wie sollten wir dann beispielsweise glauben, daß wirklich alle internen Materialien vernichtet worden sind und diese nicht vielleicht bei anderer Gelegenheit wieder auftauchen?

Wir haben in einem KB-Info die Frage aufgeworfen, was die „Antifaschistische Aktion“ überhaupt mit internen Unterlagen des KB will bzw. weshalb sie diese nicht zurückgeben hat, als für sie erkennbar war, daß sie für ausstehende Linke wertlos sind. Wir haben auf die Gefahr hingewiesen, die solche Unterlagen in falschen Händen darstellen. Deshalb haben wir darauf bestanden, die Sachen komplett zurückzubekommen und als Möglichkeit offengelassen, diese im Besitzen von Zeugen zu vernichten. Jetzt behauptet die „Antifaschistische Aktion“, sie habe die Papiere verbrannt. Zeugen? Keine! Wer maß sich nun an, uns aufzufordern, dem Glauben zu schenken?

Wer maß sich nun an, uns aufzufordern, dem Glauben zu schenken?

## Die Grünen im Bundestag „Unkrautgarten“ oder „erbarmungsloser Dschungel“?

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten, da unmittelbar beteiligten, grünen Kreisen aus dem Bonner „Hochhaus im Tulpenfeld“ verlautet, ist dort nach dem ersten Dreivierteljahr alles beim Alten. Die grüne Bundestagsfraktion, diese „schöne Unkrautgarten“, wo „so mancher Musiker um die Ecke kommt“ (Fraktionsgeschäftsführer Joschka Fischer im „Spiegel“ Interview), stellt sich anderen eher als „erbarmungsloser Dschungel“ dar (Dirk Schneider, Abgeordneter der AL Westberlin, in einem Papier an die Fraktion; Titel: „Einblicke in den ‚Zellenstrahl‘“, ein Klagedikt vorgelesen mit verhaltenem Optimismus).

Die Anfangsprobleme sind immer noch ungeklärt. Der „relativ selbstherrliche Stil“ der Fraktionsführung, der eine „hierarchisch aufgebauete ‚Hochordnung‘“ produziert hat, der Abscheu der „Stars“ (Zitate Dirk Schneider) vor der „Guillotine der Basisdemokratie“ (Ezra Hopfmeier), die Rotationsfrage, die kaum einheitliche Bezahlung der über 100 Mitarbeiter.

Petra Kellys Klage von April, die Arbeit in der Fraktion habe sie „zufutert“ und auch den Rest an Kraft und schöpferischer Energie genommen“ (Offener Brief an die Partei), bestätigt Dirk Schneider im Oktober für sämtliche Beteiligten: alle seien „gestreift wie die Hamster im Tunnel, mit hin oft gerast und überfordert“, was noch zugetragen wäre, „wenn das Fraktionsklima so etwas wie Heimgefühle oder Vertrauen in das Gemeinsame ausstrahlen würde“.

### Der Führungsstil der „Pragmatiker“

Was Joschka Fischer in seinem unattraktiven „Pflasterstrand“-Interview (9.4.83) über die innere Struktur der großen Bundestagsfraktionen gesagt hat, gilt — in entsprechend verkleinertem Maßstab — heute auch für die Grünen: „Es sind um die 200 Leute, von denen haben 30 was zu sagen. Der Rest sitzt in Bonn... Sie sind aber ein Nichts — werden rumkommandiert, behandelt wie kleine Jungs — Coppik hat das beschrieben“. Direkt rumkommandiert werden die grünen „Hinterbänker“ natürlich nicht, ab und zu dürfen sie sogar reden, der „Elterkult“ (D.S.), der Führungsstil der Stars degradiert sie dennoch zu „grünen Mauren“, die sich „gerne und überflüssig durch Papierberge wühlen“ (Zitate: D.S.). Kollektive Festlegung wesentlicher politischer Initiativen findet nicht statt. Entscheidungen auf dem „informellen Wege“ der inzwischen etablierten „Hochordnung“ erscheinen Dirk Schneider „schlimmer als die ritualisierten Entscheidungen auf dem „informellen Wege“ der inzwischen etablierten „Hochordnung“ erscheinen Dirk Schneider „schlimmer als die ritualisierten Entscheidungen auf dem „informellen Wege“ der inzwischen etablierten „Hochordnung“.

„Schon jetzt tun sich gelegentlich Abgründe auf, wenn man versucht, bestimmte Handlungen einzelner Fraktionsmitglieder zu analysieren (Moskauer, Disziplinierungsmodi). Je mehr Fakten gesetzt werden, die nicht mehr unter dem bisherigen grünen Konsum zu verbuchen sind, desto härter werden sich Widersprüche oder Mißverständnisse abzeichnen bzw. verfestigen.“ (Ex wäre konsequent, einigen Mitgliedern der Fraktion zu empfehlen, ihre Mandate zurückzugeben und stattdessen lieber als Botschafter der Partei für die grünen Ideen in der Welt zu werben“ (Dirk Schneider).

### Rotation nur auf den billigen Plätzen?

Eng verbunden mit dem Kompetenzgefälle unter den ausseren grünen Abgeordneten ist die Frage der Rotation nach der Hälfte der Legislaturperiode. Um den Austausch ohne größere Einbußen an politischer Effektivität vornehmen zu können, wurden die Nachrücker von Beginn an und bei voller Bezahlung in die Bürogemeinschaft integriert.

Für Petra Kellys „Bedenken“ gegen das Rotationsprinzip wird — wie so oft, wenn grün-alternativen Vollblutpolitikern die Argumente fehlen — der „Wählerwille“ bemüht: „Auch mußte unser jetziges Rotationsprinzip über-

prüft werden, ... (da) bei vielen Wählern und auch bei Angehörigen unserer Basis starke Vorbehalte gegen das bei uns spezifisch beschlossene Rotationsprinzip nicht nur nicht ausgedrückt sind, sondern sich im Gegenteil zu verstärken anheben.“ Auch Gert Bantlan und Otto Schilly sind für mehr „Flexibilität“ bei der Handhabung des Rotationsprinzips. Otto Schilly im „Spiegel“-Interview: „Es gibt dazu einen verbindlichen Parteibeschluß. Aber es muß möglich sein, die Auswirkungen solcher Beschlüsse zu problematisieren“.

Apoptose? verbindlicher Parteibeschluß: die Erklärung „Zu Rotation, Distanz und Basisanbindung der grünen Bundestagsabgeordneten und ihren Nachrückern/Nachrückern“, erabschiedet auf dem Bundesparteitag in Sindelfingen, legt fest:

„Jeder grüne Abgeordnete darf pro Legislaturperiode höchstens zwei Jahre ihr/zien Mandat wahrnehmen, dann muß sie/er zurücktreten und ihren/seinen Platz der/dem entsprechenden Nachrücker/in freimachen. Sie/er arbeitet danach auch den Rest der Legislaturperiode als Grün/r im Bundestag weiter mit“.

Allerdings sollen auch Ausnahmen möglich sein: „In Ausnahmefällen kann eine Verlängerung der Mandatszeit bei der jeweils zuständigen Landesversammlung beantragt werden. Für diesen Antrag ist mindestens eine 70 %-Mehrheit der Landesversammlung erforderlich“. Dirk Schneider beschreibt in seinem Papier die Auswirkungen dieser Klausel auf den „Dschungelkampf“ in der Bonner Bürogemeinschaft: „Mit der 70 %-Regelung, die es Vorrückern ermöglichen soll, sich von der Landesversammlung für weitere zwei Jahre eine Verlängerung des Mandats zu erbitten, tut sich eine abgründige Quelle der Unsicherheit, Spekulation und Versuchung auf, die die Arbeit der grünen Fraktion sehr beeinträchtigt“. Und daß — falls die Rotation auch prominenter Abgeordneter doch durchgesetzt werden könnte — diese dann, wie vom Sindelfinger Beschluß vorgesehen, weiter in der Bürogemeinschaft mitarbeiten, dürfte lauten: „die unter Rotation den Aufstieg von einem Parteimitglied in die nächsthöhere verstehen“ (Bundesvorsandssprecher Rainer Trumpert auf dem Parteitag in Duisburg), wohl kaum „zumutbar“ sein: „Einige Prominente werden wohl kaum als Mitarbeiter von Nachrückern arbeiten mögen, noch dazu, wenn sie bestimmte Nachrücker als zweitrangig ansehen sollten“ (D.S.).

Wie sinnvoll Dirk Schneiders Forderung ist, für alle Abgeordneten Rotation nach zwei Jahren verbindlich festzulegen — die AL Westberlin hat dies

Wie sinnvoll Dirk Schneiders Forderung ist, für alle Abgeordneten Rotation nach zwei Jahren verbindlich festzulegen — die AL Westberlin hat dies „goldrichtige Entscheidung“ (D.S.) schon praktiziert — ist beim gegenwärtigen Zustand kaum sachlich diskutierbar: „In dem Punkt haben Vor- und Nachrücker diametral verschiedene Interessen...“ (D.S.).

### Immer Ärger mit den Angestellten

Der grünen Bürogemeinschaft bleibt kaum etwas erspart. Zwar hat der von der „IAR“ angekündigte „Warnstreik“ der Fraktions-Mitarbeiter nicht stattgefunden. Die Vorsitzende des gerade installierten Betriebsrats, Christina Schnappertz, behauptete im Nachhinein sogar, der Streik sei eine reine Erfindung der „IAR“ gewesen. So oder so — die Situation der Angestellten (Kompetenzen, Kündigungsschutz, Bezahlung) ist nach wie vor ungeklärt. Dazu trifft sie der Argwohn der Abgeordneten: Joschka Fischer etwa hatte „nach dem Urlaub den Eindruck, daß die Mitarbeiter/innen den Laden übernommen hätten“. Dem wurde sogleich ein Riegel vorgeschoben: „Ein generelles Teilhabe- und Rederecht der Mitarbeiter/innen auf Fraktionsitzungen wird von den Fraktionsprecher/innen abgelehnt, Personalversammlungen sollen nur in sittingsfreien Wochen durchgeführt werden“ (Protokoll vom 19.9.83). Diese Forderungen veranlaßten den früheren MAN-Betriebsrat und jetzigen Abgeordneten Dieter Burgmann zu dem Vorwurf an seine Kollegen: „bei dem Beschluß ist ein wenig der Arbeitgeber mit Euch durchgegangen“ (Brief an den Fraktionsvorstand vom 28.9.83).

Ja, Hamburg

## Börner knallhart!

Die Verhandlungen zwischen der hessischen SPD und den GRÜNEN in Wiesbaden sind nicht nur weitergegangen, sie werden auch immer peinlicher. Ein völler-argantör Börner drängt die GRÜNEN in die Rolle der dummen Jungs. Letztere lassen weder eine Einschätzung noch ein Konzept für ihre Verhandlungsführung erkennen; wahllos bringen sie Wichtiges und Unwichtiges, Verzichtbares und (eigenlich) Unverzichtbares hintereinander, weichen auf dieses und jenes Gebiet aus, stets auf der Suche nach irgendeinem akzeptablen Erfolg. Derweil erscheint in der „IAR“ ein Interview, wobei man sich den Titel desselben auch noch vom Ministerpräsidenten persönlich diktieren läßt: „Börner nachdenklich Fragezeichen“ (Börner). Der „Pflasterstrand“ (Nr. 172) mit seiner Höflichkeitstaktik für grüne „Realpolitik“ gibt sich gar dazu her, ein geradezu liebevolles „Portrait“ des SPD-Politikers zu zeichnen, wie es besser, also dummköpfiger, im „Vorwärts“ nicht hätte erscheinen können.

Und so entsteht ein abgebrühtes Klimageschichte, in dem der beiß Umworbenen anschaulich den Grad seiner „Näheklücklichkeit“ demonstrieren kann. Gegen Ende der fünften Verhandlungsrunde am 12.12. sagte Börner laut „IAR“ (14.12.): „Bei der Ausländerfrage hätte er dann schon seine gewohnt auflockernde Art zurückgewonnen und beschienigte den Grünen mit ihren Forderungen zum Wahlrecht und Aufenthaltsrecht für Ausländer,

eine „Staubsaugerwirkung nach Anatolien“ zu schaffen“. Und laut „IAR“ (14.12.): „Die SPD unterstellte den GRÜNEN, sie wollten die BRD zum Einwanderungsland machen. Hulger Börner witterte in der Verbesserung der Situation von Immigranten eine „Ein-



Wandelt durch Annäherung?

derung mit dem Staubsauger nach Anatolien“ oder „New Yorker Verhältnisse“. Die Grünen mutmaßten, daß die SPD die Situation von Asylanten so inhuman belassen wolle, wie sie sei — als Effekt der Abschreckung.“

Sehen wir einmal davon ab, daß jemand, der das Bild eines Staubsaugers

gebraucht, vielleicht auch das Bild von Dreck im Kopf hat. Von „anatomischem Dreck“ sozusagen. Denn das wäre ja ein „furchtbares Mißverständnis“, weil Börner das „normal“ so gemeint haben kann. Dann bricht aber trotzdem, daß der Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzende eine ausgesprochene Abscheu davor hat, Menschen aus Anatolien durch Liberalität nach Hessen zu „saugen“. Deswegen müssen also in Fragen der Menschenrechte Abstriche gemacht werden.

Der Mann hat zu diesem Thema nicht zum ersten Mal und nicht zum letzten Mal in dieser Weise gesprochen. Er begründete vor nicht allzu langer Zeit die Notwendigkeit von Sammelagern für Asylanten mit „Hygiene“. Auch hier darf mensch wohl keine historischen Parallelen ziehen, weil es gewiß ein „Mißverständnis“ wäre, auf die offizielle Begründung der KZs durch die Nazis zu verweisen.

In grün-alternativen Kreisen sind diese Äußerungen bisher nicht auf ein hörbares Echo gestoßen (Ein grüner Nachrücker von Wiesbaden soll aber immens vernehmbar aufgestöhnt haben). Ist vielleicht die grüne Identität hier nicht so stark gerührt wie beim Walder-Sterben? Für Linke freilich fragt sich, welches vernünftigen Grund es geben kann, einen unbeherrschbaren Rassist zum Ministerpräsidenten zu wählen.

AB/Gruppe Frankfurt



# Abwasser-Abgaben-Gesetz (AbwAG) Ablaufhandel zu Billigstpreisen?

Mit dem normalen marktwirtschaftlichen Menschenverstand ist die Wirkung des Abwasserabgabengesetzes (AbwAG) kaum zu erklären. Man muß schon zur Psychologie Zuflucht nehmen, wenn man die unerwartet positiven Folgen dieses Gesetzes auf den Kläranlagenbau darstellen will.

Dabei hatte Mitte der 70er Jahre alles mit einem großen Kuhhandel angefangen: Erstmal wollten die beamteten Umweltschützer im Bundesinnenministerium (BMI) mit Hilfe eines „ökonomischen Hebels“ die Industrie und die Kommunen zu einem verstärkten Bau von Kläranlagen zwingen. Angesichts der katastrophalen Lage vieler Gewässer zu Beginn der 70er Jahre war dies auch höchste Zeit. Um eine Schadeinheit biologisch reinigen zu können, waren damals nach Berechnungen des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung 80,- bis 90,- DM vorzulegen. Der Abgabesatz für eine Schadeinheit sollte sich nach den ursprünglichen Vorstellungen des BMI in ähnlicher Größenordnung bewegen. Dagegen opponierte eine geschlossene Front von Industrie und kommunalen Spitzenverbänden. Um die gefährdete Verabschiedung des AbwAG im Jahre 1976 trotzdem noch zu retten, wurde die Abgabe schließlich auf DM 12,- reduziert. Den Bedenken der Industrie und der Kommunen kam man noch weiter entgegen, indem die erstmalige Zahlung der Abgabe auf den 1. Jan. 1981 verschoben wurde. Bis 1986 soll die Abgabe dann stufenweise auf DM 40,- erhöht werden. Kein Wunder, daß damals bei den enttäuschten Gewässerschützern das Schlagwort vom „Ablaufhandel zu Billigstpreisen“ die Runde machte.

Gemessen an den tatsächlichen Abwasserreinigungskosten sowie unter Berücksichtigung der Geldentwertung seit den 70er Jahren kann nun wahrlich nicht mehr von einem „ökonomischen Hebel“ gesprochen werden. Vor allem, wenn man noch einkalkuliert, daß die Abgabe zusätzlich um die Hälfte reduziert wird, wenn die Einleiter die sogenannten allgemeinen Regeln des

(Abwasserreinigungs-)Technik einhalten. Diese Regeln bewegen sich allerdings oft nur am unteren Level moderner Klärtechnologien und Emissions-Minderungsstechniken.

Daß nach allen Untersuchungen das AbwAG trotzdem den Bau von Kläranlagen vorangetrieben hat, wird von den erstaunten Experten mit der „psychologischen Anreizwirkung“ erklärt — was immer man darunter verstehen mag.



Vollzugskatastrophe

Inzwischen sind aber auch einige schwerwiegende Mängel des AbwAG zutage getreten — die man nur mit dem Wort „Vollzugskatastrophe“ umschreiben kann. Beispielsweise sind 4.500 überholte Bescheide über Abwasserabgaben durch Industrie und Kommunen in Nordrhein-Westfalen (NRW) immer noch nicht entsprechend den Vorschriften des AbwAG und des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) um-

gestellt und angepaßt worden. In den meisten anderen Bundesländern sieht es nicht viel besser aus. Ferner wird die Abgabe in den meisten Fällen nicht aufgrund tatsächlicher Messungen und aufgrund einer kontinuierlichen behördlichen Überwachung erhoben — sondern aufgrund von Schätzungen und den (u.U. geschönten) Angaben der Abwasser-Einleiter.

Problematisch bleibt weiterhin, daß das AbwAG nur die sogenannten DIREKTEINLEITER erläßt. Das sind diejenigen Betriebe und Kläranlagenbetreiber, die ihr mehr oder weniger geklärtes Abwasser direkt in einen Fluß (neuhochdeutsch: „Vorfluter“) einleiten. Die INDIREKTEINLEITER, die ihr Abwasser in die kommunale Kanalisation einlaufen lassen, müssen für ihre Schadstofffracht keine Abgabe zahlen. Dies ist umso erstaunlicher, weil 80 % der Industrie- und Gewerbebetriebe in der BRD zu den Indirekteinleitern zählen. Insofern besteht für diese indirekteinleitenden Betriebe kaum ein Anreiz, ihre Schadstoffeinträge in die Kanalisation spürbar zu verringern. Das Ergebnis dieser Gesetzlosigkeit ist bekannt: Mit Schwermetallen vergifteter Klärschlamm und hohe Gehalte an halogenierten Kohlenwasserstoffen, die in den kommunalen Kläranlagen schwer oder gar nicht abgebaut werden können.

## „Sauberes Wasser ohne bürokratischen Un Sinn“

Angesichts dieser Mißere hat das BMI Ende August dem Bundestags-Innenausschuß einen Bericht über die bisherigen Erfahrungen mit dem AbwAG zugeleitet. Dies wurde von sämtlichen Interessenverbänden als Startsignal betrachtet, die Schützengraben für eine „Novellierungsschlacht“ auszuheben. Als erstes meldete sich Franz Josef Strauß in einem Schreiben an Bundesinnenminister Zimmermann zu Wort: Er beklagte den „bürokratischen Unsinn“ und rechnete vor, daß der be-

hördliche Vollzug des AbwAG mehr kostet als das Gesetz an Abgaben einbringt. Dies liegt allerdings an der speziellen Art der bayrischen Vollzugspraxis. Kommentar vom Wasserrechtspapier Prof. SALZWEDEL: „Wo teuer verwaltet wird, kommt das Land eben später in die Gewinnzone!“ In NRW stand 1981 den AbwAG-Einnahmen von 100 Mio. DM nur ein Vollzugsaufwand von 4,7 Mio. DM gegenüber.

Die Wortgefechte um die Novellierung des AbwAG erreichten am 7. November 1983 einen neuen Höhepunkt, als die VEREINIGUNG DEUTSCHER GEWÄSSERSCHÜTZER die AbwAG-Experten aus Verbänden und Industrie zu einem Meinungsaustausch über die anstehende Novellierung geladene. Bei den Verbänden der deutschen Wasserwirtschaft war gegenüber einer Novellierung eine große Vorwarnung zu verspüren. Angesichts der herrschenden politischen Großwetterlage sei zu befürchten, daß eine Novellierung nur in einer weiteren Verwässerung des AbwAG enden könne. Die Behördenvertreter wiesen darauf hin, daß die Novellierungsdiskussion bereits jetzt zu einer „Irritation“ in den Amtsstuben geführt habe und den Vollzug unnötig erschwere. Fazit aus der Sicht der Behörden und Wasserwirtschaftsverbände: „So schnell wie möglich so wenig wie möglich novellieren!“

Interessant war auch die geringe Beteiligung von Bundestagsabgeordneten an diesem Gespräch. Bei unseren mehrmonatigen Recherchen zu diesem Gesetz mußten wir immer wieder feststellen, daß innerhalb der Bundestagsfraktionen kaum Ansprechpartner für diese Materie ausfindig gemacht werden können. Verbände, Industrie und Behörden machen die Neuverteilung der Karten unter sich aus. Der Bundestag wird ohne viel Durchblick, um was es eigentlich geht, die von der Ministerialbürokratie vorgelegten Entwürfe absegnen. Der Unwille bzw. das Unvermögen der Parlamentarier zeigt sich auch daran, daß die Debatte über den BMI-Bericht im Innenausschuß jedesmal verschoben wurde.

## Verschläft die Umweltbewegung einmal mehr den Gewässerschutz?

Bei der Verabschiedung des Gesetzes im Jahre 1976 hat der nicht etablierte Teil der Umweltbewegung die Auseinandersetzungen völlig verschlafen. Damit dies in Hinblick auf die anstehende Novellierungsdiskussion nicht wieder passiert, werden die drei großen Naturschutzverbände der Bundesrepublik (BUND, DNR, BBU) am 14./15. Januar in München einen gemeinsamen AbwAG-Kongreß durchführen, um über die Positionen der Umweltbewegung innerhalb der Novellierungsdiskussion zu beraten. Zum einen wird es darum gehen, inwieweit die offensiven Vorschläge von Nordrhein-Westfalen und Hessen unterstützt werden können. Beide Bundesländer wollen die Abgabe erhöhen sowie die halogenierten Kohlenwasserstoffe ebenfalls mit einer Abgabe belegen. Zum anderen ist es wichtig, die Vollzugserfahrungen mit dem AbwAG auf kommunaler Ebene zu diskutieren. Insbesondere rot-grün-bunte Ratsfraktionen stehen oft hilflos diesem unheimlich komplizierten Gesetzeswerk gegenüber, wenn es z.B. gilt, die Abwasserabgabe auf die Indirekteinleiter überzuwälzen.

(n.g., ak wasser im bbo)

Anmerkung: Der Erfahrungsbericht über den bisherigen Vollzug des Abwasserabgabengesetzes (AbwAG) kann kostenlos beim Bundesinnenministerium, Grauhofstraße 1, 5300 Bonn, angefordert werden. Nähere Angaben über den AbwAG-Kongreß der Bürgerinitiativen und Umweltverbände am 14./15. Januar in München können gegen Voreinsendung von DM 2,- in Briefmarken an den AKW-Bonn, Postfach 1015, 5300 Bonn, angefordert werden.

# Droht das Aus fürs Frauenhaus?

Bonn, 30. November 1983: Auf einer Pressekonferenz in Bonn haben die Arbeitsgruppe Frauenrechte im Komitee für Grundrechte und Demokratie, das autonome Frauenhaus Bremen und die Zentrale Informationsstelle für autonome Frauenhäuser eine 80-seitige Bestandsaufnahme zur Situation der Frauenhäuser vorgelegt und rechtliche und finanzielle Forderungen in Form eines aktuellen Notprogramms und eines Bundesgesetzes erhoben.

Die autonomen Frauenhäuser sind in Not geraten. Sie sind Zufluchtsstätten für mißhandelte Frauen und ihre Kinder; sie sind darüberhinaus ein Ort, an dem private Gewalt gegen Frauen öffentlich wird. Seitdem 1976 Fraueninitiativen das erste Frauenhaus in West-Berlin eingerichtet haben, hat sich die Zahl der autonomen Frauenhäuser bis heute auf etwa 80 erhöht. Ihre finanzielle Situation war nie rechtlich abgesichert, heute wissen die meisten nicht, wie es weitergehen soll. Neue Initiativen — etwa 40 dringen auf die Einrichtung weiterer Frauenhäuser in vielen bisher unversorgten Städten und Regionen — haben keine Chance mehr. Die bestehenden und in der Regel überbelegten Zufluchtsstätten gibt es nur noch, solange die Betroffenen, geschlagene Frauen und Mitarbeiterinnen, ihre Kräfte und Oeduk überfordern. Dabei ist mittlerweile unbestritten, daß Frauenhäuser unentbehrlich sind und eine soziale Aufgabe erfüllen.

Die neue „Sparpolitik“ im sozialen Bereich trifft die autonomen Frauenhäuser in besonderer Weise. Abgesehen von den wenigen Einrichtungen, die durch jährliche Haushaltsmittel von Ländern und Kommunen gefördert werden, sind die meisten anderen auf Einzelfall- und Ermessensentscheidungen oder auf sogenannte Pflegesatzvereinbarungen mit Sozialbehörden angewiesen. In einem Klima rigider Kürzungen von Sozialausgaben bedeuten diese

auch bisher unzureichenden Regelungen neue Behinderungen bis hin zur Verhinderung der Frauenhausarbeit.

Die Bundesregierung hat am 5. August 1983 einen Bericht zu der Frage veröffentlicht, „ob bundesgesetzliche Grundlagen zur Finanzierung von Frauenhäusern geschaffen werden können“. Darin heißt es: „Die geltenden Vorschriften werden für ausreichend gehalten. Die praktizierten Finanzierungsregelungen haben sich grundsätzlich bewährt.“

Diese Beurteilung verkennet die tatsächliche Lage der autonomen Frauenhäuser grundlegend und geht auch an der in diesem Bericht zitierten Auffassung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege vorbei. Die vorgelegte Bestandsaufnahme zur Situation der autonomen Frauenhäuser kommt zu dem Ergebnis, daß gravierende gesetzliche Lücken und rechtliche Unzulänglichkeiten die Arbeit der Frauenhäuser behindern. Die Bestandsaufnahme basiert auf intensiven Gesprächen (Interviews) mit Mitarbeiterinnen von 56 autonomen Frauenhäusern.

Vor allem zu kritisieren sind die mangelnde Rechtssicherheit, Rechtsunsicherheit und Rechtsgleichheit. Die Verletzung so wesentlicher Prinzipien unserer Rechtsordnung ergibt sich aus der Unübersichtlichkeit und Vielfalt der Rechtsgrundlagen, die in der Praxis von den Behörden zur Finanzierung herangezogen werden.

Ein überraschendes Ergebnis der Bestandsaufnahme ist, daß der überwiegende Teil der autonomen Frauenhäuser seinen Betrieb über die Hilfe zum Lebensunterhalt der geschlagenen Frauen nach § 11 Bundessozialhilfegesetz finanziert. Das wird in der Weise gehandhabt, daß die Frauenhäuser ihre Personalkosten über Miet- und Heizkostenzuschüsse der Sozialämter abrechnen und damit für die Besoldung der Mitarbeiterinnen von Tagessätzen und Einzelfallentscheidungen abhängig

sind.

Im Ergebnis nicht weniger problematisch ist die Finanzierung der Frauenhäuser über Pflegesatzvereinbarungen nach § 27 II Bundessozialhilfegesetz. Ganz abgesehen davon, daß dieser Paragraph lediglich eine Kann-Vorschrift ist, bedeuten Pflegesatzvereinbarungen als „Pro-Kopf-Gelder“ in der Praxis der Frauenhäuser, daß ihr Betrieb nur gesichert ist, wenn immer genügend und gleichbleibend viele Frauen mißhandelt werden und im Frauenhaus Zuflucht suchen — eine mehr als absurde Voraussetzung.

Daß der § 72 Bundessozialhilfegesetz, der Hilfen für Personen gewährt, „bei denen besondere soziale Schwierigkeiten der Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft entgegenstehen“, nicht für Frauen geeignet ist, die mit ihrer Flucht vor Gewalt ins Frauenhaus den ersten Schritt zu einem selbstbestimmten Leben getan haben, wird inzwischen innerhalb der autonomen Frauenhausbewegung anerkannt. Dennoch werden die Frauenhäuser auch wieder in dem Bericht der Bundesregierung unter Druck gesetzt, „ihre Einwände, besonders im Interesse einer wirksamen Hilfe für mißhandelte Frauen, zurückzustellen“.

Aus der vorgelegten detaillierten Bestandsaufnahme über die Situation der autonomen Frauenhäuser ist der Schluß zu ziehen, daß nur eine durch Gesetz garantierte Absicherung aller Sach- und Personalkosten für die Einrichtung und den Betrieb eines Frauenhauses eine der gesellschaftlichen Not angemessene Finanzierung darstellt. Rechtsgrund für ein bundes einheitliches Frauenhaus-Finanzierungsgesetz ist der durch das Grundgesetz gebotene Schutz der Menschenwürde, der nach Artikel 1 GG obersten Verfassungsrang hat. Die Menschenwürde auch der Frauen zu achten und zu schützen, verpflichtet den Staat nicht nur zur Abwehr gegen Angriffe, gegen Erniedri-

gung und Mißhandlung, sondern auch dazu, Verhältnisse zu schaffen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Gerade als von Frauen selbstbestimmter und selbstverwalteter Ort bieten die autonomen Frauenhäuser im Erfahrungsaustausch und verständnisvollen Gespräch mit anderen Frauen die Möglichkeit, erlebtes Leid nicht nur als privates Schicksal zu verarbeiten, Vertrauen wieder zu gewinnen und den aufrechten Gang zu üben.

Eine positive Verpflichtung des Staates, die Verwirklichung der Grundrechte überhaupt erst zu ermöglichen, besteht auch für das Recht auf körperliche Unversehrtheit nach Artikel 2 GG, für das Verbot der Diskriminierung nach Artikel 3 GG, sowie aufgrund der besonderen Schutzpflicht gegenüber der Familie, die nach Artikel 6 Absatz 4 GG ausdrücklich auch den Anspruch der Mutter auf Schutz und Fürsorge der Gemeinschaft meint.

Aus den genannten Rechtsgründen können sich die staatlichen Instanzen — Bund, Länder und Gemeinden — auch bei angespannter Finanzlage nicht aus ihrer Verpflichtung zum Handeln stellen. Zu fordern ist ein Bundesgesetz und damit eine bundeseinheitliche Regelung zur Finanzierung autonomer Frauenhäuser, die als Sonderfinanzierung aus dem Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes geht und — z.B. entsprechend dem Wohngeldgesetz — als besonderer Teil des Sozialgesetzbuches zu kodifizieren ist.

Hauptpunkt der gesetzlichen Regelung muß die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Einrichtung, die Betriebs- und Personalkosten autonomer Frauenhäuser sein. Notwendig für jedes bestehende oder zu gründende Frauenhaus und jährlich festgelegte Pauschalbeträge. Die Kosten sind in einem Übereinkommen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu teilen.

Neben der Bereitstellung der Mittel sind verschiedene andere Rechtsfragen



zu klären: Die Kostenermittlung zwischen örtlichen und überörtlichen Trägern der Sozialhilfe, das Aussetzen der Regelsatzsprüche der Sozialämter gegen Unterhaltspflichtige, steuerrechtliche Begünstigungen der Spenden an Frauenhäuser im Einkommen- und Lohnsteuerrecht, der berufliche Status der Frauenhausmitarbeiterinnen u.a.m.

Die zum Inkrafttreten eines Bundesgesetzes zur einheitlichen Regelung zur Finanzierung autonomer Frauenhäuser fordern die Autorinnen der vorgelegten Expertise und Bestandsaufnahme die sofortige Beauftragung eines besonderen Haushaltsausschusses über 1 bis 10 Millionen DM jährlich beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, um ein aktuelles Notprogramm für die autonomen Frauenhäuser zu realisieren.

Arbeitsgruppe Frauenrechte im Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Autonomes Frauenhaus Bremen

Zentrale Informationsstelle für autonome Frauenhäuser







Im März 1983 waren in Frankreich Kommunalwahlen gewesen. Aufgrund von Wahlfehlungen fanden im Herbst mehrere kommunale Nachwahlen in Gemeinden statt, die bislang von KPF/PS regiert waren: Sie ergaben eine Serie von Wahlerfolgen der rechten Opposition.

**Dreux, 4. September:** Die rechtsextremistische FN (Front National) von Jean-Marie Le Pen erhält beim 1. Wahlgang fast 17% der Stimmen.

**Dreux, 11. September:** Mit einer gemeinsamen Liste erobern RPR (Chirac), UDF (u.a. Quicard, Lecanuet) und FN den Gemeinderat.

**Aulnay, 6. November:** Die FN erhält beim 1. Wahlgang fast 10% der Stimmen.

**Aulnay, 13. November:** Die RPR zieht in den Gemeinderat, diesmal ohne Listenverbindung.

Mit Sarcelles, Antony, Villeneuve-Saint-Georges (alles kleine Städte um Paris) ist Aulnay die 5. Gemeinde, die die PS/KPF-Allianz an die Rechten verliert.

Während 1981 laut Umfragen die rechtsextremistische Wählerströmung landesweit gerade 0,34% ausmachte, sind es heute 2%. Zum Vergleich: Die französischen Grünen haben in vergleichbaren Umfragen nie über 4% verzeichnen können. Ganz überraschend ist der Aufstieg der Faschisten indessen nicht: Schon im März konnte die FN im 20. Pariser Arrondissement fast 12% verbuchen.

Damals wie jetzt bei den Nachwahlen bildete Rassismus und Ausländerfeindlichkeit das Thema Nummer Eins — nicht nur bei der FN, sondern bei sämtlichen Parteien der Rechten.

Erinnert sei auch an die rechte Studentenmobilisierung dieses Frühlings sowie an die Bullendemos vom Juni.

Einer weiteren Umfrage zufolge ist über die Hälfte der RPR-Wählerschaft zu einem Bündnis mit den Rechtsextremisten bereit.

Einer weiteren Umfrage zufolge ist über die Hälfte der RPR-Wählerschaft zu einem Bündnis mit den Rechtsextremisten bereit.

Während die Rechte immer penetranter von der Notwendigkeit vorgezogener Neuwahlen spricht, ruft die Regierung zum x-ten Mal (sich selbst) zur „Wiedereroberung der öffentlichen Meinung“ auf.

#### Rassismus als gemeinsames Programm

In Frankreich leben heute 3,4 Millionen Ausländer, wovon 2 Millionen aus Algerien, Marokko, Tunesien und der Türkei kommen. Diese Ausländer meint der Rassist in seinen Hetzreden. Sie leben vor allem im Großraum Paris und in den Regionen um Lyon und Marseille. Mit dem Wahlsieg des PS/KPF-Bündnisses im Mai 1981 sind zwar die französischen Ausweisungsbemerkungen liberaler geworden, allerdings wendet sich auch die Mitterrand-Regierung gegen „Überfremdung“: Allein 1982 wurden 47.000 Nordafrikaner gleich an den Grenzen zurückgeschickt; 27.000 illegale, die „Pepperloren“, wurden nach Razzien ausgewiesen. In Frankreich sind heute Ausweisungen minderjähriger Jugendliche sowie derjenigen Ausländer, die seit 15 Jahren in Frankreich leben, verboten (Das gilt auch für Ausländer/innen, die seit 6 Monaten mit einem französischen Ehegatten verheiratet sind). Mit einem Erlass vom Mai 1983 wurden aber die Einreisebestimmungen erheblich verschärft. Jetzt müssen die Grenzbeamten neben dem Paß vom Einreisenden den Nachweis einer Unterbringungsmöglichkeit fordern. Dieser Erlass wurde im September noch verschärft, indem die Bürgermeister der französischen Gemeinden den „Unterbringungsanspruch“, den eine „Gastfamilie“ bei ihnen beantragen muß, verweigern können, wenn sie den Eindruck haben, irgendwas sei nicht ganz „normal“. Dieser Zusatz öffnet der Willkür Tür und Tor.

Das Recht auf Familienzusammenführung haben Ausländer, die seit mindestens einem Jahr eine Aufenthalts- und Arbeitslaubnis besitzen. Nachziehen dürfen Ehegatten und Kinder unter 18 (wobei für BG-Angehörige und junge Frauen aus Spanien und Portugal die Grenze bei 21 Jahren liegt). Voraussetzung ist, daß regelmäßige und ausreichende Einkommen für den Lebensunterhalt der nachziehenden Personen nachgewiesen werden können, ebenso ausreichender Wohnraum.

Familienmitglieder haben Anspruch auf Arbeitsvermittlung, vorausgesetzt sie finden einen Arbeitgeber und die Arbeitsmarktlage spricht nicht dagegen. Dieses Gesetz wurde zunächst als Reform dargestellt, jedoch machte die Regierung deutlich, es gehe ihr „um die bessere Kontrolle des Gastarbeiterproblems“ und um die Beendigung der „Laxheit“ der Oiscard-Politik auf diesem Sektor.

Legalisiert wurde nur der Status derjenigen Ausländer, die vor dem 1.1.1981 eingereist sind und in einem

## Frankreich Unaufhaltsamer Aufstieg der Rassisten?

festen Arbeitsverhältnis stehen: 130.000 ausländische Arbeiter konnten dadurch in den Besitz einer Aufenthaltserlaubnis kommen. Zur Illustration des Ausweisungsbegriffs sei auf PS-Innenminister und Bürgermeister von Marseille, Gaston Defferre, zitiert: „..... Derzeit verlassen mehr Nordafrikaner Marseille, als hier bleiben. Ich habe den falschen Touristen ein Ende gesetzt.“ Ein PS-Plakat in Marseille anlässlich der Kommunalwahlen vom März: „Die Rechte, das bedeutet illegale Einwanderung: die Linke, das bedeutet kontrollierte Einwanderung“.

Indessen bleibt der von Rechten und extremen Rechten geschürte Ausländerhaß nicht verbal: Jüngstes trauriges Beispiel ist die Ermordung des 26-jährigen Algeriers Habib Grimaldi, der in der Nacht vom 14. auf den 15. November aus dem Zug Bordeaux-Vintimille von drei Angehörigen der Fremdenlegion hinausgeworfen wurde.

Dieser rassistische Mord ist kein Einzelfall. In den Monaten Juli und August 1983 wurden zwei algerische Kinder im Alter von 10 und 11 Jahren erschossen und sechs weitere verletzt. Die Rechte behauptet, ihren Stimmengewinn verdanke sie der enttäuschten,

gen, einen Katechismus von Pius X., Goebbels-Reden und das handsignierte Portrait von Führer Le Pen für 40 Franc. „Mit den Revolutionären an der Regierung diskutiert man nicht — man schlägt sie auf der Straße“, gibt Le Pen als Parole aus. Die 3.000 bis 4.000 Anwesenden legen eine Schweigeminute ein — für die christlichen Opfer des Libanon-Krieges, die beweisen sollen, daß „eine multi-rassische Gemeinschaft eine Utopie“ sei. Le Pen dozert über „Geschlechtskrankheiten, die von den sozialen Parasiten, den Gastarbeitern“ ins Land gebracht würden und die französische Geburtenziffer tragisch nach unten drücken („Libé“, „Le Monde“, 19.9.).

Neuerdings führt Le Pen Prozesse gegen jeden, der ihn als Faschist „diffamiert“. „Ich bin weder Faschist, noch Rassist, noch Rechtsextremist. Wir sind die nationale Rechte, seit 10 Jahren führen wir den ideologischen Kampf“ (Radioendung „Europe No. 1“, 19.9.). Vielmehr sei er ein „Vollnationaler“, was im übrigen, wer hätte daran zweifeln können, alles andere sei als „Nationalsozialist“.

Anti-Kommunist? Das schon: „Ich bin ein ewiger Anti-Kommunist“,

In Aulnay stellte sich der FN-Kandidat von der Liste „Einheit der Franzosen für Aulnay“ vor: „Ich bin verheiratet. Habe drei Kinder. Vor 46 Jahren bin ich in dieser Stadt, die ich seitdem nie verlassen habe, geboren. Ich bin Katholik, mit 10 Jahren wurde ich Vollwaise und von meiner Großmutter dann erzogen. Schon mit 14 mußte ich zur Arbeit. Ich besitze lediglich den Volksschulabschluß. Ich liebe Sport, Fußball, Fahrrad- und Autorennen“ („Libé“, 6.11.). Erste Aktion der FN-Abgeordneten in Aulnay: Die Säuberung der Gemeindebibliothek von allen subversiven Zeitschriften bis hin zum „Canard Enchaîné“ (satirisch-politische Wochenzeitschrift).

Der Antisemitismus ist selbstverständlich mit von der Partie. Mitte Oktober versammelte sich die militant rechtsextremistische Szene in Paris zu einem „Tag der französischen Freundschaft“. Alles in allem rund 8.000 Menschen. Als Organisationen waren u.a. vertreten FN, PFN („Partei der neuen Kräfte“, dazu später), „Oeuvre francabe“ („Französisches Werk“, klerikal-monarchistisch-faschistische Sekte), und die UNI (rechtsextremisti-



Die Marschierer gegen Rassismus

Nun sind deren Lebens- und Arbeitsbedingungen unter der Mitterrand-Regierung tatsächlich nicht gerade besser geworden, und daß rassistisches Gedankengut auch unter Arbeitern auf fruchtbaren Boden fallen kann, soll auch nicht abgestritten werden.

Dennoch bleibt die Rechte den Nachweis dieser Propaganda-These schuldig, denn es ist nicht zuletzt aus der hiesigen deutschen Geschichte bekannt, daß sich für Rassismus und verwandte Ideologien vor allem das Kleinbürgertum mobilisieren und zuweilen auch begewern läßt.

#### Le Pen von der FN

Wie es sich gehört, ist der Vorsitzende der FN, Jean-Marie Le Pen, ein ehemaliger Fallschirmjäger, der als Offizier in Indochina tätig war. Er bedient sich einer äußerst dekadenten Sprache: „Natürlich tragen viele Jugendliche bei der FN den glattrasierten Hahnschnitt nach Fallschirmjägerart. Soll man ihnen das vorwerfen. Ich weiß. In Frankreich hebt man die Fallschirmjäger nur, wenn sie in der Hofkammer, die Trikolore überm Bauch, liegen.“

„Ich kann mich also nicht beklagen, wenn die Jugendlichen meiner Partei diesen Hahnschnitt tragen. Wäre es ihnen vielleicht lieber, wenn sie nach Jointz oder schlecht gewaschenen Schwänzen riechen würden?“ So agitiert Le Pen, in diesem Beispiel auf einer Veranstaltung in der Bretagne, wo demnächst auch Nachwahlen stattfinden („Libération“, 14.11.). Auf einem FN Fest Ende September kann man sich an Sünden der Enthüllungen des Robert Faurisson über die Nicht-Existenz der NS-Gaskammern besor-

Anti-Sozialist übrigens auch: „Ich werde immer auf diejenigen, die sich auf den Sozialismus berufen, den Rücken kehren“ (Wahlveranstaltung der FN in Paris, Ende September 1983).

Ausländer hebt er vor allem, wenn sie „bei sich zu Hause sind“. Denn daß man seine eigenen Kinder fremden vorziehe, das sei ganz normal — die natürliche Moral des Evangeliums.

Ein Flugblatt der FN in Dreux nach den Wahlen. „Die Sozialisten wollen das Emblem wechseln. Statt der Rose soll es nun der Präservativ sein. Weil es denjenigen, die man vogelt, Sicherheit geben soll“. Andere Flugblätter tragen als Überschrift: „Für das biologische Gleichgewicht der Stadt!“ Erste Aktion der RPR/UDF/FN-Gemeinderäte in Dreux: Verbot linker Stände. Und zwar von der PS über KPF und Liga für Menschenrechte bis zur trotzkistischen LCR (Darauf reagierten Organisationen mit einem Bulletin: „Ich bin ein verbotener Drouais“ und hielten sich im übrigen natürlich nicht an die neuen kommunalen Vorschriften)



Jean-Marie Le Pen

sche Studentenorganisation). Die Versammlung wurde gleich markant eröffnet: „Vier Supermächte kolonisieren Frankreich“! Hierbei handelt es sich um „die Marxisten, die Freimaurer, die Juden und die Protestanten“. Sie würden symbolisiert durch Pierman: „Der Marxist“, Henu: „Der Jude“, Badinter: „Der Jude“ und Rocard: „Der Protestant“.

Die Hauptgefahr komme vom „Judaismus“, der „fast die gesamte Politik der Regierung inspiriert“. „Erinnern Sie sich daran, daß die Juden die zwei Pole unserer Gesellschaft ausmachen: Sie sind sowohl die Begründer des Finanzkapitals wie auch seine entschiedensten Bekämpfer ... Badinter entspricht genauso Pierman, wie gestern Marx Rothschild entsprach.“

Über das französische Fernsehen, das angeblich keine Christen alle, den Juden überhaupt keine geschichtliche Schuld zuweist: „Wenn ich etwas in einer jüdischen Sendung des Tel-Aviv-Fernsehens hören würde, könnte ich Verständnis haben. Aber etwas höre ich in den katholischen Sendungen des nationalen Fernsehens!“ Der Autor eines Werkes mit dem Titel „Diese Kanaille von Dreyfus“ erklärte, Frankreich sei bereits unter der Herrschaft von Barbaren, und wenn weiterhin die „Gastarbeiter sich wie die Kaninchen vermehren“, wäre der Tag nicht mehr weit, wo der Präsident der französischen Republik ein Asiattah wäre. „Arbeit! Familiet Vaterland!“, dies sei das Motto, dem die Japaner ihren ökonomischen Aufschwung verdanken — während Frankreich von solchen Figuren geprägt sei wie dieser „jüdischen Abtreiberin“. Gemeint ist Simone Veil, ehemalige Vorsitzende des Europäischen und Mitglied

der CDS (Lecanuet), eine Organisation in der UDF. Schließlich: „Die Internationale des Mordes, die kommunistische Internationale, setzte sich hauptsächlich aus Juden zusammen ... Die Juden sind unverachtet, wenn sie behaupten, die Rechte sei antijüdisch. Wir könnten nämlich darauf antworten, daß der Kommunismus jüdisch ist“ (Zitate aus „LM“, 19.11.).

#### Katholische Rechtsextremisten

Das letztgenannte Zitat stammt von einem Romain Mario, ehemaliges Mitglied der Neo-Nazi-Gruppe GJ („Jugend Aktionsgruppen“), selbstverständlich Pariser eines französischen Algeriens, Mitbegründer der „Komitee Christentum-Solidarität“, das er leitet, schließlich auch Mitglied und regionaler Verantwortlicher beim CNIP (Zentrum der Unabhängigen und Landarbeiter, siehe weiter unten).

„Meine beiden Vornamen, Romain und Marie, symbolisieren all das, wofür ich kämpfe: Ein Land, eine Zivilisation und ein Glauben ... Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger von Lourdes und der Heiligen Jungfrau ... Ich bin Franzose, ich bin Römer, ich bin universell“, so stellt sich R. M. in einem „Le Monde“-Interview vor (28.11.). „Französische Solidarität — das ist die Einheit aller Franzosen, die Frankreich lieben und seiner Taufe Treue erweisen wollen. Es ist der Wille, eine Tradition fortzusetzen, die von den Kreuzrittern über Saint-Exupéry zu den Fallschirmjägern von Dien-Bien-Phu und Kohwesi reicht ... Die Zukunft Frankreichs wird eine christliche oder keine sein.“

Ich bin für den Kreuzzug gegen den Kommunismus ... Als der Nazismus noch nicht tot war, töte bereits der Kommunismus und er töte immer noch.

Wiegt man die Zahl der Leichen auf, Kommunismus ... Als der Nazismus noch nicht tot war, töte bereits der Kommunismus und er töte immer noch.

Wiegt man die Zahl der Leichen auf, hat die kommunistische Monströsität ein Verhältnis von zehn zu eins gegenüber der nationalsozialistischen Monströsität. Sogar Yves Montand ist das aufgefallen.

Also wenn einige Christen sich als Kommunisten bezeichnen, dann behaupte ich, es sind Kommunisten, die sich als Christen verkaufen möchten ... Der Kommunismus ist nicht nur atheistisch. Er ist ein pervertes, ein fundamental pervertes System, wie es Papst Pius XI. endgültig ausgedrückt hat.

Ich habe nichts gegen Jean-Marie Le Pen, ich weiß, wie ungerecht die Karikaturen über ihn sind ... Meine Konzeption der Freiheit ist diejenige der katholischen Kirche, wie sie am klarsten von Papst Pius XII. entwickelt wurde ... Ich will morgens mein Radio einschalten können, ohne irgendeinen grotesken Witzebold anhören zu müssen, der Obszönitäten über die Heilige Bernadette ausspricht“. (Das ist diejenige, die in der Grotte von Lourdes die Heilige Jungfrau erblickte). „Ich will meine Kinder zum Zehnhundert schicken können, ohne daß sie mit der dreckigsten, nihilistischsten Pornographie konfrontiert werden, die die Ehre der Frau und die Reinheit der Kinder zunichte macht. Ich will Fernsehen sehen, ohne irgendwelche angeblichen Dokumentationen über die Welt der Homosexuellen verfolgen zu müssen...“

Leider verfügt der französische Katholik über keinen öffentlich anerkannten Verein wie den MRAP oder die LICR (Verbände zur Bekämpfung des Rassismus und Antisemitismus, Anm. AK), um sich gegen den antichristlichen Rassismus zu schützen ... Als Bürger und politischer Aktivist kenne ich nur eine Ambition: kämpfen, immer noch kämpfen, ständig kämpfen unter Ausschöpfung aller legalen Mittel, für mein Land, für meinen Glauben, gegen die kommunistische Sklaverei. Als Christ kann ich nur den Wunsch aller Christen aller Zeiten und aller Länder teilen: Möge Gott, wenn ich sterbe, mir Sünder Gnade und Verzeihung schenken“ („LM“, 28.11.).

#### Der CNIP: viele alte Bekannte

Das „Nationale Zentrum der Unabhängigen und Landarbeiter“ (CNIP) bezeichnet sich selbst als „Partei der modernen und verantwortungsbewußten Rechten“. Es erstrebt Anerkennung innerhalb der Opposition als „dritter Weg“. Im CNIP sind heute, neben den oben erwähnten katholischen Rechtsextremisten, zahlreiche ehemalige Mitglieder neonazistischer Gruppen, insbesondere der PFN, organisiert.

So zum Beispiel der bekannte Alain Robert: ehemaliges Mitglied der Neo-Nazi-Gruppe „Occident“ (Westen),

Fortsetzung nächste Seite



Fortf. von vorheriger Seite

der „Gruppe Einheit-Verteidigung“ (GUE) und Gründungsmitglied der PNF. Alain Robert ist seit 20 Jahren Aktivist der rechtsextremistischen Szene in Frankreich. Zu früheren Zeiten stellte er mit seinen Compagnons von „Occident“ Discards Ordnersrupp; 1981 wurde er auf einer Liste der RPR als Abgeordneter gewählt. Bei den Gemeinderatswahlen im März '83 wurden überhaupt ca. zwei Dutzend PNF-Mitglieder auf Listen der rechten Opposition aufgestellt und gewählt, z.B. in Toulon, Beziers und Pont-a-Mousson. Ermöglicht durch die Wahlerfolge ihrer Schwesterpartei FN, erwägt nun auch die PNF eine Änderung ihrer bisherigen Wahlstrategie: nicht mehr Listenverbindung mit der RPR oder UDF, sondern eigene Kandidaturen. Bei den Nachwahlen in Aix-en-Provence und Draguignan, die im Januar '84 stattfinden werden, will die PNF es erstmals versuchen.

Mit weiteren Führern der PNF ist Alain Robert 1979 dem CNIP beigetreten, dessen Abteilung im Département Seine-Saint-Denis er leitet.

„Seit der Gründung der PNF 1974 verfolgten wir die Absicht, wenn auch erfolglos, uns voll am demokratischen Spiel der traditionellen politischen Formationen zu beteiligen. Das bedeutete also schon damals einen Bruch mit dem gewöhnlichen Verhalten des sogenannten Rechtsextremismus, der sich meistens als Alternative zum System begreift.“

Im Laufe der Jahre wurde dieser Wille immer stärker, besonders bei mir persönlich. Ich habe ab einem bestimmten Zeitpunkt den Nutzen eines marginalen Engagements nicht mehr gesehen — und habe deswegen beschlossen, einer etablierten Struktur beizutreten....

Mein politisches Engagement begann im Herbst 1962, als ich 17 war. Vor den Toren meines Gymnasiums verbrannten Jugendliche die französische Fahne, trugen die FNL-Fahne und riefen: „Die Fallschirmjäger an die Laternen! Erschießt die Generäle!“. Der zweite Anstoß kam im Mai 68, als ich, wie viele andere Studenten, keinen Fuß in die Hälfte der Pariser Fakultäten setzen konnte, ohne angegriffen zu werden. Nach 1974 überlegte ich, daß meine politische Aktivitäten nun realistischer und weniger romantisch werden sollten. „Die PNF war innerhalb dieses Prozesses eine Etappe. Ich bin ein Mann der Rechten, der sagt, seine Gedanken auszusprechen — zugunsten dessen, was er als Wohl seines Vaterlandes begreift. Ich bin für eine ruhige, komplexlose Rechte“ („LM“, 4.11.).

### Kulturkampf

„Faschismus gleich Sozialismus“, ist die neue Hauptparole des „Club de l'Horloge“ („Club Uhrwerk“). Der 300 Mitglieder starke Club ist ein sogenannter „Forschungs- und Studienorganisation“ der „neuen“ Rechten. Präsident ist Yvon Biot, gleichzeitig Mitglied des ZKs der RPR. Generalsekretär ist Jean-Yves Le Gallou, gleichzeitig Mitglied des Führungskomitees der PR (Oscards Partei innerhalb der UDF).

Die Anprangerung des Faschismus sei „eine wirkungsvolle Einschüchterungstechnik der Sozialisten ... Wenn man das faschistische Phänomen einigermaßen mit Objektivität untersucht, dann springen die Gemeinsamkeiten zwischen Faschismus und Sozialismus ins Auge. Diese Gemeinsamkeiten sind dermaßen offen, daß ihre Verdrängung über das Ausmaß des gegenwärtigen intellektuellen Terrorismus viel aussagt“. (So der Vizepräsident des Clubs, de Lesquen, auf einem Kolloquium, wo im übrigen Großadressen von solchen Leuten wie Ex-Premierminister Barre vorgetragen wurden). Denn Kommunismus und Faschismus seien gleichermaßen eine „Option der Radikalisierung des Sozialismus“. „Der Faschismus entspringt immer einem sozialistischen Nährboden. Ohne sozialistischen Nährboden kein Faschismus, sondern nur konservativ-autoritäre Regimes“. Der „Club“, der der Opposition Argumentationshilfen liefern will, setzt sich derzeit den Kampf gegen die Begriffsvermengung als Aufgabe. „Man will die theoretische Distanz zwischen Rechten und extremen Rechten aufheben, indem man Parolen ausgibt über die Radikalisierung der Rechten. Damit werden Begriffe wie Nazi, Faschist, Reaktionär, Rechter beliebig und austauschbar“ („LM“, 28.11.).

Für diese Sorte ideologischer Debatten hat sich die Opposition eine neue Struktur geschaffen: die „Vereinigung der Abgeordneten für die Freiheit der Kultur“, gegründet im Juli dieses Jahres, und als Koordinierungsinstrument im Kulturkampf gedacht.



Vorsitz führt dort J.-P. Hugot, früher Verantwortlicher der rechtsextremen Studentenorganisation UNI, natürlich auch Mitglied der RPR. Assistent wird er vom Generalsekretär des erwähnten Clubs, Le Gallou (UDF/PR) sowie von F. Dreyfus (Club/RPR) und Merigot (CNIP-Funktionär). Ziel der Vereinigung:

„Kampf gegen die ideologische Besitzergreifung des intellektuellen und kulturellen Lebens“. Als Unterorganisationen existieren die „Vereinigung Kunst und Licht“ („Art et Lumière“), im Sommer '83 gegründet, sowie die „Alliance für eine neue Kultur“, im Januar '83 gegründet. „Art et Lumière“ will die „Wiederentdeckung des geist-

Nach einigen Wochen heftiger Aufregung ist die Kampagne um die Abschüsse der südkoreanischen Boeing KAL 007 in der Versenkung verschwunden. Diverse kleine Meldungen allerdings bestätigen den Verdacht, daß es sich bei dem zweieinhalbstündigen Irrflug der KAL 007 nicht um einen mysteriösen Fehler handelte. Diese Nachrichtensplitter geben einen Einblick in die Dichte des US-amerikanischen Aufklärungsmaschines und die Unbeholfenheit der Sowjetunion.

1. „Drei Tage nach dem Absturz der Boeing 747 der Korean Air Lines über Sachalin startete die Sowjetunion das Versuchsmuster SS-X-24 einer mittel-schweren ICBM; der Test soll ursprünglich für die Nacht des Zwischenfalls (d.h. den 1. September - Anm. AK) vorgesehen gewesen sein“ („Internationale Wehrkunde“, Nr. 10/83, S.1376). Die „Europäische Wehrkunde“ präziserte, bei dem Test handle es sich „um eine neue Version der Abwehrakete SA-12, die in der Lage sein soll, feindliche Atomraketen wie die MX abzuschießen“ (Nr. 10/83, S.502). Dieser Bericht wurde in der „Europäischen Wehrkunde“ Nr. 11/83 bestätigt.

„Nach einem Bericht der Washington Post“ ... (sei) ein Test der neuen sowjetischen Interkontinentalrakete SS-X24, der am Tag des Abstusses der südkoreanischen Passagiermaschine angesetzt worden war, drei Tage später gescheitert“ (S.549).

Und um auch dem letzten Biidmann klarzumachen, was da abließ, heißt es lapidar: „Wegen des beobachteten Tests am 1. September habe sich das US-Aufklärungsflugzeug RC 135 in der Nähe des sowjetischen Luftraums vor der Halbinsel Kamtschatka aufgehalten“ (ebd.). Ah ja. Das macht die Behauptung der US-Behörden, die RC 135 sei auf einem Routineflug und zur Zeit des Abstusses bereits wieder auf dem Heimweg gewesen, ungemein glaubwürdig. (Dazu siehe mehr.) In dieser nuit fatale Gab es viele Fälle...

eltem „secret electronic war“, einem geheimen elektronischen Krieg. „Diese gefährliche Aktivität ist viel umfassender als allgemein angenommen wird. Eine Analyse dieses geheimen Krieges zeigt, daß seit 1950 die USA 27 Flugzeuge verloren haben, zur Landung gezwungen oder abgeschossen („forced or shot down“), und nichtig andere wegen elektronischer oder fotografischer Aufklärung attackiert wurden. Schließlich starben 139 US-Agenten in diesem Aufklärungsprogramm“. Campbell verweist auf die Aktivierung des sowjetischen Abwehrsystems durch den „Irrflug“ und zitiert die „führende US-Militärzeitschrift Aviation Week and Space Technology“, daß das Apollon der sowjetischen Anlagen durch Grenzprovokationen der Analyse der Gebiete dene, „die Bomber zum Einsatz im Kriegsfall nehmen können“ („the environment the bombers may be directed to penetrate in the event of war“). Es verweist darauf, daß diese Informationen unverzichtbar sind für die Navigation von Bombern und Cruise Missiles in die Ziele. Und zitiert weiter US-Fachschriften, daß diese Informationen eben nicht von Satelliten geliefert werden könnten („Air Force Magazine“, Sept. '78).

3. Zwei ehemalige Piloten der RC 135 veröffentlichten einen Artikel, der die offizielle US-Version für nicht unbedingt glaubhaft erklärte. Der Artikel erschien in den USA („Denver Post“, 13.9.83) und in der „Japan Times“ (16.9.83). Die beiden Piloten, die denartige Vorgänge sicherlich besser zu bewerten wissen als die Journalisten, erklärten zunächst, daß die US-Behörden die „Öffentlichkeit betrogen würden bezüglich der Fähigkeiten des RC 135-Systems. Die offizielle US-Version sei „incompatible with our experience“. „Die RC 135 ist ab ein Strategic Air Command (SAC) ein weitreichendes Aufklärungsflugzeug, das eine Plattform zur Aufzeichnung elektronischer und kommunikativer Nachrichten trägt. Das gesamte Personal an Bord der RC 135 steht unter der operativen Aufsicht der Nationalen Sicherheitsbehörde (NSA)“. Seine Aufgabe sei es durch Eindringen in fremden Luftraum, die Luftabwehrsysteme eines Ziellandes in Alarmzustand zu versetzen. Die RC 135 wird „immer abgelöst von einer anderen RC 135, kurz bevor seine Mission beendet ist. Dieser

gen Fundaments und des objektiven Wertes der Kunst“ ermuntern und hierzu die „französischen Künstler vereinigen, die Träger einer anderen Kultur sind, die Umsturz-Ideologien, -Moden und -Dialektiken ablehnt“.

Chef dieses noblen Vereins ist D. Courant, gleichzeitig Verantwortlicher der „Komitee Christentum-Solidarität“ in Westfrankreich. Schatzmeister ist A. Tirot, früher Aktivist der UNI und ehemaliges Mitglied der PNF.

Der Zweite Verein setzt sich aus dem gleichen Personenkreis zusammen. Der oben erwähnte Courant führt den Vize-Vorsitz, und auch hier trifft man beim Schatzmeister auf einen („ehemaligen“) Neonazi, M. de Rosolan, früher Mitglied der Gruppe „Ordre Nouveau“, heute auch Mitglied beim CNIP. Rosolan ist in der faschistischen Szene seit dem berühmten Neonazi-Überfall an der Uni von Rouen im Januar 1967 kein unbeschriebenes Blatt.

Beide „Kulturvereine“ planen im nächsten Sommer (28. Juni - 3. Juli 1984) ein „französisches Kunst-Festival“ bei Saumur.

### Französische Rechte: eine Maille

Fassen wir die genannten Fakten zusammen, so wird deutlich, wie sich innerhalb der französischen Rechten Faschisten und Konservative die Hand reichen. Der ehemalige Minister Ponatowski (PR, Mitglied des „Club de l'Horloge“) drückte das auf seine Art aus, als er anlässlich der Wahl von Dreux empfahl: „Stimmen muß man gegen die Linksfaschisten“.

Ein inoffizielles Wahlbündnis will die RPR mit der FN und arbeitslosen Gruppen nicht eingehen — sondern man überläßt es der Basis:

„Es kann in einem bestimmten Kontext unserer lokalen Instanzen als notwendig und unumgänglich erscheinen, Vertreter einer anderen Liste zu integrieren, Vertreter einer rechtsextrem-

stischen Szene. Wenn sie (die lokalen Instanzen) diesen Schritt als notwendig betrachten, um sich der Kommunisten zu entledigen, sollen sie es tun“. Dies ist die offizielle Stellungnahme der RPR („LM“, 2.11.).

Als einzige innerhalb der Oppositionsparteien nahm Simone Veil (ehemalige Vorsitzende des Europaparlaments und Mitglied der CDS/UDF) explizit gegen solche Bündnisse Stellung.

Auf dem Parteitag der UDF erklärte sie, man hätte lieber den Verlust von Dreux in Kauf nehmen sollen, statt ein „solches, seit dem Krieg noch nie dagewesenes Bündnis einzugehen“. Ponatowski äußerte Verständnis für S. Veils Empörung — angesichts ihrer „schrecklichen Erfahrungen“ — erklärte allerdings auch das, was derzeit von allen Rechten deklariert wird: „die 17% Wähler der FN sind keine Faschisten. Das sind Leute, die es extrem satt haben“. Ähnlich sieht es Giacardi: „Die Franzosen wollen Ruhe, Sicherheit und Geborgenheit“. Ein CDS-Mitglied rief: „Le Pen ist doch ein guter Franzose. Jedenfalls ein besserer als die Masken-Leute an der Regierung“. („LM“, 28.9. und 29.11.). Die Haltung von Veil wurde in der faschistischen Presse („Present“ u.a.) in Anspielung auf ihre jüdische Herkunft so kommentiert: „Simone Veil spricht im Namen einer Moral, die jedenfalls in ihrem Mund keine christliche Moral sein kann“ („Libé“, 10.11.).

### Anti-rassistischer Marsch

Besondere Anerkennung verdient die Initiative von 40 Jugendlichen — Algerier und Franzosen — aus dem Viertel Lyon-Les Minquettes, ein Hauptschauplatz für rassistische Aggressionen in diesem Sommer.

Die Idee zu diesem Marsch hatte zunächst ein vom Rassismus betroffener junger Algerier: Touni Djaida, der im Juni von einem Bullen angeschossen

Fortsetzung nächste Seite

## Nachlese zur „Jumbo-Affaire“

Prozedere erlaubt eine Routine, 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr“. Die Behauptung, zur Zeit des Abstusses sei die RC 135 auf dem Heimweg gewesen, sei „unglaublich und widerspricht der NSA-Praxis“.

„Das System (RC 135) berichtet, in Realzeit, taktische Informationen an die höchsten Stellen der US-Regierung, inklusive des Präsidenten, von jedem Ort der Welt“. Diese erhalten die Information „in nicht mehr als 10 Minuten nach dem Abenden der Nachricht“. Und dieses System sei in der Lage, Luftabwehrtrader und -flugzeuge zu lenken, dies sei bereits im Vietnam-

Krieg durchgezogen worden. Es liegt auf der Hand, daß auch Zivilflugzeuge irritiert werden können. Wie leicht das ist, zeigt sich aus dem Faktum (siehe Kasten)

III. „Das System (RC 135) berichtet, in Realzeit, taktische Informationen an die höchsten Stellen der US-Regierung, inklusive des Präsidenten, von jedem Ort der Welt“. Diese erhalten die Information „in nicht mehr als 10 Minuten nach dem Abenden der Nachricht“. Und dieses System sei in der Lage, Luftabwehrtrader und -flugzeuge zu lenken, dies sei bereits im Vietnam-

### Flugverbot für Computer?

Tragbare Computer, von manchen Herstellern als Beschäftigung für Manager auf Flugreisen ausdrücklich gepriesen, könnten schon bald in die Gepäckkoffer der Jets verboten werden. Nachdem kürzlich das Navigationsgerät einer Maschine der US-Fluglinie United Airlines fehlerhaft reagierte, weil ein Passagier an einem Rechner arbeitete, wollen amerikanische Gesellschaften in Zukunft Computer nicht mehr in den Kabinen dulden. Die Gefahr, daß auch mifgeleitetes elektronisches Kleingerät die bord-eigenen Instrumentensysteme stören kann, hatten Spezialisten der Deutschen Lufthansa bereits Mitte der sechziger Jahre erkannt. Schon damals wurden die Cockpit-Crews etwa vor dem Gebrauch bestimmter Taschenrechner gewarnt, die das empfindlichen Kompaßsystem beeinflussen könnten. Luftbautechniker Ludwig Kuchert hat inzwischen noch einen weiteren elektronischen Feind ausgemacht: „Auch einige Video-Speichersignale ab und sollten an Bord besser nicht benutzt werden.“

4. All diese nachgereichten Details bestätigen unsere Einschätzung im AK 238. Sie dürfen aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer Bestätigung der Aggressivität des US-Imperialismus gesehen werden. Sie verdeutlichen in erschreckendem Ausmaß die militärische Unterlegenheit und die politische Unfähigkeit der Sowjetunion. Es ist so gut wie sicher, daß die UdSSR die KAL-Boeing mit einer RC 135 verwechselte. Und sie braucht zweieinhalb Stunden, um sie auszuschalten. In dieser Zeit wären die Bomber über Moskau...

Die SU schwieg fast eine Woche nach dem Abschub und erlöst, als sie endlich redete, verschwieg sie so wertvolle Details wie den Raketenstest. Sie hat es der Linken so schwer wie möglich gemacht, der imperialistischen Propaganda sichtlich zu begegnen. Diese unverantwortliche Blindheit ist nicht einfach penibel, sie zeigt auch, wie wenig die SU an der westlichen Linken interessiert ist. Stattdessen gibt es Meldungen von „Sowbungen im ostwärtigen Luftvereidigungskommando der SU“ („New York Times“, 8.10.83). Es mag etwas überspitzt erscheinen, aber es ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich in der Sowjetunion ein Mechanismus abzeichnet, der dem vor dem II Weltkrieg ähnlich: unter dem Druck des Imperialismus leidet nur auf den Apparat zu vertrauen und seinen Zugriff auf alle Sparten auszubauen.

Das furchtliche ist, daß die westliche Linke tatsächlich noch viel weniger als vor dem II Weltkrieg einen Hoffnungsspross abgibt.







Fortf. von vorheriger Seite

Spanien und die Menschheit". Das ist die Hymne, die Blas Infante geschrieben hat, der Vater des Vaterlandes Andalusien. Diese Räumung war ein arger Angriff auf die Leute in Marín de la Jara und Los Corrales, denn die Besitzer kamen mehrheitlich aus diesen Dörfern, obwohl auch einige aus Osuna, Gültana, Podrera, Aguadulce, Marinaleja, also aus den Dörfern der Umgebung gekommen waren. Die Räumung verletzte uns in Marín de la Jara und Los Corrales tief und wir besetzten die dortigen Rathäuser, leiteten die Arbeit im „empleo comunitario" ab und erklärten uns im Generalstreik. Alle Läden, Bars und Diskotheken schlossen und mit dieser Aktion reagierten wir einerseits auf das Schweigen der Familie Fernandez de Santaella, die nicht auf unsere gerechten Forderungen eingehen wollte, ihr Land mit Kulturen zu nutzen, die Arbeit geben, und andererseits auch auf die Schwerhörigkeit der PSOE-Regierung, die nichts anderes zu tun hat, als uns mit Guardias Civiles zu verjagen, wenn wir Landarbeiter Andalusien für einen Arbeitsplatz auf unserem Land kämpfen, und die nicht mit uns sprechen will, die taub und stumm in Komplizenschaft mit den Großgrundbesitzern. Wir sind zu dem Schluss gekommen, daß die gegenwärtige PSOE-Regierung sehr schnell auf die Klagen der Unternehmer hört, aber fast gar nicht auf die der Arbeiter.

Wenige Tage später beschlossen wir, Hand anzulegen an einen der größten Laifundus in Spanien, den Duque del Infantado, der allein in Andalusien 17.000 Hektar hat. Wir gingen auf einen seiner Güter in der Gemeinde Gültana, „El Marques" genannt, wiederum um 5 Uhr nachmittags. Aber diesmal waren die Guardias viel dynamischer und räumten uns schon nach der Abenddämmerung, um 20.30 Uhr. Nach der Räumung schlossen wir uns im Rathaus von Gültana ein und tagelang gab es in allen Dörfern der Gegend Demonstrationen, bei denen Land und Arbeit gefordert wurde. Mit der Parole „Felpe, wir wollen Land. Felipe, deine Wende ist eine Scheiße" (Felipe González, der Regierungschef) demonstrierten wir in der ganzen Zone, aber eine Antwort der Regierung erhielten wir wiederum nicht. Lediglich die Untersuchungsrichter von Osuna zitierten uns wegen der Anklage der Besetzung eines Privateigentums. Schließlich besetzten wir wenige Tage später „Navacerrada" aufs neue, denn in der Zwischenzeit war der Eigentümer, die Familie Fernandez de Santaella nicht gekommen, um mit uns über unsere Forderungen zu sprechen. Am letzten Augusttag zur Mittagszeit besetzten wir das Gut und um 6 Uhr abends kam die Guardia, um uns wieder rauszuschmeißen. Wir hatten aber von einem Arbeiter aus Marín de la Jara, der in der Bundesrepublik lebt, die Erlaubnis erhalten. Wir hatten aber von einem Arbeiter aus Marín de la Jara, der in der Bundesrepublik lebt, die Erlaubnis erhalten.

Wir hatten aber von einem Arbeiter aus Marín de la Jara, der in der Bundesrepublik lebt, die Erlaubnis erhalten, uns auf seinem kleinen Hof, der an „Navacerrada" grenzt, aufzuhalten. Er hatte uns schriftlich die Erlaubnis erteilt, so lange auf seinem Hof zu bleiben wie wir wollten. Als eine neue Truppe von Guardias ankam, um uns zu räumen, überquerten wir die Grenze und zogen auf den kleinen Hof des Arbeitsmigranten. Die Guardia holte Rat beim Zivilgouverneur in Sevilla, der mitteilte, daß wir von dort nicht vertrieben werden könnten. Natürlich wurde ziemlich viel Druck auf die Frau des Arbeitsmigranten ausgeübt, die schriftliche Erlaubnis zu widerrufen, aber sie ließ sich nicht darauf ein. Die Guardia zwang uns, die andalusische Fahne einzuziehen. Wenn wir ein Landgut besetzen, stehen wir als erstes immer die grün-weiß-grüne Fahne Andalusien auf, die wir als letztes runterholen, wenn wir geräumt werden. Bei dieser zweiten Besetzung von „Navacerrada" zwang uns also die Guardia, die Fahne wegzunehmen, aber nach zwei Tagen, als wir bereits ein Lager direkt an der Grenze des Gutes eingerichtet hatten, besetzten wir es wieder und pflanzten an verschiedenen Stellen die andalusische Fahne auf. Jeden Tag schlossen sich neue Landarbeiterinnen und Landarbeiter der Besetzung an und in 3. September waren wir zwischen 1.500 und 2.000 Besetzer. Der Verwalter des Gutes, der ab und zu mit dem Landrover vorbeifuhr, sah dies mit Staunen und eine Guardia-Patrouille war ständig in der Nähe. Weil wir aber so viele waren, wagten sie nicht zu räumen. Wir blieben also und als es um einen Tages wieder aufforderte, die Fahnen zu entfernen, weigerten wir uns, weil das Gut besetzt ist. Über die Besetzung wurde praktisch jeden Tag in der Presse berichtet und ganz Spanien erfuhr davon, daß wir Landarbeiter Land und Arbeit fordern und gegen die Großgrundbesitzer und schließlich wurde eine Kommission der Besitzer vom Landwirtschaftsministerium der andalusischen Regionalregierung, Miguel Manautis, empfangen. Er ver-

pflanzte sich, zu prüfen, ob wir mit unseren Forderungen im Recht seien und zeigte sich bereit, eine Studie über die Aufforstung im Landkreis anfertigen zu lassen, was eine andere unserer Forderungen war. Wegen dieser positiven Reaktionen auf unsere Forderungen, aber vor allem weil viele unser Genossen und Genossinnen anfangen, zur Weisheit nach Frankreich abzureisen oder zur Ernte der grünen Oliven, beschlossen wir, die Besetzung abzubauen, bevor wir geräumt wurden. Der letzte Tag der Besetzung war sehr bewegend, denn wir durchquerten das ganze Gut und vor den Häusern, in denen normalerweise die Eigentümer wohnen, hier aber nur ein paar festgestellte Landarbeiter, pflanzten wir wieder die andalusische Fahne und tanzten die Hymne. So endete die Besetzung von „Navacerrada". Es ist dabei hervorzuheben, daß die Beteiligung der Bevölkerung enorm war; dies war keine Besetzung durch eine Avantgarde, sondern durch das Volk selbst. Es fehlte nicht an Lebensmitteln und Getränken, die von den Läden der umliegenden Dörfer gebracht wurden, um die Besetzung aufrechtzuerhalten. Die Rechte und die Repressionskräfte merkten, daß die Forderung „Land und Arbeit" von allen Landarbeiterinnen und Landarbeitern in Andalusien stark unterstützt wird.

Und wie ging es mit „El Marques" weiter? Nachdem geräumt worden war, schlugen die Genossen von Gültana vor, das Gut wieder zu besetzen. Aber die Bedingungen dafür waren nicht mehr gegeben, weil die Leute schon zur Weisheit aufbrachen. Deshalb wiederholten wir die Besetzung dort nicht, sondern auf „Navacerrada". Aber die Eigentümer des einen wie des anderen reagieren nicht. Vielmehr verkündete der Präsident des andalusischen Großgrundbesitzerverbands häufig in den Zeitungen, wir seien verrückt, die Regierung sei sehr schwach, weil sie uns nicht ins Gefängnis stecke und daß sie, die Großgrundbesitzer, nicht zu Verhandlungen bereit seien, weil die Verfassung das Privateigentum schützt und niemand dessen Grenzen verletzen dürfe.

Wie kam es zur Verhaftung der 8 Landarbeiter, von der Du mir erzählt hast? Es gab eine andere bedeutende Besetzung, von der noch zu erzählen wäre, in der Nähe von Sevilla, bei dem Dorf El Coronil. Es handelt sich ebenfalls um ein großes Landgut, in diesem Fall im Besitz eines hohen Beamten von Sevilla, des Herrn Delgado. Dieses Gut, das 2 km von El Coronil entfernt liegt, heißt „El Garotal". Dieses Gut wurde von 40 Landarbeitern besetzt, mehr oder weniger der Avantgarde der Gewerkschaft in El Coronil. Es wurde tags darauf geräumt und dann wieder besetzt. Insgesamt wurde es neunmal besetzt und wieder geräumt. Der Zivilgouverneur von Sevilla wollte die Be-

setzung aufheben und wieder geräumt. Der Zivilgouverneur von Sevilla wollte die Besetzung damit strafen, daß er ihnen das Recht auf den „empleo comunitario" entzog, vor allem den 8 Anführern der Besetzung. Diese Genossen beschlossen darauf, sich im Rathaus einzuschließen, um zu zeigen, daß ihr Kampf um einen Arbeitsplatz gerecht war und daß es nicht gerecht ist, ihnen der Zivilgouverneur, der ebenfalls der PSOE angehört, zur Strafe den „empleo comunitario" entziehen. Sie blieben einige Tage im Rathaus und als wieder der Gouverneur noch sonst jemand aus der Regierung reagierte, beschloßen sie, die Angestellten nicht länger im Rathaus zu lassen. Der Gouverneur befahl darauf der Guardia Civil, die allein mitten die Türen zu öffnen. Die Guardia sprengte die Türen mit Dynamit auf. Das war um zwei Uhr nachmittags und die 8 Genossen wurden verhaftet und verhaftet und nach El Coronil gebracht. Der Haftstrich von Morón de la Frontera verlangte für ihre provisorische Freilassung 100.000 Pesetas Kaution für jeden. Die 8 sind alle Familienväter ohne Arbeit mit kleineren Ersparnissen, im Gegenteil mit Schulden in den Läden. Sie können eine solche Summe niemals aufbringen. Dieser Befehl des Zivilgouverneurs war sehr unpopulär und wir von der SOC brachten sofort eine Presseerklärung. Wir stellten dann fest, daß es viele Mittel gibt, um 8 Landarbeiter zum Verlassen eines Rathauses zu bewegen, ohne Dynamit einzusetzen und daß die Situation der andalusischen Dörfer, die in Arbeitslosigkeit und Elend untergehen, schon angespannt genug ist, um mit Pulverrauch auch mehr Spannung zu schaffen. Wir forderten die Absetzung des Zivilgouverneurs, weil es gefährlich ist, daß ein so dummes Gouverneur soviel Macht in Händen hat. Die ganze Presse stellte sich auf unsere Seite und gab uns Recht. Aber die Acht blieben im Gefängnis. Sie begannen einen Hungerstreik gegen die Ungerechtigkeit, deren

# Die Wahlen in der Türkei

Die bürgerliche Presse der BRD frohlockte nach den Wahlen in der Türkei, daß mit dem Sieg Turgut Özal und seiner Mutterlandspartei der Weg zu demokratischen Verhältnissen geebnet sei. Künftig werden die Legitimationschwierigkeiten, die man zweifeln hatte, als es darum ging, das türkische Militärregime mit Finanz-, Militär- und Wirtschaftshilfe vollzuspänsen, geringer sein.

Aber auch viele Teile der Linken, die vorher die Wahlen am 6.11.83 als Farce darstellten und für die alle der 3 zugelassenen Parteien willfährige Instrumente der Militärjunta darstellten, interpretierten nach den Wahlen und dem Sieg Özals das Wahlergebnis zu einer Schlappe für die Militärs um. Hegte man vorher noch Hoffnung, daß die Zahl der ungültigen Stimmen die Breite des Protestes in der Bevölkerung gegen die von den Militärs inszenierten Wahlen ausdrücken würde, so sieht man nach den Wahlen angesichts der kläglichen 4,8% ungültigen Stimmen noch mehr in die Wahl Özals die Opposition der Bevölkerung gegen die Militärs hineininterpretieren.

Selten war man so im Einklang mit der bürgerlichen Presse, wie bei der Bewertung dieser Wahlen als „Wahl gegen die Diktatur".

Wir werden im folgenden versuchen, dieser Sichtweise entgegenzutreten. Um muß es darum gehen, ohne Beschönigung zu untersuchen, welches gesellschaftliche Kräfteverhältnis sich in diesen Wahlen Ausdruck verschafft hat. Als erstes untersuchen wir nach einer kurzen Einführung in die Vorgeschichte dieser Wahlen (1) die Bedeutung der regionalen Wahlergebnisse. Im weiteren Verlauf widmen wir uns der Frage, inwieweit Konfliktsituation zwischen dem Wahlsieger Özal und der Militärjunta bestehen. Der zweite Teil des Artikels wird die Zusammenhänge der Arbeitslosigkeit zwischen Parlament und Regierung einerseits und dem Militärapparat andererseits analysieren, eine Arbeitsstellung, welche modellhaft für Formen „geleiteter Demokratie" in der dritten Welt gelten kann. Es geht darum, welche Vorzüge solche Formen der „geleiteten Demokratie" für die Herrschenden haben gegenüber einer „reinen" Militärdiktatur und welche positiven Anknüpfungspunkte im Sozialismus in diesem Hinsicht ohne größere Reibungen ablaufendes Spiel bestehen.

Dieser Artikel wurde von einem Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik geschrieben und erscheint in der nächsten Nummer der „Arbeiterpolitik". Wir veröffentlichen den Artikel als Vorabdruck.

## Eine kurze Vorgeschichte

### Eine kurze Vorgeschichte

Eine wesentliche Grundlage für das Gelingen des Militärputsches am 12. September 1980 war das durch die wirtschaftliche und soziale Krise entstandene politische Vakuum, in dem keine der großen bürgerlichen Parteien, sei es die rechtsbürgerliche Gerechtigkeitspartei (AP) unter Demirel oder die republikanische Volkspartei (CHP) unter Ecevit, eine Perspektive aufweisen konnte. Am Vorabend des Putsches existierte in der Türkei eine strukturierte, zentralisierte, von Krisen geschüttelte Bourgeoisie, die keine eigenständigen Lösungen bereithielt und bereit war, sich auf eine nicht-parlamentarische Kraft, wie die Militärs, zu verlassen.

Die Handlungen der Militärjunta nach dem Putsch unterschieden sich sehr stark von vorangegangenen militärischen Eingriffen in der Geschichte der türkischen Republik. Bei der Intervention der Militärs 1971 beispielsweise ging es darum, die Militärbeschränkung die Föderführung bei der Zerschlagung der Linken übernahm. Das Parlament und die daran vertretenen politischen Parteien konnten nach dem Intermezzo, dem sie als Stummvieh ihre Anerkennung huldigend mußten, wieder auf das politische Parkett treten. Auch nach dem Militärputsch 1960 gegen die herrschende Demokratische Partei konnte bei den ersten Wahlen 61 die Gerechtigkeitspartei als unmittelbare rechtsbürgerliche Nachfolgegruppe der Demokratischen Partei auftreten und eine zentrale Rolle in den politischen Geschicken des Landes spielen.

Der Einschnitt durch den Militärputsch 1980 war viel tiefergehend. Nicht nur, daß die Linke mit brutaler Repression zerschlagen und inhaftiert wurde, auch wurde nicht nur die organisierte Arbeiterbewegung zerschlagen und gegen ihre Führer die Todesurteile beantragt, sondern jede politische Bewegung in der Gesellschaft wurde reglementiert. Bis zu den kleinsten Details, wie den Punkten, daß eine künftige Amnestie der durch die Militärgesetze

verurteilten Personen verboten ist, daß die von den Militärs zugelassenen Parteien auf den Dörfern keine Organisationen aufbauen dürfen oder keinen Frauenverband, daß die Flugblätter der zur Zeit zugelassenen Gewerkschaften vor ihrer Veröffentlichung dem Staatsanwalt vorgelegt werden müssen, ist alles institutionell durch die von den Militärs verabschiedete Verfassung und entsprechende unblutige Dekrete während der letzten drei Jahre abgesichert worden und unter Straandrohung von jeder Kritik ausgeschlossen.

- Diese bis in die kleinsten Details gehenden Reglementierungen wurden nicht nur in Verfassung, Verbandsgesetz, Hochschulgesez, Gewerkschaftsgesetz geregelt, sondern ebenfalls im Parteiengesetz, welches die Grundlage für die Wahlen abgab. So konnten alle Parteien, die eine gewisse politische Nähe zu den vor dem Militärputsch wirkenden großen bürgerlichen Parteien aufwiesen, ausgeschlossen werden. Von 15 gegründeten Parteien wurden nur drei von den Militärs zur Wahl zugelassen. Jeder Kandidat wurde sorgfältig von den Militärs auf seine Zuverlässigkeit geprüft. Hunderte Vetos legten die Militärs gegen Kandidaten ein, diese durften nicht bei den Wahlen kandidieren.

Erstmals in der Geschichte konnten die Militärs in Überschätzung ihrer Stärke so sogar wagen, mit einer eigenen politischen Formation, der Partei der Nationalistischen Demokratie (MDP) unter dem pensionierten General Turgut Özal bei Wahlen anzutreten. Das Bemerkenswerte an dieser Partei ist, daß sie jenseits aller bisher bestehenden politischen Strukturen der Klassen vorzuziehen „künstlich" aus dem Boden gestampft worden ist. Die andere zugelassene Partei ist die Volkspartei (HP) unter der Führung von Necdet (alp, einem Kampfmann, den die Militärs beauftragt hatten, Wähler der früheren Republikanischen Volkspartei an sich zu binden.

Die dritte Partei im Bunde ist die Mutterlandspartei (ANAP) unter Führung Turgut Özals, ehemals Chef der stärksten türkischen Unternehmervereinigung, des Arbeitgeberverbandes Metall (MİSS), nun im Kreise des internationalen Wahrschaffers (IWF) hochgeschätzter Mann. Er zeichnete als verantwortlicher Minister im letzten Kabinett unter Demirel vor dem Putsch für die Finanzierung der monetaristischen Wirtschaftspolitik verantwortlich und konnte als einziger Minister nach dem Putsch seine Geschäfte weiterführen.

## Die Bedeutung des Wahlergebnisses

Die Wahlbeteiligung belief sich auf 92%, von den abgegebenen Stimmen waren 4,9% ungültig. Diese Zahlen sind Ausdruck davon, daß der Aufforderung der Linken und aus Kreisen der vor dem Militärputsch dominierenden großen parlamentarischen Parteien, ungültig zu wählen, kaum entsprochen worden ist (2). Auch die nicht zu den Wahlen zugelassenen Parteien, die Partei der „Sozialen Demokratie" (SO-DEP) unter Erdal İnönü, die Kräfte des „rechten Flügels", der verbotenen Republikanischen Volkspartei Ecevit auf sich verteilt, sowie die „Partei des rechten Weges", die Kräfte aus der alten Gerechtigkeitspartei Demirel stützen, hatten andeutungsweise die Lösung ausgegeben, ungültig zu wählen. Bedenkt man, daß die kläglichen 4,9% ungültigen Stimmen nicht einmal ein linkes Potential repräsentieren, sondern im wesentlichen aus dem kritischen bürgerlichen Lager kommen, wird die Beschränktheit des aktiven Protestes gegen die von den Militärs inszenierten Wahlen deutlich. In ganz wenigen Regionen läßt sich ein aktiver Protest ausmachen, wie in der kurdischen Provinz Diyarbakir, wo die militärische Repression gegen breite Teile der Bevölkerung besonders massiv ist. Hier gingen 1/4 der Wahlberechtigten (unter Inkassierung der Geldstrafe) nicht zur Wahl und 8% der Wähler stimmten ungültig.

Die Wahlen im Landesdurchschnitt brachten folgendes Ergebnis (3):

Mutterlandspartei ANAP	43,15%
Volkspartei HP	30,46%
Nationalistische Partei MDP	23,27%

Der Versuch der Militärdiktatur, sich mit der MDP eine soziale Basis in der Bevölkerung zu schaffen, ist zwar gescheitert, aber die kalkulierte Alternative, daß wahlfähige Personen in Gnade der Militärs die soziale Basis der vor dem Militärputsch existierenden Parteien repräsentieren sollen, hat sich anscheinend bewährt. Ergebnisse in regionalen Wahlbezirken illustrieren dies:

Özal und die ANAP konnten das Wahlerpotenzial der Gerechtigkeitspartei (AP) der islamisch-konservativen Nationalen Heilspartei (MSP) und z.T. der faschistischen MHP auf sich verlagern. Während die ANAP im Landesdurchschnitt nur 43% auf sich verlagern konnte, erhielt sie im Wahlbezirk Isparta 60% und im Wahlbezirk Afyon 58% der Stimmen, beides ehemalige Bastionen der Gerechtigkeitspartei Demirel. Im Wahlbezirk Konya 1, wo die islamische Nationale Heilspartei ihre größten Stimmenerfolge hatte, erhielt Özal 60% der Stimmen. Dörfliche Regionen mit der Dominanz von Klein- und Mittelbauern, die ehemals im Klientelismus an die Gerechtigkeitspartei gekettet waren, stimmten für Özal.

Dieselbe Integrationsfähigkeit ist der Volkspartei HP unter Calp zu bescheinigen. Sie konnte die Wähler der Republikanischen Volkspartei Ecevit gewinnen. Entscheidende Teile des städtischen Proletariats stimmten für die HP. Auch hier Regionsergebnisse aus Wahlbezirken mit einer herausragenden Arbeiterschaft. Erhu Calp im Landesdurchschnitt 30%, so konnte er in den Wahlbezirken Adana 38%, Istanbul 36%, Izmir 1 34%, Izmir 2 36% und in dem vom Kohlebergbau dominierten Zonguldak sogar 44% der Stimmen auf sich verlagern. (Istanbul, Izmir und Adana sind die drei wichtigsten Industriezentren der Türkei.)

Zusammenfassend läßt sich zum Wahlergebnis sagen, daß die politischen Bewußtseinsformen der verschiedenen Klassen in der bürgerlichen Gesellschaft, wie sie vor dem Putsch existierten und sich bei den Wahlen durch die Stimmabgabe für Demirel oder Ecevit äußerten, intakt geblieben sind. Die zivile Gesellschaft mit all ihren Widersprüchen und Konflikten hat sich auch bei diesen Wahlen in der Stimmabgabe für die von den Militärs ernannten Parteiführer niedergelassen. Es zeugt von der breiten Illusion in

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung auf Seite 25



Fortsetzung von vorheriger Seite



Turgut Özal

das Schaffen der parlamentarischen Parteien, selbst in dem von den Militärs gesetzten Zwangshorizont. Es drückt nicht Protest gegen die Grundlagen des Systems aus, sondern vielmehr ein pragmatisches Abfinden mit dem von den Militärs gesetzten Bedingungen. In diesem Sinne ist das Experiment der Militärs gelungen, wenn auch die „Partei der Nationalistischen Demokratie“, d.h. eine unmittelbar die Militärs repräsentierende parlamentarische Partei, scheitern mußte.

### Gibt es Widersprüche zwischen Özal und den Militärs?

Als nach den Wahlen weitliche Presseagenturen von einer Legitimationskrise für die Militärs schreiben und spekulieren, Özal werde von Evren nicht zum Ministerpräsidenten ernannt werden, hat der Putschgeneral und per Verfassungreferendum zum

Staatspräsidenten „gewählte“ Evren nach seinem Umarmungskuß mit Özal mit einer bemerkenswerten Offenheit den Charakter der Wahlen erläutert und jene Gerüchte zurückgewiesen: „Falls der Nationale Sicherheitsrat (das herrschende Juntaorganel, welches künftig unter anderem Namen weiterhin die politischen Grundlagen der Herrschaftsausübung bestimmen wird) so eine Absicht gehabt hätte, ließen wir keine Wahlen abhalten. Niemand hat uns gezwungen, die Wahlen anzuhängen. Wir selber haben es beschlossen, daß diese Wahlen dieses Jahr im Herbst stattfinden werden.“ (Tercüman, 9.11.83). Sie haben ja auch angeordnet, mit welchen Parteien diese Wahlen stattfinden. Daß dabei mehrere Möglichkeiten offenstehen, gegen die sie grundsätzlich nichts einzuwenden haben, versteht sich von selbst.

Um zu belegen, daß die Militärs gegen Özal seien, wurde in der Presse die Rede Evrens, die zwei Tage vor den Wahlen im Fernsehen ausgestrahlt wurde, aufgegriffen, in der er Özal kritisiert hatte. Untersucht man aber genauer die Rede, wird auffallen, daß es dabei nicht um eine grundsätzliche Kritik an Özal geht, sondern um die Erinnerung an die arbeitsteilige Organisation der Herrschaft, in der Regierung und Ministern das tagpolitische Geschäft der Wirtschafts- und Finanzpolitik zufällt, den Militärs aber die politische Sicherstellung der Systemgrundlagen.

„Weil die Demokratie das beste System ist, haben wir sie ausgewählt. Habt keine Hemmungen, solange ich diesen Posten inne habe, werde ich mit aller Kraft daran arbeiten, daß im System keine Störungen auftreten.“

Ihr habt diejenigen gehört, die die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage 80 und 81 sich allein zuschreiben. ... die behaupten, sie seien die einzigen, die den magischen Stab des Exportes gefunden zu haben glauben. ... sie meinen, sie allein könnten die Inflation senken. ... Bedauerlich daran ist, daß die, die nach dem 12. September Aufgaben übernahmen und sagen, sie seien diejenigen gewesen, die während ihrer Amtszeit alle guten Beschlüsse gefaßt hätten, ... so tun, als gäbe es den Nationalen Sicherheitsrat nicht. Dies ob-

wohl sie wissen, daß alle Beschlüsse, die nach dem 12. September gefaßt wurden, dem Nationalen Sicherheitsrat zur Genehmigung vorgelegt wurden und nicht genehmigte Beschlüsse nicht in Kraft traten.“ (Redemanuskript Evren am 4.11.83)

Özal hat schnell seine Grenzen eingezeichnet und nach den Wahlen die Rolle der künftig auch wirkenden Putschisten herausgestellt. Nach seinem Dank an den „Nationalen Sicherheitsrat“ und die türkische Armee, denen diese Wahlen ausschließlich zu verdanken seien, sagte er: „Die vor uns liegende Zeit eröffnet eine neue Epoche. Daß wir in diese Epoche unter Führung unseres hochgeschätzten Staatspräsidenten eintreten, ist für die Türkei ein Segen.“ (Tercüman, 9.11.83)

Die Grundlage der anstehenden türkischen „Demokratie“ ist das dreijährige Werk der Armeen, die jede eigenständige politische Bewegung brutal unterdrückte. Solange diese Grundlage von den ebenfalls von den Militärs zugelassenen Parteien anerkannt wird, werden kleinere Konflikte gütlich beigelegt werden können.

### Ein „demokratisches Votum“ für die Politik des IWF — oder wer ist Turgut Özal?

Wachsende Außenhandelsdefizite, entstanden aus einer weitestgehend importabhängigen Industrie, ließen den Zahlungsmittelbedarf der Türkei Ende der 70er Jahre immer größer werden. Immense Inflationsraten, hohe Arbeitslosigkeit, ständige Preiserhöhungen und hohe Auslandsverschuldung kennzeichneten die Situation der türkischen Ökonomie Ende der 70er Jahre. Unter diesen Umständen — als der türkische Staat kurz vor dem Staatsbankrott stand und die Produktion total zu erliegen drohte — wurde zwischen Özal als verantwortlichem Minister der Demirel Regierung und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein „standby-Abkommen“ unterzeichnet, welches den türkischen Kapitalismus mit einer weiteren Kreditvergabe wieder ein wenig Luft schnappen ließ. Das „Sanierungsprogramm“ des IWF, nach „chilenischem Vorbild“ für

die Türkei maßgeschneidert, verfolgte den Zweck, die auf den Binnenmarkt orientierte türkische Industrieproduktion mit entsprechendem staatlichen Druck systematisch auf die Exportproduktion umzupolen. Das „Sanierungsprogramm“ bewirkte:

- Eine laufende Abwertung der türkischen Lira, die einerseits türkische Exportprodukte auf dem Weltmarkt und ausländische Investitionen in der Türkei verbilligt, andererseits den Preis für importierte Waren erheblich steigert.
- Eine Freigabe der Kreditlinien, die bei der schlechten Bilanzierung der Industrie zu explosionsartigen Zinssteigerungen führen mußte. Kleine und mittlere Betriebe brachen reihenweise unter ihrer Schuldenlast zusammen, dies führt zu einer weiteren Zentralisierung des Kapitals in den Händen der größten Industriegruppen.
- Der Beginn einer Kahlschlagsanierung in den mit hohen Verlusten arbeitenden Staatsbetrieben Subventionskürzungen, Lohnabbau, Entlassungen und Ausverkauf ganzer Industriezweige an die großen privaten Kapitalgruppen. Das ist vor allem deshalb bedeutend, weil in sämtlichen wichtigen Industriezweigen der Staat große Unternehmen besitzt oder sogar Monopolist ist.
- Und schließlich eine massive Senkung des Lohnniveaus der Arbeiterklasse. Dies war bekanntlich nicht ohne die Zerschlagung der linken Gewerkschaftsorganisation DISK.

Selbst starke Gruppen des Industriekapitals, die nicht eng mit dem Finanzkapital verflochten sind und die Ressourcen zum Sprung zur Exportfähigkeit nicht aufbringen können, müssen in diesem Prozeß der „Sanierung“ zugrundegehen. Die ökonomische Schwäche der türkischen Bourgeoisie, die sich darin zeigt, daß Teile von ihr diesen qualitativen Sprung nicht schaffen, bedingte, daß das Sanierungsprogramm in der ursprünglich angekündigten Intensität nicht durchgeführt werden konnte.

Indes wurde der entscheidende Eingriff im Sinne der vom IWF geforderten wirtschaftspolitischen Wende mit den Beschlüssen des 24. Januar 1980 vollzogen. Unmittelbar nach ihrer Bekanntgabe gingen die Preise in die Höhe — bei wichtigen Waren des täglichen Bedarfs um mehrere 100% —, „die Inlandsnachfrage sinkt“, stellten Ökonomen lapidar fest, die Lohnabhängigen erlitten es an eigenen Leib.

Die soziale Explosivkraft dieser Wende in der Wirtschaftspolitik ließ für wesentliche Teile der türkischen Bourgeoisie den Militärputsch opportunistisch erscheinen, zumal Özals Wirtschaftspolitik auch Teile der bürgerlichen Basis der Gerechtigkeitspartei (FAP) verprellte. Özal verkörpert wie kein anderer die Kontinuität dieses oben erläuterten Austeritätsprogramms und konnte weiterhin unter der Militärbherrschaft als Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident wirken.

Erst der Zusammenbruch der Privatbankiers 1982, bei dem Zehntausende Klein- und Mittelsparer in Städten ihr Geld angelegt hatten, kostete Özal seinen Ministerposten. Der hohe Kreditbedarf von Klein- und Mittelunternehmern ließ Privatbankiers aufspießen, die fast 100% Zinsen für vergebene Kredite verlangten und Spekulationsgeschäfte trieben. Im Zuge des Niedergangs vieler solcher hochverschuldeter Unternehmer gingen ebenfalls die Privatbankiers kaputt.

Der Zeitpunkt (wenige Monate vor dem Verfassungsreferendum, welches die Militärbherrschaft durch Annahme der Verfassung und gleichzeitige Wahl des Putschisten zum Staatspräsidenten legitimieren sollte) bedingte, daß der Sündenbock Özal gehen mußte und als Beschäftigungsmaßnahme der Staat den betroffenen Sparer Teile der Einlagen erstattete. Unter dem Nachfolger Özals, Kazaoglu, erfolgte eine vorsichtige Lockerung der Austeritätspolitik. Die Militärdiktatur machte sich durchaus Sorgen bezüglich aufkommender Unruhe in bürgerlichen Kreisen infolge des Bankenzusammenbruchs, mehr als Özal, dem zum Zwecke der Wertschöpfung die politischen Folgen egal waren. Die erste kleine Schweigedemonstration aufrechter Bürger nach dem Putsch, am nach dem Zusammenbruch der größten Privatbank Kasaoglu dem Präsidenten eine Petition zu überbringen, blieb den Militärs unvergessen.

Als die aus 40 Firmen und Industriebetrieben bestehende Transurk-Holding, an die Hunderte von gutverdienenden Kleinbetriebe gebunden sind, kurz vor dem Bankrott stand, reichte sie der Nachfolger Özals, Kazaoglu, mit einer großangelegten Sitzungsaktion, trotz scharfer Kritik der internati-

onalen Währungsfonds, wohlwissend um die drohende soziale Unruhe.

### Nach den Wahlen: Ökonomische „Gesundung“ und soziale Verelendung

Die Expertengruppe des IWF hat ihren Besuch in der Türkei verschoben, um die Bildung des Kabinetts Özals abzuwarten. (4) Die Forderungen, die ziemlich exakt auch Özals Ankündigung während des Wahlkampfes entsprechen, sind:

- Gewährleistung der Rückzahlung der Schulden, 1984: 2 Mrd. Dollar (1,2 Mrd. Tilgung, 0,8 Mrd. Zinsen), 1985: 2,5 Mrd. Dollar (1,8 Mrd. Tilgung, 0,7 Mrd. Zinsen). Deshalb müßten die Exporte um 10% wachsen. Unter keinen Umständen dürften Exporte ihre Grundlage in einer Subventionspolitik haben. Die staatlichen Stützungsaktionen müßten aufgehoben werden.
- Weitere Abwertung der türkischen Lira.
- Freigabe der Zinssätze. Sie müßten sich auf 40 bis 45% erhöhen.
- Reform der KIT's (der staatlichen Unternehmen), keine weiteren Belastungen des Staatshaushalts durch diese Firmen (das kommt einer weiteren Schließung dieser defizitär arbeitenden Betriebe gleich) (Milliyet, 22.11.83).

Die Wirtschaftsexpertengruppe, die Özal nach den Wahlen einsetzte, bemängelte die „Wahloekonomie“. Notwendige Maßnahmen wären nicht ergriffen worden, um die Bevölkerung nicht mühsam zu stimmen (Milliyet, 21.11.83). Und nachdem vier Tage nach den Wahlen der Vorsitzende der Istanbul Industriekammer in einer Schlagzeile verkündete: „Die Stützungsoperationen müssen aufhören“ (Milliyet, 10.11.83) präsidiert Özal das Ausmaß der gesunkenen Interventionsbereitschaft in einem Interview mit der Tercüman vom 28.11.83: „Jeder soll seine Rechnung selber machen. Ich sage: Klipp und klar: Wir retten niemanden. In dieser Sache soll niemand etwas von uns erwarten.“

Die Folgen sind klar: Weitere Bankrotte, weitere Schließung der Staatsbetriebe und weitere Arbeitslosigkeit.

Die Folgen sind klar: Weitere Bankrotte, weitere Schließung der Staatsbetriebe, verschärfte Arbeitslosigkeit, die jetzt schon nach offiziellen Schätzungen über 2 Mill. liegt.

### Institutionalisierte Arbeitsteilung zwischen militärischer Herrschaft und ziviler Regierung

Die Wahlen in der Türkei waren ganz im Sinne einer rechtstreaktionären Wende. Die monetaristische Wirtschaftspolitik eines Turgut Özal, die ihm nach dem Zusammenbruch der Privatbankiers selbst unter der Militärdiktatur seinen Ministerposten kostete, erhält durch die Wahlen ihre „demokratische“ Legitimation. Der politische Gewaltapparat — im Gegensatz zu der politischen Justiz, die militärischen Staatssicherheitsorgane bleiben bestehen, die die politischen Folgen einer solchen Wirtschaftspolitik auffangen soll — verbleibt weiterhin in den Händen der Militärs.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ spekuliert nach dem Abgang Özals als Wirtschaftsminister und seiner Ersetzung durch den „vorsichtigeren“ Kazaoglu im Sommer 82: „Wenn man die Aussage berücksichtigt, daß in etwa anderthalb Jahren das Land wieder von einem demokratischen Regime geleitet werden soll, kann man die Meinung gut informierter Sachverständiger teilen, daß der Abgang des Braumenheeres in absehbarer Zeit durchgeführt werden muß, solange das Militär noch an der Macht ist: An die Lösung eines solchen heiklen Problems — Entlassung Hunderttausender von Beamten und deren Versetzung in die Privatwirtschaft — würde sich wohl kein parlamentarisches Regime je wieder wagen.“

Doch hier irrt sich unseres Erachtens die NZZ. Liebend gerne überlassen die Militärs die unpopuläre wirtschaftspolitische Druckarbeit einer zivilen Regierung und beschränken sich darauf, mit ihrem militärischen Gewaltapparat die Grundlagen des Systems zu wahren. Die klare, weit vorausschauende, politische Vordenkerin der türkischen Großbourgeoisie, Nadir İncik, hat die Bedeutung der institutionellen Arbeitsteilung zwischen Militär und zivilen Parteien herausgestellt, als sie die „Partei der Nationalistischen Demokratie“ kritisierte, die im Wahlkampf sich als einzige wahre Vertreterin der „Philosophie des 12. September“ (des Militärputsches) darstellte:

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 24

Opfer sie waren. Sie kämpften nur für einen Arbeitsplatz und man hatte ihnen mit Dynamit geantwortet, mit Entzug des Rechtes, im „empleo comunitario“ zu arbeiten und mit dem Schrecken der Unternehmung. Die SOC konnte die Summe auf 20.000 Pesetas pro Person, einige Freunde sammelten Geld und nach 10 Tagen Hungerstreik, der sich bereits gesundheitsschädlich bemerkbar machte, konnte die Kautions bezahlt werden. So kamen die Genossen am 14. September frei.

In der darauffolgenden Woche zog Felipe Gonzalez ins Parlament eine Bilanz der politischen und wirtschaftlichen Situation nach einem Jahr PSOE-Regierung. Er ging ziemlich ausführlich auf die Landbesetzungen ein und betonte, daß die PSOE-Regierung unerbittlich und energisch für die Einhaltung der Gesetze und der Verfassung eintritt. Wir Landarbeiter haben uns über diese Haltung sehr gefreut, vor allem weil wir sahen, wie Felipe Gonzalez sich Mühe gibt, der Rechte zu gefallen, und trübe Ohren hat für die Schritte des Volkes nach Arbeit. Zur Zeit laufen einige Proteste gegen diese Rede von Felipe Gonzalez mit dem Tenor: Felipe will die Landgüter räumen lassen, aber wir wollen, daß Elend, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmigration aus Andalusien verbannt werden. Wir meinen, daß der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Elend gerechtfertigt ist, als die Verteidigung des egoistischen, militärischen und unsozialistischen Privateigentums. Die sozialistische Regierung hat auf unsere Beschwerden nicht geantwortet. Wir wollen einen Arbeitsplatz in unserem Land und was wir von der SOC bekommen haben ist nichts anderes, als die Fundamente zu legen für die zukünftige Agrarreform, denn was für eine Art von Agrarreform wird die PSOE machen, wenn sie sich nicht an das Privateigentum wagt, daß verhindert, daß der Bodenbesitzer einen sozialen Sinn bekommt, indem er uns Arbeit in unserem Land gibt.

Wie viele Angeklagte gibt es außer den acht genannten im Augenblick? Fast jede Woche müssen Mitglieder der SOC vor dem Untersuchungsrichter erscheinen, nicht nur der Präsident, der Generalsekretär, die Sekretäre der verschiedenen Zonen, sämtliche Mitglieder des Exekutivkomitees wegen Land-

besetzungen, öffentlicher Unruhe, illegalen Versammlungen, Landfriedensbruch. Unter der alten Regierung wurden wir häufig angeklagt und jetzt unter der PSOE-Regierung wieder. Insgesamt werden für jeden von uns viele Jahre Gefängnis von der Staatsanwaltschaft gefordert.

Welche Haltung haben die anderen Gewerkschaften und die linken Parteien eingenommen — nicht die Regierung, sondern die PSOE als Partei z.B.?

Die PSOE als Partei hat sich nicht geäußert, denn sie folgt nur dem, was die Regierung sagt. Die „Kommunistische Partei Spaniens“ (PCE) hat eine unklare Haltung, sehr opportunistisch und gar nicht im Sinne der Arbeiter, nach meiner Meinung. Die Gewerkschaft, die sie beeinflusst, nämlich die „Comisiones Obreras“ (Arbeiterkommissionen = CCOO), veranlaßt sie zu einer Serie von Aktivitäten, die keine tiefen Wurzeln haben, sondern nur Lärm machen sollen und in Wirklichkeit sich nicht gegen das Kapital und das Privateigentum richten. Es geht dabei um wesentlichen darum, die PSOE zu kritisieren, um den politischen Raum zurückzugewinnen, denn die PCE bei den letzten Wahlen verloren hat. Die Haltung von CCOO ist also überhaupt nicht klar, weil sie dem opportunistischen Hin und Her der PCE unterworfen ist. Die Haltung der PSOE und ihres Gewerkschaftsverbandes UGT (Union General de Trabajadores = Allgemeine Arbeiterunion) ist dagegen ziemlich klar: sie unterwerfen sich dem, was die Regierung befiehlt, und sind in keiner Weise Avantgarde der Arbeiterbewegung und der Volksklassen.

Wie müssen diesbezüglich die Aktionen von „CCOO del Campo“ (Bauern- und Landarbeiterorganisation des kommunistischen Gewerkschaftsverbandes) eingeschätzt werden?

Die Art von Aktionen, die CCOO del Campo während des Sommers durchgeführt hat, haben sich um wesentlichen auf den „empleo comunitario“ bezogen, d.h. sie fordern die Subvention, die der „empleo comunitario“ darstellt und sich gegen die Einschränkung, die die Regierung zur Zeit betreibt. Diese Gewerkschaft hat sich nicht klar gegen die Großgrundbesitzer und für Arbeitsplätze in der Landwirtschaft eingesetzt. Sie hat gleichwohl einige Landbesetzungen gemacht, wie z.B. in Badajoz.

In diesem Dorf in der Provinz Sevilla hat es einen Konflikt gegeben, weil 150 Landarbeitern das Recht, im „empleo comunitario“ zu arbeiten, entzogen worden war. Aber das besetzte Land-

gut gehört nicht einem Großgrundbesitzer, sondern einer Gruppe von Pächtern, und die Aktion wurde in erster Linie gemacht, um die Wiederzulassung der 150 zum „empleo comunitario“ zu fordern.

In ähnlicher Weise gab es noch mehrere anekdotische Landbesetzungen von „CCOO del Campo“, die meistens nicht gerufen wurden und in der Regel ein bis zwei Stunden dauerten. Die Führer der CCOO selber sagten, gut, wir haben unsere Aufgabe erfüllt, wir haben öffentlich protestiert und jetzt gehen wir wieder nach Hause. Auf dieser Ebene hat sich CCOO diesen Sommer bewegt, immer viel angekündigt und wenig gemacht und immer nur der Stoßrichtung, die PSOE-Regierung zu kritisieren und mehr Geld für den „empleo comunitario“ zu fordern.

Wie sieht die Perspektiven, wie wird es weitergehen?

Wir werden fortfahren, die Landarbeiter dem Land anzunähern. Das große Drama der andalusischen Landwirtschaft ist nicht nur, daß sie auf ungerechte Weise mechanisiert wird von den großen Kapitalisten, die egoistisch und unsozialistisch handeln, sondern daß die Arbeiterklasse von ihrem Arbeitsplatz und ihrer Arbeit entfremdet wird. Insbesondere gibt es Hunderte von Jugendlichen in unseren Dörfern, die die Arbeiten auf dem Lande schon nicht mehr kennen, die nicht wissen, wie es ist, wenn die Arme produzieren, und die nie den Schweiß der Anstrengung auf dem Boden eines Unternehmers gespürt haben. Sie sind nur an die Diskotheken und die Zerstreuung gewöhnt, und wenn sie 18 Jahre alt werden, bekommen sie in Gestalt des „empleo comunitario“ ein Almosen. Das große Drama ist, daß in den andalusischen Dörfern Aberhunderte von Jugendlichen heranwachsen, die nicht wissen, was Produzieren, was Arbeiten heißt, und die der Arbeit ihrer Eltern und ihrer eigenen Arbeit als Landarbeitern und als Landarbeiter entfremdet sind. Deshalb kämpfen wir für die Rückeroberung des Bewußtseins von Produktion und Arbeit in Andalusien und in der andalusischen Landwirtschaft, dafür, daß die Jugend sich der Produktion wieder annähert und erfährt, was die Verantwortung und der Demütigung ihrer Großeltern, ihrer Eltern und ihrer selbst; dafür, daß in ihnen der Zorn entsteht, wächst gegen die Ausbeuter und die Sehnsucht, die verlorene Würde und Arbeit und Lohn zurückzuerobert, um nicht länger von Almosen und der Arbeitsmigration leben zu müssen.



Am 15. November erklärte sich der sog. „türkische Teil“ der Mittelmeerinsel zu einer eigenständigen „türkischen Republik Nordzypern“. Mit diesem Schritt wurde die bereits seit 1974 existierende Teilung der Insel in einen griechischen und einen türkischen Sektor endgültig zementiert. Völlig zurecht wiesen die meisten Kommentatoren der bürgerlichen Presse darauf hin, daß dieser Schritt nicht möglich gewesen wäre, ohne daß sich Rauf Denktaş, Präsident des türkischen Sektors, vorher bei den Generälen in Ankara Rückendeckung geholt hätte. Nach ihrem grenzüberschreitenden Krieg gegen die Kurden beweist die türkische Junta erneut, daß sie verstanden hat, was die NATO von ihren Mitgliedern erwartet. Die NATO-Länder revanchierten sich umgehend dadurch, daß sie es bei einigen lauwarmen Bekundungen der Kritik bewenden ließen, und auch diese dürften wohl eher erfolgt sein, um es mit dem etwas störrischen NATO-Partner Griechenland nicht zu verderben. Die UN-Friedenstruppe, die an der „Grünen Linie“ zwischen den beiden Sektoren stationiert ist, schaute der Aktion jedenfalls ungerührt und teillos zu. Auch wenn sich real durch den Akt der Proklamation dieses Mini-Staates wenig geändert hat („In Wirklichkeit ist die Pflanzung eines neuen Zypern wie eine türkische Provinz“, FR vom 9.12.), ist die westeuropäische Vorkriegsgeschichte dennoch um eine Episode bereichert. Interessierte Beobachter und Gewinner dieser Inszenierung ist die NATO!

Die Teilung Zyperns in einen nördlichen, türkischen und einen südlichen, griechischen Sektor resultiert aus dem Jahre 1974 und war das vorläufige Endergebnis langjähriger Intrigen und Interventionsversuche der westlichen Großmächte, die versuchten, die Politik des „unsinkbaren Flugzeugträgers“ in ihrem — imperialistischen — Sinne zu beeinflussen. Sehr gezielt wurden dabei die türkisch-slawischen und griechisch-slawischen Bevölkerungsteile, die durchaus ein gemeinsames zypriotisches Nationalbewußtsein verband, gegeneinander ausgespielt.

Nach der dem zypriotischen Volk auf Grundlage der Zürcher und Londoner Vereinbarungen zwischen Großbritannien, Griechenland und der Türkei im Februar 1959 aufgewungenen Vereinbarungen über die Bildung der Republik Zypern, entstand am 16. August 1960 ein neuer unabhängiger Staat, der per Definition seinen Volksteilen unterschiedliche Rechte einräumte. Die Staatsführung sollte ein nicht an das Vertrauen des Parlaments gebundener, ausschließlich vom griechischen Bevölkerungsteil — 1979: 78 Prozent — ge-

## Zypern: Ein neuer Staat — die alte Politik



Radarstation der Royal Air Force auf dem Olymp, mit 1953 m der höchste Berg Zyperns

wählter Präsident übernehmen. Die türkische Minderheit — 18 Prozent — sollte allein den Vizepräsidenten wählen. Die gesetzgebende Gewalt sollte bei einem wieder proporzmäßig gewählten Abgeordnetenhaus (33 griechische Vertreter, 15 türkische) liegen, die Exekutive dagegen ausschließlich bei einer von Präsident und Vizepräsident gemeinsam zu ernennenden Regierung.

Erster Präsident wurde Erzbischof Makarios III., der bis zu seinem Tode im August 1977 regierte. Sein Nachfolger wurde der Vorsitzende der „Demokratischen Partei“, Spyros Kyprianou. Der verfassungsmäßig festgelegte ethnische Proporz in der Staatspitze

wurde noch dadurch verkompliziert, daß die Benachteiligung der Türken auf anderen Gebieten durch bedeutende Vorrechte ausgeglichen wurde. Die dadurch entstehenden Reibungspunkte im Zusammenleben der beiden Gruppen boten breite Einflußmöglichkeiten der NATO-Staaten, die allergrößtes Interesse an dem „unsinkbaren Flugzeugträger“ vor der libanesisch-irakischen Küste hatten. Im Dezember 1963 kam es zum ersten bewaffneten Konflikt zwischen beiden Bevölkerungsteilen, mit dem Ergebnis, daß die türkischen Vertreter ihre Mitarbeit in den Verfassungsorganen einstellen. Sie bildeten stattdessen 1967 eine „Provisorische

Türkisch-zyprische Administration“. Im Juni 1968 nahmen Vertreter beider Bevölkerungsgruppen Gespräche zur Aufhebung ihrer tendenziellen Spaltung auf. Seit 1972 sind es diesen Verhandlungen auch ein UNO-Botschafter hinzu.

Alle diese Anläufe wurden abrupt zerschlagen, als am 15. Juli 1974 der griechische Befehlshaber der Nationalgarde, inspiriert von den Athener Obristen, putschte, mit dem Ziel, die Insel vollends an Griechenland anzugliedern. Unter weltweitem Protest schickte der Putsch (und war damit der Anfang vom Ende der Obristenherrschaft auch in Athen), gleichwohl bot er der Türkei den Anlaß, nun ihrerseits zu intervenieren. Unter dem Oberkommando des sozialdemokratischen Premier Echevri besetzten im August 1974 türkische Truppen rund 40 Prozent des Inselterritoriums.

Eine nicht ganz unwesentliche Rolle bei den westlichen Einmischungen dürfte die Tatsache gespielt haben, daß im griechischen Bevölkerungsteil die „mokratische“ AKEL-Partei starken Einfluß besaß, und auch heute noch mit 33% der Stimmen die stärkste Partei ist. Zypern erwarb sich in NATO-Kreisen den Ruf eines „Kubs des Mittelmeers“, der langjährige Präsident der Insel, der durchaus am Westen orientierte Makarios, wurde gelegentlich „Caesar im Priesterrock“ tituliert. Zweifellos sind dies Überreibungen, aber auch untrügliche Anzeichen dafür, daß die NATO mit den Zweifeln auf der Insel nicht so ganz zufrieden war.

### Der „Flugzeugträger“

Bereits die Proklamation der Republik Zypern war das Ergebnis imperialistischer Einmischung. „Das Ende der fünfzig Jahre nach dem Libanon-Konflikt, dem Unruhen in Jordanien und dem Umsturz im Irak die westlichen Interessen im Nahen Osten besonders gefährdet erschienen, war eine Lösung des Zypernproblems vordringlich geworden, die den bewaffneten Konflikt auf der Insel beendete und diese dennoch in das westliche Bündnis einband. Das schien mit den Abkommen von Zürich und London im Februar 1959 auch gelungen zu sein. Großbritannien behielt seine zwei Militärstützpunkte. Zusammen mit Griechenland und der Türkei bildete die alte Kolonialmacht ein Triumvirat von „Schutzmächten“, die in Krisenfällen vereint oder jede für sich den „inneren Frieden“ der Republik wiederherstellen konnten.“ (1) Großbritannien und die Türkei waren gleichzeitig Mitglieder im CENTO-Pakt, einem Bindeglied zwischen der europäischen NATO und der SEATO in Südostasien. Im Hintergrund standen eindeutig militärische Interessen. „Mit der wachsenden Bedeutung der Ölströme des Nahen Ostens, der seit dem Zweiten Weltkrieg gestiegenen militärischen Bedeutung von Luftlandtruppen und Luftstützpunkten und mit dem Verlust der britischen Basen in Palästina und Ägypten hatte Zypern für die Engländer schließlich die strategische Bedeutung gewonnen, die sie ursprünglich dazu bewogen hatte, die Insel zu übernehmen. Ihre Militär-Experten wußten besonders zu schätzen, daß von Zypern mit seinem „hervorragendem Flugwetter und erstklassigen Flugplätzen“ alle in Frage kommenden feindlichen Luftstützpunkte erreichbar“ waren. So wurde z.B. 1954 das britische Nahosthauptquartier von Suez nach Zypern verlegt (2).

Auch im Rahmen der Eisenhower-Doktrin (1957) hatte die Insel ihre Funktion: „... wurde die Türkei für die USA und die NATO zum wichtigsten regionalen Partner. Denn als Mitglied in der NATO und ihrer Fortsetzung nach Osten, der CENTO, bildete sie das zentrale Bündnischarnier und war zugleich Hauptbollwerk gegen die Sowjetunion. Der gesteigerte Bündniswert wirkte sich unmittelbar auf die Zypern-Politik der NATO aus! Denn nun geht es nicht nur, die Insel als „Hochposten und Sprungbrett“ für Polizeiaktionen im Nahen Osten“ zu erhalten, wie ein

amerikanischer Experte ausdrückte. „Ihre strategische Funktion mußte vielmehr im Rahmen einer politischen Lösung sichergestellt werden, die vor allem keine politischen Turbulenzen zwischen den Bündnispartnern im östlichen Mittelmeer auslöste“ (2). Entsprechend zielte die „Fürsorge“ der USA für die Insel: „Ökonomische Entwicklungsprogramme“, vom CIA finanzierte Ausbildung „ausgewählter Cypristen“, und „wissenschaftliches Interesse einschlägiger Forschungsinstitute galten einem Objekt, das als „ein möglicher Prototyp zur Beendigung des kolonialen Status eines strategisch wichtigen Territoriums“ angesehen wurde“ (2).

In einer US-Studie über die Insel heißt es: „Unmittelbar nach der Unabhängigkeit basierte die US-Politik auf vier Hauptzielen, die das nationale Interesse Amerikas am östlichen Mittelmeer widerspiegeln. 1. Die Republik Zypern sollte politische Stabilität entwickeln und sich mit Großbritannien, Griechenland und der Türkei zu einem festen Bollwerk gegen den Kommunismus zusammenschließen. 2. Zypern sollte sein Hauptaugenmerk auf seine ökonomische Entwicklung, freie demokratische Institutionen und eine pro-westliche Orientierung legen. 3. Die USA sollten ihre (aus britischer Zeit) vorhandenen Kommunikationsverbindungen auf der Insel unbehindert benutzen können. Das souveräne Gebiet, der britischen Stützpunkte, sollte unangestastet bleiben und jeder westlichen Nation zu jedem denkbaren Zweck zur Verfügung stehen“ (ziti. nach 2).

Im Nahost-Krieg 1967 spielten die britischen Basen eine wichtige Rolle für den militärischen Nachschub nach Israel, waren aber auch Anlaß für eine Kampagne der cyprischen Linken gegen die NATO und für die Auflösung der Basen. Auch die weiteren Ereignisse in der Nahost-Region führten nur dazu, „daß ihr (der NATO) Appell auf die Insel zu einem regelrechten Heißhunger anwuchs. Die verstärkte Militärhilfe der Sowjetunion für Syrien und Ägypten und die Präsenz ihrer Flotte im östlichen Mittelmeer drohten das bis 1967 eindeutige Übergewicht der 6-USA-Flotte auszugleichen. 1969 verloren die USA ihre Luftwaffenbasis in Lybien und im September 1970 führte ihnen der jordanische Bürgerkrieg vor Augen, welche Bedeutung eine vorgeschobene Polizeistation am Rande des Nahen Ostens gewinnen konnte. Denn als Nachschublager für die jordanische Armee haben die britischen Basen in Zypern wesentlich dazu beigetragen, daß die jordanische Monarchie den palästinensischen Widerstand mit der vollen Brutalität waffenrechtlicher Überlegenheit ausradieren konnte“ (2).

Im Herbst 1973 gewann die Insel Überlegenheit ausstrahlen konnte“ (2). Im Herbst 1973 gewann die Insel aufgrund des Oktoberkrieges zwischen Israel und seinen arabischen Gegnern noch weiter an Bedeutung: „Die ungeheure Materialschlacht machte einen zügigen Ersatz schwerer Waffen für beide Seiten zum kriegsentcheidenden Angelpunkt.“ Den USA stand hierfür nur der portugiesische Stützpunkt auf den Azoren zur Verfügung. „Nach den Erfahrungen des Oktoberkrieges mußte der USA eine zuverlässige Nachschubbasis am Rande des Nahen Ostens wichtiger sein als je zuvor — ob sie nun zur militärisch glaubwürdigen Garantie einer politischen Befriedigung der ganzen Region oder im Falle eines weiteren arabisch-irakischen Kriegs gebraucht würde, oder gar, um der Interventionsdrohung militärischen Nachdruck zu verleihen, durch die US-Verteidigungsminister Schlesinger Anfang 1974 versucht hatte, die arabischen Ölproduzenten zur Ration zu bringen“ (2). Über die reine Nachschubfunktion hinaus eignete sich Zypern im NATO-Konzept auch ausgezeichnet für Aggressionen: Wie der westdeutsche Militär-Experte Rahl vor dem Bonner Arbeitskreis für Wehrforschung darlegte, bieten die britischen Stützpunkte „den Westmächten für den Krisenfall einen Aktionsradius für den Einsatz auch schwerer Luftwaffenverbände ... den sie nur noch von den türkischen Kontinentalbasen in Südwest-Anatolien haben. Als Teil ei-

Fortsetzung nächste Seite

### Forts. von vorheriger Seite

„Diese Haltung ist sowohl falsch als auch gefährlich. Der wertvolle Staatspräsident bemüht sich um eine unabhängige, überparteiliche Haltung. Der Grund liegt darin, daß verhindert werden muß, daß aufgrund der Erfolglosigkeit einer Partei ein Schatten auf dem 12. September und die türkische Armee fällt ... Die Armee ist die Armee der Nation. Eine Partei ist eine Partei eines Teils der Nation. Der Erfolg der Armee ist unser aller Erfolg. Es kann nicht gut geheßen werden, daß eine politische Gruppierung, die vielleicht nicht denselben Erfolg vorweisen wird, unter dem Motto „Wir sind die Fortführung des 12. September“ Propaganda macht.“ (Tercüman, 27.10.83)

### Perspektiven

Das Parteispektrum in der Türkei wird sich verändern. Die jenseits der bisher bestehenden Klassenstrukturen „künstlich“ von den Militärs geschaffene MDP wird untergehen. Gleiches Schicksal droht der Volkspartei (HP), die gegenüber der SODEP (Partei der sozialen Demokratie) kaum in der Lage sein dürfte, die reformistische Arbeiterschaft an sich zu binden. Allein Ozal Mutterlandspartei wird in der Lage sein, der anderen aufbegehrenden rechthürgerlichen Partei, der DYP (Partei des rechten Weges) Paroli zu bieten.

Entscheidend bleibt aber festzustellen, daß diese Veränderungen an dem wirklichen Kräfteverhältnis und der politischen Funktionsaufteilung in der türkischen Gesellschaft kaum etwas ändern. Vielmehr geht es dabei nur um graduelle Umverschiebungen des Ausmaßes der Anerkennung dieses Kräfteverhältnisses durch verschiedene soziale Kräfte. Die diesmal nicht zu den Wahlen zugelassene SODEP und die DYP repräsentieren nur eine Richtung, die stärker die Notwendigkeit formal-demokratisch legitimierter ziviler Kräfte in dem Spiel betont. Die von den Militärs diktierten Bedingungen kön-

nen von diesem Kräfte nicht infrage gestellt werden. Eine linke Strategie, die jetzt aus der Position der Schwäche heraus, in den vorgeblichen Widersprüchen solcher Parteien zu den Militärs einen Hebel zu politischer Veränderbarkeit erblickt, ist zum Scheitern verurteilt.

Die Anknüpfungspunkte für sozialistische Politik liegen ganz woanders. Die harmonisierende Wirkung parlamentarischer ziviler Herrschaft in der türkischen Gesellschaft ist in allen gesellschaftlichen Bereichen aufgehoben.

Vor dem Putsch konnten die türkischen Unternehmer, begünstigt durch die Wirtschaftskrise viele von den Gewerkschaften ausgenutzte Streiks tolaufen lassen, ohne daß sich gravierende politische Folgen ergaben. Mit den neuen Arbeits- und Gewerkschaftsgesetzen wird aber jede kleine ökonomische Auseinandersetzung zum Politikum. Im Zuge der weiteren Verelendung von Teilen der türkischen Arbeiterklasse, die — ehemals in der DISK gewerkschaftlich organisiert — über eine Tradition verfügen können, erbittert für ihre ökonomischen Interessen zu kämpfen, wird es dem staatlich kontrollierten Gewerkschaftsverband Türk-İs schwerfallen, seine Mitglieder ruhig zu halten. In den kommenden kleinen Auseinandersetzungen in den Betrieben wird es darauf ankommen, inwieweit zu den Sozialisten in diesem Prozeß gelingt, einen oppositionellen politischen Kern in diesen lizenzierten Gewerkschaften herauszubilden.

Die von den Militärs angestrebte „Entpolitisierung“ führt gerade dazu, daß jede soziale Bewegung schnell an die politischen Systemmechaniken stößt.

Indes darf die sozialistische Bewegung nicht auf spektakuläre Brüche in der „Militärdemokratie“ hoffen, sondern muß sich weiterhin auf eine lange Phase illegaler Arbeit gefaßt machen.

(Anfang Dezember 83)

### Anmerkungen

1) An dieser Stelle eine Literaturempfehlung, die sich jeder Türkei-interessierte Leser unbedingt zu

Gemüte führen sollte. Der Aufsatz von Caglar Keyder „The Political Economy of Turkish Democracy“ in der New Left Review (Mai-Juni 1979, H. 111) ist die mit weitem Abstand beste Einführung in die Geschichte der Türkischen Republik.

2) Der ehemalige Führer der Gerechtigkeitspartei Demirel beteiligte sich aktiv an seinem Verbannungsort an der Kritik an diesen inzentrierten Wahlen, die seine Rolle als bürgerlichen Politiker auf absehbare Zeit beendet haben. In seinem (mit anderen verfaßten) Manifest führte er aus: „Die Lage ist folgende. Aus drei Zimmern des Ministerpräsidenten sind drei verschiedene Führer geschaffen worden (gemeint sind hier Bülent Ulusu, Necdet Calp und Turgut Özal) Denjenigen, die drei Jahre in demselben Gebäude auf Befehl der Junta die Herrschaft ausübten, hat man Parteien gründen lassen, die drei verschiedenen Meinungen repräsentieren sollen. Das ist eine Operette. Die Rollenverteilung wurde von der Junta vorgenommen. Jetzt kommt sie zur Ausführung ihre Musik sind Militärmusik, ihre Dekoration sind die Kasernen, das Beiwerk die Bajonette. Der Name davon ist eindeutig Betrug an der Demokratie ... Wer immer am 8. November gewinnen wird, der Militarismus wird an die Macht kommen. Die Abgeordneten werden zum Militärdienst einberufen. Auf diese Weise kommt der Militarismus an die Macht ... Wenn nach Kommunismus und Faschismus der Evrenismus in einigen Ländern der Erde als vorbildliche und leichte Herrschaftsform verbreitet wird, dann nützt auch Verwirrung und Flucht nichts mehr. Die Türken werden allein auf sich gestellt, den Evrenismus bekämpfen ...“ (Demokrat Törüye, September 83, auszugsweise Übersetzung ins Deutsche in: türkisch infodienst Nr. 65 vom 28.9.83).

3) Wir lassen hierbei die „unabhängigen“ Kandidaten, ebenfalls von den Militärs sorgsam ausgewählt, außer Betracht.

4) Das Kabinett wurde am 13.11.83 von Staatspräsident Evren ernannt. Vgl.: „FR“, 14.12.83, S. 2





Fortsetzung von vorheriger Seite

des westlichen strategischen Systems zur Kontrolle des östlichen Mittelmeeres und zur Abschirmung des Nahen Ostens gegen sowjetische Aktionen in einer internationalen Krise kann Zypern, sofern und solange die Anlagen benutzbar und frei zur Verfügung bleiben, von relativ großer Bedeutung sein — relativ das heißt, verglichen mit Alternativen, die politisch unsicherer wären“ (zit. nach 2).

Dies mag genügen um die Bedeutung Zyperns für die NATO-Strategie im Mittelmeer, aber auch als Sprungbrett für den Nahen Osten zu unterstreichen. In diesem Sinne unterstützten insbesondere die USA alle Versuche, die zu einer Befriedung und Innenpolitischen Stabilisierung der Insel führten und andererseits die bündnistreuen Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland in einen erträglichen Rahmen hielten. Die Teilung der Insel durch die Invasion türkischer Truppen, der ein Putschversuch der griechischen Junta vorausgegangen war, wurde akzeptiert und durch die Stationierung einer UN-Sicherheitsstruppe politisch abgesichert. Ähnliche Konzepte einer Teilung der Insel wurden NATO-intern bereits seit 1964 diskutiert (2). In der Folgezeit wurde alles getan, um die Spaltung der Insel — und damit auch die Kolonialisierung des Zyperns — zu festigen. So wurden u.a. die jeweiligen Bevölkerungsteile in ihren jeweiligen nationalen Sektoren zwangsumgesiedelt. Im türkischen Teil der Insel ist der türkische Lira inzwischen das einzige Zahlungsmittel usw. Nach wie vor sind etwa 25 000 türkische Soldaten auf der Insel. Der Akt der Staatsauslösung durch Rauf Denktaş verfestigt diesen Zustand nur, erfüllt aber auch die Wünsche des extrem rechten türkisch-zypriotischen Bevölkerungsteils, der seit langem einen Anschluß an die Türkei propagiert.

Im Mai schrieb die FR in einem Kommentar zu den bereits seit längerem laufenden Verhandlungen über das Zypernproblem: „Ein Rückzug vom Flugzeugträger Zypern, dieser ideale Aufmarschbasen der Schwelle zum Nahen Osten, käme Briten, Amerikanern und den meisten NATO-Partnern kaum jemals in den Sinn. Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß noch keine wesentlichen Vereinbarungen zwischen beiden zypriotischen Bevölkerungsgruppen getroffen wurden und das Zypernproblem immer noch als ein interner Konflikt bezeichnet wird.“ (31.5.83) Mit sind die Interessen der NATO-Länder an der Insel, an der geteilten Insel — bereits umrissen. Durch ihr resoluten Vorgehen hat die Türkei, ohne deren Unterstützung der Coup Denktaş nicht möglich gewesen wäre, bewiesen, daß sie willens und in der Lage ist, auf der Insel den Ton anzugeben. Gleichzeitig war das Unternehmen eine ernste Warnung an Griechenland, das zumindest verbal mit der Drohung, die ausländischen Stützpunkte zu schließen, Politik zu machen versucht.

Eher pflichtschuldig nehmen sich denn auch die Kommentatoren der NATO-Länder zur Ordnung der neuen Republik aus, die angebliche „weltweite Verurteilung“ (FR) reduziert sich auf sehr gemäßigte papierenen Mißbilligung und Forderung nach einer „politischen Lösung“. Von Sanktionen — wie sie etwa bei der türkischen Invasion 1974 im Gespräch waren (US-Waffenembargo gegen die Türkei) — ist keine Rede. Lediglich die Peinlichkeit einer diplomatischen Anerkennung dieser neuen „türkischen Provinz“ (FR) erwarten sich die NATO-Länder; nach wie vor ist die Türkei das einzige Land, das ein eigenes Protektorat auch noch offiziell anerkennt. Und das wenige was an „Verurteilung“ überhaupt ausgesprochen wurde, scheint eher dazu angetan, den griechischen NATO-Partner über diese Politik der vorläufigen Toleranz nicht allzu ärgern zu lassen. Mit Erfolg, wie es scheint. Nach der 74er Invasion hatte sich Griechenland aus der NATO zurückgezogen, diesmal scheint es ähnliche Schritte erst gar nicht zu bedenken. Man kann es drehen, wie man will, der Gewinner und Nutznießer der Teilung Zyperns bleibt der gleiche: der westliche Imperialismus, die NATO, der Verberer auch das zypriotische Volk.

Antifö-Kommision  
KB-Göttingen

Literatur: 1) N. Kadirizke: Der fingierte Bürgerkrieg, in: Friedensanalysen No. 8, S. 41.

2) N. Kadirizke, W. Wagner: Im Fadenkreuz der NATO, Rotbuch-Verlag. Das Buch geht ausführlich sowohl auf die Infiltration von USA und NATO als auch auf die „innerzypriotischen Auseinandersetzungen“ ein.

3) Zypern, der konservierte Konflikt, CON-Verlag.

## Brief eines MIR-Genossen aus dem Gefängnis

Rolando Cartagena, ein Genosse des MIR, wartet seit Juli 1981 im Gefängnis von Santiago de Chile auf seine Aburteilung durch das 1. Militärgericht.

Schon einmal mußte er drei Jahre im Gefängnis verbringen, als er am 11. September 1973, dem Tag des Militärputsches in Chile, wie Tausende von Chilenen verhaftet wurde. Durch die Bemühungen der internationalen Solidarität konnte er 1976 in die BRD ausreisen, wo er politisches Asyl erhielt. In der Zeit seines Exils in Göttingen war sein politisches Engagement Beispiel für viele seiner Genossen. Er war jedoch immer davon überzeugt, daß die Pinochet-Diktatur in Chile selbst bekämpft werden müsse. 1979 zog er daraus die Konsequenz und ging illegal in sein Land zurück, um sich in den Widerstand zu integrieren. Als Verantwortlicher für eine Widerstandsgruppe wurde er im Juli 1981 verhaftet und schwer gefoltert. Im Gefängnis gelangte er durch konsequentes politisches Handeln bald in die Leitung der Organisation der politischen Gefangenen. In dieser Funktion ist sein Leben ständig in Gefahr. Deswegen ist er — wie viele Gefangene — auf die Solidarität außerhalb der Gefängnisse angewiesen.

Mit großer Freude gehe ich auf den Vorschlag einer Arbeitsgruppe der FR ein, aus dem Gefängnis der Pinochet-Diktatur heraus einige Zeilen über die Situation in Chile zu schreiben. Ich glaube, daß diejenigen Parteien in Chile, die seit zehn Jahren den Widerstand aufrechterhalten, am ehesten berechtigt sind, Informationen über die politische Entwicklung zu geben. Deswegen handelt mein Bericht von den Kämpfen, die wir — Hunderte von Chilenen und insbesondere die politischen Gefangenen — auf dem Gebiet der Menschenrechte führen. ...

Im Laufe der letzten zehn Jahre, die durch Diktatur und Repression gekennzeichnet waren, entstand ein politisch-sozialer Sektor, den es in Chile vorher nicht gegeben hat. „Die Opfer der Repression“ Diese sind in verschiedenen Gruppierungen, die der Avantgarde zuzurechnen sind, organisiert, wie z.B. die Gruppe der Familienangehörigen von Gefangenen/Verwandten, die ihre Kämpfe darum führen, Aufklärung über den Verbleib ihrer gefangenen/verschundenen Angehörigen zu erhalten; die Gruppe der Familienangehörigen politischer Gefangener, die bis heute einen unermesslichen Kampf für die Freiheit und das Recht auf das Leben der politischen Gefangenen in den Gefängnissen aufrechterhalten; die Gruppe der Familienangehörigen Hingerichteter und die Gruppe für die Rückkehr aller Exilierten ohne irgendwelche Bedingungen. Die Organisation der politischen Gefangenen ist mit ihren Strukturen in den verschiedenen Regionen des Landes präsent.

Alle diese Gruppierungen haben die Rückkehr zur Demokratie und die Verteidigung der Menschenrechte zum Ziel.

Im Jahre 1983 haben die genannten Organisationen große Anstrengungen unternommen, um ihre Kämpfe zu koordinieren und zu vereinheitlichen. Sie finden ihren konkreten Ausdruck in der Antirepressions-Kommision (CAR = Comisión Antirepresiva), in der die verschiedenen Gruppierungen vertreten sind. Ihre Aufgabe ist die Koordination. Dabei behält sie die demokratische und massenwerkstattliche Orientierung bei, da sich auf dem Gebiet der Menschenrechte schon eine Reihe von Institutionen engagieren, die ein distanzierter politisches Verhalten gegenüber allem, was den Interessen der Demokratischen Allianz (AD =

Alianza Democrática) zuwiderläuft, an den Tag legen (diese politische Front steht unter der Führung und Hegemonie der bürgerlichen Opposition — PDC = Christianodemokraten —, die am dem Zustandekommen des Militärputsches beteiligt war).

Die Opposition in Chile läßt sich in zwei politische Tendenzen unterteilen, die unterschiedliche Ziele für das Land anvisieren.

Auf der einen Seite befindet sich die Demokratische Allianz AD, die auf fast alle Institutionen einen gewissen Einfluß ausübt. Ihr politisches Handeln fügt sich in ihre landesweite Politik ein. Die Kritik, die gleichzeitig einer Konfrontation mit dem Regime ausweicht, und partielle politische Forderungen, z.B. haben sie sich niemals öffentlich über die Situation der politischen Gefangenen (PP = Presos Políticos) geäußert, da sie uns für so kämpferisch halten und es vermeiden, sich zu revolutionären und konsequent demokratischen Strömungen in Beziehung zu setzen. Ihr Kampf konzentriert sich vor allem auf die Rückkehr aller Exilierten (wobei sie hinzufügen, die, die sich vor der Justiz verantworten müssen, sollen sich in Chile (1) stellen), die Beendigung der Verbandszensur, die Auflösung der CNI (1), gegen die Folter und teilweise äußern sie sich über die Situation der Gefangenen/Verwandten.

Auf der anderen Seite gibt es die demokratische Volksfront (2), die von denjenigen politischen Organisationen zusammengesetzt wird, die sich zehn Jahre lang im Untergrund gehalten haben. Ihre Forderungen gehen über die obengenannten hinaus, denn ihr Kampf gilt der Befreiung der politischen Gefangenen, der Auflösung der CNI und der Verurteilung aller Schuldigen, die in Chile die Menschenrechte verletzt haben — angefangen bei den Mitgliedern der Militärdiktatur. Diese Forderungen sind nicht nur für die politischen Gefangenen, der Auflösung der CNI und der Verurteilung aller Schuldigen, die in Chile die Menschenrechte verletzt haben — angefangen bei den Mitgliedern der Militärdiktatur. Diese Tendenz kritisiert und kämpft auch gegen Situationen der unannehmlichen Repression und drohender Gefahr, wie im Fall der Knechtsgerichte (Consejo de Guerra). Die Diktatur benutzt diese als Mittel, um gegen die Widerstandskämpfer mit der Todesstrafe vorzugehen zu können. Es ist wichtig hervorzuheben, daß die Diktatur versucht, jeden Ausdruck von Organisation und demokratischem Volkskampf zu unterdrücken und zu zerstören. Die beiden erwähnten Tendenzen stimmen sich oft nicht klar und deutlich, und wir können sie meistens nicht aufgrund ihrer Mobilisierungsfähigkeit einschätzen, sondern aufgrund ihrer politischen Äußerungen und der politischen Alternative, die sie zu bieten haben.

In letzter Zeit mußte die bürgerliche Opposition ihre Kampfmethoden ändern, weil sie befürchtete, durch die wachsende Volksmobilisierung an den

Rand gedrängt zu werden. Zum Beispiel: Seit dem ersten Nationalen Protesttag im Mai (1983) wendet der Widerstand alle Formen des Kampfes an, insbesondere die Errichtung von brennenden Barrikaden. So mußte die AD nach den Protesten die Barrikaden für zulässig erklären, bezeichnete sie aber als symbolische Feuerwerke („fogatas“). So muß die bürgerliche Opposition ihren politischen Kurs radikalisieren und dafür kämpfen, daß ihre Marginalisierung durch die Dynamik der antiautoritären Bewegung vermindert wird.

Im Zusammenhang mit dem Kampf für die Verteidigung der Menschenrechte des chilenischen Volkes und der Opfer der Repression muß die Wichtigkeit der Arbeit der CODEPU (Comité de defensa de los derechos del pueblo = Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes) (3) hervorgehoben werden.

Augenblicklich konzentriert sich der Kampf für die Menschenrechte auf: — die Aussetzung der Todesstrafe für drei Genossen durch ein Kriegsgericht, das sich aus sieben Offizieren zusammensetzt, die die verschiedenen Waffengattungen der Streitkräfte repräsentieren (4);

— die Unterbrechung der geheimen Gefängnisse der CNI durch zivile Gerichtsinstanzen;

— die Auflösung der CNI. Gegenwärtig wird diesen Forderungen Nachdruck verliehen durch die Selbstorganisation der Arbeiter (Acuerdo in der Stadt Concepción (er verbrannte sich), weil er keine Antwort über den Verbleib seiner beiden Söhne erhalten hatte).

Die Kämpfe der Opposition waren zwischen Oktober und November zahlreich, z.B. versammelten die politischen Gefangenen der Hauptstadt zusammen mit ihren Angehörigen öffentliche Fastenaktionen mit dem Ziel, auf die Todesstrafe für die drei Genossen hinzuwirken, die die Diktatur mit ihren „legalen“ Instrumenten ermorden will. Diese Bewegung hat die Unterstützung zahlreicher Basisorganisationen hervorgerufen, wie z.B. der Christen, der Elternvereinsbewohner, der arbeitssamen Kupferminenarbeiter, der Studenten, der Arbeiter (öffentliche Erklärung der CNT) und aller Menschenrechtsorganisationen. Es fehlen noch die Solidaritätserklärungen der Kirche, der AD, der chilenischen Menschenrechtskommission, die bislang absolutes Schweigen gewahrt haben.

Im Kampf für den Sturz der Diktatur ist es wichtig, die politischen Kräfte und Ziele, die vorhanden sind, richtig einzuschätzen. Das oberste Kriterium der Revolutionäre und der wirklichen Demokraten muß sein, alle Formen des Widerstands zu unterstützen und voranzutreiben. Die Bekämpfung der Repression (Streikkräfte, CNI etc.) ge-

schicht durch Angriffe auf Kavernen und Mitglieder der CNI genauso wie durch legale, friedliche und direkte Mobilisierung. Es ist auch richtig, ein Maximum an Kräften zu sammeln, um die Diktatur zu stürzen, jedoch ohne unsere Identität als revolutionäre Kämpfer zu verlieren: Wir sind auf der Suche nach einer radikalen Lösung für die Probleme, die unser leidendes und heldenhaftes chilenisches Volk umgeben.

Bevor ich diesen Brief beende, ist es notwendig auf diesem Wege unsere Solidarität mit euren unmittelbaren Forderungen auszudrücken: Raus mit den Atomwaffen aus der BRD und ganz Europa! Täglich sehen wir im Fernsehen die große Mobilisierung, die ihr dagegen unternimmt. Es ist auch richtig, daß sich ein Kämpfer nicht auf einen Kommentar zur Situation in Chile beschränkt, sondern die MIRisten, Kommunisten, Sozialisten (die Konsequenzen) sollten sich im Exil über praktische Aktionen zusammenschließen und die antifaschistischen Deutschen und die Demokraten aufrufen, Briefe und Telegramme nach Chile zu schicken und auf ihre Parteien Druck auszuüben, daß diese schnell Erklärungen gegen die makabre „legale“ Aktion der Diktatur abgeben, die drei chilenische Kämpfer ermorden will. Die politischen Gefangenen geben bekannt, daß wir ab 20. November eine unbefristete Fastenaktion beginnen und Unterschriften für eine Erklärung sammeln, die den Richtern und der Militärgerichtsbarkeit übergeben wird, als Zeichen der Ablehnung gegenüber dem Wunsch Pinochets, drei Genossen — Kameraden im Kampf gegen diese ehrenrührige Diktatur — umzubringen. Bis zum nächsten Brief.

Rolando Cartagena  
„Chef der Kampfgruppe im  
Volkswiderstand“ (PR)  
Mitglied der Koordination der  
politischen Gefangenen in Chile

### Anmerkungen

- 1) Centro Nacional de Investigación = Nationales Untersuchungszentrum — Geheimdienst und hauptsächlich Unterdrückungsinstrument der Diktatur
- 2) Gemeint ist die MDP (Movimiento Democrático Popular = Demokratische Volksbewegung). In der sich der MIR, die Kommunistische Partei, ein Sektor der Sozialistischen Partei und die christlichen Linken u.a. zusammengeschlossen haben (vgl. AK 239, S. 42).
- 3) Die CODEPU unterstützt mit ihren Basisorganisationen die MDP.
- 4) siehe AK 240, S. 5

Einstellung, Übersetzung und Anmerkungen:  
3) Die CODEPU unterstützt mit ihren Basisorganisationen die MDP.  
4) siehe AK 240, S. 5

Einstellung, Übersetzung und Anmerkungen:  
Internationale-Leser-Kommision  
Göttingen

### Vorstellungstermine der Rundreise des Vertreters der South African Black Municipal Workers' Union

Mo, 09.1.	Hamburg
Di, 10.1.	Schleswig
Mi, 11.1.	Kiel
Do, 12.1.	Lüneburg
Fr, 13.1.	Westberlin
So, 14.1.	Hannover
Mo, 16.1.	Clausthal
Di, 17.1.	Bielefeld
Mi, 18.1.	Münster
Fr, 20.1.	Dortmund
So, 21.1.	Köln
Mo, 23.1.	Schweinfurt
Di, 24.1.	Augsburg
Mi, 25.1.	Münchener
Fr, 27.1.	Ravensburg
So, 28.1.	Stuttgart
Mo, 30.1.	Freiburg
Di, 31.1.	Schwäbisch Hall
Mi, 01.2.	Heilbronn
Do, 02.2.	Heidelberg
Fr, 03.2.	Frankfurt

### Spendensammlung zur Unterstützung in Südafrika inhaftierter Gewerkschafter:

Konto C.U. Monica (Unterstützung inhaftierter Gewerkschafter in Südafrika)  
BFG:Köln, Kto.-Nr. 11 46 36 86 00 (BLZ: 370 101 11)

### Aufruf zur Hilfe für den Libanon



Das Foto dokumentiert und informiert über die Situation in Libanon.

Die Hilfe für die palästinensischen und libanesischen Flüchtlinge muß dringend sein.

medico international

betet um Unterstützung für Selbsthilfe und langfristige Projektarbeiten. FR

- Sammelkassette: Dokumentation in Palästina
- Selbsthilfe für die libanesischen Flüchtlinge und die libanesischen Flüchtlinge
- Langfristige Hilfe für die palästinensischen Flüchtlinge in der 9. Jahreshälfte als Menschlichkeit bezeugen

### SPENDEN

Spendenkonto: Frankfurt, Konto 1000  
Konto-Nr. 11 46 36 86 00

medico international  
Hamburg-Landstr. 147 149  
2000 Frankfurt am Main 1  
Telefon (069) 49 51 10



## Philipinen:

Fortsetzung nächste Seite

kräfte im Jahre 1972 ca. 68 000 Mann so beträgt ihre gegenwärtige Stärke knapp 285 000 Mann. Hierbei sind nicht einmal paramilitärische Verbände — darunter auch die sog. Bürger- oder Heimatschutztruppen (CHDTs) — berücksichtigt, deren Zahl weit über 100 000 liegt. Dazu gesellen sich noch Eliteneinheiten und eine Vielzahl politisch orientierter Sektten/Schlägertruppen, die vornehmlich auf Mindanao zur Bekämpfung der muslimischen Moro National Liberation Front (MNLF) und der Neuen Volksarmee (NPA), des marxistischen Arma der Kommunistischen Partei (CCP), im Einsatz sind. Deutscher Land, von der fortdauernden Bedrohung durch die USA abgesehen, niemals einen äußeren Feind zu fürchten hatte, ist ernstlich, gegen wen das Gesetz unter dem Kriegrecht gemeldet. Frankenstein-Monster eingeschlossen wird, gegen ethnische Minderheiten, die sich Landverteilungen im Namen von „Entwicklung“ widersetzen, gegen die Masse der Pachtbauern, deren ungebrochener Kampf der Beseitigung von Wucherpraktiken und Senkung bzw. Abschaffung erdrückender Abgaben gilt, gegen revolutionäre Arbeiter in Stadt und Land, die sich trotz Streikverbot gegen Hungerlöhne (Anm. 2) und Manchester-kapitalistische Ausbeutungsformen in den Schatten stellende Vegetarbedingungen zu Wehr setzen; gegen das anwachsende Heer von Slumbewohnern, die sich in selbstorganisierten Widerstandsgruppen noch auf Müllhalden den Planergruppen trotz in den Weg stellen, gegen Schüler und Studenten, die nicht weigern, Semester für Semester mit der „kulturellen Idiotisierung der ‚Neuen Republik‘“ vollgestopft und nach Studienabschluß arbeitslos auf die Straße geworfen zu werden; und zunehmend







# „Eine nie gekannte Nötigung andersdenkender Schüler ...“

Die Friedenswoche an den Schulen im Spiegel der Presse



„Die Schweine“ aus dem Teletta-Großgymnasium

„Als Denkstoß und kleinen Ersatz für das, was bei uns nicht stattfinden durfte“ beschlossen zehn Schüler der 12 und 13 Klassen des Teletta-Großgymnasiums um ostfriesischen Städtchen Leer, nachts Friedensplakate an die Schulmauer zu kleben. Das Thema „Frieden“ war trotz Beschluß der Gesamtkonferenz von der Schulleiterin verboten worden. Die nächtliche Wandaktion endete für einen Schüler beinahe tödlich mit den Worten: „Hab ich euch endlich ihr Schweine!“ riefte der Hausmeister einem Schüler eine Fackel in den Rücken, schlug danach mit dem Stiel auch noch auf ihn ein, als er bereits ohnmächtig auf dem Boden lag. Für den Oberkreisdirektor Gerhard von Haus aber wird jetzt alles nur dramatisiert, denn der Hausmeister habe ja nur „weiteren Schaden vom Landkreis abwenden wollen“.

So rauh geht es nicht überall zu, aber die Stimmung rechter Beamter und Parteipolitiker — angeblich — von Friedensaktivitäten ist erregt.

Besucht Papst Johannes Paul II. das Land oder setzt der höchste Repräsentant des freiheitlichen Staates, den es je in diesem Land gegeben hat, auch nur einen Zipfel seiner Zehe auf guten deutschen Heideboden zur beispielhaften Erhellung von deutscher Seele und Geist, ist „Schulfriede“ erste Bürgerpflicht. Und auch als Tausende Polizisten in Nordrhein-Westfalen wegen Anti-AKW-Demonstrationen (Kalkar) oder jüngst am Niederrhein anlässlich eines Nato-Mandats in Schulen einsamisiert wurden, war Unterrichtsbefreiung zugunsten dieser Art von „Sicherung des Friedens und der Freiheit“ kein Verstoß gegen die Dienstvorschriften. Aber Friedensbewegung an den Schulen bedeutet tödliche Gefahr für den Rechtsstaat. Da wurden „Kinder politisch mißbraucht“ („Welt“, 18.11.), „Kinder zum Mitmachen gezwungen“ („Hamburger Abendblatt“, 10.83.), „mißbrauchten Schüler Atom-Grab ausheben“ („Welt“, 3.11.), da wurde der „Friedenskrieg in der Schule“ geführt („Welt“, 8.11.).

Die Hetzkampagne zielt auch auf die GEW ab, die den Rechten schon lange ein Dorn im Auge ist. „Es sind die GEW-angehörigen Lehrer, die sich nicht darauf beschränken, über die realisierenden Konzepte zur Sicherheitspolitik zu informieren, ganz ungeniert kündigen sie an, bei ihren Schülern ‚Betroffenheit über die Reaktionsnationalisierung‘ erzeugen zu wollen.“ („FAZ“, 14.9.). Na sowas! Und auf die Aufrufe, am Aktionstag (22. Okt.) den Schulen massenhaft fernzubleiben, schrieb die „FAZ“, „Mancher beteiligte sich an diesem Samstag als Brandstifter, und nachher wird er wie ein Biedermann sagen, am Samstag hätten die meisten Schüler ja ohnehin frei“.

Ein Peter Schmalz mußte endlich einmal aus seinem tiefsten Inneren Licht in das Dunkel bringen: „Die GEW die Lehrer für den Frieden rüstet“. Die linksgerichtete GEW rüstet zur Zeit massiv zum Kampf gegen die Bundeswehr, gegen die Nachrüstung und die Bundeswehr sowie Nachrüstung und deklariert diese ideologische Schlacht als „Verfassungsfrage zur Volkerverständigung“. Daßer gebe sie Lehrern Material an die Hand, dessen „Hauptziel die Diffamierung der Bundeswehr und der westlichen Verteidigungspolitik“ sei („Welt“, 11.10.). Der bayerische CSU-Innenminister Tandler, der sich gerade in Sachen Flick-Skandal sehr deplaziert engagiert, warf der GEW vor, „unter dem Mantelchen des Friedens Unfrieden in die Schulen zu tragen, die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik zu unterminieren und demokratische westliche Politiker zu diffamieren“. Ausgerechnet als „Verstoß gegen das bayerische Bildungsziel der Volkerverständigung“ wertete der Kultusminister Maier (Bayern) die Aufforderung der GEW, daß Lehrer und Schüler Reden von Reagan und Hitler vergleichen sollten: „Es ist eine Ungeheuerlichkeit, die Friedensheute mit dem amerikanischen Friedenswillen gleichzusetzen.“ („Welt“, 20.10.).

## Die CDU sieht rot

Der ehemalige Kultusminister Olgemohn (SPD) wies in einem Brief an alle 170.000 Lehrer Nordrhein-Westfalens darauf hin, daß es weder für Lehrer noch für Schüler Sonderurlaub oder Unterrichtsbefreiung (wie es für die Demonstration am 10. Oktober in Bonn noch möglich war) geben werde. Er warnte davor, die Schulen zu einem Ort „politischer Auseinandersetzungen“ werden zu lassen. Der bayerische Kultusminister Krollmann (SPD) ließ Projektträger zu, sofern sie „pädagogisch vernünftig und sinnvoll abgehalten“ würden. Keinesfalls dürfe es aber zu „einem einseitigen Agiti-Prop-Spektakel“ kommen („Frankfurter Rundschau“, 21.10.).

Der CDU-Bildungspolitiker Lauterbach warf der bismarckischen Schulaufsicht „Unmündigkeit“ vor, die dazu geführt habe, daß „linke Lehrgruppen den Unterricht für einseitige politische Aktion mißbrauchten“. Er beklagte, daß mehrere hessische Schulen sich zu Atomwaffenfreien Zonen erklärten hätten und daß die Friedensdiskussion den Unterricht ersetzt habe. „Obwohl“ Nicaragua-Komitees und ähnliche Organisationen richteten Aktionstage aus, Lehrer gar, die ihren Unterricht nicht zum Thema „Rüstung tötet“ durchführen wollten, hätten sich bei den Direktoren dienstlich melden müssen. Es sei beobachtet worden, nach dem politischen Projektunterricht die Schüler geschlossen auf einen „Basar der Abrüstungsalternativen“ zu führen. Damit sei das „Dienstrecht auf den Kopf gestellt“ und die Amtspflicht verletzt worden („FAZ“, 23.11.). Um das Dienstrecht wieder auf den rechten Fuß zu stellen, versicherte der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Main-Kinzig, Walter Kern, an mehr als 40 Schuldirektoren Informationsbroschüren, etwa „Die Friedenspolitik der CDU“, „Die Überwindung der Sowjetunion“ und „Die SPD streift aus“. Das solle dazu beitragen, „daß eine einseitige Darstellung dieses sehr komplexen und wesentlichen Themas im Unterricht unterbleibt. Eine einseitige Verwendung von Darstellungen der ‚Friedensbewegung‘ oder ihrer Befürworter, wie das leider von manchen Schulen schon bekannt wurde, wäre auch ein Verstoß gegen den Erlass über politische Werbung im pädagogischen Raum.“ („Frankfurter Rundschau“, 21.10.). Ein Verstoß wurde in den Broschüren nicht gesehen, denn die CDU könne „schlichtlich Broschüren verschenken, an wen sie wolle“, und man müsse ihr ein „Recht auf Mahnung“ zugestehen. In einigen Schulen wurden die Kartons zur freizeitlichen Verfügung von den Direktoren in die Lehrerzimmer gestellt („FR“, 1.10.).

In Westberlin nahmen mehrere tausend Lehrer und Schüler an Friedensaktionen teil, zogen mit Transparenten gegen die „Nachrüstung“ um die Schulen. Springers Presse begann schon Tage vorher mit Kampagnen gegen „Indoktrination“ an Schulen. Obwohl das Abgeordnetenhaus entschieden hatte, Schüler für Friedensaktionen vom Unterricht zu befreien, wurde dies von der Schulverwaltung verboten. Den Lehrern drohte Schubensatoria Laurien (CDU) — womöglich zukünftige Bürgermeisterin — für den Fall einer Beteiligung an Schulstreiks mit disziplinarischen Maßnahmen. Der GEW warf sie vor, sie mache sich der „Anleitung von Lehrern zum Amtsmißbrauch schuldig.“ („Welt“, 20.10.). An mehreren Schulen verurteilten die Schulleitungen, den Streik dadurch zu verhindern, daß Lehrer und Schüler in den Gebäuden eingeschlossen wurden („faz“, 13.10.).

Gegen 20 Lehrer haben die baden-württembergischen Oberschulämter disziplinarische Ermittlungen aufgenommen („faz“, 13.10.). Der rechtslastige Kultusminister Mayer-Vorfelder wollte sich nicht scheuen, notfalls auch gegen 10.000 Lehrer zu ermitteln. Just in der Friedenswoche verabschiedete er sich mit amtlichen Mitteilungen über Verbote politischer Aktionen an Schulen und mit Verwaltungsvorschriften

zu einer Demonstration ganz nach seinem Geschmack von Friedenspolitik: als aktiver Reservist, der sich auch nicht scheut, in Uniform möglichst häufig in der Presse zu präsentieren, z.B. bei einer Reserveoffiziersübung französischer Fallschirmspringer Seine Oberschulämter riefen Schulleiter zu streng vertraulichen Konferenzen zusammen, in denen sie angewiesen wurden, den Lehrern bekanntzugeben, daß — „sogenannte Friedensgottesdienste“ untersagt seien;

— geplante Veranstaltungen der Schülermitverwaltungen zum Thema „Friedenssicherung und Bundeswehr“ verschoben seien;

— Lehrerkonferenzen wegen der möglichen Diskussionen zum Thema Frieden zu verbieten seien;

— verstärkte Pausenaufsichten für Ruhe und Ordnung zu sorgen hätten. Selbst das Schweigen für den Frieden, wenn für die großen Pausen vorgesehen, sollte untersagt werden. Wie dieses Verbot allerdings durchgeführt werden sollte, blieb ein Geheimnis der Oberschulämter.

Das Oberschulamt Freiburg (Baden-Württemberg) hat inzwischen gegen sechs Lehrer — aus ihre Namen waren bekannt — disziplinarische Vorermittlungen eingeleitet. Sie hatten als Mitglieder des Personals an einer Personalversammlung von Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen teilgenommen und mit 100 anderen Kollegen kurzzeitig zum Einhalten der Versammlungsregeln von Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen teilgenommen und mit 100 anderen Kollegen kurzzeitig zum Einhalten der Versammlungsregeln von Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen teilgenommen und mit 100 anderen Kollegen kurzzeitig zum Einhalten der Versammlungsregeln von Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen teilgenommen.

Der nordrheinische Kultusminister Oetzel (CDU) warnte davor, daß Lehrer „die fünfte Kolonne der ‚Friedensbewegung‘ spielen“ und die Schulen zum „Kampffeld“ würden. Da die Schule in der deutschen Tradition praktische Staatschule sei, könne sie nur funktionieren, wenn sie sich aus dem parteipolitischen Streik heraushebe. Wenn die Ankündigung aus dem Kölner Kongreß „Pädagogen gegen Rüstung“, „Möglichkeiten der Gegenwart zu erörtern“, bedeute, aktiv zu werden gegen eine von der legitimierten Regierung vertretenen Linie der Verteidigungspolitik, die in westlichen Demokratien „immer nur Friedens- und Sicherheitspolitik bedeuten könne, dann bedeute das einen einseitigen Mißbrauch von Schulen“. Lehrer würden disziplinarisch geprüft, ob sie ihrer Pflicht noch gerecht würden („Welt“, 13.9.83.).

Zwischen der Mainzer Landesregierung (Rheinland-Pfalz) und der Evangelischen Kirche kam es zu einigen Meinungsverschiedenheiten, weil die Bezirksregierung in Neustadt mit Zustimmung von Kultusminister Gölter (CDU) mehrere für den 20. Oktober in Ludwigshafen, Oppau und Mundenheim angekündigte Schulgottesdienste zum Thema Frieden verbot. Das Verbot betrafte nicht nur die Frage, ob der Staat das Recht habe, die Inhalte von Gottesdiensten zu bestimmen, sondern auch, wieweit der konfessionell bestimmte Unterricht eigenständig sei, so Oberkirchenrat Kroschauer. In den Gottesdiensten sollten Grundschüler selbstgebastete Friedensstäben von der Empore in das Kirchenschiff hinuntergeben lassen. Die Direktoren gaben

erst auf Druck der Bezirksregierung dem Verbot nach, weil diese sich auf eine Verordnung aus dem Jahre 1977 berief und eine zeitliche Nähe zu den Friedensaktionen, also ein „enger Zusammenhang zwischen den Gottesdiensten und der an Schulen verbotenen politischen Agitation“, unbestreitbar sei („Frankfurter Rundschau“, 19.10.).

In Lübeck (Schleswig-Holstein) machte vor allem die Junge Union von sich reden. In einer gezielten Diffamierungskampagne beschuldigte sie 600 Lehrer, die eine Anzeige gegen die Rastereinstellung unterschrieben hätten: die Liste der Schüler sei lang, die unter den genannten Lehrern zu finden hätten, weil sie politisch anders dächten. Beweise konnten allerdings bis heute nicht erbracht werden. Anke Frankenberg, JU-Mitglied: „Unsere Meinungsfreiheit ist in einigen Fächern stark eingeschränkt, da sofort Sanktionen in Form schlechter Zeugnisse zu erwarten“ seien. Die Anzeige der 600 Lehrer sei für die JU ein „politischer Skandal“, und der „Schulfriede sei gestört“.

Die Schüler-Union (SU) sah in der Feststellung, daß die Bundesregierung an der Vorbereitung eines Angriffskrieges beteiligt ist, eine „nie gekannte Nötigung andersdenkender Schüler“. Die JU verlangte disziplinar-rechtliche Maßnahmen gegen die Unterzeichner. Die SU forderte, „in diesem Fall deutliche Akzente zu setzen.“ („Frankfurter Rundschau“, 25.10.).

## Die CDU am Beginn einer politischen Offensive

Ganz besonders tief griffen Hamburger CDUler, allen voran der schulpolitische Sprecher Friedhof Keiber und Oppositionschef Perschau, in die braune Drecksäcke, um damit wild um sich zu werfen. Auch wenn sich dies für einige möglicherweise mehr als mißlungenes Provokationsmanöver darstellt, sollte ein solcher Auftakt für Diskriminierungs- und Verfolgungskampagnen, der an sich immer Leuten wie Geißler und Co. vorbehalten blieb, nicht unterschätzt werden. Die dahinterstehende Gesinnung und Wortwahl, die sich in dieser Weise öffentlich ohne großen Widerspruch Luft macht, stimmt bedrohlich: Die CDU sei „am Beginn einer politischen Offensive ... um die Eltern gegen eine einseitige Beeinflussung ihrer Kinder zu mobilisieren“ Leute, die so

sprechen! Und nicht, ähnlich bedrohlich: Die CDU sei „am Beginn einer politischen Offensive ... um die Eltern gegen eine einseitige Beeinflussung ihrer Kinder zu mobilisieren“ Leute, die so reden, handeln meist so, wenn nicht schlimmer. Gleich zwei Broschüren stellten sie zum „politischen Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen während der sogenannten ‚Friedenswoche‘ an Hamburger Schulen“ (erste Broschüre) und „weitere Fälle des politischen Mißbrauchs ...“ (zweite Broschüre). In diesen Broschüren werden Zitate von Schulsenator Grolle (SPD), Zeitungsbereiche und Flugblätter im Stil einer Anklagebroschüre zusammengestellt. Bewiesen werden soll, daß Grolle den Lehrern einen „Freibrief für jede Politisierung der Schulen“ gebe („Bild“, 10.11.), daß er zahlreiche Verstoße gegen das Beamtenrecht ermöglicht habe („Welt“, 11.11.). Die „an sich guten Richtlinien“ würden „ausgehöhlet“ („Hamburger Abendblatt“, 10.83.), daß „Mißbrauch Tür und Tor geöffnet“ sei. An den Schulen werde ein „Klima der Angst“ erzeugt. Grolle sei unfähig, „die Meinungsfreiheit in den Schulen zu gewährleisten“ und die „ungesetzliche, primitiv-agitatorische Maßnahmen“ zu verbieten, da „Linksideologien nicht nur geduldet, sondern sogar begünstigt“ würden.

Die CDU appellierte an die Einsicht der SPD-Rechten, „die wir wir das Treiben nicht gutheißen“ könnten, womit sie wohl Recht hat. Fazit: „Senator Grolle soll abtreten — er ist untauglich!“ („Bild“, 3.10., 10.11.). Und „Linke Lehrer bereiten den heißen Herbst vor“ (dito.). Um dieser Hetzkampagne gegen einen liberalen Schulpolitiker den richtigen Schwung zu verleihen, scheute und scheut die CDU keine Mühen und Kosten. Ein „Sorgeninfektion“ wurde in der Bürgerchaftsfraktion eingerichtet, für Eltern, Schüler und Lehrer, um über Manipulations- und Indoktrinationsversuche in den Schulen, vor allem während der „Friedenswochen“ zu in-

formieren. Als nächster Schritt ist eine ständige „rechtliche Beratung bei der Abwehr derartiger Unterrichtsmißbräuche“ geplant. Flugblätter und andere „Aufklärungsaktionen“ folgten. Viele Eltern hätten es bisher nicht gewagt, ihre Befürchtungen zu äußern, weil sie Nachteile für ihre Kinder befürchteten. Linksgerichtete Pädagogen hätten in den Schulen „unzulässigen und freiheitlichen Anpassungsdruck“ erzeugt: Alarmübungen mit Lautsprechern oder das Malen von Atompilzen würden ebenso Meinungsdruck produzieren wie die Malaktion „Kohl botanischer Garten“; Raketen zwischen Blumen und Pflanzen (hoffentlich auch ein paar Kohlköpfe), oder das „Ausheben eines symbolischen Grabes für die Atomkriegsopfer“, offizielle Aufrufe von Schülern zu politischen Demonstrationen, vorzeitige Beendigung des Unterrichts, einseitige Behandlung von ohnehin propagandistischen Themen wie „Atomkriegspropaganda der USA“ und „Atomkriegsplanung in der Bundesrepublik“. Schüler gar, die sich weigerten, spontan verfaßte Friedenslieder nicht auswendig zu lernen, seien zurechtgewiesen worden. An einer Sonderschule hätten behinderte Schüler Friedensstäben basteln, Friedensgedichte schreiben und Bilder zum Thema Frieden zeichnen müssen: dies seien besonders verwerfliche Beispiele von Manipulation. Ein Schulleiter habe gerade noch eine körperliche Mißhandlung von Schülern gegen andere Schüler unterbinden können, die sich weigerten, vorgefertigte Brieftexte an den Kanzler zu schicken (alles Beispiele — aus — e.g. — CDU-Dokumentationen).

Alle Fälle, in denen Kinder bei Friedensaktionen „politisch mißbraucht“ worden seien, sollten parlamentarisch untersucht werden, um „linken Meinungsdruck und Meinungsterror“ entgegenzutreten, so Oppositionschef Perschau. „Extreme GEW-Lehrer“ seien für die „Symptome für die sich verstärkende Linkserziehung an vielen Schulen“ verantwortlich. Die Erziehung einer ganzen Generation gehe an der Wirklichkeit vorbei. Dies seien die größten politischen Gefahren, die höherer Rang seien als die gigantischen Schuldenprobleme. Der Verfassungsausschuß des Landesparlamentes solle den „Schüler-Mißbrauch“ an mehr als 30 Schulen überprüfen. Falls dies alles nichts — fruchtete — solle — ein Untersuchungsausschuß eingerichtet werden. Zusätzlich würden Initiativen vorbereitet, um die Dienstausübung in den Schulen zu gewährleisten, z.B. eine Änderung des Schulgesetzes. Schulleiter sollten auf Lebenszeit gewählt werden, um sie „von der Abhängigkeit von den Wahlgruppen (Lehrer, Eltern, Schüler) zu befreien.“ („Welt“, 8.11., „Hamburger Abendblatt“, 10.83., „Bild“, 10.11.).

## Schulen: Rekrutierungsbüros für Demonstrationen

## Schulen: Rekrutierungsbüros für Demonstrationen

Auch der Deutsche Lehrerverband (DL), der mit seinen reaktionären Stellungnahmen zur Diskussion um die Friedenszeremonie in den Schulen schon auf sich aufmerksam machte, mußte natürlich wieder seinen Senf abgeben. Der DL-Präsident Clemens Christians warnte die Pädagogen davor, in den Schulen gegen die „Nachrüstung“ zu agitieren, denn es mehrten sich die Anzeichen, daß sich die Lehrer dafür „einspannen“ ließen, die Schüler zu „emotionalisieren“. Es gebe Pädagogen, die ihre Amtsaufsicht dafür einsetzen, Schüler zur Teilnahme an Aktionen zu bewegen; Pädagogen, die als Studenten mit „extrem linken Organisationen Aktionsbündnisse“ eingangs seien und gegen „Regelverletzungen nichts einzuwenden“ hätten. Lehrer seien als Beamte nur „besonderer Qualität mit der Verpflichtung zur Loyalität gegenüber dem Staat verpflichtet“ („Hamburger Abendblatt“, 2.9.) Und der DL-Sprecher Reinhard Behrends meinte, Schüler und Lehrer dürften „auf keinen Fall den Ehrgeiz haben, mit Hilfe der Schüler den Herbst noch heißer zu machen“ („Hamburger Abendblatt“, 1.10.). Warum eigentlich nicht?

Wie schrieb Theodor Adorno in seinen „Studien zum autoritären Charakter“? „Autoritäre Unterwerflichkeit an sich ist dem antidemokratischen Potential oft am deutlichsten in hohem Maße fähig, da sie das Individuum für die Manipulation der stärksten äußeren Mächte empfänglich macht.“ Die vielfältigen und phantastischen Aktionen während der Friedensaktionen im Oktober sind ein guter Anfang, dieser gaudeschen Schul- und Bildungstradition ein bißchen Sand ins Autoritätsgetriebe zu werfen. Die Aufregung der Rechten bestätigt das.

Kinderkommission/KB Hamburg



# Aus dem Leben gegriffen

## Schockierender Sex-Skandal

Das Hamburger Dreckblatt, das „Liebe“ sagt, wenn Schläge und Vergewaltigung gemeint sind („Er zwang sie zur Liebe...“), und das von „Sex-Skandal“ kreischt, wo normale Menschen von Liebe sprechen, teilt uns mit:

### Verführte Klassenlehrerin eines 16-jährigen Schülers?

Von ANDREAS JOST

Vergnügt gingen die rund 40 Schülerinnen und Schüler der Heideschule Buchholz auf Klassenreise — der letzten vor dem Hauptschulabschluss. Die Reise endete mit einem Skandal! Am vorherigen Tag traf eine völlig verstörte Schülerin aus dem Heim ihre Mutter an. „Unsere Klassenlehrerin hat einen Mitschüler verführt!“, Die aufgeregte Mutter fuhr sofort los, holte ihre Tochter nach Hause, alarmierte andere Eltern und die Bezirksregierung in Lüneburg. Empört sagte die Frau: „Wie können Lehrer ein Vorbild sein, wenn sie sich so benehmen?“

Daß Lehrer überhaupt Vorbild sein können, wird wohl jeder bezweifeln, der selbst einmal Schüler war. Wenn aber, dann doch wohl noch am ehesten so, wie hier praktiziert. Was kann einem 16-jährigen schon Angenehmes passieren? Aber Andreas Jost, der ebenfalls 16 war, notiert unerwartlich:

## Das war wohl nichts

### Papst rettete Mörder vor elektrischem Stuhl

Der Papst hat den wegen Mordes zum Tode verurteilten Amerikaner Robert Sullivan (36, Foto rechts) vor dem elektrischen Stuhl gerettet (BILD, 30.11.)

### Robert betete, weinte, dann der Elektrische Stuhl

Gestern um 10.13 Uhr amerikanischer Zeit starb Robert Sullivan ... auf dem elektrischen Stuhl (BILD, 1.12.)

Die Papste sind nicht mehr das, was sie einmal waren. Aber die Elektrischen Stühle funktionieren immer noch.

## So feiert die Drogen-Mafia

### Ei, Ei, Ei — Verpoorten

Von Brigitte Kappe

Die Orgel in der Bonner Heiligen-Geist-Kirche spielte das „Ave Maria“. Wilhelm Verpoorten (27) steckte der Kieler Architektin Susanne Kressel (27) einen goldenen Ehering auf den Finger, küßte sie. Ei, Ei, Ei Verpoorten — eine Hochzeit mit hochpreisigen Gästen.

... Unter den Gästen im Rittersaal der Bonner Godesburg: Günter Maas („Jägermeister“). Er schenkte einen silbernen Becher, verziert mit kleinen silbernen Herzen.

## Eiserne Lady

### „Hanna-Graaite“ Lawren — eine Maggie für Berlin

(BILD, 5.12.)

Ob das nicht etwas übertrieben ist? Zwar

Sie rüttelte an geheiligten Tabus aus SPD-Tagen, schaffte den Null-Tarif für Kindergeschwätz ab

Und

Beherrschte sie die mächtigen Lehrergewerkschaft GEW die Stern „Kein Schulfest für die Friedensdemo“ 1980 Lehrer scherten sich nicht drum. Sie liebte die Namensliste kommen, ordnete Disziplinarverfahren an. Soviel Härte waren die Lehrer seit Jahrzehnten nicht gewohnt

Alles schön und gut. Aber wird sie auch wagen, Ostberlin zurückzuerobern?

## Wieviel Milliarden sind keine Mark?

Nach der Abstimmung des Bundestages zum Vollzug der NATO-Nachrüstung erklärten die GRÜNEN: „Einem Staat, der seine Bürger durch Aufstellung neuer Waffenwerke ausgrenzt, muß jeder Widerstand — vor allem in finanzieller Hinsicht — verweigert werden.“ Natürlich wir unsere Freiheit zum Widerstand.

## Erotische Wende

Der Kampf um DIE WENDE tobte auf den unmöglichsten Schauplätzen. Das geht beispielsweise so: Der „Stern“, dessen Sympathien für die alte sozialliberale Regierung bekannt sind, erscheint am 1. Dezember mit einem Titelbild voller Busen.

### Frauen sprechen über ihre BRÜSTE

Ihren Busen zu zeigen, ist heute für viele Frauen kein Problem mehr, wenn Männer dabei nicht vergessen, daß Frauen auch einen Kopf haben.

Am selben Tag erscheint die „Quick“, deren Sympathien für die bayerische Staats- und Heilspartei bekannt sind, mit zwei Frauenhüften auf der Titelseite

## Die erotische Wende

Während wir alle noch auf den Durchbruch der wirtschaftlichen Wende warten, hat in der Erotik bereits eine massive Kehrtwendung stattgefunden. Deutschlands Männer haben den weiblichen Po als neues Schönheitsideal entdeckt. Der Busen ist in der Erotik auf Platz zwei gerückt.

Pech für Nannen und die SPD. Nämlich.

Männer, die einen großen Frauenpo lieben, sind ordentliche, allerdings leicht pedantische, konservative Männer, die bei der Frau den Kopf und das Mutterliche suchen.

## Schreibtisch-Mörder

Den Kommandeuren und Vollstreckern des Massenmordes eilen die Propagandisten des Männermordes getrennt voneinander Schritts voraus. Jürgen Linowski kommentiert in Springers „Welt“ vom 19.11., zwei Tage nach dem Angriff französischer Kampfraketen auf „gegnerische Stellungen“ in Libanon:

Aber Paris zeigt sich tolerant. Die französische Wende bedeutet nicht nur eine Anerkennung der Realitäten. Sie bedeutet auch eine Anweisung des Auftrags der Friedensstrategie zur Bewahrung des Friedens gehört nun auch der Präventivschlag. Die militärische Logik hat sich durchgesetzt. Das unterstreicht das Engagement einer Schwärzmaße. Jetzt fehlt nur noch die Reaktion der Amerikaner auf das Massaker an den Marines.

Die solchermaßen Angemahnnten brauchen immertun noch zwei Wochen, um dem Drängen des Kommandeurs Folge zu leisten: am 4. Dezember erfolge der längerwärtige „Vergeltungsangriff“ amerikanischer Kampfraketen, für den jeden Morgen in Springer Redaktionsstuben gebetet worden war.

Nebenbei haben wir gelernt: Zur Bewahrung des Friedens gehört der Präventivschlag. Das ist militärische Logik. Die Pershing 2 und Cruise Missile dienen der Bewahrung des Friedens. Alles übrige ergibt sich aus der Anerkennung der Realitäten.

# Frau von Siemens bügelt Geschenkpapier

BILD, 4.8.83

## ...und wie andere Prominente sparen

4.8.83 Von INGRID GALLMEISTER

Die meisten Deutschen sparen — auch die Prominenten. Peter Lehmann von Thun und Taxis (auf mindestens zwei Millionen geschätzt) kauft jedesmal eine Lampe aus, wenn er aus einem Zimmer geht. „Meine Frau vergißt oft, das Licht auszumachen. Das kostet unnötig Strom.“ Sein Schloß St. Emmeram in Regensburg hat 500 Zimmer ...

Der Industrielle PETER VON SIEMENS (Werkumatz 39 Milliarden Mark) verschleßt angebrachte Champagner-Flaschen mit einem Spezial-Korke, damit er den Rest am nächsten Tag trinken kann. Seine Frau JULIA VON SIEMENS: „Ich bügeln Geschenkpapier auf

keinen Wurststiel bekommen. Beim Kühlschrank ist stets voll mit Resten von Wurst, Speck und Schmelzkäse.“

Flugproduzent ATZ BRAUNER sammelt Pfandflaschen.

### Thema des Tages

TED KENNEDY schneidet die verbrauchte Tube Zahnpasta nach auf und trocknet die Reste heraus.

TINA TURNER ist die Laufmädchen ihrer Seidenstrümpfe aufnehmend.

SACKY OMARAH steht ihre Seidenstrümpfe nur vorsichtig mit Seidenhandschuhen an, damit sie keine Fäden ziehen. Nach dem Waschen löst sie sie auf, damit sie wie neu sitzen.

SOPHIA LOREN verurteilt ihre Kleider im Second Hand Shop.

ADRIANO CLEMENTE trägt nur Anzüge, Hemden, Krawatten und Pulis, die Produzenten für seine Filmmöbel besorgt haben.

Hollywoodstar LYNN EIDORAVE packt Seifenreste zu einem neuen Stück zusammen.

Keanu Reeves spart am Friseur. Das stehlen Witz am Waffengang. Das stehlen Witz am Waffengang.

„Während sich die Lehrerin (Anfang 30) mit dem 16-jährigen Schüler vergnügt, kreisten unter den anderen die Schnapsflaschen. Keiner hatte was dagegen. Der (verheiratete) Lehrer ließ sich auf der Fahrt von seiner Freundin begleiten.“

Vier Tage nach dem Anschuldigungsgeschehen wurden Klassenlehrerin und Lehrer vorläufig an eine andere Schule versetzt — bis die Vorwürfe geklärt sind und entschieden ist, ob ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird. (BILD 10.12.)

Daß das Dreckblatt zwar gegen Rambozamba auf der Klassenreise ist, aber ansonsten gar nicht prüde, sofern die Kasse stimmt, ist bekannt.

Katja Bieri, die deutsche Broke Shields, 17, kommt 1984 mit ihrem 5. Film als Liane, das Dschungelmädchen, ganz groß raus. Die Berliner Schülerin ist in dem Film noch leichter bekleidet als hier auf unserem Foto. (BILD, 8.12.)

## Der Aufschwung hat schon begonnen

WIESBADEN Ein „fast unglaubliches Ausmaß“ hat der durch Wirtschaftskrisen in Hessen verursachte Vermögensschaden nach Angaben von Justizminister Herbert Günther (SPD) angenommen. Mit mehr als 2,7 Milliarden Mark bezifferte der Minister „den Schaden, den die Staatsanwaltschaft des Landes bei den von ihnen im Jahre 1982 abgeschlossenen Ermittlungsverfahren feststellte. Gegenüber dem Vorjahr sei dies „eine in der Kriminalstatistik einmalige Steigerung von 700 Prozent.“ (Frankfurter Rundschau, 2.12.)

Es wird wohl daran liegen, daß die Wirtschaft wieder Vertrauen in den Staat zu fassen beginnt

Kurt „Kalle“ Göttsch („Hansen-Rum“) schenkte den gleichen Becher wie Kollege Jägermeister ... Emil Underberg („Underberg“) brachte zwölf langstielige Magenbittergläser.

Werner Schlichte („Steinhäger“) zwei Flaschenborken mit silbernem Knauf.

Arno Thienel („Kroatibiere“) ein Buchbaum mit weißen Tauben

Harro Möller-Racke („Racke Rauch“) sorgte für Getränke aus eigener Kellerei: Kupferberg Bräu und Kupferberg Bier. (BILD, 30.11.)

### Betrunkene im Betrieb — was uns das kostet

Etwas 2,2 Millionen deutscher Arbeitnehmer sind alkoholisiert, trinken oft im Betrieb, schätzen Ärzte und Experten. Das kostet unsere Wirtschaft also um alle rund 15 Milliarden Mark für kaputte Maschinen, Ausfällen und Löhne, die weitergezahlt werden müssen. Bei jedem dritten Arbeitsunfall ist Alkohol im Spiel. (BILD, 8.12.)

Beide Meldungen erschienen tatsächlich im Abstand von nur einem Tag. Springers Vertrauen auf die Blödsinnigkeit seiner Leser ist grenzenlos, und sie rechtfertigen dieses in sie gesetzte Vertrauen jeden Tag aufs Neue.

Kreis Stämme, halber Mark, halber Hand für den Krieg.

Schon haben sie das formuliert. Und nun werden unsere grünen Volksvertreterinnen und -vertreter in Bonn einfach ein Nein ohne Wenn und Aber sagen, wann immer der Staat den mühsigen Bürger zur Kasse bitten will? Und schon gar, wenn es sich um die sogenannten „Verteidigungsausgaben“ handelt, sowieso? Nein, so einfach geht alternative Politik nicht. Sondern so: Die Grünen stellen im Bundestag Antrag, die „Verteidigungsausgaben“ um insgesamt 16,4 Milliarden zu kürzen. Da der gesamte „Verteidigungsetat“ 47,8 Milliarden beträgt, wären wir es nun genau: Wenn die GRÜNEN sagen „Keine Mark für den Krieg“, so sind sie immer noch bereit, dem Moloch „Verteidigung“ über 31 Milliarden Mark in den Rücken zu werfen. Zweifellos muß es sich dabei um flexible Realpolitik handeln, oder wie sonst soll man sich so einen Unfug erklären?

Zwei Fundamentalsoptionen mochten da jedoch nicht mitleiden:

Die Grünen-Abgeordneten Bastian und Kelly enthielten sich bei der Abstimmung über den Antrag der eigenen Fraktion der Stimme. (Frankf., 9.12.)

Wer hätte das von Bastian erwartet? Ausgerechnet!

14 Tage später setzt BILD nach gegen die bereits schwer angeschlagenen Sozialliberalen. Schlagzeile am 15.12.

### gegen Brüste im „Stern“

Jetzt tobt eine Frauen-Revolution gegen den „Stern“. „Wir Frauen als Lustobjekt!“ „Sexismus!“ „Fleischbecken!“ Frauen rufen beim „Stern“ an oder schreiben. Weiter auf Seite 18.

Ob das Thema noch für einen weiteren Tag gut ist? Aber immer! BILD am 16.12.:

### Brüste im „Stern“ Frauen immer zorniger

An die Spitze der zornigen Frauen setzt sich Frau Marianne Strauß, die damit auch den Anspruch ihres Gatten auf die Regierungsmannschaft in Bonn unterstreicht!

„Mit Recht regnen sich die Frauen auf das „Stern“-Titelbild in einfach mies und widerlich.“

Anmerkung für Irritierte: Die BILD selbst bleibt trotz erotischer Wende beim guten alten nackten Busen. In der Ausgabe vom 16.12. beispielsweise auf den Seiten 12 und 24. Kino-Anzeigen nicht mitgerechnet.

## Keine mildernden Umstände

### Terroristen beschließen Bundes-

+ Stahl und Beton auf den Gleisen + Zug rasen in Schienen-Harrkaden + Weichen verstellt + Signale zerstört + Jetzt wollen die ein NATO-Lager stürmen! Seite 2

### „KGB“ — die Terroristen, die auf Zug schließen

Nach Parthianerart wollen die NATO-Nachschub stoppen. Von HORST-GÜNTER TOLMEIN und ERNST LUTCKE

Mit einer Serie von heimtückischen Anschlüssen auf den Eisenbahnverkehr in Raum Bremen haben Terroristen die hiesigen Gegner der westlichen Nachrüstung zum Angriff übergegangen.

Menschenleben spielen ganz offensichtlich keine Rolle mehr in ihrem fanatischen Kampf gegen die NATO!

BILD am SONNTAG erfährt aus zuverlässiger Quelle: Allein zwischen dem 3. und 24. November kam es zu elf Sabotageakten. 1. Ein Wunder, daß noch keine Menschenleben zu beklagen sind! Die meisten Anschlüsse an den Gleisen, über die geigen

Fortsetzung nächste Seite



Ich der Nachschub für die NATO-Siechkräfte von Nordenham und Bremerhaven roht. Ermittlungsbehörden vermuten hinter den Anschlag Anhänger eines „Komitees gegen Bomben-transporte KGB“, das in Norddeutschland unverhüllt zu Sabotageaktionen aufgerufen hat. (...) Doch jetzt planen die linken Ersechbahn Terroristen sogar den offenen Angriff auf BamS erfüllt. Am 17. Dezember - wahrscheinlich nachts - soll ein Terrorkommando das Munitionsdépôt im schleswig-holsteinischen Bundeswehr-Standort Kellinghusen überfallen, Gebäude in Brand setzen oder sogar sprengen. (BILD am SONNTAG, 4, 12).

#### Bundesbahn-Sprecher: „Kinderstrolche“

Die angeblich von „militanten Nachrüstungsgegnern“ verübten Sabotageakte auf Züge der Bundesbahn im Raum Hannover, die „Bild am Sonntag“ und dpa gemeldet hatten, gibt es nicht. Der Polizei waren genau drei Vorfälle seit Anfang Dezember bekannt. In keinem Fall seien Menschen gefährdet worden. ... So etwas kommt immer wieder vor. Man habe in der letzten Zeit keine Häufung solcher Vorfälle beobachtet. Ein Sprecher der Oberzugleitung Hannover zeigte sich empört über die „Bild am Sonntag“. Das seien doch keine Terroranschläge, sondern Kinderstrolche. ... (faz, 5, 12)

Statt „Anfang Dezember“ muß es vermutlich „Anfang November“ heißen. Mit dem Terrorkommando, das laut BamS das Depot Kellinghusen angreifen will, hat es folgende Bewandnis: Mitglieder von strikt gewaltfreien Hamburger Gruppen haben mit einer Vielzahl von Flugblättern und anderen Publikationen öffentlich angekündigt, daß sie am 17. Dezember, und zwar „ab 13 Uhr“, den nach der Lage der Dinge nur symbolisch gemeinten Versuch unternehmen wollen, Waffen in Kellinghusen zu zerstören. Die Darstellung der BamS kommt der Wahrheit also wieder äußerst nahe.

Ein Gericht, das sich zukünftig vielleicht einmal mit den Journalisten Tolmein und Lütke zu befassen haben wird, sollte daran denken, daß weder Zwang noch materielle Not sie zu ihren Taten getrieben haben.

BILD, 28.7.83

## Im Namen des Volkes

BILD: 7.7.83

### 1 Flasche Bier geklaut — fristlos gekündigt

16 Jahre arbeitet Schlosser, am nächsten Tag kam die fristlose Kündigung. Das Landesarbeitsgericht in Hannover gab der Brauerei recht: „Wer stiehlt, stört nachhaltig das Vertrauen des Chefs. Außerdem hätte er auch Leitungswasser trinken können.“ Der Braumeister erwischte den

## 50 Pfennig erpreßt! Schweiß 14 Monate ins Gefängnis

ca. Remmer, 8. Juli  
Für 50 Pfennig Beste muß der arbeitslose Schweißler Karl M. (24) aus Hannover ein Jahr und zwei Monate ins Gefängnis.

„Geben Sie mir bitte einen Fünfzger“, hatte er einen Tischlermeister mitten in Hannover angesprochen. Der Tischlermeister wies ihn ab: „Geh arbeiten, dann hast du Geld.“ Karl: „50 Pfennig, sonst sezt es was!“

Der Tischler ging weiter; Karl lief nach seinen Freunden, die umzingelten den Tischler, der rückte deshalb das Fünfzgerpfennigstück raus — und ging zur Polizei. Ein Zeuge: Ich hab den Schweißler eine halbe Stunde beobachtet. Er hat mehrere Passanten geärgert. Richter Remmer: „Das war rüberliche Erpressung. Solche Fälle häßten sich. Da müssen wir durchgreifen.“

#### Weder verblutet noch erlitten

Manchmal kann das Dreckblatt aber auch sehr pingelig mit der Wahrheit sein: Am gleichen Tag, an dem auf den Seiten 1 und 2 Horst-Günter Tolmein und Ernst Lütke die linken Terroristen weppen ließen, entlarvte ebenfalls in der BamS ihr Kollege Reinhold Stimpert, daß der Vater von Gerda Haupt gar nicht im Ersten Weltkrieg vor Verdun verblutet ist. So ein Skandal! Dabei hatte Frau Haupt, Mitglied der SPD, doch am 22. Oktober an einer Friedendemo in Hamburg mit einem Schild um den Hals teilgenommen: „Mein Vater verblutete vor Verdun, mein Mann erlitt in Stalingrad Meines Kinder und Enkel sollen nicht im Krieg umkommen.“ Aber der Vater ist gar nicht verblutet, sondern wurde im Ersten Weltkrieg nur verwundet. Ob wenigstens bei Verdun, muß auch noch bewiesen werden. Und erst der Ehemann. Der lebt sogar noch! Streng fragt ihn der BamS-Reporter:

„Warum Sie überhaupt im Krieg?“

Nein, nicht einmal das! Er war beim Roten Kreuz und konnte sich drücken. „Gott sei Dank“, sagt er dazu auch noch. Da ist die wahrheitsliebende Sonntagszeitung aber sehr empört und leidet.

Die bösen Lügen bei den Friedens-Demos  
Weder verblutet noch erlitten

#### Stolze Kulturation

Biblich

Im biblischen Alter von 82 hat sich der gläubige Christ und Bankier Hermann Josef Abs um eine Bibel, um Deutschlands und Europas Kultur verdient gemacht. In einer brillanten Aktion rettet er das 700 Jahre alte Evangelien-Buch Heinrichs des Löwen (BILD berichtete). 30 Millionen Mark kostete es. Viel Geld!

Aber ohne Geist und ohne Geschichte wären wir nicht die stolze Kulturation, weltweit geschätzt.

Seit Jahrzehnten setzt sich Abs leise und energisch gegen den Ausverkauf deutscher Kunstwerke zur Wehr. Respekt und Dank!

(BILD, 8. 12.)

Aus Scheiße Gold zu machen, ist rein gar nichts gegen so einen BILD-Kommentar! Aber wirklich, der Name Abs verbindet sich eng mit jenen 1000 Jahren, die Deutschlands Ruf als weltweit geachtete Kulturation wenn auch nicht begründet, so doch auf die Spitze getrieben haben. Und das ging so:

Bis zum 31. Dezember 1937 war Abs Teilhaber von Delbrück, Schückler & Co., einem bekannten privaten Bankhaus in Berlin. Es wurde von den Nationalsozialisten bevorzugt. ... Kurze Zeit nach seinem Eintritt im Vorstand der Deutschen Bank am 1. Januar 1938 wurde Hermann J. Abs sein führender und stärkster Mann. Er wurde auch der vertrauteste Verbindungsmann der Bank bei ihren Geschäften mit der Reichsregierung. ... Der Einfluß von Abs auf die Regierung wurde von Schroeder, der ein Spezialist für die Beobachtung der Beziehungen zwischen dem Großkapital und der politischen Macht war, als „ungeheuer“ beschrieben. ... Emil Puhl, der Vizepräsident der Reichsbank, gab an, daß das persönliche Ansehen von Abs in jahrelanger Regierungsarbeit der Grund war, warum „die zuständigen Regierungsbeamten die Expansion der Deutschen Bank in großen Umfang begünstigten“. ... Die Deutsche Bank war der Exponent eines starren deutschen Bankensystems, einer Art von System, die von den Nazis geprägt wurde, und ebenso schnell wie reibungslos ein Kriegspotential aufzubauen.

„Abs gehörte dem Aufsichtsrat einiger der bedeutendsten Industrie- und Finanzunternehmen in Deutschland und in Ländern an, die von den Nazis beherrscht oder besetzt waren. In den Jahren 1941 und 1942 hatte Abs über 40 Aufsichtsratsmandate inne. Abs' Billigung der in- und ausländischen Tätigkeit der Regierung spiegelt sich in seinen persönlichen Angelegenheiten ebenfalls wider. ... Er nahm aktiv an der Ausrüstung der Flotte der Admiralität teil. Durch die persönliche Erwerbung früherer jüdischer Eigentums wurde er auch ein direkter Nutznießer des Naziregimes.“ (aus: „Bericht über die Ermittlungen in Bezug auf die Deutsche Bank“, in Übersetzung eines Berichtes der US-Militärregierung vom November 1946).

Wer wäre fähiger, wer wäre würdiger, seinen Lebensabend mit einer kriminell-

len Transaktion zu beschließen, die völlig legal abgewickelt wurde, und die mit Phrasen über Gerechtigkeit und Kultur aufdringlich parfümiert werden muß? Bezahlt wird das hübsche kleine Kunstwerk (34,2 x 25,2 cm) selbstverständlich nicht von Herrn Abs, sondern im wesentlichen vom steuerzahlenden Volk. Das Geld fließt der Fürstengruppe der Welfen zu, und zwar (laut FAZ vom 8. 12.) nach diversen Abzügen noch netto 26,4 Millionen Mark. Im Übrigen sprechen alle Anzeichen dafür, daß bei der Auktion in London der Preis durch Absprachen künstlich in die Höhe gejagt wurde: zunächst war nur von einem voraussehbaren Preis von einer Million Pfund die Rede gewesen, später von zwei vier Millionen, tatsächlich erzielt wurden schließlich 7,4 Millionen Pfund.

Die Frechheit soll man erst mal haben, dem Volk einen solchen tiefen Griff in seine Taschen auch noch so darzustellen, daß das Volk sich in der Rolle einer weltweit geachteten Kulturation — also ausgerechnet das darf doch wohl nicht wahr sein! — dumme geschmeichelt fühlt und das Geld gut angelegt meint in einem „Kulturgut der Nation“, dessen bloße Existenz der BILD-Leser morgen sowieso schon wieder vergessen hat.

#### Doch nicht gekrochen

Walesa, Norfalks kriecht ich zum Denkmal

Arbeiterführer Lech Walesa (40) will heute in Danzig am Denkmal für die Opfer der Arbeiterrevolte vom Dezember 1970 Blumen niederlegen. Walesa: „Ich gehe hin, selbst wenn ich kriechen muß. Falls mehr Arbeiter als Polizisten am Denkmal sind werde ich auch zu meinen Freunden sprechen.“ (BILD, 16. 12.)

#### Walesa/Danuta legt Kranz nieder

Danuta Walesa (34) legte gestern vor dem Danziger einen weissen Nelkenkranz nieder. Danuta: „Lech liegt mit Fieber im Bett. Außerdem drohte die Welt ihm zu entlaufen, wenn er selbst kommt.“ (BILD, 17. 12.)

#### Da nich für, Herr Rebmann!

Nur Pessimisten meinen, daß die Aktionen gegen die „Nachrüstung“ wahr-

Nur Pessimisten meinen, daß die Aktionen gegen die „Nachrüstung“ praktisch gar nichts gebracht haben. Andere sind zufrieden und rülpfen jetzt satt vor sich hin:

#### Generalbundestagwahl mit der Friedensbewegung

KARLSRUHE, 14. Dezember. Generalbundestagwahl Kurt Rebmann hat auf seiner Halbjahres-Presskonferenz in Karlsruhe die Aktionen der Friedensbewegung vom Oktober als „im ganzen gesehen friedlich und maßvoll“ bezeichnet. Für den deutschen Terrorismus sei ein „Herbst der Isolation und auch der Frustration“ gewesen, denn die Friedensbewegung habe sich konsequent von den Zielen des Terrorismus abgegrenzt. Rebmann, der im Sommer Teilnehmer von Blockadeaktionen nachdrücklich gewarnt hatte, sagte am Mittwoch wörtlich: „Der Herbst 83 hat die innere und äußere Sicherheit unseres Staates bedeutend weniger berührt, als wir noch im Juli dieses Jahres angenommen haben.“ Auch die behutsamen und besonnenen Reaktionen des Staates hätten zu einem „neuen Verhältnis zwischen Staat und Bürger und zwischen Bürger und Politik“ geführt. (Frankf. Rundschau, 19. 12.)

Aber da doch noch für, Herr Rebmann! Jederzeit wieder zu Ihren Diensten. Hat uns gar keine Urstände gemacht. Beehren Sie uns recht bald wieder. Und einen schönen Gruß auch an Herrn Leinen. Nein, wirklich nichts zu danken, Herr Bu...h...Bundesanwalt!

#### Eine nicht überflüssige Bemerkung

Alle Überschriften und Texte, die durch kleinere Schrift als Zitate gekennzeichnet sind, sind wirklich Zitate, sofern es nicht ausdrücklich und eindeutig anders angegeben ist. Einzig und allein die Hervorhebungen (gepunktet, fett) entsprechen zum Teil nicht den Originalen.

Zusammenstellung: Kf., Hamburg



„Warum hast du sie erschossen? Sie hätten Freunde sein können.“ — „Sei nicht dumm, Joe. Glaubst du, in diesem Spielatdium haben die USA noch irgendwo Freunde auf der Welt?“



# Grüne Ostpolitik

Daß die Grünen kein Konzept für eine eigenständige Außenpolitik haben, könnte gerade noch verschmerzt werden. Zum Argernis wird es aber dadurch, daß trotz dem von der Grünen Partei eine Reiseaktivität und Pseudo-Diplomatie entfaltet wird, die eindeutig mehrere Nummern zu groß ist. Der grüne Bundestagsabgeordnete Dirk Schneider notierte (9.10.83): „Auch wer in weiches Land reist und was dann dem Reiben politisch gebracht haben, erfährt man oft nur aus der Zeitung, obwohl diese Reisen natürlich Geld kosten und teilweise bei ihrer Planung auch viel Zeit aufgewendet wurde. Das Problem der mangelnden Transparenz, also der umfassenden Information untereinander, ist inzwischen als solches erkannt, und künftige Beschlüsse sollen Abhilfe schaffen. Schließlich sehen alle ein, daß es ein Unding ist, wenn nach einem halben Jahr nur wenige Protokolle der Fraktionsführung aus dem September existieren und von wichtigen Reisen kaum ein einziger Bericht.“

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Dirk Schneider beschäftigt sich nur mit der trübseligen Selbstherrlichkeit und Desorganisationen der grünen Abgeordneten im Umgang mit den Medien. Daß die Bundesfraktion als Ganzes völlig von Basisdebatte und Basisbeschlüssen losgelöst ist, wird praktisch von niemandem in Frage gestellt. Daß der Bundesvorstand der Grünen Partei allerdings entschieden versucht, mitbestimmend und kontrollierend auf die Bundestagsgeschäfte einzuwirken, ist vorerst der Gipfel an Basisdemokratie, und real durchgesetzt ist das noch nicht einmal. Allenfalls hat man in dem berühmten

„grün-alternativen Spektrum“ persönliche Selbstherrlichkeit und Willkür mit Demokratie verwechselt, während verbindliche politische Festlegungen und gar Kontrolle durch Basisgruppen als schlimmer Erbe des Stalinismus verteuelt wurden. Eine Parteiloyalität, die anscheinend sehr wenig Interesse hat, nicht nur einmal im Halbjahr das obligatorische Parteitagsgemoppel loszuwerden, sondern auch kritisch in die Bonner Geschäfte einzugreifen, erleichtert die Aufrechterhaltung des status quo.

## Ziele grüner Ostpolitik

Grüne Ostpolitik schwankt zwischen einer Gleichsetzung der „beiden Blöcke“ einerseits und einer deutlichen Relativierung zugunsten der Sowjetunion andererseits. So wird einerseits von den meisten führenden Grünen eingeräumt, daß die Sowjetunion im Gegensatz zu den USA nicht an weltweiter (militärischer) Konfrontation interessiert sei, sondern einen ernstzunehmenden Willen zum Frieden habe. Andererseits wird behauptet, die Sowjetunion folge im Grunde der gleichen militärischen Logik wie die USA, und der Friedensbewegung im Osten gehe es eigentlich noch viel schlechter als der hier. Daraus ergibt sich für die grüne Praxis das Problem, daß sie das, was sie zugunsten der Sowjetunion zu vermitteln versucht (wie z.B. Otto Schily in der „Iz“ nach der Rückkehr aus Moskau), gleich wieder selbst dementiert.

Recht widersprüchlich sind denn auch die Erwartungen der Grünen an ihre Ostpolitik:

— Da gibt es zum einen die Illusion, man werde im Osten als ein machtpolitischer Faktor ernstgenommen und könne auf dieser Grundlage einen wichtigen eigenen Beitrag zur Rettung der Entspannungspolitik leisten: Wenn sich durch das Scheitern der Genfer Verhandlungen und andere Umstände die Ost-West-Beziehungen total verhärteten, könne den Grünen immer noch eine hochbedeutungsvolle Brückenfunktion zukommen.

— Da gibt es sogar die Illusion, man könne mit der Pose des reinen Toren (bzw. noch besser: der reinen Torin — eine Rolle, die sich Petra Kelly auf den Leib geschrieben hat) den östlichen Staatsoberhäuptern ins Gewissen reden und ihnen einseitige Abrüstungsschritte schmachtlich machen.

— Es gibt andererseits die Hoffnung, man könne die Regierungen des Ostens unter Druck setzen bzw. ihnen einen Preis für das einseitige friedenspolitische Engagement abverlangen. Also: „Weil wir gegen die NATO-Nachrüstung eintreten, erwarten wir als Gegenleistung einseitige Abrüstungsschritte der Sowjetunion“.

— Teile der Grünen — vor allem jene mit einer ML-Vergangenheit — sehen Kontakte zu den Regierungen des Ostens generell nur durch die taktische Optik. Also zum einen die gute, alte Einbürgerungsstrategie („Die Sowjetunion ist in Wirklichkeit auch nicht besser als die USA“), und zum anderen



der Versuch, mit diplomatischen Mitteln Freiräume für die Oppositionsgruppen im Osten zu erkämpfen, wobei es ziemlich gleichgültig ist, für welche politischen Ziele diese Oppositionsgruppen eintreten.

In der Praxis sind Reibungen unvermeidlich — wenn man zum Beispiel an den guten Willen der östlichen Regierungen appellieren und ihnen gleichzeitig durch Unterstützung der dortigen Oppositionsgruppen in den Hintern treten will.

## Moskau: Außer Spesen nichts gewesen!

Die Reise einer grünen Delegation nach Moskau war zunächst für die Zeit vom 3. bis 6. Oktober fest vereinbart und geplant. Dann teilten Petra Kelly und Gert Bastian kurzfristig mit, daß sie nicht — wie vorgesehen — an der Reise teilnehmen würden, da sie alternativ dazu wieder einmal in den USA mehr für ihre privaten Philosophien als für „die grüne Sache“ werben wollten. Was die beiden nicht mitgeteilt hatten, erfährt die grüne Bundestagsfraktion erst wenige Tage vor dem Reiseantritt, und zwar zufällig, durch die sowjetische Botschaft Kelly und Bastian hatten sich klammheimlich für die Zeit vom 14. bis 18. November in Moskau angemeldet. Wenn man weiß, daß das unzerstörliche Gespenst ohnehin schon eine Fraktion in der Fraktion bildet und sich gegebenenfalls am Fraktionsbeschlüssen einen Dreck kümmert (Bastian fühlt sich erklärmaßen nicht einmal an Parteitage beschließen gebunden), wird der Zweck der Separatreise klar: ein Parallel-Unternehmen zur offiziellen Reise der Grünen, mit der erheblichen Zugkraft der Namen Kelly und Bastian, und ganz im Sinne von deren speziellen politischen Vorstellungen.

## Moskau: Außer Spesen nichts gewesen!

Wie bekannt, wurde die Moskareise daraufhin erst einmal abge sagt. Obwohl die Wellen der Empörung zunächst sehr hoch geschwappt hatten, konnten Dreck und Welken fraktionsintern wie schon so oft unter den strapazierfähigen Teppich gekehrt werden. Heraus kam ein neuer, nun gemeinsamer Reisetrip, Ende Oktober. Was wollte man eigentlich in der Sowjetunion? Abgesehen von den notorischen Selbstzweckern, für die der Inhalt noch nie ein Problem war, herrschte darüber in der grünen Bundestagsfraktion weder Klarheit noch Einigkeit. Zwar war am 6.9. von der Fraktion be-

schlossen worden: Vor der Reise nach Moskau sollten die Teilnehmer/innen „eine Konzeption vorlegen“. Sich dran zu halten, hielt anscheinend keiner der Reisenden für nötig. Am 11.10. (eine Woche nach dem zunächst geplanten Reisebeginn) war man innerlich soweit, in der Fraktion zu diskutieren: „Gibt es eigentlich ein eindeutiges Konzept für die Moskareise?“ (Vorweg verraten: Nein und nochmals nein!) „Was könnten wir von der Sowjetunion verlangen...? Was bringen Annahmeforderungen grundsätzlich?“ (Eine sehr ungelöst gestellte Frage, die aber wieder niemand beantworten mochte).

Verbindliche Beschlüsse wurden anscheinend in der Fraktion zu diesen Fragen nicht gefaßt, und die „Iz“ vermeldet süffisant, daß erst während des Fluges nach Moskau, angeblich zwischen Frankfurt und Moskau, sehr intelligent gestellte Frage, die aber wieder niemand beantworten mochte). Verbindliche Beschlüsse wurden anscheinend in der Fraktion zu diesen Fragen nicht gefaßt, und die „Iz“ vermeldet süffisant, daß erst während des Fluges nach Moskau, angeblich zwischen Frankfurt und Moskau, die konkreten Forderungen an die sowjetische Regierung ausgearbeitet worden sei. Vielleicht war es aber auch erst später während des Festbanketts, zwischen dem dritten und dem vierten Glaschen Andropowkaya. Jedenfalls, die Grünen forderten ihre sowjetischen Gesprächspartner auf, einseitig mit der Verschrottung der SS 20 zu beginnen. Petra Kelly hatte das sogar in kyrillischer Schrift — das ist die einzige Sprache, die der Russe versteht! — auf ihrem Pullover stehen. Natürlich hatte sie zum Wechsel auch noch ein gelbes T-Shirt mit, auf dem ihre Gesprächspartner zur Achtung der Menschenrechte und zur Auflösung des Warschauer Pakts aufgefordert wurden. Vergleichsweise brüchig nahm sich dagegen MdB Milan Horacek aus, der lediglich mit einer Solidarność-Plakette zu provozieren versuchte. Daß die Gegenseite auf ähnliche Utensilien — z.B. Buttons „Macht die DKP mark!“ oder T-Shirts mit der Aufschrift „Der Frieden muß bewahrt sein“ — verzichtete, unterbreicht noch einmal, auf welcher Seite vom Tisch die Politiker saßen und auf welcher Seite die Kinder. Da konnte auch eine auf wenige Minuten begrenzte Selbstdarstellung für die West-Medien auf dem Roten Platz nichts mehr verderben.

Nach der Reise äußerten sich die Grünen bitter enttäuscht und in Ost-West sich so sehr gleichen“ und daß die sowjetische Regierung nichts von einseitiger Abrüstung hören will. Um das zu erfahren, hätte man jedoch nicht nach Moskau reisen müssen, zumal die Fliegerlei nicht ganz ungefährlich ist und auch nicht von allen Menschen als reine Lust konsumiert wird. Ein Argument, warum die Sowjetunion argen-

deinen Nutzen von einseitiger Abrüstung haben könnte, hatten die Grünen nicht mit nach Moskau gebracht. Höchstens dies: „Wir hätten es dann leichter, auch bei uns Abrüstungsschritte durchzusetzen.“ Heilige Einsicht! Da kennt man in Moskau ganz einfach die deutsche Mentalität sehr viel besser.

## Jenseits von Mauer und Stacheldraht

Von Moskau aus ging es gleich weiter in die Stadt mit dem einprägsamen Vornamen Berlin und dem extravaganteren Nachnamen Hauptstadt der DDR. Eine Demonstration grüner Prominenten auf dem Alexanderplatz vor ein paar Monaten hätte den Weg direkt zu Honecker gebahnt. Laut inoffiziellen Kommunikationen soll ein „Austausch der Positionen“ („Iz“) stattgefunden haben. Diese Darstellung erscheint aber wenig glaubwürdig, denn nachher hatten alle noch genau dieselben Positionen wie vorher. Vielleicht hat wenigstens ein Austausch der Trikots stattgefunden? Fest steht auf jeden Fall, daß

Von Moskau aus ging es gleich weiter in die Stadt mit dem einprägsamen Vornamen Berlin und dem extravaganteren Nachnamen Hauptstadt der DDR. Eine Demonstration grüner Prominenten auf dem Alexanderplatz vor ein paar Monaten hätte den Weg direkt zu Honecker gebahnt. Laut inoffiziellen Kommunikationen soll ein „Austausch der Positionen“ („Iz“) stattgefunden haben. Diese Darstellung erscheint aber wenig glaubwürdig, denn nachher hatten alle noch genau dieselben Positionen wie vorher. Vielleicht hat wenigstens ein Austausch der Trikots stattgefunden? Fest steht auf jeden Fall, daß

ein Austausch von Petra Kelly's T-Shirt stattfand: dem Staatsratsvorsitzenden signalisierte er ihre Forderung, „Schwerter zu Pflugscharen“ zu machen. Honecker setzte sein Feindlichkeitsgesicht auf, das wir noch aus der Zeit kennen, als Helmut Schmidt den Staatsratsvorsitzenden vor laufenden Kameras und Mikros mit Scherzen in Verlegenheit zu bringen pflegte. Vermutlich mit demselben Gesichtsausdruck unterschrieb Honecker zwei Punkte eines idiotischen „Persönlichen Friedensvertrags“ — Verzicht auf Gewaltanwendung zwischen Honecker und der grünen Delegation! —, nahm eine kleine „Schwerter zu Pflugscharen“-Statue entgegen („Iz“: „höflich lächelnd“) und reagierte schließlich auf das grüne Ansinnen einer in Ost und West zu übertragenden Fernsehdebatte mit einem zu nichts verpflichtenden Gebrabbel, das die grünen Gäste prompt als Zustimmung werteten und triumphierend in die Welt hinausstrompetierten.

Positiv war immerhin zu verbuchen, daß der Staatsratsvorsitzende zu Ehren seiner Gäste eine politische Gefangene freiließ — ein unalter und schöner diplomatischer Brauch — und für einen weiteren Gefangenen eine „Überprüfung“ versprach. Außerdem nahm er eine Liste mit den Namen von 30 Inhaftierten — angeblich alle der „unabhängigen Friedensbewegung“ zugehörig — entgegen. Soweit gar nicht schlecht. Aber ein Teil der grünen Prominenz war — vermutlich wieder einmal aufgrund einer maßlosen Selbstüberschätzung — nach der Meinung, das Erreichte noch offensiv ausbauen zu müssen...und zu können. Auf einer Pressekonferenz wurde bekanntgegeben, daß Grünes und Mitglieder der „unabhängigen Friedensbewegung“ der DDR am 4. November in Ostberlin eine Petition bei den Botschaften der Sowjetunion und der USA übergeben wollten. Diese Petitionsübergabe sollte nach dem Willen einiger führender Grüner (an erster Stelle Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann) in eine öffentliche Demonstration verwandelt werden. Das hätte die Funktion gehabt, das in der DDR faktisch bestehende totale Demonstrationsverbot (abgegeben natürlich von Paraden unter staatlicher Regie) spektakulär zu durchbrechen. Für jemanden, dem vor allem daran gelegen ist, die DDR möglichst oft als Polizeistaat ins Bewußtsein der BRD-Bewohner zu bringen, war das eigentlich eine glänzende Idee. Da die grünen Initiatoren aber (gewiß zu recht) bestreiten werden, eben diese Absicht gehabt zu haben, bleibt das Unternehmen einfach nur eine Riesendummheit. Die DDR reagiert berechenbar. Auf Details kann hier verzichtet werden. Viele Leute, die sich im Vertrauen auf die Schutzfunktion der Grünen zur Demo eingefunden hatten, wurden festgenommen; außerdem gab es zahlreiche vorbeugende Festnahmen und Hausarrest-Verfügungen. Von den vier angereisten grünen Prominenten wurden zwei gar nicht erst nach Ostberlin hineingelassen und zwei wenig später zurückgeschickt. Es entwickelte sich an diesen Vorgängen eine höchst interessante Debatte, jedoch allem Interesse nach wieder einmal engstens auf die grüne Bundestagsfraktion begrenzt, ohne der Basis wenigstens ein paar kleine Einblicke zu gewähren. Eine durchschnittliche Großbaustelle in der BRD ist heute transparenter angelegt.

Kl., KB

## Anmerkung zu dieser Beilage

Diese Artikel-Zusammenstellung erscheint parallel als Beilage zum „Arbeiterkampf“ (Kommunistischer Bund) und zu den „Politischen Berichten“ (Bund Westdeutscher Kommunisten). Im Mittelpunkt der Texte stehen die Versuchungen und Gefahren, die sich für die Grüne Partei und die von diesen repräsentierten politischen Strömungen aus einem Abgleiten auf Positionen eines „neuen Nationalismus“ ergeben könnten. Nicht zufällig wird schon seit längerem von interessierter Seite im In- und Ausland versucht, die Grün-Alternativen und die Friedensbewegung als eine im Grunde nationalstatische Bewegung darzustellen und ihnen zugleich gerade diesen Weg schmachtlich zu machen.

Es sei nicht verschwiegen, daß unsere Kritik an, wie wir meinen, verhängnisvollen Entwicklungstendenzen der Grün-Alternativen aus einem sozialisti-

schen Selbstverständnis kommt. Das erscheint uns umso wichtiger, nachdem die letzte organisierte sozialistische Strömung in der Grünen Partei, die ISP/„Moderne Zeiten“, ihre Kritik fast nur noch partiell und zu gelegentlichen Einzelpunkten vortrug, ohne einen programmatischen Zusammenhang herzustellen und ohne noch organisiert die Auseinandersetzung um Programm und Praxis der Grünen zu führen.

In der Beurteilung der grünen Politik herrschen zwischen KB und BWK sowohl Übereinstimmung als auch Differenz, wobei die Übereinstimmung überwiegt, aber auch einige Differenzen noch erheblich sind.

Die einzelnen Artikel dieser Beilage geben die Meinung der Autoren und weitgehend auch ihrer Organisationen wieder, nicht aber unbedingt auch gemeinsame Meinung von KB und BWK.



# Für den Neuaufbau Europas „von unten“?

## Die GRÜNEN vor der Entscheidung über Europa-Kandidatur

Die Wahlkampfplanung der Europa-Bundesarbeitsgruppe der GRÜNEN für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 17.6.84 ist weit fortgeschritten. Ein „Konzeptvorschlag einer Kulturveranstaltungreihe für den Europawahlkampf 1984“ sieht vor, daß sich nach dem Vorbild des Bundestagswahlkampfes eine „Große Grüne Reise“ durch zehn europäische Städte bewegen soll: Von Frankfurt/München aus soll's gehen — nach Salzburg/Innsbruck/Wien! Von dort nach — Genf/Zürich, und endlich schließlich soll die Tournee in — Göteborg. Zu erheblichem Teil findet der Wahlkampf damit in Ländern statt, die der EG nicht angehören. Ob der Europa-Arbeitsgruppe in vollem Umfang klar ist, was sie sich da ausgedacht hat? Womöglich glaubt sie, so putze der Europawahlkampf dem Aufbau einer grünen Internationalen unter Führung der GRÜNEN. Dabei aber organisieren sie einen deutschen Propaganda-Feldzug für die Erweiterung der EG um Österreich, die Schweiz, Schweden und und greifen damit geltendes Völkerrecht voll an, d.h. den österreichischen Staatsvertrag (Friedensvertrag). In dem die Neutralität Österreichs festgelegt und jegliche Union mit „Deutschland“ verboten ist.

Die formelle Beschlußfassung über die Beteiligung der GRÜNEN an den Europa-Wahlen steht jedoch noch aus. Unumstritten ist sie nicht. Der Bundeshauptauswahlrat empfiehlt einstimmig die Kandidatur. Aber zumindest besteht noch die Möglichkeit, daß die Anfang nächsten Jahres tagende u.o. Bundesversammlung dagegen entscheidet.

Auch ausgesprochen „europäische“ GRÜNE wie Petra Kelly greifen die EG an als „Konzept einer arroganten und ausbeuterischen kapitalistischen Handelsmacht“, als „das Europa der multinationalen Konzerne, das Europa der vereinigten Atomkraftwerke, der vereinigten Sprengkräfte und des Europa der Ressourcenverschwendung“. (1) Auch das von der Bundesarbeitsgruppe Europa ausgearbeitete „grüne Europa-Wahlprogramm in Kurzform“ beinhaltet deutliche Kritik:

„Die Wirtschaftspolitik der EG ist eine Politik für Konzerne und gegen die Interessen der Arbeitnehmer und der Verbraucher gerichtet. Die Agrarpolitik, die etwa 80 Prozent des EG-Haushaltes beansprucht, hat die Konzentration auf industrielle Agrarfabriken und Nahrungsmittel beschleunigt und damit — zum Ruin der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe — zur Vergiftung der Böden und Nahrungsmittel beigetragen. Die Atomgemeinschaft (EURATOM) trieb mit Hilfe der Europä-

Schwächung bei. Aus diesen Gründen sind wir für den Boykott.

Trotzdem scheint eine starke Strömung innerhalb der GRÜNEN die Beteiligung zu wollen. Sie will den „Neuaufbau Europas von unten“. — Aber warum eigentlich brauchen die GRÜNEN „Europa“? Zu umweltpolitischen Zwecken, einem der Schwerpunkte im „Kurzprogramm“, brauchen sie „Europa“ nicht. Die GRÜNEN schreiben dort selbst, daß Umweltschäden „gesellschaftspolitische Ursachen“ haben; also können sie nur durch gesellschaftspolitische Veränderungen beseitigt werden und nicht durch die europäische Erweiterung der Sichtweise. Daß das für alle Anliegen der GRÜNEN zutrifft, die sich klar auf Interessen von Menschen beziehen, ist hier nicht weiter auszuführen — der Zwang zur Begründung liegt im Gegenteil bei den grünen Europäern.

Die Vorstellungen über das neuaufzubauende „Europa von unten“ sind noch — und bleiben's wahrscheinlich auch — ziemlich nebulös. Im letzten Abschnitt des „Kurzprogramms“ wird hinsichtlich des „von unten“ ausgeführt: „Wir wollen ein „Europa der Regionen“, der historisch gewachsenen, selbstbestimmten, aber untereinander vernetzten Einheiten.“ Zur Ergänzung Petra Kelly, die gegen das „Europa in Brüssel“ ins Feld führt „die Menschen in den dezentralen Regionen Europas, die wie z.B. im Dreiländereck Wyhl, im alemannischen Raum am Kalvarstuhl, jeden Tag ein Stück Schicksalsgemeinschaft und europäische Identität leben und erfahren.“ (1)

Das Schlüsselwort für die „historisch gewachsene Einheit“ ist die „Schicksalsgemeinschaft“. Wodurch ist die definiert? Nicht durch einen einheitlichen Wirtschaftsraum, nicht durch eine gemeinsame Geschichte, auch nicht durch die Geschichte eines gemeinsamen Kampfes der unterdrückten Klassen, zumindest seit dem Westfälischen Frieden von 1648 nicht mehr. Das „historisch Gewachsene“, das den „alemannischen Raum“ zu einer der „dezentralen Regionen“ macht, die sich dann „untereinander“ zu Europa „vernetzen“ sollen, ist die Sprache. Das Alemannische ist eine deutsche Mundart, die außer in größeren Gebieten Baden-Württembergs auch in der Schweiz, im Elsaß, in Liechtenstein und in Vorarlberg gesprochen wird, und die „Einheit“, die „Schicksalsgemeinschaft“, ist — kann's nur sein — die alemannische „Volksgruppe“ als Untergruppe deutschen „Völkstums“.

Soll aber die politische Landkarte Europas statt durch Nationalstaaten durch solche durch den Sprachraum und die „Volksgruppe“ gekennzeichnet werden, „Regionen“ gestaltet werden, ergibt sich das interessante Phänomen. Viele dieser „Regionen“ sind „deutsch“. Zählt man einmal alle zusammen, dann kommen die „Deutschen“ in einem „Europa der Regionen“ auf fast 90 Mio. Zungen, mit „Volksgruppen“ von Ural bis fast nach Portugal. So viel können Franzosen und Engländer nicht einmal zusammen aufbringen. Da nimmt nicht wunder, wenn die Völkchen bestimmten bzw. beeinflussen Europa-Vorstellungen seit eh und je in Deutschland behauptet sind. Etwas Fortschrittliches ist davon niemals ausgegangen, vielmehr haben sie den verschiedenen blühenden Versuchen des deutschen Imperialismus, Europa „neu zu ordnen“, stets ideologische Rückendeckung gegeben.

Zwar entwickeln die GRÜNEN ihr europäisches Konzept z.T. auch in Kritik an deutschem Nationalismus und Chauvinismus. Aber ihre Kritik ist nicht fortschrittlich, und ihre Propaganda des „Europa der Regionen“ tut dem BRD-Imperialismus nicht weh. Im Gegenteil käme eine wachsende Populanz des „Volksgruppen“-Gedankens ihrer längerproben desberüglchen Einmischungspolitik zupass, die Dregger kürzlich so formulierte: „Wir stehen auch den Deutschen bei, die loyalen Glieder anderer Staatsvölker sind, die aber um ihre deutsche Sprache und Kultur kämpfen müssen... Die Bundesrepublik Deutschland ist der Anwalt und die Heimat aller bedrängten Deutschen, ich betone: aller bedrängten Deutschen.“ (2)

(1) Dsch. Bundestag, Samograph, Bericht v. 23.6.83, S. 919 ff.  
(2) ebenda, 23.6.83, S. 1013

## Dokumente

Dr. Antje Vollmer

### AN ALLE FRAKTIONSMITGLIEDER

Betrifft: Fraktionsprotokoll über den DDR-Besuch und die Aktion am 4. November in Ost-Berlin

Nachdem ich das Protokoll der letzten Fraktionssitzung und insbesondere den Bericht von Lukas Beckmann in der Sitzung des erweiterten Fraktionsvorstandes über die Aktion am 04. November gelesen habe, sehe ich, daß ich meine Einschätzung, Kritik und Fragen zu diesem Punkt wohl doch etwas deutlicher formulieren muß. Bei der letzten Fraktionssitzung hat mein Wunsch, dabei vorsichtig in persönlichen Urteilen zu sein, offensichtlich mehr zu Unklarheiten geführt, wie das Protokoll zeigt.

1. Ich halte das Honecker-Gespräch — so wie es verlaufen ist — sowohl unserem Auftreten nach als auch in den konkreten Ergebnissen, in der öffentlichen Wirkung hier und in der DDR für einen großen politischen Erfolg der Grünen.

Bei realistischer Einschätzung der politischen Verhältnisse in der DDR hätte uns das gerade dazu führen müssen, zu sehen, daß dieser Erfolg seine Grenzen hat und nicht unbegrenzt fortgesetzt werden kann. Eine solche realistische Einschätzung der Situation in der DDR mußte ein weiteres Nachgeben eher pessimistisch beurteilen. Wir haben das Gegenteil getan.

2. Die „Euphorie“ anlässlich unseres Besuchs in der DDR-Friedensbewegung kam nicht nur „spontan“, wie Lukas dies hinstellt, sondern hat sehr viel mit unserem eigenen Auftreten zu tun.

— Mit den Fernsehverlautbarungen, was wir alles erreicht hätten, — mit Lukas Ankündigung auf der Pressekonferenz: „Wir werden am Freitag hier in Ost-Berlin mit Freunden aus der DDR-Friedensbewegung demonstrieren!“

— mit der Einschätzung, daß die Grünen durch ihre bloße Existenz ein öffentliches Auftreten der Friedensbewegung in der DDR absichern könnten,

— mit den wiederholten Äußerungen: Öffentliche Ankündigung ist der beste Schritt, die DDR wird sich in der jetzigen Situation nicht getrauen, gegen die Friedensbewegung vorzugehen.

3. Die Freitags-Aktion hat einen guten Teil des politischen Anspruchs, daß die Grünen gewonnen hätten, zerstört. Dies aus verschiedenen Gründen.

4. Konkret sind meines Erachtens folgende Fehler gemacht worden:

4.1 Von Seiten der Kirche in der DDR war die Bitte gekommen, Honecker in unserem Gespräch einen Hinweis zu geben, daß Freitag die Petition übergeben

folgende Fehler gemacht worden

4.1 Von Seiten der Kirche in der DDR war die Bitte gekommen, Honecker in unserem Gespräch einen Hinweis zu geben, daß Freitag die Petition übergeben werden sollte. Die öffentliche Ankündigung in der Pressekonferenz war damit nicht gemeint. Wenn dies noch (in der Eile der Informationszeit) ein Mißverständnis von Lukas sein könnte, so war mindestens am nächsten Tag ganz deutlich, daß die Kirchenvertreter dies als einen großen Fehler ansahen. Wir wurden deshalb noch einmal zu einem Gespräch um Konsensum gebeten (Lukas, Eppelmann und ich).

4.2 In diesem Gespräch hat Lukas die Kirchenleute in dem Glauben gelassen, es wäre möglich, die Aktion noch auf einen begrenzten Rahmen (kein Westfernsehen, keine Prominenten aus dem Westen, etwa 25 Leute) zu reduzieren.

4.3 In dem unmittelbar anschließenden Gespräch mit einer Gruppe der Frauen der DDR hat sich Lukas an die Zusage nicht gehalten, sondern die dort vorhandene Aktionsbegeisterung aufgenommen, offenbar den Treffpunkt und den Beginn der Aktion genannt und gesagt, die Zahl 25 „sei von den Kirchenleuten offensichtlich auch nicht so ganz ernst gemeint“ gewesen. Das kam einer Ermutigung gleich und hier liegt meine scharfe Kritik. Spätestens ab diesem Zeitpunkt hatte die Aktion am 04. November aus meiner Sicht Züge eines politischen Roulettspiels, wo man vielleicht gewinnen, wahrscheinlich aber verlieren würde. Nur das Risiko trugen nicht wir!

4.4 Spätestens am Dienstag, als Professor Heber vom ZK in Bonn war, war abzusehen, daß die DDR alles tun würde, die Aktion am 04. November zu unterbinden. (Die Kirchenleute hatten uns in der selben Richtung nachdrücklich gewarnt.) Trotzdem wurden Waltraud und Milan ohne jede Vorinformation von Lukas nach Ost-Berlin geschickt, sie waren also weder über die

zu erwartende Situation in der DDR noch über die zu erwartende Kritik der Kirchen vorbereitet. Warum?

5. Meine persönliche Meinung ist, daß die Aktion vom 04. November — in der Vorbereitung massiv in die Autonomie der Friedensbewegung der DDR eingegriffen und damit Grüne Prinzipien verletzt hat, — Hoffnungen der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR, die Grünen und die westlichen Medien als konstanten Sicherheitsfaktor der eigenen Bewegung einzuplanen, geschürt hat.

— die Widersprüche zwischen der Friedensbewegung in der DDR und der kirchlichen Friedensbewegung verstärkt hat (was ja auch notwendig sein mag, was aber keinesfalls von uns kommen darf),

— das Verhältnis der Grünen zu den Kirchen in der DDR nachhaltig beeinträchtigen wird.

6. Dabei gehe ich von der politischen Einschätzung aus, daß die Kirchen in allen Staaten des Ostblocks von großer politischer (Bedeutung und) (Beispiel Polen, CSSR). Insbesondere die Evangelische Kirche in Berlin Brandenburg bietet im Augenblick keine Ansatz zu politischer Distanz (sie stand unmittelbar vor Beginn der Friedensdekade, die sie unter das Symbol Schwerter zu Pflugscharen gestellt hatte; Bischof Forck hatte geplant, versucht und inzwischen auch durchgeführt, die Petition in den Botschaften zu übergeben; er hat am 06. November öffentlich in den Kirchen die Mobilisierung in den DDR Betrieben zu einer Nachrüstungs-unterschriftenkampagne öffentlich verkündet).

Um so schwerwiegender empfinde ich es, wenn wir von dieser Kirche in der jetzigen Situation als politisch unzuverlässig angesehen werden, was mir inzwischen wiederholt aus der DDR bestätigt wurde.

7. Die Rolle der Evangelischen Kirche gegenüber der Friedensbewegung in der DDR ist keineswegs schlichtweg vergleichbar mit der Rolle der Kirchen in unserer Friedensbewegung oder gar der Rolle der SPD gegenüber der Friedensbewegung. Dabei habe ich keine Illusionen über die Notwendigkeit des Aufbaus einer unabhängigen Friedensbewegung in der DDR und über die Grenzen der offiziellen Kirchen gegenüber solchen unabhängigen Bewegungen. Dies Verhältnis aber festzulegen, ist genau die Aufgabe der Friedensbewegung in der DDR. Da haben wir uns nicht einzumischen.

Ich finde es gut, wenn wir in der Fraktion über diese meine Einschätzung noch einmal diskutieren könnten.

Dr. Antje Vollmer



Dr. Antje Vollmer



Dirk Schneider

An den Bundervorstand der GRÜNEN

Antrag

Der Bundesvorstand kritisiert den Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann, weil er bei der Organisation von Universitätsmaßnahmen für die kirchliche Friedensaktion am 4.11.83 in Berlin (Ost) eine Reihe von selbstherrlichen Entscheidungen getroffen hat, die in unverantwortlicher Weise in das Leben von Hunderten von Menschen eingegriffen haben.

Lukas Beckmann hat, ohne sich mit dem Bundervorstand oder der Fraktion rückzukoppeln, Handlungen geplant und durchgeführt, die eine große politische Tragweite haben. Sein Vorgehen wäre vertretbar, wenn es eine gemeinsame beschlossene Strategie der GRÜNEN zur Deutschlandpolitik gäbe als Rahmen für entsprechende dezentrale oder persönliche Aktionen. Beim derzeitigen Fehlen einer solchen klaren Linie setzen die Handlungen von Lukas Beckmann Fakten, die die GRÜNEN zu einem überlegten Vorgehen unfähig machen.

In der Art, wie Lukas gehandelt hat, liegen deutliche Züge von Geheimdiplomatie und Machtpolitik, die den basisdemokratischen Grundsätzen der GRÜNEN Hohn sprechen.

(Dirk Schneider)



Dirk Schneider

An die Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN

Chronologie der gescheiterten Aktion am 4.11. in Ostberlin

Für den Beginn ihrer diesjährigen Friedensdekade, am Freitag, dem 4.11.83 wird in Kirchenkreisen der DDR die Übergabe von Petitionen zur Abrüstung bei den Ostberliner Botschaften der USA und der UdSSR geplant.

Am 30.10. teilt Lukas Beckmann auf einem Vorbereitungstreffen für das geplante Honecker-Gespräch den Mitgliedern der grünen Delegation mit, daß er im Zusammenwirken mit ehemaligen DDR-Bürgern die Beteiligung von GRÜNEN und ausländischen Freunden an der Freitagsaktion organisiert habe. Die Sache solle einen internationalen Charakter bekommen.

Am 31.10. teilt die grüne Delegation mit 2 Automobilen einer berühmten Firma in die DDR ein. Lukas und Antje Vollmer treffen einige Vorbereitungen der geplanten Aktion am 4.11. und werden gebeten, im Gespräch mit Honecker, die Übergabe der Petitionen anzukündigen, um nicht den Eindruck einer konspirativen Handlung aufkommen zu lassen.

Das Gespräch Honecker/GRÜNE dauert 2 3/4 Stunden. Die Atmosphäre ist konzentriert, ernst und verantwortungsvoll. Die Positionen beider Seiten werden authentisch und glaubhaft vorgebracht. Honecker bemüht sich wirklich, den GRÜNEN entgegenzukommen. Er unterzeichnet 2 Bestimmungen des „Persönlichen Friedensvertrages“, verspricht die Freilassung von Karin Eigenfeld, die Überprüfung des Falles Rochau und bezeichnet das Treffen als einen Anfang. Die Ankündigung der Freitagsaktion nimmt er mit Lockerheit zur Kenntnis.

Nach dem Gespräch entrollt die grüne Delegation vor dem Staatsratsgebäude mitgebrachte Transparente. Über den Sinn der kurzen Schau für die Westpresse hatte es im Vorfeld einige Bedenken gegeben (Stellvertreteraktion im Schutz des Diplomatenstatus, die u.a. von Lukas mit dem Bemerkten, die DDR-Friedensbewegung wolle sich auf solche Aktionsformen der GRÜNEN berufen, entkräftet wurden.

In der anschließenden 1 1/2 stündigen Pressekonferenz kündigt Lukas den Freitagstermin entgegen der Absprache mit den Initiatoren öffentlich an.

Am Abend kommen die Mitglieder der grünen Delegation zu einem als privat deklarierten Gespräch ohne jede Presse in der Wohnung eines Pastors zusammen. Um 24 Uhr verläßt die Gruppe die DDR.

In den Medien der DDR wird der Besuch der GRÜNEN als Spitzenereignis behandelt. Die Aktuelle Kamera besetzt in der Wohnung eines Pastors zusammen. Um 24 Uhr verläßt die Gruppe die DDR.

In den Medien der DDR wird der Besuch der GRÜNEN als Spitzenereignis behandelt. Die Aktuelle Kamera berichtet 6 Minuten lang. Es soll eine Bewegung besonders unter DDR-Jugendlichen gegeben haben, weil auch das Emblem „Schwerter zu Pflugscharen“ nachhaltig gezeigt wurde.

Am Tage nach dem Besuch, am 1. Nov., treffen sich Kirchenleute mit Lukas und Antje und präsentieren die Planungen. Sie legen eine vorstufte Form der Aktion fest, die der Staat verkräften, der Kirche das Gesicht wahren und den Beteiligten von außerhalb der DDR die Teilnahme ermöglichen sollte. Danach wird eine 25-köpfige Delegation der Petitionen überreichen. Eine volkreiche Demonstration soll vermieden werden.

In einer anschließenden Diskussion mit Friedensbewegten unabhängiger Gruppen fand diese Abmachung wenig Gegenliebe. Die Stimmung war offensiv. Lukas bestärkte durch sein Verhalten die Neigung der Anwesenden, die Grenze zu überschreiten, die zwischen der Übergabe von Papieren durch eine Delegation und einer öffentlichen, massenhaften Demonstration liegt.

Am 2. Nov. übergibt Petra Kelly der Presse in Bonn eine Erklärung, in der das private Gespräch der Mitglieder der grünen Delegation mit Menschen der Friedensbewegung in der DDR zu einem Politikum erhoben wird. Es bleibt unklar, ob die 12 Unterzeichner aus der DDR die Veröffentlichung in dieser Form gewollt haben und in welchem Maße Lukas an dem Zustandekommen des Textes beteiligt war.

Für die DDR wirkte das Papier und seine öffentliche Hervorhebung durch die GRÜNEN in Bonn wie ein roter Tuch. Am 3. Nov. teilt ZK Beauftragter Prof. Haebler einer grünen Fraktion und vermittelt in einem Ge-



sprach gegenüber Gerd Bastian das strikte „nein“ der DDR zur geplanten Freitagsaktion. Man werde die GRÜNEN nicht einreisen lassen. Als Antwort wirbt Lukas bei Freunden und einigen grünen MdBs um Teilnehmer an der Aktion, die ohne die näheren Zusammenhänge zu kennen nach Berlin reisen. Eine gemeinsame Beratung über die entstandene Lage und die richtige Antwort findet nicht statt.

Am Freitag, dem 4. Nov., zeigt die DDR-Führung, daß sie eine Mobilisierung ihrer Bürger zu Kundgebungen via Westfernsehen als Einmischung in ihre Angelegenheiten betrachtet, und sie reagiert mit bekannter Härte. In der ganzen DDR kommt es zu vermutlich hundert von Festnahmen, nachdem offensichtlich bei vielen Menschen die Erwartung geweckt worden war, daß sie zusammen mit den GRÜNEN an den Botschaften demonstrieren dürften. In Ostberlin sollen die Polizeireviere überfüllt gewesen sein. Lukas und Gaby Polthaus werden an der Grenze abgewiesen. Waltraut Schoppe und Milan Horacek kommen durch die Kontrolle. Sie müssen sich bittere Vorwürfe von verantwortlichen Kirchenleuten anhören über die unverantwortliche Forcierung der Aktion durch die GRÜNEN, die Absprachen mit den Initiatoren nicht eingehalten hätten. Waltraut und Milan müssen erleben, daß sie von den Kirchenoberen zur Grenze zurückgeschickt werden, um dort von der Stasi als „unerwünschte Personen“ abgehoben zu werden.



Angesichts des Scherbenhaufens bleibt nur noch der Protest gegen das rigorose Vorgehen der DDR-Behörden. Lukas formuliert das Schreiben an Honacker in eigener Regie.

#### Schlusssatzungen und Grundsätze für Aktionen in der DDR

Die DDR ist ein deutscher Staat, aber nicht Teil der Bundesrepublik. Sie hat ein völlig anderes Gesellschaftssystem als die BRD, andere Gesetze und ein hochgradiges Sicherheitsbedürfnis. Die DDR fürchtet westliche „Infiltration“ in Hinblick auf die Beeinflussung ihrer Bürger. Jede Information, jeder Besuch wird argwöhnisch überwacht, damit nur kein Keim gelegt wird, der einen gesellschaftlichen Erdbeben wie in Polen auslösen könnte.

Es ist also abwegig zu erwarten, man könne in der DDR Aktionen planen, als ob man sich in Hessen, Bayern oder irgendwo im westlichen Ausland aufhalten würde. Voraussetzung für jedes Verhalten gegenüber der DDR ist eine möglichst genaue Kenntnis von Lebensbedingungen und gesellschaftlichen Realitäten. Erst hinkucken, lernen, analysieren — dann handeln!

Für die Beteiligung an Aktionen sollte gelten, daß diese von Gruppen in der DDR geplant sein sollten in einer Form, die die DDR-Bürger für machbar und verantwortlich halten. Die unabhängige Bewegung in der DDR muß ihren eigenen Weg finden, den wir dann mit solidarischen Aktionen unterstützen können oder dadurch, daß wir uns direkt einmischen. Jedes Hineintragen von Aktionen von außen in die DDR (aus als „brüderliche Hilfe“) halte ich für falsch. In Bezug auf die DDR dürfen die Grünen ihre grundsätzliche offene Arbeitsweise nicht an den Nagel hängen und mit Geheimbündel beginnen. Das widerspricht unseren Grundsätzen, ist politisch gefährlich und bringt nur Mißerfolge.

Das Beste, was wir für die Menschen in der DDR tun können, ist ein nachdrückliches Zurückdrängen reaktionärer Politik auf unserer Seite der Grenze. Wenn wir in der Bundesrepublik eine fortschrittliche Politik vorantreiben, dann schafft das auch Raum und Chancen für Bewegungen in der DDR.

## Über „blockübergreifende Friedenspolitik“ und „unabhängige Oppositionsbewegungen“

Seit sich abzuzeichnen begann, daß die politische Opposition in der BRD die Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen womöglich nicht verhindern würde, bekamen „friedenspolitische Alternativen“ Hochkonjunktur. Größere Teile der GRÜNEN entwickelten die bei den Linken schon immer ausgeprägte Kunst, Niederlagen in Siege zu verwandeln, zu neuen Höhepunkten, indem sie — die Seiten wechselten. Selbstverständlich sei man für einseitige Abrüstungsschritte, aber in allen Ländern (1), und ohne „Aufweichungen“ im Ostblock seien letztlich Erfolge gegen die Kriegsvorbereitungspolitik der NATO nicht zu erreichen. Solche Friedenspolitiker brauchen im anderen Block Kräfte, die ihre „blockübergreifenden“ Erwartungen zu erfüllen versprechen. Sie suchten und fanden „unabhängige Oppositions- bzw. Friedensbewegungen“. ■ die Vertreter „blockübergreifender Friedenspolitik“ auf das Prädikat „unabhängig“ den allergrößten Wert legen, sehen wir uns zu der kritischen Frage genötigt:

Wovon denn und worin sollen besagte Bewegungen „unabhängig“ sein? Von den Regierungen? Dann ist unverständlich, warum Rumänien z.B. gegen den „unabhängigen“ Kräfte in Osteuropa zugerechnet wird. (2) In Verfolgung der eigenen sozialen Interessen? Dann ist nicht zu begreifen, daß die GRÜNEN für die oft lebhaften Auseinandersetzungen der Arbeiter z.B. in der DDR oder der Sowjetunion mit ihrer Lage jeden Funken Interesse vermissen lassen. Dabei geben die jeweiligen Gewerkschaftspublikationen ebenso wie die allgemein bekannten amtlichen Klagen über die „Arbeitsmoral“ der Arbeiter einige Aufschlüsse darüber, daß die Arbeiter in der DDR oder der Sowjetunion oder in jedem beliebigen osteuropäischen Land ihre sozialen Interessen nicht Regierungsinstanzen oder Betriebsleitungen anvertrauen, sondern sie mehr oder weniger unabhängig von ihnen verfolgen.

Auch an den entwickelten Klassenkämpfen in Polen interessiert die „blockübergreifende“ Friedenspolitik am wenigsten ihr sozialer Inhalt. Sie deuteten die vielmehr als Kampf für nationale Unabhängigkeit. Bähro etwa bewertete sie so: „Auf der anderen Seite hat das polnische Volk den östlichen Militärblock ... in Frage gestellt.“ (3) Die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen verstiegen sich in ihrem Antrag an die 6. Bundesversammlung der GRÜNEN zur Behauptung einer „unabhängigen“ Friedensbewegung. Die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen verstiegen sich in ihrem Antrag an die 6. Bundesversammlung der GRÜNEN zur Behauptung einer „polnischen Befreiungsbewegung“. Befreiung wovon? Aus den verschiedenen Ausführungen, leider auch aus der „Erklärung zur Friedenspolitik der GRÜNEN“, kommen die Antworten: Von der „Ordnung von Jalta“, genauer „von den Militärblöcken“, noch genauer „vom östlichen Militärblock“ und ganz genau schließlich von der „Supermacht Sowjetunion“. Das Prädikat „unabhängig“ ist eine wohlwollende vorläufige Umschreibung für „nicht einfach Nationalismus, sondern anti-sowjetischen Nationalismus“.

Aus der vorurteillosen, wissenschaftlichen Analyse der Klassenkämpfe in den Ländern des „realen Sozialismus“ kann dieser Begriff von „Unabhängigkeit“ nicht gewonnen sein. Oder ist etwa das Abkommen von Gdansk ein belangloser Wusch, weil die polnische Arbeiterbewegung darin unmittelbar soziale und politische Interessen formuliert hat wie auch Forderungen, die in die Verteilung von Arbeit und Gütern in der Volksrepublik Polen eingriffen, keineswegs aber Forderungen nach „nationaler Unabhängigkeit“ oder dergleichen? Daß bei Solidarnosc auch Kräfte wirkten, die im „blockübergreifenden“ Sinne „unabhängig“ waren und sind, ist unbestritten. Doch das wirft die Frage auf: Sind diese „unabhängigen“ wirklich unabhängig?

Die Befassung mit den Ereignissen in Polen in den Jahren 1980 und 1981 führt unabwiesbar auch zu den folgenden Feinden der Unabhängigkeit von Solidarnosc.

Erstens zur katholischen Kirche, die von Anfang an bestrebt war, die Gewerkschaft vom Kampf um soziale Interessen der Arbeiterklasse ab- und ihr stattdessen den Gedanken der Volksgemeinschaft und nationaler Verantwortung nahezubringen. Als mit der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung auch die Kritik an der Tätigkeit der Kirche zunahm und die Arbeiter



außer Kontrolle zu geraten drohten, zögerte die Kirche keinen Augenblick, ins Bündnis mit dem Offizierskorps der Armee und den leitenden Kräften in Wirtschaft und Verwaltung zu gehen. Wir erinnern uns nur zu gut, wie manche Linke hierzulande die Kirche als den Schutzpatron des politischen Unabhängigkeitskampfes nicht genug hatten loben können.

Zweitens zu den westlichen Imperialisten, die an der Destabilisierung der VR Polen interessiert waren und die zu diesem Zweck ihre Propagandaapparate zur Bearbeitung von Solidarnosc beurlauben ließen. Sie gewannen vor allem in der oppositionellen Intelligenz Kräfte, die in der Gewerkschaftsbewegung den Kurs eines Bündnisses mit der NATO vertraten, also nicht für irgendeine „Unabhängigkeit“, sondern eine sehr konkrete Abhängigkeit warben.

Fast noch deutlicher werden die Abhängigkeiten, in der sich oppositionelle Kräfte in Osteuropa befinden oder in die sie gebracht werden sollen, bei der „unabhängigen Friedensbewegung“ in der DDR.

Man braucht nicht rechnen, ob die „unabhängigen Friedensinitiativen“ in der DDR ohne die evangelische Kirche in der DDR existierten oder nicht. Unbestreitbar ist, daß die Kirche diese Gruppen fördert, organisiert, beeinflusst und gänzlich. Sie bietet nicht nur Raum für Austausch und Verständigung verschiedener Initiativen, stellt nicht nur ihre Vervielfältigungsapparate und Vertriebsmöglichkeiten zur Verfügung. Sie bietet vor allem die Plattform und die Kader, die diese innerhalb der „unabhängigen Friedensinitiativen“ vertreten. Und sie tritt als — es spricht der Propaganda von Erfurt — „Interpret des Anliegens der Friedensgruppen bei den fachpolitischen und regierenden Kreisen“ auf. (4) In diesem Bilde des Propaganda fehlt noch etwas: Wer läßt aufstehen?

1969 lösten sich formal die DDR-Kirchen aus der bis dahin „gesamtdeutschen“ Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). In der BRD war die EKD maßgeblich an der Entwicklung der „neuen Ökopolitik“ beteiligt, Stichwort „Wandel durch Annäherung“, der Kirche in der DDR verschaffte die „Trennung“ größeren Bewegungsspielraum. Aber auch danach beanspruchten die beiden Kirchen eine „substantielle Einheit“, und bis heute finanziert die EKD den Haushalt des DDR-Kirchenbundes zu rund 60%, die Kirchenneubauten sogar zu 90%. Damit stellt sie die Unabhängigkeit der DDR-Kirchen von den Gläubigen in

der DDR und ihre Abhängigkeit von der Kirche in der BRD sicher. Damit auch die Abhängigkeit vom westdeutschen Staatsapparat. Denn der zieht nicht nur die Kirchensteuer ein, die die Existenz auch der DDR-Kirchen sichert, sondern ist v.a. auch personell eng mit der EKD verflochten (verantwortliche Funktionen in der EKD haben u.a. Schmude, Richard v. Weizsäcker, Hamm-Brücher, Dollinger, Rau, Eppler und Roman Hertzog).

1979, rechtzeitig zur spontanen Entstehung der Friedensbewegung in der BRD und auch der DDR, veröffentlichten die „beiden deutschen“ Kirchen ihre erste gemeinsame Stellungnahme zur formellen Trennung: das „Wort zum Frieden“. Seit 1980 führen sie regelmäßige Konsultationen in Sachen „Friedensverantwortung“ durch. Dabei äußert sich die gemeinsame „Friedensverantwortung“ in entgegengegesetzten Stellungnahmen. Der DDR-Kirchenbund lehnt Atomwaffen strikt ab, die EKD dagegen rechtfertigt ihre Stationierung in der BRD, der DDR-Kirchenbund tritt gegen den Wehrdienst in der DDR an, die EKD dagegen anerkennt den Wehrdienst in der BRD als „Friedensdienst“. Die „substantielle Einheit“ macht's möglich. In den beiden deutschen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist Unterschiedliches richtig — Bewaffnung der BRD, Entwaffnung der DDR.

Wenn den GRÜNEN die Unabhängigkeit von Oppositionsbewegungen und Friedensbewegungen in osteuropäischen Ländern wirklich am Herzen liegt, dann tun sie gut daran, alle Fäden tatsächlicher Abhängigkeit, die in der BRD geknüpft werden, zu kappen, jeden Versuch der Einflußnahme des Staatsapparates und mit ihm verbundener Institutionen auf Oppositionsbewegungen „im Feindeslager“ ohne Wenn und Aber zu bekämpfen. Alles andere bringt sie in den Geruch, auf merkwürdige Weise mit der Reaktion zusammenzuspielen.

Was z.B. bewegt die „blockübergreifenden“ Friedenspolitiker gegenüber den eingebildeten „unabhängigen“ oder auch realen Oppositionskräften in Osteuropa den Vorwand zu spielen nach dem Motto: GRÜNE machen „Weltinnenpolitik von unten“. (3) Daß die „Volksbewegungen in Ost- und Westeuropa“ als höchstes Ziel ein „wiedervereinigtes Europa“ anstreben, haben Bähro und andere längst für sich ausgemacht. Um „Vorschläge“, was die Oppositionskräfte in Osteuropa überhaupt und auf dem We-

ge dahin zu fordern und zu wollen hätten, sind sie auch nicht verlegen. (3) Auch hinsichtlich der „drüben“ notwendigen Aktionen sind manche GRÜNEN bereit, den „unabhängigen Bewegungen“ auf die Sprünge zu helfen — siehe die grünen Aktionen in Ostberlin.

Dieses selbstgefällige Vormundschaffsgebarren hat seine Wurzel in deutschem Nationalismus. So steht Bähro in der „Ökologie- und Friedensbewegung in Westeuropa und besonders in der Bundesrepublik eine zukunftsstrahlende Dritte Kraft ... die der Keim einer völlig neuen Konstellation in Europa sein kann.“ An grünen deutschen Wesen ... ? Vielleicht scheint das übertrieben. Aber wenn Bähro eine angebliche „Fesselung Europas, voran der Bundesrepublik“, durch die Raketenstationierung bedauert, nur um festzustellen: „Das ist das genaue Gegenteil dessen, was generell und nun ganz besonders angesichts der ungelösten und auf absehbare Zeit unlöslichen polnischen Krise, die für die Krise des Ostblocks steht, europäisches und deutsches Interesse wäre“ (5) — wie stellt er sich dann die Entfesselung der Bundesrepublik Deutschland vor? Uns scheint, als komme er in den Konsequenzen seiner Überlegungen den europäischen Neuordnungsplänen der westdeutschen Reaktion gefährlich nahe.

Dieser hemmungslöse, zum Teil europäisch verkleidete deutsche Nationalismus stößt auch bei den GRÜNEN auf Kritik. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz im Juni antwortete Trumpert auf Vorschläge, durch Anleihen beim Konservatismus CDU/CSU-Wähler zu gewinnen, u.a. auch: „Laßt uns immer mit den Interessen von Menschen argumentieren — niemals mit Deutschland. Laßt uns den Adler nur als Karikatur benutzen, die Farben schwarz-rot-gold niemals, und in der Friedenspolitik sollte jedes Weiteifern mit Sozial- und Christdemokraten unterbleiben, wer am besten „deutsche Interessen“ vertritt. Wir wollen leben, wir wollen sinnvoll leben, das ist Motiv genug. Wir brauchen keine höhere Weisheit durch die „Nation.““ (6)

Im Gegenteil birgt wuchernder Nationalismus die Gefahr des politischen Niedergangs der GRÜNEN (7), und wenn sie in „blockübergreifenden“ Strategien mit CDU/CSU und SPD weiteifern, dann haben sie die atomare wie überhaupt die weitere Aufrüstung der NATO schon halb geschluckt. (scc. BWK)

weiterem, dann haben sie die atomare wie überhaupt die weitere Aufrüstung der NATO schon halb geschluckt. (scc. BWK)

(1) Siehe z.B. „Erklärung zur Friedenspolitik der GRÜNEN“, vorgelesen auf der 6. Bundesversammlung, 18. bis 20.11.83

(2) So die Arbeitsgruppe Außenpolitik der Alternativen Liste Berlin im Abschied von Jalta — Perspektiven einer blockunabhängigen, alternativen Außenpolitik

(3) Rudolf Bähro, Michael v. Freyhold, Entwurf, Charta für ein atomwaffenfreies Europa

(4) H. Falck, Propaganda in Erfurt, zitiert nach: K. Ehring, M. Dollwitz, Schwert zu den Flugscharen, Hamburg 1982.

(5) Nur gegen NATO-Waffen Friedens schaffen“, Rudolf Bähro zu der Hamburger Kritik an der Aktion auf dem Alexanderplatz, Unterzeichnungen von Verfasser

(6) zitiert nach: Arbeiterkampf Nr. 233 v. 27.6.83

(7) Es ist in diesem Zusammenhang nötig, einmal die Erfahrungen der und mit der SPD gründlich zu untersuchen. Hier sei nur kurz angedeutet: Sie hat in den 50er Jahren „blockübergreifend“ bis zum Erbrochen gewirkt, „unabhängige Opposition“ in Osteuropa wo nur möglich gefördert, am sog. Arbeitsaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 in der DDR mitgeschürt. Der Wiederaufrüstung und dem NATO-Beitritt der BRD hatte sie nicht viel entgegenzusetzen, und wenn sie dagegen auftrat, dann nur, weil sie die „Westintegration“ der BRD als Hindernis für die imperialistische Einverleibung der DDR i. Wiedervereinigung“ ansah. Ihre „blockübergreifende“ Strategie paßte sich in die Roll-back-Strategie der NATO lockenlos ein und hat die Wiederaufrüstung und militärische Zerstärkung der BRD nicht verhindert. Nebenbei sei über diejenigen, die heute unbedingt die DKP „sozialistisch“ wollen, weil sie „mit einem Bein in Moskau“ steht, bemerkt, daß sich die SPD seinerzeit der KPD anleidete, indem sie das KPD-Verbot betrieb. Mit dieser wüsten nationalistischen Politik in den 50er Jahren hat die SPD nicht sich, sondern der offenen Reaktion Mehrheiten verschafft. Sie selbst gewann die Wahlmehrheit erst, als sie den Eindruck erweckte, als wolle sie Frieden mit den osteuropäischen Ländern schließen und die DDR anerkennen.



# Gibt es eine blockübergreifende Friedensbewegung?

Daß das besonders bemühte Treiben einiger Grün-Alternativen um die „unabhängige Friedensbewegung“ Osteuropas herlich wenig mit internationaler Solidarität, dafür aber sehr viel mit Parteipolitik gegen die DKP zu tun hat, ist ein offenes Geheimnis. Die Parole der „blockübergreifenden Friedensbewegung“ verleiht ihre Existenz nicht zuletzt auch der Suche nach Ansatzpunkten für eine Isolierung der DKP in der Friedensbewegung. Die Instrumentalisierung dieses Themas vor allem durch führende Grüns ist so plump und offensichtlich, daß sie manchmal schon wieder Solidarisierungseffekte mit der DKP bei Stimmungen auslöst, die eigentlich mit dieser Partei überhaupt nichts am Hut haben.

Mit dem Beiwort „unabhängig“ wird ausgedrückt, daß die geplanten Gruppierungen im Osten in Opposition zu ihren Staaten und zum System des „realen Sozialismus“ stehen. Das ist zwar nicht unbedingt logisch zwingend, aber so und nicht anders ist es gemeint. Je mehr sich diese Gruppen oder zum Teil auch nur einzelne Personen in Konfrontation mit ihren Regierungen begeben, umso interessanter werden sie Leute, die sich im Osten für Frieden einsetzen, ohne deshalb staatliche Repressionen zu erleiden, können aber per Definition überhaupt nicht „unabhängig“ sein. Es wird sich drum im Westen auch kein Schwein für sie interessieren.

Die Entscheidung in einer extrem repressiven Praxis der meisten „realsozialistischen“ Staaten gegenüber jeder nicht absolut konformen Aktion. Ein Staat, der Leute zu politischen Kriminellen macht, weil sie mit einer Kerze in der Hand auf der Straße gestanden haben, ist von Demokratie und Sozialismus gleichermaßen sehr weit entfernt. Wer aus Blindheit, Partei-Loyalität oder aus „sozialistisch“ konvertierten Menschenhaß solche Zustände gutheißt oder beschönigt, fällt der Friedensbewegung in den Rücken.

Mit Radikalpazifisten in den „realsozialistischen“ Ländern solidarisch zu sein, sollte für die bundesdeutsche Friedensbewegung eine Selbstverständlichkeit sein. Dazu kann auch gehören, daß Sprecher von nicht-konformen Friedensgruppen als Redner auf hiesigen Friedensveranstaltungen zu Wort kommen, ebenso wie auch Redner aus anderen Ländern (z. B. USA) hier gelegentlich auf Veranstaltungen auftreten. Diese Selbstverständlichkeit muß ohne jede Rücksichtnahme auf die DKP (und deren Umfeld) durchgesetzt werden. Erich Honecker kann nicht Schwedendichter darüber sein, wenn wir hier als Redner einladen. Und manch Mitglied der „unabhängigen Friedensbewegung“ in der DDR sieht uns zweifellos hundertmal näher als der NATO-Befürworter Willy Brandt.

Dabei sollte jedoch klar und unmissbar sein, daß wir nicht unter der falschen Flagge einer „unabhängigen Friedensbewegung“ uns mit Leuten solidarisieren und verbinden, die alles Heil der Welt von einer starken NATO erwarten und die für unseren Kampf hier im Grunde nur Verachtung haben. Auch sollte schon in den Anfängen der nahegelegenen Versuchung gewehrt werden, sich das Motto der „blockübergreifenden Friedensbewegung“ zu eigen zu machen und die Solidarität mit Radikalpazifisten der DDR für eine nationalistische Strategie zu instrumentalisieren. Darüber hinaus sollte jeder Einigung der östlichen Friedenskräfte auf eine „unabhängige“ gleich systemopponentische Minderheit widerstanden werden.

Die Lage der Dinge bringt es mit sich, daß mittlerweile jede Opposition gegen den „realen Sozialismus“ sich als Friedensbewegung auspricht. In der DDR kommt noch der zusätzliche Anreiz hinzu, daß auf diese Weise relativ schnell und sicher die begehrte Fahikarte nach Westen zu bekommen ist (Die DDR Behörden haben dies allerdings inzwischen bemerkt, so daß wieder ein Gegenstück eingetreten ist).

Von einer „unabhängigen Friedensbewegung“ kann man, sowohl über-

haupt, nur in der DDR und Ungarn reden. Hingegen ist es ein ganz toller Streich der Grünen, einfach die polnische Solidarność (bzw. deren Nachfolge- und Exil-Gruppen) zum Teil der Friedensbewegung zu erklären. Solidarność hat zehntausende legale Existenz keine Gedanken an Friedenspolitik verschwendet, es sogar ausdrücklich abgelehnt, gegen die „Nachrüstung“ Stellung zu nehmen. Solidarność-Vertreter haben sich vielfach gehäufig und negativ über die Friedensbewegung geäußert, weil sie in dieser einen Partner der Sowjetunion sehen, während sie selbst sich von einer militärischen Stärkung der NATO Fortschritte für ihre eigenen Ziele versprechen. Erst neuerdings, seit ein paar Monaten, gibt es eine scheinbare Hinwendung von Solidarność-Vertretern zur Friedensbewegung des Westens, die sich jedoch in Wahrheit auf die Aussage reduzieren läßt: „Wenn Ihr schon gegen die NATO-Nachrüstung seid, dann nehmt wenigstens in mindestens demselben Umfang auch gegen die sowjetische Rüstung Stellung. Denn nicht die NATO, sondern die Sowjetunion ist der Störenfried, von dem die Kriegsgefahr ausgeht.“

Beispielsweise heißt es in dem bekannten Brief des polnischen KOS vom 9. Mai 1983 „an die Mitglieder der Friedens- und Antikriegsbewegung in Westeuropa“: „Euer Protest gegen das Westrücken wird gegenwärtig durch die Regierung propagandistisch in den Ländern des Ostblocks ausgenutzt — indem er als Forderung nach einseitiger Beschränkung der Rüstung des Westens dargestellt wird. Auf diese Weise will das totalitäre kommunistische System die Friedensbewegung in den westlichen Ländern für seine aggressiven, auf Gewalt beruhenden Handlungen und Ziele ausnutzen. Das tragische Merkmal unserer Zeit ist, daß Menschen guten Willens, die aufrichtig für die Verteidigung des Friedens engagiert sind, der Gefahr der Manipulation durch diejenigen ausgesetzt sind, die die schlimmste Form des Militarismus repräsentieren.“ Es folgt die unvermeidliche Behauptung, die Sowjetunion stelle „heute die entscheidende Bedrohung für den Weltfrieden“ dar.

Dies noch als Friedensbewegung anzuerkennen, setzt voraus, daß man in jeder, aber auch wirklich in jeder Äußerung und Handlung, die sich gegen die Sowjetunion richtet und deren (vor allem militärische) Schwächung zum Ziel hat, einen friedenspolitischen Beitrag sieht. Und zwar nach der Logik: An der Blockkonfrontation sind die beiden Supermächte schuld. Die Sowjetunion ist eine der beiden Supermächte. Alles, was sie schwächt, trägt also zum Abbau der Blockkonfrontation bei.

Das genaue Gegenteil ist jedoch wahr: Eine Schwächung der Sowjetunion, speziell in ihrem osteuropäischen Vorfeld, gibt einerseits den Rückeroberungs-Strategen der NATO Auftrieb, während sie andererseits die sowjetischen Politiker und Militärs auch nicht gerade rationaler und berechenbarer macht.

Das Problem kommt aus der Tendenz von Teilen der westlichen Friedensbewegung, entweder aus Berechnung oder aus einem Trottel-Liberalismus heraus, auch sogar noch auf die Seite von pro-westlichen Rüstungs-Propagandisten zu schlagen, sofern diese behaupten, sie seien auch für den Frieden. Als Beispiel der Fall Manes Sperber. Als Beispiel des Engagement westlicher Intellektueller für Sacharow, der aus wirklich gar nichts anderem als ein vorgeschobener Posten der NATO im Feindesland. Es ist leider so, daß die Karte „blockübergreifende Friedensbewegung“ mutunter vor allem zu dem Zweck ausgereizt wird, militärisch-antijewische Positionen in der westlichen Friedensbewegung hoffähig zu machen. Der Friedensbewegung kann das nicht nutzen. Der ideologischen Kriegsvorbereitung der NATO aber sehr wohl.

K., KJ

## AL Westberlin

# Der grüne Weg zur Wiedervereinigung

Mit der kürzlich auf dem Parteitag der Grünen beschlossenen sog. „Vertragslösung“ ist ein großer Schritt zur vollständigen Integration der AL Westberlin in die Grüne Partei gelaufen. Weithin wird diese Entwicklung als schlichten Gemüts als Machtwort des linken Flügels der Grünen interpretiert und — je nach Standort — bejammert oder euphorisch abgefeiert. War es durch die Integration der AL Westberlin auch linke Positionen gestärkt werden, soll hier nicht untersucht werden. Sicher ist in jedem Fall, daß mit der AL jene Strömung in den Grünen, die die Verwirklichung der Frage, Ringen der beiden Supermächte und Zusammenschluß der unterdrückten europäischen Völker spezialisiert ist. Im Falle der AL Westberlin sprechen sich neo-patriotische Überzeugungen in erster Linie aus der maßgeblich von Theorien der KP China beeinflussten ML-Tradition: Westberlin war Ausgangspunkt und Hochburg der (1980 aufgelösten) „KPD“, und deren politisches Erbe hat von Anfang an kräftig in der AL durchgeschlagen, soweit es jene Fragen aller Fragen, die „nationale“, angeht.

## Abschied von Jalta

„Abschied von Jalta“ heißt die Überschrift eines Papers der AG Außenpolitik der AL. Man hört diese Parole häufig in jenen Teilen des „grün-alternativen Spektrums“, wo der Neo-Patriotismus gepflegt wird. In Jalta wurde während des 2. Weltkrieges die Nachkriegsordnung Europas zwischen den alliierten Gegnern des Deutschen Reichs, bzw. deren Hauptmächten, ausgehandelt. Wenn die Neo-Patrioten „Abschied von Jalta“ sagen, so ist gemeint: Auflösung der sich in Europa gegenüberstehenden „Blöcke“, Zusammenbruch und Vervielfachung Europas gegenüber USA und Sowjetunion, Schaffung einer „neuen europäischen Friedensordnung“.

Daß auch immer mehr Politiker der jungen Europas gegenüber USA und Sowjetunion, Schaffung einer „neuen europäischen Friedensordnung“.

Daß auch immer mehr Politiker der NATO das „Ende von Jalta“ verkünden, sodaß Verwicklungen mit der Parole der Neo-Patrioten zumindest nicht ausgeschlossen und, scheint diese nicht zu beeindrucken. Wenn NATO-Politiker eine „Revision von Jalta“ fordern bzw. die „Zerfall von Jalta“ für beendet erklären, so ist damit gemeint, die historische Konstellation, in der der Sowjetunion die Vorherrschaft über einen Teil Europas zugestanden wurde, ist vorbei. Eine Neuaufteilung Europas steht auf der Tagesordnung. Wer so frisch wie die AL Westberlin den „Abschied von Jalta“ einfordert, wird in Kauf nehmen müssen, auch gegen eigenen Willen als Teil des ideologischen Szenarios jener Reconquista zu funktionieren.

Wieder einmal haben die bürgerlichen Politiker gegenüber den grün-alternativen Amateuren Recht! Nicht die „Blockierung“ Europas ist das Ergebnis von Jalta. Sie ergab sich absolut zwingend aus dem vom Deutschen Reich begonnenen Krieg und der dadurch provozierten Bündiskonstellation. Jalta kann nur als Symbol dafür stehen, wie im Einzelnen die „Einflüsse“ der Siegermächte abgeleitet wurden. Und nur als Forderung nach Neuorientierung der „Einflüsse“ — wobei die Sowjetunion möglichst auf die eigenen Grenzen zurückgedrängt werden soll — macht die Parole „Abschied von Jalta“ überhaupt einen Sinn.

## Die Wiedervereinigung ist gut, weil sie richtig ist

Die Frage lautet: Wie verkauft man ausgerechnet die deutsche Wiedervereinigung, bei der man eigentlich eher Kalten Krieg, Adenauer und Revanchismus assoziiert, als die Schlüsselstelle einer friedenspolitischen Strategie? Aber das Unmögliche geschieht. Die AG Berlin und Deutschlandpolitik der AL behauptet in einem Paper (1. 23. Thesen für eine Grüne Deutschlandpolitik): „Man kann weder die Blockkonfrontation noch die Teilung Europas überwinden, ohne die Teilung Deutschlands in Frage zu stellen.“ Und gar: „Die unabhängige, blockübergreifende Friedensbewegung in der Bundesrepublik und in West-Berlin kann ihre Identität und Politik nicht entwickeln, ohne die Teilung Europas und Deutschlands programmatisch in Frage zu stellen.“ Ja, wieso das denn?

Selbstverständlich könnte es in einem hypothetischen „vereinigten Europa“ auch drei deutschsprachige Staaten (BRD, DDR, Österreich) geben, statt nur einem oder gar — wenn's dem Frieden dient? — nur einem einzigen. Man könnte sogar glatt aus Bayern noch einen vierten deutschsprachigen Staat machen, ohne daß „Europa“ deshalb unbedingt Schaden nehmen müßte.

Das Hauptargument für die Wiedervereinigung aller Konfessionen — das Wort „Argument“ möge man an dieser Stelle nicht allzu wörtlich nehmen! — stützt sich darauf, daß „die deutsche Teilung“, also die Existenz der Staaten BRD und DDR, „unnatürlich“ sei. Manche sagen auch „widernatürlich“, obwohl dieser Begriff eher an „widernatürliche Unzucht“ denken läßt. Jedenfalls, es existiert angeblich ein Naturgesetz, das es erfordert, daß die BRD und DDR nicht getrennt existieren dürfen. Um dieses Naturgesetz zu begründen, wird vorzugsweise die „nationale Identität“ der Deutschen bemüht, die etwas ganz Besonderes zu sein verheißt. Außer Wein, Weib, Gesang und Gaskammern beinhaltet sie auch noch Goethe, Schiller und die Spider Murphy Gang. Sie ist so wertvoll, daß die AG Berlin- und Deutschlandpolitik der AL in ihren 25 Thesen klärt: „Die weitgehend gelungenen Integration der BRD in das Wertesystem der ‚freien westlichen Welt‘ hat hier — und übrigens auch in der DDR — zu einem tiefgreifenden politischen Identitätsverlust geführt.“ An diesem Punkt, wo es eigentlich am interessant zu werden verspricht, endet in der Regel die Selbstdarstellung des grün-alternativen Neo-Patriotismus. Dabei wäre es hochinteressant, von dieser Seite einmal erklärt zu bekommen, wozu eigentlich eine spezielle deutsche „nationale Identität“ gut sein soll und was sich die Welt davon zukünftig noch alles erhoffen soll.

## Die DDR muß heim ins Reich

## Die DDR muß heim ins Reich

Wie die Wiedervereinigung vorantreiben gehen und wie dabei mit der DDR umgegangen werden soll, ist unter den Neo-Patrioten der AL Westberlin noch umstritten. Es scheint da sozusagen Falken und Tauben zu geben. Die einen repräsentieren in der AG Berlin- und Deutschlandpolitik, die anderen in der AG Außenpolitik.

Die AG Außenpolitik ist im Prinzip (das Wort „Prinzip“ ist hier im Sinne von Radio Erivan zu interpretieren) für eine Anerkennung der DDR, was sie allerdings gleich selbst für eine „Paradoxie“ erklärt, da es schon komisch ist, die DDR erst anzuerkennen zu müssen, um sie dann wieder zu verweigern. Außerdem kommen aus der heute so überaus beliebten realpolitischen Überlegung zum Zuge: die Forderung nach voller Anerkennung der DDR (nämlich durch die BRD) ist realpolitisch nicht durchsetzbar, also eher, um so weniger auszusprechen, symbolisch gemeint. Ein „realistischer Zwischenschritt“ könnte innerhalb der Austausch von Botschaftern sein, sagt die AG Außenpolitik.

Dafür soll die DDR dann aber gefälligst einen anständigen politischen Preis zahlen, fügt die AG Außenpolitik gleich hinzu: „Wir erwarten dabei“ — nämlich als Belohnung für den Botschafteraustausch — „Fortschritt bei der Senkung des Ausmaßes der DDR Bürger und Aufhebung der Einschränkungen bei der Einreise in die DDR. Der Informationsaustausch sollte erweitert werden.“ Das Wort „Informationsaustausch“ muß man wohl erläutern. Es bedeutet, daß die DDR-Bürger endlich die BILD-Zeitung und die HÖR ZU beziehen kann. Falls sie will, natürlich auch die „tas“.

Sowas also die Tauben in der AL. Vergleichen mit den Falken der AL wirken jene fast schon wie Horacker's Kolohe. Die AG Berlin- und Deutschlandpolitik mag in ihren 25 Thesen von Anerkennung der DDR nicht einmal als Paradoxie etwas wissen. Und dabei beansprucht sie auch noch, im Namen der DDR-Bürger zu sprechen: „Kein jemand im Osten dürfte darauf hoffen, im Sinne der SED als Angehöriger einer ‚DDR-Nation‘ anerkannt zu werden.“ (Und mit den paar Leuten, die darauf schief sind, werden wir nachher schon fertig werden!). Statt Anerkennung der DDR empfiehlt die AG Berlin- und Deutschlandpolitik eine „übergeordnete deutsche

Staatsbürgerschaft, die nicht nur die Bundesrepublik umfaßt.“ Also die Staatsbürgerschaft eines Phantoms, das es gar nicht gibt. Das soll sich dann aber auch ändern. Als realpolitische Zwischenlösung empfiehlt die AG eine „Konföderation“ zwischen der BRD und DDR, worüber unsere europäischen Nachbarn wirklich froh sein sollten, denn wir leisten damit schließlich auch „einen deutschen Beitrag für die Aufhebung der europäischen Teilung“.

Im Konzept der AG Berlin- und Deutschlandpolitik wird der DDR zur Abwechslung einmal rein gar nichts angeboten (mit einer gleich noch zu erwähnenden Ausnahme), aber dafür das Doppelte gefordert: Außer den schon von der AG Außenpolitik gestellten Forderungen kommt u.a. noch hinzu Zurücknahme des Zwangsumtausches, Austausch von Rednern zu verschiedenen Veranstaltungen, Jugendaustausch und selbstverständlich Öffnung eines Büros der Grünen in Ostberlin, um — da nehmen wir gar kein Blatt vor den Mund! — „Kontakte zu organisieren und intensivieren“. Macht das Tor auf! Und das Angebot? Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen BRD und DDR müssen „neu durchdacht werden“, sagt die AG. Es soll nämlich, sagt die AG, das Lebensniveau der DDR-Bürger so gehoben werden, „daß eine Abwanderung aus wirtschaftlichen Gründen unnötig wird“. Klingt nett. Kostet nur einige zig Milliarden. Und wurde realpolitisch auf nichts anderes hinauslaufen als eine ökonomische Eroberung der DDR durch massiv einfließendes BRD-Kapital.

## Vom Atlantik zum Ural: Europa für das Kapital!

Seltene Dinge kommen ans Licht, wenn die Neo-Patrioten als Geschichtsphilosophen auftreten. „Wir sind uns natürlich bewußt, daß die Teilung Europas sehr tief sitzt. Die in Jahrhunderten gewachsenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen Europas wurden nach 1945 zerrissen.“ So ist das. Da sind die Staats- und Völker Europas jahrhundertlang schlachtend und zerstörend über einander hergefallen und haben nebenbei gleich noch die ganze Welt zum Schauplatz ihrer Raub- und Umverteilungskriege gemacht. Aber die Neo-Patrioten sehen nur „gewachsene Bindungen“, die von den bösen Supermächten zerrissen wurden. Eher wäre darüber nachzudenken, ob die imperialistischen Nationen Europas unseren Kontinent vielleicht schon total zerstört hätten, wenn nicht die Existenz eines starken „Outblocks“ sie zum Zusammengehen gezwungen hätte. Ebenso mutet es vor dem Hintergrund zweier von Europa — und in erster Linie von Deutschland — ausgegangener Weltkriege sehr seltsam an, wenn die AL Westberlin hartnäckig behauptet, die Befreiung Europas aus der „Vorgeschichte der Weltmächte“ (= USA und Sowjetunion) und die Benennung auf die „europäischen Interessen“ (was immer darunter verstanden werden soll) sei der Schlüssel zum Weltfrieden, zu weltweiter Abrüstung etc. pp. „Die Blockpolitik verliert zunehmend den Schleier gemeinsamer Interessen, hinter dem die Weltmachtsinteressen der USA und der UdSSR verborgen sind. Die Regierungen der europäischen Blockstaaten stehen vor großen Legitimationschwierigkeiten, die Blockpolitik als mit europäischen Interessen vereinbar darzustellen.“ (Paper der AG Außenpolitik). Soll heißen: Die Blöcke entsprechen in Wirklichkeit nur den Interessen der USA und der Sowjetunion, nicht aber denen der europäischen Mächte. Wäre das wirklich so, bliebe nur noch zu fragen, warum dann die europäischen Regierungen überhaupt noch Legitimationschwierigkeiten haben, statt einfach aus den Blöcken auszu treten. Daß die (westeuropäischen) Großmächte mit NATO und „Blockkonfrontation“ eigene, weltweite imperialistische Interessen verfolgen, wird bestritten: „Die europäischen Staaten sind zu mächtig, um sich nicht als Mächte zu behaupten, denen die Potenz für eine globale imperialistische Politik fehlt.“ (Paper der AG Außenpolitik). Da hatte offenbar jemand die „Peking Rundschau“ noch allzu gut im Kopf. Statt „mittlere Mächte“ kann man auch — erinnern Sie sich

Fortsetzung nächste Seite







## Souveränität, ein hohes Gut? Die GRÜNEN, die Ordnung von Jalta und die Souveränität der BRD

Wenn man sich das rückblickend noch einmal vergegenwärtigt, dann hat man den Eindruck, daß ursprünglich in der Kritik der GRÜNEN an der bleigigen Stationierung der neuen atomaren Mittelstrecken-Waffen das „Souveränitäts der BRD“ doch eher eine untergeordnete Bedeutung hatte. Jedenfalls kann im Nachhinein festgestellt werden, daß sich diese Kritik mehr bzw. hauptsächlich gegen die seiternetzliche Bundesregierung richtete – und in der Tat war es ja auch Helmut Schmidt gewesen, der bereits 1977 (mit Verweis auf die sowjetischen SS-20) die Notwendigkeit der Stationierung dieser neuen bzw. zusätzlichen Waffen in Westeuropa propagiert hatte. Aber die BRD hatte nicht nur als erstes NATO-Mitglied die Angelegenheit ins Rollen gebracht und auf den entsprechenden Ministerrats-Beschluß vom Dezember 1979 hingewirkt. Vielmehr hat diese damalige Bundesregierung Schmidt öfter mit der gleichen Rhetorik, mit der sie im Innern die politische Durchsetzung desselben betrieb, auch auf jene NATO-Regierungen (Belgien, Niederlande, Dänemark) eingewirkt, welche unter dem Druck der öffentlichen Kritik bzw. Meinung ihres jeweiligen Landes ins Wanken geraten waren. Alle diese Sachen waren jedem politisch interessierten Menschen bekannt, und sie fügten sich bruchlos zu jenes erst jüngst bekanntgewordenen Tatsachen aus dem Munde von Helmut Schmidt selbst bzw. seinem engsten Beraterkreis. (1)

Insofern läßt sich durchaus sagen, daß jene Kritik, die P. Kelly anläßlich des zweiten (von den GRÜNEN veranstalteten) „Nürnberger Tribunals gegen Erstschlag- und Massenvernichtungswaffen“ formulierte, der „Souveränität“ – nämlich frei von jeglichem äußeren Zwang – betriebenen westdeutschen Stationierungspolitik Rechnung trug.

„Die Grünen haben 1981 Strafanzüge gegen Helmut Schmidt, Hans Dietrich Genscher und Hans Apel erstattet unter dem Gesichtspunkt des Friedensvertrags wegen „Vorbereitung eines Angriffskriegs“ (§ 80a StGB) ... Da die neuen US-Waffen, die ab 1983 in der Bundesrepublik aufgestellt werden sollten, ausschließlich und eindeutig die El- unter dem Gesichtspunkt des Friedensvertrags wegen „Vorbereitung eines Angriffskriegs“ (§ 80a StGB) ... Da die neuen US-Waffen, die ab 1983 in der Bundesrepublik aufgestellt werden sollten, ausschließlich und eindeutig die Eigenschaften von Erstschlagswaffen besitzen .... macht sich die deutsche Bundesregierung durch ihre Zustimmung zu diesem Stationierungsbeschluß der Vorbereitung eines Angriffskriegs schuldig.“ (2) Der Verweis auf die „Souveränität der BRD“ findet sich zwar auch schon in dieser zeitzeitigen Kritik, aber auch hierbei ist die Bundesregierung der Adressat, insofern die „die Mißachtung der Hoheitsrechte der Bundesrepublik durch Verblindete“ dikte. Trotzdem läßt sich insgesamt nicht feststellen, daß die GRÜNEN bereits 1981/82 oder zu Beginn des Jahres 1983 die „(Wieder-)Herstellung der Souveränität der BRD“ als das politische Mittel im Kampf gegen die derzeitigen Schritte der Kriegsvorbereitung seitens der NATO bzw. der BRD hauptsächlich propagiert haben.

Diese Abwendung vom konkreten politischen Angriff gegen die eigene Regierung - die ja immerhin völlig zu Recht der „Vorbereitung eines Angriffskriegs“ bezichtigt worden war - und Hinwendung zum Geliandmachen nationaler Interessen gegenüber einer fremden Regierung hat sich offensichtlich im Verlaufe des Sommers entwickelt und schließlich folgenden (beispielhaften) Ausdruck genommen:

„Auf eine neue europäische Friedensordnung hinzuwirken, durch Freiheit, militärische Neutralität und Integration in A-B-C waffenfreie Zonen in Europa anzustreben, ist historische Aufgabe einer BRD, die ihre volle Souveränität gegenüber den ehemaligen Supermächten erst noch herstellen muß.“ (3)

In dieser politischen Aufgabenstellung sind zwei Bezugspunkte bzw. Dimensionen enthalten: Zum einen wird auf jene von der Antihitler-Koalition in Jalta/Potsdam (Feb./Aug. 1945) beschlossene Installation von Besatzungs-Regimes zwecks Durchsetzung einer „friedlichen Nachkriegsordnung in Europa“<sup>1</sup> Bezug genommen; zum anderen auf zukünftige Schritte der Wiederherstellung der „vollen Souveränität“<sup>2</sup>.

1.  
Es sei im folgenden zunächst etwas ausführlicher auf den ersten Bezugspunkt

eingegangen; und zwar hat P. Kelly diesen Punkt (in ihrer Stellungnahme zu den Antworten der Bundesregierung Kohl-Genscher auf denbezugsfreie (wilde) Anfragen der grünen Bundestags-Fraktion) näher ausgeführt:

„Die RND als großes Störma-  
nagement und Hauptgefahrseid eines  
anderen Informa ist sowohl Insti-  
tution Staat und steht als drückender  
Partner da. Eine heutige Rechts-  
grundlage für die Stationierung von  
Atomwaffen in der Bundesrepublik  
sind nach Auflösung der Bundes-  
regierung zwei Verträge aus dem Jahre  
1954 (der Deutschland Vertrag und der  
Aufenthaltsvertrag), also unter Bes-  
tandungsrecht entstandene Diktatorverträge  
Atomwaffenstationierung als Bes-  
tandungsrecht ein Verstoß gegen die Sou-  
veränität der Bundesrepublik und ein  
Bruch des Völkerrechts“ (A)

Die Formulierung „Satelliten Staat“ ist kein einmaliger Einfall, ähnliche Verbalisierungen finden sich auch in den Stellungnahmen anderer grüner Bundestags Abgeordneter – so etwa bei Konrad Vogt, der die BRD als „eine Art Nuklearkolonie“ sowie ebenfalls hinsichtlich der hier stationierten C-Waffen als „Kolonie der Vereinigten Staaten“ (5) bezeichnet hat.

Beide – P. Kerdy und R. Vogt – sind in ihren Stellungnahmen zu den bereits oben erwähnten Antworten der Bundesregierung *nicht* auf eine sehr denkwürdige Feststellung eingegangen, die sich – gleichzeitig – in den Vorbemerkungen in zwei dieser Antworten findet.

...Rechtsgrundlagen für die Stationierung der verbundenen Streitkräfte... sind der Deutschlandvertrag sowie in seiner Ausführung der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Oktober 1954... Durch diese Verträge ist sowohl dem Grundsatz der deutschen Souveränität als auch den weiteren Erfordernissen des Grundgesetzes Rechnung getragen“.

(6) Hatten P. Kelly und R. Vogt sich auf diesen Punkt näher eingelassen, so bemühte der von der Bundesregierung darin betonte Zusammenhang die Richtung gewiesen haben, in der eine unbefangene Vergewürstung jener o. a.

(5) Hatten P. Kelly und R. Vogt nach auf diesen Passus näher eingeleuchtet, so mochte der von der Bundesregierung darin betonte Zusammenhang die Richtung gewiesen haben, in der eine unbefugene Vergewisserung jener o.ä. Verträge seitens der GRÜNEN hätte erfolgen können: Denn diese Verträge sind das gerade Gegenteil von dem, was P. Kelly behauptet („unter Besatzungsrecht stehende Diktatverträge“ o.ä. Ziel!). Und diese fehlerhafte Auffassung hat ziemlich weitreichende politische Konsequenzen im Hinblick auf das, was als „Wieder-Herstellung der Souveränität der BRD“ ausmehr propagiert wird:

a) Der Deutschlandvertrag in seiner  
früher bzw. jetzt gültigen Fassung vom  
21.10.1954 dokumentiert bereits un-  
ter der Abkürzung des bis dahin gelte-  
nden Besatzungswegens, als er die un-  
terzeichneten Vertragsparteien die  
drei ehemaligen westlichen Mitglieder  
des Alliierten Kontrollrats der Anfüh-  
rerfunktion (OH F USA) einerseits  
und die BRD andererseits - nunmehr  
gleichberechtigt nebeneinanderstellt.  
Das findet nicht nur in entsprechenden  
Formulierungen, sondern v.a. in In-  
halten seinen Ausdruck, nämlich in der  
Festlegung des gemeinsamen Vertrags-  
zwecks bzw. Vertragsziels die Ausdeh-  
nung der westdeutschen Kapitalver-  
ordnung nach Osten hin und die Bezie-  
gung dieser Expansion durch eine „frei  
vereinbarte friedensvertragliche Rege-  
lung“. Dies impliziert selbständig  
gemeinschaftliche erfolgreiche Nötigung  
des vierten Mitglieds des ehemaligen  
Alliierten Kontrollrats d.h. der So-  
wjetunion

b) Der Deutschlandvertrag vollendet daher die Spaltung der Antihitler-Koalition bzw. den Bruch der gemeinsamen in Jalta Potsdam formulierten und (entsprechenden) Vereinbarungen. Es muß an diesem Punkt festgewiesen werden, daß P. Kellys fehlerhafte Auffassung von jenen o.a. Verträgen („unter Ausnutzung der sich ergebenden Diskontinuitäten“) negative Folgen für ein bestimmtes Charakteristikum im antisemitischen Selbstverständnis der GRÜNEN selbst hat. Denn die Grünen haben verschiedentlich die Niederwerfung des reichsdeutschen Imperialismus sowie die Aufrichtung eines Besatzungsregimes zwecks Durchsetzung von inneren Verhältnissen, die eine Niederkehr von Faschismus und Militarismus ein für allemal unmöglich ma-

chen, gutgeheissen und sich z. B. gegen den „17. Juni“ und für den 8. Mai (1945, Tag der Kapitulation der Hitlerwehrmacht) als „nationalen Feiertag“ ausgesprochen (?) Dergleichen ist ja auch die bewußte positive Anknüpfung an das Nürnberger Tribunal der Antihitlerkoalition (s. oben) seitens der GfKfN ebenfalls eine Bräuhung der gegen die ehemalige Reichsregierung und den Generalstab ergingenen Maßnahmen seitens der Besatzungs-Regime. Solche antischausitischen Positionen gerieten aber in der Konsequenz jener o.ä. fehlerhaften Auffassungen nicht nur in Bedrangnis, sondern regelrecht in Gefahr. Denn sämtliche, dem niedergeworfenen reichskautischen Imperialismus auferlegten Beschränkungen waren doch nichts anderes als unter dem „Einkreis der Besatzungsrecht“ erfolgte Massregeln zur Verhinderung der Wiederkehr eines (faschistischen) Apparat, also das, wogegen P. Healy jetzt polemisiert!

c) Wenn man in Rechnung stellt, daß die ehemaligen reichsdeutschen Monopole und ihre politischen Interessenvertreter lediglich ausgederbt waren, dann muß im Deutsch-Englisch-Vertrag ein bedeutsames Merkmal hinsichtlich der Wiedergewinnung der innen- und außenpolitischen Handlungsfreiheit der (west-)deutschen Imperialismus gesehen werden. Das erklärt meinet die Bundesregierung, wenn sie feststellt, daß jene o. a. Verträge dem „Grundsatz der deutschen Souveränität“ Gemäß getan haben: nämlich jenem aus dem 8. Mai 1945 ununterbrochen verfolgten Ziel der ausgederbteten reichsdeutschen Monopole, zunächst in einem westdeutschen Teilstaat eine „souveräne“ Ausgangsbasis für die abschließende Revision der Ergebnisse des 2. Weltkriegs zu gewinnen. (8) Was und wann, „die weiteren Erfordernisse des Grundgesetzes“ anderes als jene in der Preamble und diversen GG-Artikeln fixierten Gebietsansprüche bzw. Expansionsziele? Sie sind in dem Sinne „weiteren Erfordernisse“, als sie über den derzeitigen unmittelbaren Wirkungsbereich der „Souveränität“ der westdeutschen Monopole und ihrer politischen Interessenvertretung hinausreichen.

„weiterer Erfordernis“, als es über den derzeitigen unmittelbaren Wirkungsbereich der „Souveränität“ der westlichen Monopole und ihrer politischen Interessenvertretung hinausreichen.

Diese Expansionsziele bzw. Gebietsansprüche und als gemeinschaftlicher Vertragszweck nicht nur des Deutschland-Vertrags, sondern auch (über das entsprechende Beitrittsprotokoll beim Eintritt der BRD) des NATO-Vertrags fixiert. Die militärischen Mittel zur Ausführung dieser Zwecke (daher die o.a. Formulierung der Bundesregierung!) sind über den Aufhebungsvertrag mehrgewollt. Die ausländischen Truppen sollen bis zur Realisierung dieser Zwecke auf dem Territorium der BRD stationiert bleiben, danach entfällt jeglicher Aufenthaltsgrund. Insofern enthält er eine „Antwort“ über die Berechtigung des Vertrags, die den Charakter der Stationierung ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik als ganz unermesslichen (= vorläufigen, unbestimmten, d Red.), auf dem Zustand zwischen Krieg und Frieden beschränkten Notmaßnahmen besonders hervorhebt.“ (H)

Die GRÜNEN konnten unter Umständen gegen diese Zurückweisung ihrer Behauptungen vom (fortgesetzten) „Bewaffnungswett“ die seinerzeitige bzw. vorher immer wieder erfolgte Stationierung von US-amerikanischen A- und C-Waffen geltend machen. Ein Studium des derzeitigen Auswärtigenbüros vom 1954 (10) - der Kohl-Gesamter Regierung verwendet in ihren o.a. Antworten genüsslich auf der seinerzeitigen Generaldirektorat der auswärtigen Ausschüsse, Willy Brandt - in Verbindung mit dem Vertragswortlaut zeigt aber, daß die Stationierung der US-Truppen selbstverständlich auch die Stationierung ihrer jeweiligen Bewaffnung gemeint und entsprechend vertraglich vereinbart worden war.

**M.**

Es gibt an diesem Punkt eine ganz eigentümliche Inkonsistenz in der Argumentation der GRÜNEN; diese Anredeleser leitet über zur Behandlung des 2. o. a. Bezugspunktes:

Im Zusammenhang mit dem 2. Nürnberg Tribunal hatte P. Kelly daran erinnert, daß ihre Partei bereits 1961 gegen Schmidt, Genscher und Angel Straßfänge wegen Vorbereitung eines Antrießkrieges erwelt hatte. Und

zwar hatten die GRÜNEN das weniger an den politischen Kriegsziele der BRD festgemacht, sondern eher oder ausschließlich an den zur Stationierung vorgehenden militärischen Mitteln – denn diese seien einzig und allein zum Angriff geeignet. Die GRÜNEN haben sich dabei wenig oder gar nicht an der Tatsache gemeldet, daß die von ihnen angepörrigten Massenvernichtungswaffen U.S.-amerikanischen Ursprungs waren. Sie haben sich damals einfach darauf konzentriert, daß die BRD im Rahmen der NATO an der Nutzung dieser Waffen für den Zweck eines Angriffskriegs teilhat.

Die aktuellen Bekundungen der letzten zwei bis drei Monate sind nunmehr nahezu vollständig davon abgegangen — um ein Beispiel zu nennen: Die „Gefahrenhaltungssprache“ der jetzigen (wie auch aller vorherigen) Bundesvergruppungen) hinsichtlich ihrer Kenntnis und ihrer vertraglichen Verbindungen bezüglich der Dislokation und des Umfangs der US-amerikanischen A-, B- und C-Waffen wird zwar auch als eine gegen die eigene Bevölkerung gerichtete Polina kritisiert — aber das Hauptgewicht wird darauf gelegt, daß gerade darin der Kolonial-Status der BRD gegenüber den USA zum Ausdruck komme. (11) Was — so fragt man sich — hindert die GRÜNEN eigentlich daran, an ihren richtigen Einsichten von neuem festzuhalten; immerhin hatten diese Einsichten den Vorteil völliger Illusionslosigkeit darüber, daß der BRD-Imperialismus in der Verfolgung seiner Expansionsziele nicht eingeschlossen ist, Massenvernichtungswaffen nicht nur zur Erpressung, sondern auch zur tatsächlichen Durchsetzung dieser Ziele zu nutzen? Wenn man diese Illusionslosigkeit mit dem eigenen, doch unweifelhaft vorhandenen antifaschistischen Selbstverständnis kombiniert — dann müßte folgende politische Erkenntnisse dabei herauskommen können:

Die direkten Fortsetzer der Kontinuität des gerade auch durch Massenvernichtung berichtigten deutschen Imperialismus müssen jede Weckung von historischen Erinnerungen bzw. Erfahrungen vermeiden — insofern die dar-

Die direkten Fortsetzer der Kontinuität des gerade auch durch Massenvernichtung berücksichtigten deutschen Imperialismus müssen jede Weichung von historischen Erinnerungen bzw. Erfahrungen vermeiden – insofern die darüber entstehende Kritik unweigerlich ihre so oft bekundeten „friedlichen (Expansionen-) Mittel“ zu jenen ebenso oft bekundeten „friedlichen Mitteln“ der Rechtsregierung A. Hitler in Beziehung setzen würde. Dies wäre eine direkte Gefährdung der Expansionen selbst. Helmut Schmidt hat das in seinem seinerzeitigen Bericht vor der SPD-Fraktion (über sein Ouadecloup-Treffen mit Carter, Giscard d'Estaing und Calaghan) am 6.2.1979 so ausgedrückt: Er wolle in der Öffentlichkeit vermeiden, „daß die Welt den Eindruck bekommt, als ob der Nicht-Nuklearwaffen-Staat Bundesrepublik de facto die politischen Entscheidungen, die auf dem nuklearen Felde zu treffen sind, präjudiziert, am liebsten sie selbst treffen möchte“ (12).

Es ist eingangs festgehalten worden, daß in der grünen Forderung nach der „(Wieder) Herbeiführung der Souveränität der BRD“ sowohl jener weiter oben behandelte Gesichtspunkt der Bezugnahme auf die Ordnung von Jalta enthalten ist (siehe Abschnitt I) wie auch der Bezug auf bestimmte konkrete zukünftige Schritte zur Erreichung dieses Ziels. Als einen solchen konkreten Schritt hat der grüne MdB R. Vingi den folgenden benannt: „Wir werden den positiven Schritt machen, die Geheimhaltungspraxis der Regierung gegen das eigene Volk zu durchbrechen und die Souveränität des deutschen Volkes über das eigene Territorium und über das eigene Schicksal wiederzugewinnen.“ (13) Dies hat er insbesondere in Bezug auf die Aktionen der Bundesregierung zur C-Waffen-Visionierung ausgeführt. Es ist weiter oben schon verdeutlicht worden, daß diese Argumentation vollständig abgekommen ist von jener Kritik an der Teilhaberschaft bzw. indirekten Verfügungsgewalt des BRD-Imperialismus über diese Sorte von Waffen.

Aber dieses Abklimmen von jener ursprünglichen Kritik hat sich - das verdeutlicht der von R. V. vorgeschlagene „positive Schritt“ - verschlimmert in Richtung auf tatsächliches Zusammengleiten mit der politischen Interessenvertretung der westdeutschen Monarchie. Diese verfügen nun Gewalt der Präzedenzhaltes. Be-

**Kämpfungsmittel-Produktion** von Hoechst, Bayer und BASF über eine „sovereäne“ C-Waffen Produktionskapazität, die ihnen geben auf der Welt nicht Erste Frage, wie will man diese Verfügungsgewalt über die eigene Basis zur Produktion von Massenvernichtungswaffen ergreifen bzw. treffen können, wenn man sich zum Verfechter der Wieder-Erlangung einer angeblich nicht vorhandenen Souveränität der BRD gegenüber der USA macht? Zweite Frage an gibt nicht nur Kritik sondern Heize in den Reihen der GRÜNEN, daß die BRD auf Beseitigung der antifaschistischen „Friedensstaatsklausel“ der Charta der Vereinigten Nationen (ein „tödlicher Anachronismus“) hinwirken solle bzw. hinwirken müsse. (14) Diese Klausel war eine Waffe der internationalen Staaten und Völkergemeinschaft gegen Keglungen der Wiederkehr faschistischer Aggression, unter anderem gegenüber dem niedergeworfenen deutschen Imperialismus. Die diesbezügliche Heize gegen diese antifaschistische Bestimmung unter der Flagge der „(Wieder-)Herstellung der Souveränität der BRD“ läßt Schlimmes befürchten. Wie etwa werden sich die GRÜNEN stellen, wenn die UNO konkrete Sanktionen gegen das eigene westdeutsche C-Waffen-Potential (zum Beispiel) beschließen sollte und hierbei um die Erfahrung mit dem Hitlerfaschismus anknüpft? Eines ist klar: Es wird verdammt schwierig sein, diesem Eingriff in die „Souveränität der BRD“ gutzuhelßen, wenn man sich vorher schon vorzagen mit Haut und Haaren mit deren „vollständiger (Wieder-)Herstellung“ verpulvert hat - ganz zu schweigen von den hässlich-kühlen Annahmen der Bundesregierung, sich doch bitte an den endlich gewonnenen nationalen Konsens zu halten!

Best, BWA

### Abstract

### Answer to question

- (1) Siehe barfüßig in die Tür der Weltpolitik klemmen? Gerechte und Bedrohung des NATO-Doppelbeschlusses für die SPD, H. Seidl, FAZ, 12.11.1983, S. 10.
- (2) Petra Kelly, Artikel (Das Nürnberger Tribunal), abgedruckt in Die Grünen, 19.02.1983, S. 31
- (3) 13 Thesen für eine positive Argumentation in der Friedenspolitik, Torsten Lange, Die Grünen im Bundestag, Bundeshaus 5300 Bonn.
- (4) Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 11.11.1983.
- (5) Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 13.10.1983
- (6) Antworten der Bundesregierung: a) Deutscher Bundestag, Drucksache Nr. 10/444 vom 05.10.1983, S. 3; b) DUCH BT Drucksache Nr. 10/487 vom 14.10.1983; III
- (7) Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 05.05.1983 (Jürgen Roßmüller, Die Grünen)
- (8) a) Stenographische Berichte des Deutschen BT, 07.02., 09.07.1952 (Adenauer); 09.07.1952 (Grundermaier), 13.12.1954 (Adenauer/Körner); b) Deutscher Bundestag, Drucksache Nr. 1200 (Schriftliches Bericht über Ausschuss f. Auswertung Angelegenheiten d. Besatzungsregimes, Sicherung ausländischer Streitkräfte u. NATO WEU Bemerk. etc.); c) Das Potsdamer Abkommen das Grundgesetz und die Wiedervereinigung Deutschlands (v. Winterfeld, Vertreter der Bundesregierung mit SPD-Vertragsproß, Europa Archiv, 05.10.1958, d) Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit (W. Greve, BRD-Delegationenleiter bei d. Verhdlg. zur Ablösung d. Besatzungsregimes), Stuttgart 1960, insbesondere: S. 11-108, S. 169-300, S. 324-338, S. 431-444, e) Klein, Aktuelle Bedeutung des Deutschlandvertrages, in: Außenpolitische Zeitschrift f. intern. Fragen, IV Quartal 1980, S. 394ff
- (9) W. Greve (Kap. Souveränität der Bundesrepublik) a.o. S. 43/46.
- (10) Deutscher Bundestag, Drucksache Nr. 1200, a.o. S. 49 (Kap. Verteidigungsbeitrag und Truppenstationierung), Deutscher Bundestag, Drucksache Nr. 1060 (betr. Aufenthaltverträge), 10.12.1954.
- (11) Z.B. Roland Vogt, Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 13.10.1983
- (12) FAZ, 12.11.1983 (a.o.)
- (13) Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 13.10.1983
- (14) Die Potsdamer Erklärung. Ein föderaler Antriebsmotor, Artikel in Die Grünen, 2/04 1983, S. 4



# Die Grünen contra „Einseitigkeit“ Die Spaltung an der Blockfrage

Die „Einseitigkeit“ der Friedensbewegung gegen die NATO-„Nachrüstung“ war vielen schon immer ein Dorn im Auge. Staat, Kapital und ihre Parteien, aber eben auch Teile der Friedensbewegung, speziell den GRÜNEN, die sich in ihrer Mehrheit nur zahnlos knirschend darauf einließen. Immer wieder kommt aus dieser Partei die Forderung, die „Einseitigkeit“ zugunsten einer „blockübergreifenden Friedenspolitik“ aufzugeben, was massiv mit dem Hintergedanken verbunden wird, die Friedensbewegung an der „Blockfrage“ zu spalten.

Der Grüne Parteitag vom 18. bis 20.11. in Dülburg bot wiederum einen Raum, diese Frage auszuwerfen. Befreit von dem Druck, den die drohende Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen auf die Friedensbewegung ausgeübt hat und der, umso stärker mit dem Neberrücken des Stau-

nerungstermins, die einseitige Orientierung der Friedensbewegung gegen die NATO-Rüstungspolitik erzwungen hat, brach sich die Forderung nach einer nicht nur gegen die NATO, sondern ebenso gegen den Warschauer Pakt gerichteten Friedensbewegung Bahn. Die Vorstellungen darüber sind zwar immer noch widersprüchlich, haben sich aber seit dem Parteitag 1981 in Offenbach, auf dem das „Grüne Friedensmanifest“ verabschiedet wurde, weiter angenähert. Im folgenden wird sich auf die letztlich mit großer Mehrheit verabschiedete Vorlage des Bundesvorstands bezogen. Der Vollständigkeit halber soll jedoch erwähnt werden, daß weitere Papiere Grundlage der Diskussion waren.

— Zunächst ein Papier der Vereinigten Münchener Friedensinitiativen, das als eine Plattform der ganz harten ML-Fraktion innerhalb der Grünen anzuse-

hen ist. Zentraler Inhalt ist die „Befreiung aus der Ordnung von Jalta“, eine mitteleuropäische Lösung gegen die „Supermächte“ sowie die Forderung nach der „deutschen Wiedervereinigung“.

— Dann ein Papier der AL-Westberlin, das, allerdings etwas moderater formuliert, aus einer ähnlichen Richtung argumentiert. Darin wird vor allem die Forderung nach einer Diskussion über „alternative Konzepte von Außen- und Sicherheitspolitik“ erhoben.

— Schließlich ein Antrag des linken Landesverbandes Schleswig-Holstein, in dem der „blockübergreifende“ Aspekt gar nicht auftaucht und der an einer einseitigen Orientierung gegen die NATO festhält. Er spielte allerdings in der ganzen Debatte die geringste Rolle.

— Von besonderer Bedeutung war natürlich der Antrag der Bundestagsfraktion für die „Nachrüstungs“-Debatte im Bundestag, der später ohne Einwände verabschiedet wurde. Darin wird ausgerechnet die Bundesregierung aufgefordert, „der Sowjetunion klarzumachen, daß die geforderten Abrüstungsschritte der NATO erleichtert werden, wenn die Sowjetunion schon jetzt mit dem Abbau der SS 20 mindestens bis zur Höhe der britischen und französischen Mittelstreckenraketen beginnt.“ Damit hat sich die Bundestagsfraktion erstmals auf das Niveau der NATO-Agitationen begeben, nämlich einseitige Vorleistungen der Sowjetunion zu fordern, und zweitens macht sie sich lächerlich, indem sie sich gerade an die Partei wendet (die Bundesregierung), die es zusammen mit ihren Verbündeten strikt abgelehnt hat, die englischen und französischen Atomwaffen überhaupt zum Diskussionsgegenstand zu machen.

Der Antrag des Bundesvorstands formuliert die Leithemen grüner Friedenspolitik nach der Stationierung. Daß er auf dem Parteitag mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, zeigt schon, daß sich darin alle Elemente der vorher skizzierten Richtungen wiederfinden. Zwar wird sich in dem Papier gerne auf den „unabhängigen“ und „autonomen“ Flügel der Friedensbewegung berufen, aber nicht die dort gegenwärtig diskutierte Stoßrichtung, eine noch schärfere Ausrichtung gegen die NATO, sondern die Ausrichtung auf eine „blockübergreifende Friedenspolitik“ ist das zentrale Anliegen. Wird einerseits die aggressive Außenpolitik der USA verurteilt, wird dies gleich relativiert, denn „die Militärlösung des Warschauer Pakts garantiert uns im Kriegsfall das gleiche Schicksal“. „Schlußfolgerung: „Das Leben der Menschen in Europa kann nur durch eine praktische Politik der Souveränität und Selbstbestimmung — durch Emanzipation von den beiden Supermächten USA und Sowjetunion erhalten werden. Weder die Bundesrepublik noch irgendein anderes Land darf Opfer der Macht- und Interventionspolitik der Großmächte sein.“ Dem entsprechend wird in diesem Beschluß nicht mehr die einseitige Abrüstung des Westens gefordert, sondern es wird „blockübergreifend“ formuliert: „Für einseitige Abrüstungsschritte in allen Ländern.“ Daß das „alle“ das „einseitig“ ad absurdum führt, scheint niemandem aufgefallen zu sein. Um das Paradoxon auf die Spitze zu treiben, wurde noch hinzugesetzt: „Wir müssen damit bei uns anfangen.“ Für die Mehrheit der Partei existiert offensichtlich ein Bild von der BRD als Spielball der „Supermächte“, als Opfer der „Macht- und Interventionspolitik der Großmächte“. Unter den Tisch fällt bei dieser Betrachtungsweise, daß die BRD bzw. ihre jeweilige Regierung einen aktiven Beitrag zur Kriegsrüstung leistet, daß ohne die Zustimmung der Bundesregierung eine Stationierung neuer Atomwaffen niemals infrage kommen würde und daß die Raketen gegen die Menschen in den Ländern Osteuropas gerichtet sind. Das alles ist von den GRÜNEN in anderen Zusammenhängen selbst oft genug gesagt worden, aber zum Leitgegenstand ihrer Politik wollen sie es nicht machen. Was bleibt, ist der jammernde Deutsche, der aus der Not eine Tugend macht, indem die von der eigenen Obrigkeit bedrohte Gegenseite auch noch unter Druck gesetzt werden soll, sträflich abzurufen. Wer will der Sowjetunion angesichts der konkreten Kriegspläne der NATO das Recht absprechen, sich mit eigenen Waffen zu

schützen? Lassen wir einmal militärtechnische Aspekte außer acht, kann dies nur jemand, der eine aggressive Bedrohung der Völker Westeuropas durch die Sowjetunion behauptet. Dies allerdings ist von der Grünen Partei, außer ihrem militanten ML-Flügel, bisher nicht geschehen. Die GRÜNEN in ihren Parteaussagen beschränken sich darauf, daß bei einem Angriff auf die SU durch die entsprechenden Gegenreaktionen die BRD und ihre Bevölkerung (und die aller anderen mitteleuropäischen Staaten) ausgelöscht würde. Selbstverständlich muß diese Gefahr zum Gegenstand der Politik der Friedensbewegung gemacht werden, und nicht von ungefähr ist dies auch der zentrale Motor der heutigen Massenmobilisierung. Aber ebenso selbstverständlich muß dabei gehen, daß diese Gefahr nicht von den sowjetischen Raketen, sondern von der Kriegspolitik der NATO ausgeht. Andernfalls reißt man sich in die Riege derjenigen ein, die am Ausgang des 2. Weltkriegs in erster Linie die gefallenen, getöteten und vertriebenen Deutschen zählen und nicht den Massenmord an den vom deutschen Faschismus überfallenen Völkern.

Die GRÜNEN wollen mit ihrer „blockübergreifenden Friedenspolitik“ in gleicher Weise auf beide „Blöcke“ Druck ausüben. Dies vor dem Hintergrund, daß es der Friedensbewegung nicht gelungen ist, auch nur minimale Zugeständnisse von den eigenen Regierungen zu erzwingen, und daß kein Weg zu erkennen ist, daß dies in nächster Zeit anders werden wird. Die GRÜNEN spekulieren anscheinend darauf, daß die Staaten des Warschauer Pakts gegenüber einer „unabhängigen Friedensbewegung“ im eigenen Land anfälliger sind als die NATO-Staaten gegenüber der heutigen Friedensbewegung. Sie spekulieren darauf, ja sie fordern sogar, daß die Sowjetunion gegenüber der NATO-Drohung „Vernunft“ zeigt (siehe oben zitierte Erklärung der Bundestagsfraktion, wofür sich aber viele andere Beispiele nennen ließen) und von sich aus mit einer einseitigen Abrüstung beginnt. Sie versprechen dafür im Gegenzug die Abrüstung des Westens — nur, dieses Versprechen ist haltlos, denn erstens ist die Friedensbewegung gerade eben den Beweis schuldig geblieben, daß sie ihre eigene Regierung von Schritten zu einer weiteren Aufrüstung abhalten kann (geschweige denn, daß sie Abrüstungsschritte erzwingen könnte); und zweitens gaukelt dies die Illusion vor, die NATO ließe sich auf eine solche Logik ein. Die fatale Folge einer solchen Politik (sollte sie erfolgreich sein) wäre u. a., daß die NATO eine noch größere militärische Überlegenheit über die Sowjetunion erlangen würde. Falls die GRÜNEN ihre eigenen Aussagen ernst nehmen, daß die NATO mit der „Nachrüstung“ die Kriegsfähigkeit und die Fähigkeit zum Einsatz vorbereitet, dann würde eine militärische Schwächung der Sowjetunion die Kriegsfähigkeit nicht vermindern, sondern erhöhen.

## Blockübergreifende Politik als Mittel zur Spaltung der Friedensbewegung

Anknüpfend an diese Art „blockübergreifender Friedenspolitik“ wird im Parteibeschluß formuliert: „Die Entwicklung einer auf diesen Grundpfeilern beruhenden Friedenspolitik kann konstruktiv nicht mit Organisationen vorangetrieben werden, die mit mindestens einem Bein in Washington oder Moskau stehen.“ Das zielt in erster Linie gegen die DKP als einen wesentlichen Bestandteil der Friedensbewegung, kann auch gegen die SPD verstanden werden, muß aber in jedem Fall auch als gegen den KB und ähnliche Organisationen gerichtet gesehen werden, die in ihrer Einseitigkeit gegen die NATO ebenfalls als „5. Kolonne Moskau“ tituliert werden. Keinesfalls sind damit natürlich diejenigen gemeint, die nach wie vor der Theorie vom Hauptfeind Sowjetunion anhängen, in diesem Zusammenhang zwar auch die USA kritisieren, ansonsten aber immer den Kampf der europäischen imperialistischen Staaten gegen die SU propagieren, der real im Bündnis mit den USA geführt wird.

Die eben zitierte Aussage wird fort-

geführt: „Dies schließt eine aktionsbezogene Zusammenarbeit nicht aus“. Das drückt zunächst nur aus, daß die GRÜNEN in der Forderung nach einem Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber der DKP und ihr befreundeten Organisationen vorsichtiger geworden sind, weil sie zu unterschiedlichen Anlässen mit dieser Forderung in der Friedensbewegung gescheitert sind.

Selbstverständlich kann mit der DKP eine Politik wie von den GRÜNEN anvisiert nicht „konstruktiv“ entwickelt werden. Dies gilt allerdings auch für nicht unwesentliche andere Teile der Friedensbewegung, speziell gerade für die „unabhängigen“ Teile, auf die sich die GRÜNEN gern berufen. In politisch-praktischer Hinsicht stellen sich die Fragen jedoch ganz anders. Außerhalb der DKP hat beispielsweise kaum jemand etwas gegen das Auftreten von Vertretern der „unabhängigen Friedensbewegung“ der DDR auf Veranstaltungen in der BRD, sofern sie sich eindeutig gegen die NATO-„Nachrüstung“ aussprechen. Und selbst die DKP hat diese Kräfte schon geschluckt, wenn die Mehrheitsverhältnisse klar waren. Dies allein kann es also nicht sein, was die GRÜNEN an der Zusammenarbeit mit der DKP stört. Nicht einmal eine gestörte Zusammenarbeit mit den „unabhängigen Friedensbewegungen“ in Osteuropa könnte für einen Unvereinbarkeitsbeschluß herhalten, denn bisher gibt es keinerlei Bedingungen von dieser Seite, beispielsweise nur dann auf Veranstaltungen zu sprechen, wenn die DKP nicht auftritt. Es spricht deshalb viel dafür, daß es die durch die DKP am deutlichsten dokumentierte Einseitigkeit der Bewegung ist, die eliminiert werden soll, oder wie es Rudolf Bahro ausdrückt: „Raus aus dem sowjetfreundlichen Minimalkonsens“.

Diese Spaltungspolitik der GRÜNEN hat schon Tradition, auch wenn sie damit bisher immer gescheitert sind, was die heutige eher vorsichtige Formulierung verständlich macht.

— In der Vorbereitung der Anti-Regan-Demonstration am 10.6.82 forderte Rudolf Bahro für die Grüne Partei auf der Vorbereitungskonferenz am 4.4.82: „Wir brauchen die vollständige organisatorische Trennung“ (von der DKP war gemeint). Die GRÜNEN forderten ultimativ, in den Aufruf zu dieser Demonstration eine Unterstützung der „unabhängigen Friedensbewegung“ der DDR mit aufzunehmen. Als dies mehrheitlich abgelehnt wurde, schrieben sie eine eigene Präambel zu dem mehrheitlich verabschiedeten Aufruf und fügten an, darunter Unterschriften zu sammeln. Als auch dieses „unabhängigen Friedensbewegung“ der DDR mit aufzunehmen. Als dies mehrheitlich abgelehnt wurde, schrieben sie eine eigene Präambel zu dem mehrheitlich verabschiedeten Aufruf und fügten an, darunter Unterschriften zu sammeln. Als auch dieses

— Vorläufer dieses Versuchs wurden anlässlich des Breschnew-Besuchs im November 1981 und anlässlich des von Regan ausgerufenen internationalen Solidaritätstages mit Solidarnosc gestartet. Auf dem Bundesparteitag in Offenbach vom 2. bis 4. Oktober 1981 wurde die Durchführung einer Anti-Breschnew-Demo beschlossen. Das Ergebnis der zentralen Mobilisierung war, daß sich einige Hundert Grüne mit der gesamten Mannschaft aller Schattierungen der MLer trafen — ein eher klägliches Verzeichnis. Ähnlich erging es den GRÜNEN mit dem Solidaritätstag für Solidarnosc, an dem sie sich wiederum hauptsächlich mit den Resten von „KPD“, KBW und MLD zusammensanden — und gleichzeitig auch noch mit den von CDU, SPD und FDP mobilisierten Kundendemonstrationen mitlaufen mußten.

Es gibt viele Gründe, die DKP anzugreifen. Aber mit Sicherheit ist der schlechteste, dies an ihrem Verhältnis zur Sowjetunion in der Kriegs- und Friedensfrage zu tun. Die NATO-Kriegspolitik macht die Sowjetunion zu einem objektiven Verbündeten der Friedensbewegung in diesem Land. Wer an dieser Frage die Spaltung der Friedensbewegung propagiert und provoziert, der muß sich schon die Frage gefallen lassen, wessen Interesse er vertritt, denn es geht um das Leben von Millionen.

be., KB

## Kontaktadressen des KB

Redaktion des  
ARBEITERKAMPFES  
Lindental 4  
c/o Hamburger Satz- und  
Verlagskooperative GmbH  
2000 Hamburg 19  
Redaktion: 040/43 53 20  
Abonnement-Verwaltung:  
040/43 53 46

Flensburg  
c/o Buchhandlung Tigerberg  
Helligengateweg 9  
2300 Flensburg

Bremerhaven  
KB c/o Arbeiterbuch  
Sonnenstraße 5  
2850 Bremerhaven  
Tel. 0471/47597

Bremen  
B. Möller  
Postfach 10 31 41  
2800 Bremen 1

Göttingen  
Buchladen Rote Straße  
2 Hd KB  
Rote Straße 10  
3400 Göttingen

Hannover  
V. Campen  
Postfach 12 62  
3000 Hannover 1

Lüneburg  
Postfachkarte A 017 890  
3140 Lüneburg

Braunschweig  
Postfachkarte 081 376  
3300 Braunschweig

Bochum  
Postfachkarte A 056 011  
4630 Bochum

Dortmund  
KB c/o Bücherstube  
Große Heistraße 62  
4600 Dortmund 1

Köln  
c/o BuLi-Büro  
Jülicher Straße 22  
5000 Köln 1

Frankfurt  
Postfachkarte 032 776 B  
6000 Frankfurt 1

Freiburg  
c/o Buchladen Jos Fritz  
Weinstraße 15  
7800 Freiburg

Stuttgart  
c/o „Blättle“  
Böblinger Straße 59  
7000 Stuttgart 1

Nürnberg  
P. Tröstler  
Postfach 15 04 72  
8600 Nürnberg

Hannover  
V. Campen  
Postfach 12 62  
3000 Hannover 1

Nürnberg  
P. Tröstler  
Postfach 15 04 72  
8600 Nürnberg

## Adressen der Landesverbände des BWK

BWK Hamburg/Schleswig-Holstein  
Gontharstraße 6  
2000 Hamburg 78  
Tel. 040/229 74 19

BWK Nordrhein-Westfalen  
Kamekestraße 19  
5000 Köln 1  
Tel. 0221/52 40 53

BWK Niedersachsen/Bremen  
Große Dövestraße 55  
3000 Hannover 1  
Tel. 0511/56 36 27

BWK Baden-Württemberg  
Poststraße 5  
7800 Freiburg  
Tel. 0781/35978

BWK Westberlin  
Sprengelstraße 40  
1000 Berlin (West) 66  
Tel. 030/481 84 25

BWK Bayern  
Alpenstraße 9  
8000 München 90  
Tel. 089/68 62 62

## Publikationen des BWK

Politische Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis DM 2,50

Nachrichtenhilfe erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft DM 0,70.

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schutz und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhilfe erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte GmbH, Kamekestraße 19, 5000 Köln 1, Tel. 0221/51 74 57



Liebe Freundinnen, liebe Freunde, Ihr habt am Eurem Parteitag Anfang Oktober ein Friedensmanifest beraten und beschlossen. Diese Erklärung enthält - unseres Wissens erstmalig in der Geschichte Eurer Partei - ausführlichere Aussagen zur Politik der Sowjetunion. Aussagen zu diesem Thema sind im Rahmen eines Friedensmanifestes selbstverständlich angebracht, denn erstens ist die Behauptung einer sowjetischen Bedrohung und militärischen Überlegenheit das Zentralmotiv der Herrschenden zur Mobilisierung der Sicherheitsbedürfnisse und Verteidigungsbereitschaft, und zweitens der Vorwurf der „Einseitigkeit“ hinsichtlich der sowjetischen Kriegspolitik das Zentralargument der Herrschenden gegen die Friedensbewegung.

Kritik haben wir aber am Zustandekommen und am Inhalt der Aussagen zur Sowjetunion in Eurem Friedensmanifest. Diese Kritik möchten wir Euch einmündig und umfassend und detailliert mitteilen, weil wir der Meinung sind, daß die von Euch beschlossenen Aussagen dringend und nach einer Korrektur bedürfen, da andernfalls das Friedensmanifest insgesamt in Frage gestellt würde.

1. Es ist uns unverständlich, daß Ihr Aussagen mit dieser Tragweite beschlossen habt, ohne daß bisher eine gründliche und systematische Debatte zum Thema „Sowjetunion“ in Eurer Partei geführt worden ist. Dem Anspruch „bündelnd und repräsentativ“ hält ein solches Verfahren ganz gewiß nicht stand. Dieser Fehler ist unerschütterlich, weil das Friedensmanifest ja nicht nur ein programmatisches Dokument ist, mit dem Ihr jetzt noch leben müßt, sondern weil es auch Instrument Eurer Politik nach außen sein soll.

2. Es gibt anscheinend bei einigen von Euch einen Widerwillen, sich auf quantitative und qualitative Rüstungsvergleiche überhaupt einzulassen. Eine solche Zurückhaltung wäre für uns verständlich und respektabel. Nur sollte er dann auch wirklich konsequent durchgehalten werden. Euer Friedensmanifest macht aber zur sowjetischen Rüstung durchaus quantitative und qualitative Aussagen, wie etwa: Die Sowjetunion habe „mit den USA auf dem Feld der strategischen Atomwaffen gleichgezogen“. „... Atomwaffen... gleichgezogen...“. Aussagen zur sowjetischen Kriegsflootte, zur SS 20 usw. Da Ihr Euch nun einmal auf diese unerfreuliche und komplizierte Feld begaben habt, muß man Euch vorwerfen, daß die von Euch beschlossenen Aussagen Ausdruck von ganz und gar unzureichender Untersuchung des Gegenstands sind. Da zweifelloso ein Großteil der Delegierten Eures Parteitages sich mit dem Gegenstand überhaupt noch nie im Detail befaßt hat, muß zudem davon ausgegangen werden, daß hier einfach nach dem Prinzip des Kopieklacks vorformulierten oberflächlichen Behauptungen zugestimmt worden ist.

3. Euer Parteitag hat beschlossen: „Auch die Militärmacht der Sowjetunion geht weit über das Maß hinaus, das zur Abschreckung eines potentiellen Gegners notwendig ist“. Diese Aussage könnte Gegenstand langer, gar nicht endgültig abschließender militärphilosophischer Debatten sein. Für Euch hingegen ist es lediglich eine elegante Überleitung zur Übernahme der bundesdeutschen Staatsdoktrin vom globalen Eroberungswillen der Sowjetunion. Wie wollt Ihr eigentlich das „Militärpotential“ definieren, „das zur Abschreckung eines potentiellen Gegners notwendig ist“? Eine Garantie für die Wirksamkeit von „Abschreckung“ gibt es ohnehin nicht. Demnach bleibt nur objektiv festzustellen, daß die Militärmacht der USA - und das ist in diesem Fall doch wohl der wichtigste „potentielle Gegner“ - der der Sowjetunion in allen relevanten Bereichen erheblich überlegen ist.

Wenn wir nüchtern konstatieren müssen, daß die Friedensbewegung in den NATO-Ländern ihren Regierungen noch kein Schrittchen Abrüstung real abrotzen konnte, dann ergibt sich für uns daraus auch, daß diese Friedensbewegung überhaupt kein Recht hat, das Militärpotential der Sowjetunion als „zu groß“ in Frage zu stellen. Das gilt umso mehr für die Friedensbewegung in einem Land, das gerade vier Jahrzehnte von einem furchtbaren Überfall auf die Sowjetunion entfernt ist und in dem immer noch dieselben Kräfte herrschen, die für die damalige verbrecherische Politik verantwortlich sind.

4. Euer Parteitag hat beschlossen: Die sowjetische Militärmacht ist

„Ihrer Struktur und ihrem Umfang nach... ein Mittel der Eroberung“. Teil d. z. i. l. l. ist jede Armee auch „ein Mittel der Eroberung“. Alles ist relativ. Die winzige Armee des Senegal, die wahrscheinlich selbst der bundesdeutschen Polizei unterlegen wäre, hat sich als durchaus taugliches Instrument erwiesen, um das noch winzigere Gambia militärisch zu unterwerfen. Ein riesiger Staat wie die Sowjetunion unterhält selbstverständlich eine Armee, die auch zur Unterwerfung weit schwächerer Staaten geeignet sein könnte. Ebenso selbstverständlich ist, daß ein solcher Staat sich über erhebliche militärische Transportkapazitäten verfügen muß.

Daß die Sowjetunion tatsächlich vor Militärfaktionen gegen schwächere Staaten nicht zurückbekehrt, ist am Fallbeispiel bewiesen. Die Tatsache ist aber nicht in „Struktur und Umfang“ ihrer Streitkräfte begründet. In Afghanistan unterhält die Sowjetunion, unterschiedlichen Angaben zufolge, ca. 80.000 bis 100.000 Soldaten. Auf welchem „Umfang“ müßte man Eurer Ansicht nach die sowjetischen Streitkräfte in ihrer Gesamtheit reduzieren, um solche Militärfaktionen auszuschließen?

Im grünen „Friedensmanifest“ heißt es zur Rolle der Sowjetunion: „Auch die Militärmacht der Sowjetunion geht weit über das Maß hinaus, das zur Abschreckung eines potentiellen Gegners notwendig ist“. Ihr Struktur und ihrem Umfang nach ist die ein Mittel der Eroberung. Das militärische Motiv der sowjetischen Eroberungspolitik ist die „Ausdehnung“ des eigenen Machtbereiches durch eine Ausdehnung rund um den Globus; das ökonomische Motiv die Öffnung des Zugangs zu fremden Produktivkräften und Rohstoffen. Dieses Motiv muß sich um so dringender geltend machen, je mehr der Wirtschaftswachstum in der SU

Im letzten Gegensatz zu den SU-bezogenen Teilen des grünen „Friedensmanifests“ stehen Aus-

Im letzten Gegensatz zu den SU-bezogenen Teilen des grünen „Friedensmanifests“ stehen Ausführungen der Landesparlamenten von Baden-Württemberg, Frau Beck-Oberdorf, auf dem dortigen Landesparteitag. Vorauszuschicken ist, daß Frau Beck-Oberdorf aber zur „rechten Mitte“ in der Grünen Partei und zu den Wegbereitern einer „alternativen Verteidigung“ gehört. Das hindert sie nicht, in ihrer Rede auf dem baden-württembergischen Landesparteitag sehr detailliert und im Wesentlichen zutreffend die Ausführungen zum militärischen Kräfteverhältnis zu machen... U.a. sagte sie:

„So ist sogar einer sicherlich nicht der sowjetischen Propaganda zu verdächtigenden Zeit-

5. Euer Parteitag hat beschlossen: Die Sowjetunion strebt nach „Ausdehnung des eigenen Machtbereiches rund um den Globus“. Dieser Behauptung möchten wir in ihrer Allgemeinheit gar nicht widersprechen. Es fragt sich nur, über welche militärischen und wirtschaftlichen Mittel sie dazu verfügt. Was diesen praktischen Gesichtspunkt angeht, verweisen wir noch einmal auf die globale Überlegenheit der USA und ihrer Verbündeten. Im übrigen wird die Formel vom sowjetischen Streben nach weltweiter Expansion als Zentralmotiv der Reagan-Kriegspolitik verwendet - wobei es in erster Linie und nahezu ausschließlich Befreiungskämpfe in Ländern der Dritten Welt sind, die als Resultat sowjetischer Expansion dargestellt werden (Nicaragua, El Salvador, Südafrika, Zaire/Shaba, Libyen, Nahost u.a.m.).

6. Euer Parteitag hat beschlossen: Die allgemeinen Krisenereignisse der Sowjetunion verstärken ihren Drang nach „Ausdehnung rund um den Globus“. Das mag man glauben oder auch nicht. Haben wir uns an Tatsachen. Die von Euch erwähnten Krisenereignisse sind nicht bloß der sowjetischen Wirtschaft, sondern auch des gesamten politisch-sozialen Systems der SU und des von ihr dominierten Blocks reduziert zunehmend die realen Möglichkeiten der Sowjetunion, außerhalb ihres eigenen Machtbereichs offensiv zu werden. Leute wie Alexander Haig, die nicht an Gesperst glauben, nicht einmal an die von ihnen selbst erfundenen

- sagen denn auch ganz offen, daß sie auf einen Zusammenbruch des sowjetischen Systems in absehbarer Zeit spekulieren. 7. Euer Parteitag hat beschlossen: Die Sowjetunion habe „in den letzten Jahren... eine weltweit operierende Kriegsflootte aufgebaut (darunter Flugzeugträger), neue Generationen von Panzern, strategischen Bombern (Backfire), Kampfflugzeugen etc. pp. in Dienst gestellt...“. Das sind nichtssagende, oberflächliche Stichworte, wie man sie jederzeit auch der „Peking Rundschau“ oder dem neuen Propaganda-„Weißbuch“ der US-Regierung zur „Gefahr aus dem Osten“ entnehmen kann. Man wird es mit Recht bedauern, aber es ist ein einmal so, daß heute selbst Kleinstaaten laufend „neue Generationen“ von Waffen einführen, weil Waffensysteme in extrem kurzer Zeit schon als „technisch überholt“ gelten. Die einfache Feststellung, daß die Sowjetunion „neue Generationen“ von Panzern produziert, gibt für den von Euch im Friedensmanifest behaupteten Zusammenhang (Sowjetische Eroberungspolitik, Bedrohung etc.) gar nichts her. Stattdessen hätte Ihr lieber von Tatsachen sprechen sollen - z.B. davon, daß nach allgemeiner

## Was stimmt denn nun?

selbst erfüllt, die Krisenereignisse der Sowjetunion selbst zunehmen, die Erschließung neuer Rohstoffquellen im eigenen Land, die technischen und finanziellen Grenzen stößt und die Produktivkräfte gegenüber dem westlichen Kapital zurückbleibt. Das ist in den letzten Jahren zunehmend der Fall.

Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren nicht nur schöne Friedensparolen in die Welt gesetzt, die gleichzeitig eine weltweit operierende Kriegsflootte aufgebaut (darunter Flugzeugträger), neue Generationen von Panzern, strategischen Bombern (Backfire),

tung wie der „Zeit“ (Artikel vom 17.4.81) zu entnehmen, daß die Überlegenheit

tung wie der „Zeit“ (Artikel vom 17.4.81) zu entnehmen, daß die Überlegenheit der USA bei strategischen Systemen derzeit gegenüber der Sowjetunion 3200 Gefechtsfeldköpfe beträgt. Kein Wunder, wenn, wie im Weißbuch der Bundesregierung vom Jahre 79 geschrieben, schließlich die 430 Sprengköpfe mittlerer Reichweite, die auf den Panzern-U-Booten stationiert sind, vorgesehen werden. Die Delegation der SS 20, deren Vorgänger SS 4 und SS 3 bereits seit 20 Jahren westeuropäischen Boden erreichen können, schaffen keine neue strategische Situation, wie man uns jetzt weismachen will - anders jedoch ist es mit den Waffen des Westens, die sehr wohl eine neue Strategie ermöglichen. An-

Überinstimmung der Experten der bundesdeutsche Panzer „Leo II“ den modernen sowjetischen Gegenstück. In allen relevanten Bereichen überlegen ist. Zu ähnlichen Ergebnissen hätte Euch ein qualitativer Vergleich zwischen den modernsten Kampfflugzeugen der NATO und der Werschafter Fokker führen können.

Dem Propaganda-„Weißbuch“ der US-Regierung über die sowjetische Aufrüstung ist mit Recht vorgeworfen worden, daß es auf alle Ver- gleichswerte verzichtet, also nur einseitig die sowjetischen Schrecken an die Wand zu malen versucht. Diese Kritik trifft bei weitem in konservativer Kreise hinein. Genau dasselbe ist aber leider Euren Aussagen zur sowjetischen Rüstung vorzuerwerfen. Für eine antisowjetische Propaganda ist der Hinweis auf die „weltweit operierende Kriegsflootte“ der Sowjetunion eher wirkungsvoll - es gibt in dieser Hinsicht ja auch schon eine lange Tradition. Besser wäre es aber gewesen, Ihr hättet dann auch die Verhältnisse tatsächlich analysiert. Das hätte Euch nämlich zu der Schlussfolgerung führen können, daß die sowjetische Kriegsflootte sowohl in ihrer Größenordnung als auch unter dem Aspekt ihres militärstrategischen Voraussetzungen (z.B. der eklatanten Mangel an sicheren Stützpunkten, die „Fallen“- Situation der sowjetischen Flotten in der Ostsee und im Schwarzen Meer) der Kriegsflootten der NATO und der NATO-Verbündeten (Südafrika, Australien etc.) klar unterlegen ist. Euer Parteitag hat auch auf den

NATO-Propaganda-Hit mit den „Flugzeugträgern“ der Sowjetunion nicht verzichten wollen. Nur in den NATO-Generalisablen weiß man - was Euren Delegierten anscheinend unbekannt ist -, daß diese sowjetischen „Flugzeugträger“ nicht nur zahlenmäßig gegenüber denen der USA überlegen sind, sondern daß es sich zudem lediglich um Träger mit einer relativ kleinen Kapazität zu Zwecken der Seekriegsführung (Operationen gegen U-Boote z.B.) handelt. 8. Euer Parteitag hat beschlossen: Die Sowjetunion habe „in einem gigantischen „Nachrüstungsbeschluß“ mit den USA auf dem Feld der strategischen Atomwaffen gleichgezogen...“. Aus den einschlägigen Statistiken hätte Ihr entnehmen können, daß die USA der Sowjetunion auch auf diesem Feld deutlich überlegen sind, also von Gleichstand keine Rede sein kann (Zahl der Sprengköpfe, Zielgenauigkeit, Mobilität und sonstige Sicherungen gegen einen „Entschlag“ der Gegenseite).

Auch bei nur oberflächlicher Kenntnis der Materie hätten an diesem Punkt Eure Aussagen eigentlich einige von Euch stützbar machen müssen. Daß die Militärausgaben des Warschauer Pakts niedriger sind als Kampfflugzeuge etc. pp. in Dienst gestellt und in einem gigantischen „Nachrüstungsbeschluß“ mit den USA auf dem Feld der strategischen Atomwaffen gleichgezogen. Die sowjetische SS-20-Atomrakete stellt nach Aussage des Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI durch ihre Reichweite (bis 5.000 km), ihre Zielgenauigkeit und ihre Beweglichkeit eine bemerkenswerte quantitative und qualitative Weiterentwicklung - und damit eine verstärkte Bedrohung Westeuropas dar. Sie liefert den Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf“.

gedichte dieser Rüstungsschritte des Westens wirkt die Forderung der sowjetischen Mittelstrecken-

gedichte dieser Rüstungsschritte des Westens wirkt die Forderung der sowjetischen Mittelstrecken- rüstung vielfach gar nicht so unverständlich - jedenfalls nicht bei einer Politik, die ebenso wie die Politik des Westens den Gedanken des Gleichgewichts des Schreckens und damit des Auf- rüstens enthält (zit. nach „Die Grünen“, 10.10. - Hervorh. von uns).

Mit den entsprechenden Behauptungen im „Friedensmanifest“ vertragen sich diese Ausführungen überhaupt nicht. Ein weiterer Indiz, daß die SU-bezogenen Teile des „Friedensmanifests“ vom Parteitag der Grünen in unqualifizierter und unwürdiger Weise „durchgepeitscht“ worden sind, ohne über den Inhalt ausreichend nachzudenken.

die der NATO, kann der Entwertung sogar dem „Spiegel“ entnehmen. Und daß ein Machtblock mit deutlich geringerer Wirtschaftspotential und drohender Technologie unter solchen Umständen einen gegnerischen Vorsprung keinesfalls aufholen kann, liegt wohl für jeden Klardenker auf der Hand. Es sei denn, die Sowjetunion hätte zugunsten ihrer angeblichen „gigantischen Atomwaffen“ ebenso „gigantische“ Abstriche bei anderen relevanten Teilen ihrer Aufrüstung gemacht. Das hat aber noch niemand behauptet, im Gegenteil betont ja auch Euer Friedensmanifest die angeblich allseitige sowjetische Hochrüstung.

An diesem Punkt unserer Kritik möchten wir aus einem anderen Teil Eures Friedensmanifests zitieren: „Die technologisch bedeutsamsten Erfindungen im Militärbereich seit dem 2. Weltkrieg, bei denen die USA praktisch immer vorn waren, liegen ebenfalls ein klarer Zeugnis darüber ab, wie die stetig vorantreibende Macht im Rüstungskaruss war. Seit dem Amtsantritt von Reagan ist aus dem dauernden Vorwärtsschieben ein unumkehrbares Derangieren geworden; von US-amerikanischer Seite wird die Intention des „Terrorismus“ der SU nicht verheimlicht“.

Offenbar ist den Delegierten Eures Parteitages bei dem unter enormem Zeitdruck stattfindenden Gebast an einem konsensfähigen Kompromiß aus mehreren in ihrer Bloßlegung kontroversen Entwürfen

nicht aufgefallen, daß in der beschlossenen Fassung Aussagen zueinander eklatant widersprechen. (Insbesondere die Sowjetunion habe bei den strategischen Atomwaffen „gleichgezogen“, andererseits das „Derangieren“ der US-amerikanischen Rüstung).

Dies gilt ähnlich auch für den nächsten Punkt unserer Kritik

10. Euer Parteitag hat beschlossen: Die sowjetische SS 20 sei „eine verstärkte Bedrohung Westeuropas“. Sie liefert den Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf“. Dem ersten Teil Eurer Aussage ist zuzustimmen. Nicht bloß die SS 20, sondern auch und mehr noch der zahlenmäßige Ausbau der sowjetischen strategischen Waffen (die ja auch nicht alle bloß auf die USA gerichtet sind) verstärkt die „Bedrohung Westeuropas“. Wenn man weiß, daß die BRD das größte Atomwaffen-Arsenal der Welt darstellt, und wenn man zur Besänftigung oder Abschwächung dieses Zustands noch keinen praktischen Schritt geschafft hat, soll man sich nicht wundern, daß die Gegenseite diesem Atomstützpunkt der USA massiv „bedroht“. Derwegen die Sowjetunion anzuklagen, mag zwar eine „Glaubwürdigkeit“ bei Helmut Schmidt oder Axel Springer erhöhen, aber es hebt immerhin Ansicht nach der bundesdeutschen Friedensbewegung überhaupt nicht gut zu Gesicht.

Euer Parteitag hat sich mit diesen Aussagen zudem die NATO-offizielle Version zu eigen gemacht, daß es auf diesem Gebiet eine sowjetische „Vor-rüstung“ gebe und es sich bei der neuen Raketenrüstung der NATO tatsächlich um eine „Nachrüstung“ („Gegenmaßnahmen“) handle. In dieselbe Richtung geht Eure Aussage, die Sowjetunion habe mit der SS 20 „den Rüstungswettlauf gefördert“ - im Gegensatz zu der schon zitierten Aussage von anderer Stelle Eures Friedensmanifests, die den USA die antreibende Rolle beim „Rüstungswettlauf“ zuschreibt. Die Sowjetunion hat übrigens zu diesem Thema durchaus glaubwürdige Zahlenmaterial vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß es bei Einbeziehung aller NATO-Waffensysteme (z.B. auch der britischen und französischen) keine sowjetische „Vor-rüstung“ in Gestalt der SS 20 gibt, also auch keinerlei Vorwand, einen behaupteten sowjetischen Vorsprung durch „Gegenmaßnahmen“ auszugleichen.

Hierzu hat übrigens Petra Kelly (Bundesvorstand) schon einmal quasi-offiziell in einer Weise Stellung genommen, die wir durchaus unterschreiben könnten. „Die Krafte der Initiatoren übersehen keineswegs die sowjetische SS-20-Anstellung. Inwieweit sie jedoch im Gegensatz zur Bundesregierung nicht als eine „vor-rüstung“ zwingende Vorrichtung, sondern als Antwort der UdSSR auf die mehrfache Verbesserung im westlichen Nuklearpotential in und für Europa, das dem sowjetischen Mittelstreckenpotential auch jetzt schon mindestens gleichwertig ist...“ (Pressemittteilung der Bundesgeschäftstelle Die Grünen).

11. Eine Bemerkung möchten wir uns abschließend nicht verkneifen. Wer, wie wir, jahrelang intensiv die gesamte einschlägige linke Presse verfolgt hat, wird die von Eurer Parteitag beschlossenen Aussagen zur Sowjetunion nach Stil und Geist auf Anhieb als ein Kuckucksei identifizieren, das Euch Rem-Kader der aufgestellten „KPD“ ins Nest gelegt haben. Die Verfasser haben sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, diese Herkunft stilschlech zu kaschieren. Für diejenigen unter Euch, die es nicht wissen oder es laz- zischen vergessen haben. Es handelt sich um jene aus China importierte „Drei-Welten-Theorie“, wonach der „sowjetische Sozialimperialismus“ als „Hauptfeind der Menschheit“ noch „weltweiter Hegemonie“ strebt und dabei von allen Gütern (einschließlich der Bundeswehr und der US-Army) genötigt werden muß.

Wir wissen nicht, über welche Mittel und Wege Ihr verfügt, die zitierten Aussagen Eures Friedensmanifests einer erneuten, diesmal hoffentlich gründlichen und analytischen Diskussion und Prüfung zu stellen. Bedauern würden wir es jedenfalls, wenn Euch hierzu kein Ausweg einfällt und Ihr denn - womöglich wider besseres Wissen - mit dem einmal zu beschlossenen Text weiterarbeiten würdet.

Leitendes Gremium des IG



# Gewaltfreiheit und „alternative Verteidigung“

Daß die Grünen gewaltfrei sind, auch „grundsätzlich gegen die Anwendung zwischenstaatlicher Gewalt durch Kriegshandlungen“ (Bundesprogramm), und selbst nichts Ärgeres im Schilde führen als die „gewaltfreie Instandsetzung des Bundeslagers“ (Petra Kelly), ist allgemein bekannt. „Im Prinzip“ ist das auch nach ihrem Einzug in den Bundestag so geblieben; Ohrfeigen etwa für den Bundeskanzler wären ein zu inhumanes Mittel, mit dem nie und nimmer humane Ziele erreicht werden könnten. (Auch das steht im Bundesprogramm). Bei der Beurteilung staatlicher Rüstungspolitik zeigen sich (einige) Grüne dagegen lern- und politikfähig: Ex-General Bastians Zustimmung zur Aufrüstung der Bundeswehr mit dem Kampfhubschrauber PAH-2 setzt Zeichen. Zwar gab es dafür Kritik, „soldatisch“ und nicht-öffentlich, dennoch ist einiges in Bewegung geraten, was die grüne Grundsatz-Gewaltfreiheit zum Einsturz zu bringen droht (natürlich nur außenpolitisch). Selbst Petra Kelly („gewaltfrei geht's nicht“) ist mit dem General an ihrer Seite nicht wiederzuerkennen: bei der Abstimmung über eine von der Fraktion der Grünen beantragte Kürzung des Rüstungshaushalts um 10 % enthielten sich beide der Stimme. Ob die grünen „Sicherheitspolitiker“ — ehemalige „KPD“-Aktivisten, die baden-württembergischen Mörder- und Staatsmänner und Buhren, bisher eine hoffnungslose Minderheit — innerhalb der grünen Partei demnächst mehrheitsfähig werden können, ist dennoch zweifelhaft, aber auch gar nicht so wichtig: grüne Politik wird in Bonn gemacht. Und wer „das Vaterland in Gefahr“ sieht, schreibt sich sein eigenes Programm — auch wenn die bisherigen Beschlüsse der Grünen noch so eindeutig sind.

## Saarbrücker Programm-Parteilag 1980

Das Saarbrücker Bundesprogramm der Grünen bekräftigt im Abschnitt „Europäische Friedenspolitik“ die uneingeschränkte Gewaltfreiheit: „Ökologische Außenpolitik ist gewaltfreie Politik.“ Die verbindliche Beschränkung auf — allerdings wirkungsvollen — gewaltfreien Widerstand („soziale Verteidigung“) soll einer (nicht näher definierten), „aggressiven fremden Macht“ signalisieren, „daß der Versuch der Besetzung und Beherrschung ihr mehr Schwierigkeiten und Belastungen als Machtzuwachs und Gewinn bringen würde.“ Zu den „ersten notwendigen Schritten“ aktiver Friedenspolitik zählt das Programm den „Abbau der Bundeswehr und des staatlich verordneten Ersatzdienstes“, langfristig „wird eine Abschaffung des Militärdienstes erwartet“.

Der Programmteil Friedenspolitik wurde in Saarbrücken mit großer Mehrheit angenommen — gegen die Stimmen des damals noch der Partei angehörenden rechten Flügel um Gruhl und Springmann und des Blocks der Rüstungsbefürworter aus der gerade aufgelösten „KPD“.

Gruhl und Springmann und des Blocks der Rüstungsbefürworter aus der gerade aufgelösten „KPD“.

## Das Rütteln am Tabu beginnt

Während die Rechten bald nur noch von außen über die vom grünen Bundesprogramm geforderte „einseitige Entblößung der Bundesrepublik“ (Gruhl) zeternten, hatten sich die „KPD“-Militärexperten von ihrer vorübergehenden Schwäche schnell wieder erholt. Anfang 1981 erschien im Namen der Alternativen Liste Westberlin eine Broschüre der Berlin-AG (federführend neben „KPD“-Ortschef Wolfgang Kaiser die Wiedervereinigungsspezialisten Peter Brandt und Walther Grünwald) mit dem programmatischen Titel „Paktfreiheit für beide deutschen Staaten. Atomwaffenfreies Europa vom Atlantik bis zum Ural. Einheits für Deutschland“. Im Abschnitt „Alternatives Verteidigungskonzept“ geraten die Verfasser ins Schwärmen über die Schlagkraft dezentral organisierter „Selbstverteidigungs-Streitkräfte“: „Mit modernen Abwehrwaffen, Transportmitteln und einem dichten Nachrichtennetz ausgestattete Verteidigungseinheiten, die sich in der ihnen bekannten Umgebung bewegen, können jeden Wald, jedes Feld, jedes Gebäude verteidigen. (...) Die Ziele eines Angriffs: Land, Beute oder Ausbeutung der Arbeitskräfte wäre unerreichbar. Ein flächendeckender Verteidigungskrieg würde jede Beute vernichten, wenn nicht durch Kriegshandlung, dann durch Sabotage.“ Eine wahrlich alternative „Verteidigungskonzeption“: wir drohen einfach damit, uns selbst „in die Steinzeit zurückzubomben“ (General Westmoreland).

Innerhalb der grünen Partei tat sich als einer der ersten ausgerechnet Rudolf Bahro mit der Lobeshymne auf das „in den wesentlichen Elementen längst ausgearbeitete (etwa Afheldt, Ebert, Mechttersheimer, Vilmar) ganz andere Verteidigungskonzept“ hervor. Sonst unerbittlicher Gegner jeglichen „Mo-

deralismus“, sprach er sich just in dieser Frage für die Nutzung allerneuesten „Errungenschaften“ der Waffentechnologie aus, wenn sie nur „unabweislich defensiv“ sind: „d.h. keine auf gegnerisches Territorium zielende Kapazitäten, massiver Grenzschutz mit modernsten Panzer-, Flieger- und vielleicht auch Raketenabwehrwaffen“ („Die Grünen“, 25.4.81).

## „Die Russenangst ernst nehmen“

Den ersten Versuch, einen ganzen Landesverband auf Alternativverteidigung einzuschwören, erfolgte im September 1981 im Baden-Württemberg. Im Bemühen um eine „realistische Konzeption hin zum Frieden“ sollte man — forderten Kretschmann, Hasenclever und Hoss (jetzt MdB) —, die Bevölkerung da „abholen“, wo sie steht, also mit ihrer Russenangst und der „instinktiven Auflehnung“ gegen den Gedanken an „Kapitulation“. Erst ein Aufstand der Delegierten konnte das Schlimmste verhindern. Der umstrittenste Satz aus dem friedenspolitischen Leitartikel wurde gestrichen: „Wann im Zuge solcher einseitigen Abrüstungsschritte ganz auf militärische Verteidigung verzichtet werden kann, hängt von den Erfolgen der Friedensbewegung in Ost und West ab.“

Im Zuge solcher einseitigen Abrüstungsschritte ganz auf militärische Verteidigung verzichtet werden kann, hängt von den Erfolgen der Friedensbewegung in Ost und West ab.“

Der schließlich gefundene Kompromiß kommt allerdings den Alternativ-Verteidigern und Bundeswehr-Umstrukturierern sehr viel weiter entgegen als den Antimilitaristen: „Wir fordern die Auflösung der hierarchischen, zentralisierten Struktur der Armee, die sich als Angriffsinstrument einsetzbar macht.“

Gegen den „moralischen Rigorismus“ und für das Ablegen der allzu engen „grünen weißen Weste“ (Kretschmann) sprach sich auf dem Parteitag übrigens auch Marie-Luise Bock-

Oberdorf aus, damals Landesverbandssprecherin, heute Sprecherin der Bundestagsfraktion. In ihrer Einleitungsrede kritisierte sie an Afheldts Konzept der flächendeckenden und mit modernsten technischen Waffen ausgerüsteten „Techno-Kommandos“ nur, daß es auf strategische Atomwaffen nicht verzichten will. Um die Angst der Bürger vor einem „Schutzvakuum“ gerecht zu werden, sollten die Grünen die „Defensivkonzepte“ doch einfach als „Zwischenschritt auf dem Weg zur weitergehenden Demilitarisierung“ verstehen („Die Grünen“, 10.10.81).

## Bundesparteitag in Offenbach: Alternativverteidiger klar in der Minderheit

Nach der baden-württembergischen Landesversammlung war klar, daß es auf dem unmittelbar bevorstehenden Offenbacher Bundesparteitag — zentraler Tagesordnungspunkt: die Verabschiedung eines „Friedensmanifests“ — zu heftigen Kontroversen (auch) in der Frage alternativer Verteidigung kommen würde. Die baden-württembergische Friedensresolution wurde als Antrag an alle Parteitage delegierten verschickt. Noch eindeutiger Festlegungen wollte der Landesverband Bayern durchsetzen. Da der Begriff „einseitige Abrüstung“ bei der Bevölkerung „Angst der Schutzlosigkeit“ hervorrufen würde, sollte als Zusatz folgende Aussage in das Friedensmanifest aufgenommen werden: „Solche einseitigen Abrüstungsschritte sind jederzeit ohne die Gefahr der Entstehung eines Machtvakuaums möglich, wenn die Bundeswehr als erster Schritt zu ihrer endgültigen Abschaffung zu einer reinen Defensiv-Armee umstrukturiert wird.“

Wilfried Maler (früher KBW, dann zeitweise Redakteur der „Modernen Zeiten“, heute Mitglied der Hamburger Grünen) beantragte für den Kreisverband Mannheim die Entwicklung „konkreter Abrüstungsvorschläge“ „gegen die hierarchische, zentralisierte Struktur der Armee und gegen offensive Waffensysteme“.

In einer von den Z-Prominenten Ebermann, Reents und Stamm unterstützten Hamburger Globalalternative zu den vorliegenden Manifest-Entwürfen wurde für Verhängung plädiert. Soziale Verteidigung, Techno-Querrilla und die „Ausstattung des Heeres mit Waffen ausschließlich defensiven Charakters“ müßten erst noch ausführlich diskutiert werden: „Der derzeitige Stand der Diskussion läßt jedoch noch nicht absehen, welches Modell alternativer Verteidigung den konkreten Ausgangsbedingungen der bundesrepublikanischen Situation am besten Rechnung trägt.“

Aus den Reihen des Bundervorstands schließlich gab es einen Vorstoß von Erich Knapp, der festgelegt haben wollte, „daß unser mittelfristiges Verteidigungskonzept eine militärische Technoquerrilla ist“.

Fortsetzung nächste Seite



Eine Glinzel- stellung grüner „Deutschland-politik“ ist die nebenstehen- de Karte zur „atomaren La- ge der Nation“: ohne Grenzzinie zwischen BRD und DDR, ohne Kennzeich- nung der DDR. Auf frischer Tat ertappt, wurde sie dann doch noch einge- stampft

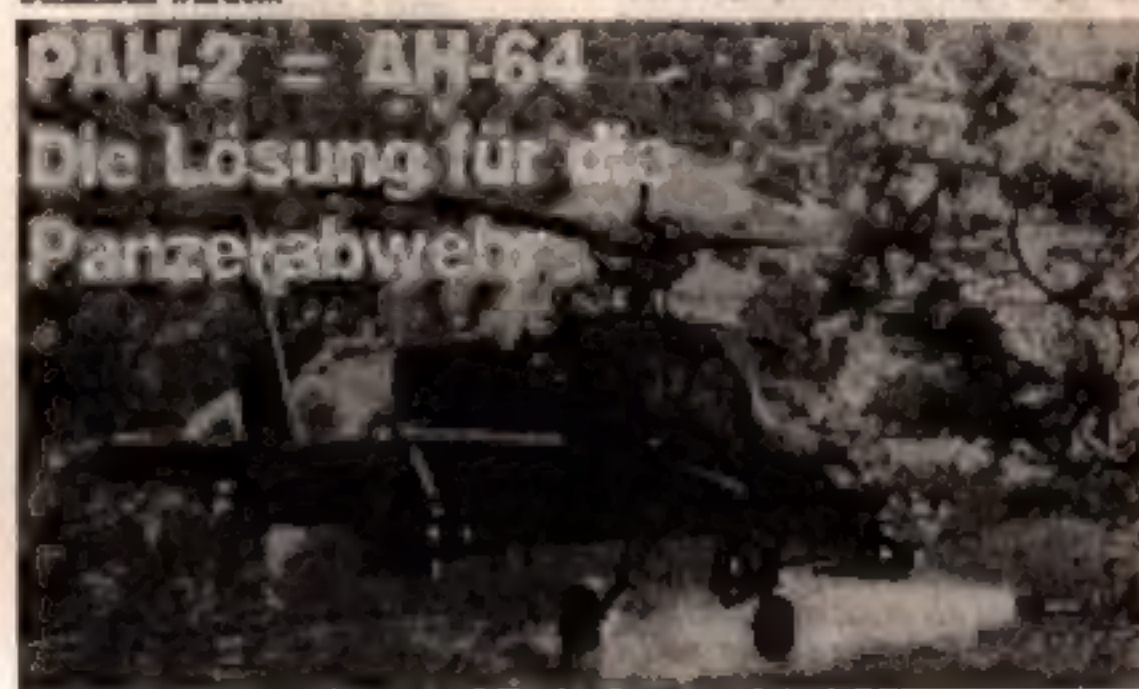
## Bastian stimmt Kampfhubschraubern zu Ein grünes Ja zur Vaterlandsverteidigung

Die Zeiten sind vorbei, da die eigene nationale Armee als „heldenhafte“ Instrument zur Eroberung von Ländern, Unterwerfung von Nationen und Ausdehnung des eigenen Machtanspruchs gepriesen wurde. Der Krieg als Fortsetzung offensiver Machtpolitik mit anderen Mitteln ist fast vollständig aus dem Sprachschatz gestrichen. Heute gibt es auf der Welt fast ausschließlich „Verteidigungsarmeen“. Bekanntlich ist ja auch die NATO ein rein „defensives“ Bündnis und die beteiligten Armeen sind rein „defensiv“ ausgerüstet und die Atomwaffen besitzen reinen „Abschreckungscharakter“. Lediglich der andere Block läßt sich nach dieser Propaganda von Motiven des Machtbaus auch mit militärischen Mitteln leiten. Wie absurd diese Verteidigungsdoktrin ist, läßt sich allein schon daraus ersehen, daß heute die NATO fast ausschließlich in Südostasien, im Nahen Osten, in Afrika und in Süd- und Mittelamerika „verteidigt“ wird, alles Gebiete, in denen es gar keine Mitgliedsstaaten der NATO gibt. Und absurd ist auch der Gedanke einer rein defensiven Bewaffnung, denn im Prinzip benutzen alle Armeen, speziell die der NATO und die des Warschauer Pakts, die gleichen Waffensysteme, wobei es lediglich (was allerdings für die Krieffähigkeit eine enorme Bedeutung spielt) Unterschiede im technischen Entwicklungsstand und in der daraus folgenden Schlagkraft gibt. Womit wir bei einem Problem wären, was durch die Grüne Partei aufgeworfen, aber in der Partei noch gar nicht behandelt wurden.

Dieser Begründung ist in mehrerer Hinsicht, im grundsätzlichen politischen und im konkret militärischen zu widersprechen:

1. Gerd Bastian übernimmt wie selbstverständlich die NATO- und Bundesregierungsdoctrin, nach der sich die Bundesrepublik gegen einen Angriff zu verteidigen habe. Er unterstellt unhinterfragt, daß die Bundesrepublik Ziel einer Aggression sei, gegen die sie sich als Nation zu verteidigen habe. Er berücksichtigt dabei in keiner Weise, daß diese deutsche Bundesrepublik bruchlos das Erbe des Faschismus angetreten hat, unter dem die Sowjetunion mit einem barbarischen und völkermörderischen Krieg überzogen wurde. Die Entstehung der Bundesrepublik ging einher mit der Aufrichtung des alten Feindbilds, diesmal allerdings im Verein mit den Westmächten, mit denen der Hitlerfaschismus selbst im Krieg lag. Die deutsche Bundesrepublik wurde hinter dem Propagandaschild aufgebaut, die deutsche Nation werde durch die Macht und die Existenz der Sowjetunion bedroht, obwohl Augenblicke vorher von diesem Boden aus versucht wurde, die Existenz der Sowjetunion und seiner Völker zu vernichten. Angesichts dieser Tatsache ist die Begründung der Bundeswehr als „Verteidigungsarmee“ mit rein „defensivem“ Charakter nichts als Zweckpropaganda.

2. Gerd Bastian behauptet, Panzerabwehrhubschrauber seien zu nichts anderem gedacht und zu verwenden als



## Die AH-64 APACHE ist: Leistungsfähig

• Panzerbekämpfung bei Tag und Nacht, unabhängig von der Witterung

Von den in Produktion befindlichen PAH-2-Abwehrsystemen ist keines so gründlich erprobt wie die AH-64. Die bewährte Systemintegration von Hughes und unser Know-how auf dem Gebiet des Programm-Managements geben uns die Zuversicht, daß ein Autogrammentestament der deutschen Industrie unverzüglich in der BRD die Produktion aufnehmen und die Kommando im Sinne der NATO sicherstellen könnte.

## Die AH-64 APACHE ist: Bewährt

• Über 8000 Flugprobefluren  
• Erfolgreich abgeschlossene Betriebsprüfung  
• Für das US-Heer in Produktion

## Effizient

• Niedrige Anschaffungskosten  
• Niedrige Lebensdauer-Gewerkschaften  
• Hohe Zuverlässigkeit, geringer Wartungsaufwand

Wichtige Applikationen erbracht: Einheits: Hughes Helicopters, Inc. Military Marketing Culver City, California 90230 USA

Hughes Helicopters, Inc. Culver City, California 90230 USA

Jetzt verfügbar für eine Produktion in der BRD

Im Verteidigungsausschuß des Bundestages stimmte der Abgeordnete der Grünen Partei, der Ex-General Gerd Bastian, der Anschaffung der neuen Kampfhubschrauber PAH 2, sog. Panzerabwehrhubschrauber, für die Bundeswehr zu. Er selbst begründet diese Zustimmung folgendermaßen:

„Panzerabwehrhubschrauber werden in der Bundeswehr bereits seit längerer Zeit verwendet. Dabei handelt es sich um Hubschrauber, die mit weitreichenden Panzerabwehrwaffen ausgestattet sind und angreifende Panzer vom eigenen Gebiet aus auf große Entfernung treffsicher bekämpfen können.“

Für eine aggressive Verwendung sind Panzerabwehrhubschrauber dagegen weder gedacht noch geeignet. Für die von den GRÜNEN geforderte Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer eindeutig defensiv geprägten Heimaufverteidigungs-Organisation sind Panzerabwehrhubschrauber daher besonders wichtig. Wer diese Forderung der GRÜNEN ernst nimmt und nicht zum bloßen Lippenbekenntnis abwerten will, hat daher allen Grund, sich für die Verwendung von Panzerabwehrhubschraubern in der Bundeswehr einzusetzen.“ (Pressemitteilung vom 19.8.83)

zur „Verteidigung“ von eigenem Boden gegen eine angreifende Panzerarmee. Sieht man sich einmal den Gang des 2. Weltkriegs an, so ist es zunächst eine Tatsache, daß die großen Panzerkriechen auf dem Boden der Sowjetunion stattgefunden haben. Die deutschen Armeen hat mit der Panzerarmee den Eroberungsfeldzug geführt, die Sowjetunion hat sich mit Panzerarmeen verteidigt. Die deutsche Armee hat gegen die sich verteidigende sowjetische Armee Panzerabwehrwaffen eingesetzt, die sowjetische Armee hat ebenfalls Waffen zur Verteidigung eingesetzt. Mensch sieht daraus, daß zu einer militärischen Offensive ebenso der Einsatz von „defensiven“ Waffen gehört, um die gegnerische Abwehr zu zerschlagen. Welchen Sinn hat unter solchen Voraussetzungen die Unterscheidung „defensiv“ und „offensiv“? Waffensysteme? Es ergibt den einzigen Sinn, wenn unter dem Schutzschild der „Verteidigung“ der Bundesrepublik bestimmte Waffensysteme salonfähig auch für die Friedensbewegung gemacht werden sollen. Mit der gleichen Argumentation wären allerdings auch Kampfflugverbände der

Fortsetzung nächste Seite



### Fortsetzung

### Gewaltfreiheit und „alternative Verteidigung“

Die Radikalpazifisten waren also vorgewarnt und legten sich auf dem Parteitag mächtig ins Zeug. Vorentscheidend für die klare Niederlage der Alternativverteidiger dürften zwei Reden außerhalb der Tagesordnung gewesen sein, mit denen gleich zu Beginn des Parteitags die Stimmung vorbereitet wurde: ein Grußwort von — ja, allerdings! — Gert Bastian, damals noch nicht Mitglied der Grünen, und der friedenspolitische Rechenschaftsbericht von Petra Kelly.

Bastilan wird sogar von seinem Redemanuskript ab, um die Örnungen vor den Ratschlägen „falscher Freunde“ zu warnen: Vertreter alternativer Verteidigung, namentlich der Techno-Guerilla, seien solche falschen Freunde. Die Behauptung, eine militärisch schwache Bundesrepublik würde einen Angriff der Sowjetunion provozieren, sei völlig falsch, das habe die Geschichte bewiesen. Bastilan wurde mit Ovalonen verabschiedet.

Noch deutlicher wurde im direkten Anschluß daran Petra Kelly, die nicht nur die Unvereinbarkeit des Prinzips der Gewaltfreiheit mit jeder Art militärischer Verteidigung erklärte, sondern auch klar machte, daß es rein „defensive“ Militärapparate nicht geben kann: „Wenn wir als Friedensarbeiter anfangen, personenverletzende Modelle für die Bundeswehr und für Herrn Apel zu entwickeln – so ist es, als ob wir, als Ökologen, Entsorgungskonzepte für den Atommüll, den wir ablehnen, erarbeiten! Wir können in unserer Friedenspolitik uns doch nicht für solche Konsequenzen aussprechen, wie z.B. weitere Militarisierung (weitere Streuung der Militärkader), oder für einen staatlichen Militärapparat, der zwar nach manchen Vorstellungen „defensiv“ (nach außen) sein soll, aber sich genauso gut für eine Unterdrückung nach innen eignen dürfte, ja sogar für militärische Interventionen in der Dritten Welt (bewegliche, militärische Operationen).“

„zu pressemeldungen ueber eine angebliche ‚zerritttheit‘ der gruenen erklart der sprecher im bundesvorstand, rainer trampert: die gruenen sind — entgegen anderslautenden berichten — in sicherheitspolitischen fragen keineswegs zerritteten. sowohl die gruenen im bundestag als auch die bundespartei der gruenen stehen voll inhaltlich zu den auf der 6. bundesversammlung in dulsburg verabschiedeten beschlüssen zur friedenspolitik der gruenen.“ (pressemittteilung, 12.12.83, 16.00 uhr)

Bei der Beschlußfassung über das  
der grünen." (pressemittel-  
lung, 12.12.83, 16.00 uhr)

Bei der Beschlußfassung über das Friedensmanifest wurden alle Anträge im Sinne einer Umstrukturierung der Armee mit jeweils klaren Mehrheiten abgelehnt. Zwischenschritte — „Abrüstung von Waffensystemen, die eindringlich zum Angriff geeignet sind“ — läßt das Manifest nur gelten „im Sinne vertrauensbildender Maßnahmen“ und als „vordringliche Etappen“, von denen aus „weitere Schritte einer Abrüstung gegen Null bis hin zur vollständigen Auflösung der Bundeswehr und aller Militärrüstungsunternehmen“ sollen. Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, wurde noch hinzugefügt, daß für den Fall eines Angriffs auf die BRD während der „Übergangszeit“ keinerlei militärische Verteidigung akzeptiert wird: „Die Bundeswehr kann und darf in einem solchen Fall nicht zum Einsatz kommen, da dies zur Vernichtungseskalation führen würde.“

Auch dieser Abzug wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Dagegen stimmten die Vaterlandsverteidiger aller Schattierungen, die Ex-„KPD“ler ebenso wie die baden-württembergischen „Realpolitiker“.

An dieser Beschlußlage hat sich seitdem nichts geändert. Worauf sich Gert Bötian neuerdings mit seiner Behauptung bezieht, die Grünen seien für die „Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer eindeutig defensiv geprägten Heimatverteidigungs-Organisation“ und müßten folgerichtig auch für den zu diesem Zweck „besonders wichtigen“ bewaffneten Hubschrauber PAH-2 stimmen, wird für immer sein Geheimnis bleiben: derartige Beschlüsse der grünen Partei gibt es nicht.

Ja., KU

## Grüner Wertkonservatismus — oder: Aus Liebe zu Volk und Heimat

In einer Grundsatzrede legte Hasenclever am 2.7.1980 dar, worin die frisch gewählten grünen Abgeordneten im baden-württembergischen Landtag ihre Aufgabe sehen: „Eine vordringliche Aufgabe heutiger Politik ist es, den Menschen die Angst vor der Zukunft zu nehmen, für Perspektiven zu sorgen, auf die man Hoffnungen setzen kann.“ (1) Wären sie doch schlicht bei der Unterstützung der sozialen und politischen Interessen geblieben, deretwegen sie in den Landtag gewählt wurden! (2)

Aber nein! Höheres sehen sie auf dem Spiele stehen. Eine „Wertekrise“, eine „Identitätskrise“ schüttle „unsere gesamte Gesellschaft“: „Unter dem Schlagwort ‚Wertekrise‘ verbirgt sich die Zerstörung menschlicher Beziehungen; dahinter verbirgt sich die Vereinzelung, die Zukunftslosigkeit, die Heimatlosigkeit einer Gesellschaft ...“ (3) Also machte sich die grüne Landtagsgruppe zur Aufgabe, die „Werte“ aus der Krise zu retten, die menschlichen Beziehungen wiederherzustellen, den Menschen die Zukunft und der Gesellschaft die Heimat zurückzugeben. Ihre Kritik an der CDU verkommt konsequent fast gänzlich zu dem Vorwurf, in Wahrheit zu vernichten, was sie zu erhalten vorgibt, eben die „Werte“. Theoretisch führt eine solche Kritik zu grünem Wertkonservatismus, praktisch oft genug zu einem Bündnis mit der Reaktion gegen die Arbeiter.

### Für Familie, Nestwärme und Lohnsenkung

Auf der Suche nach den Ursachen der „Wertekrise unserer gesamten Gesellschaft“, auf der Suche nach der verlorenen Hoffnung stoßen die GRÜNEN im baden-württembergischen Landtag – auf die Familie, genauer: auf den „Funktionsverlust der Familie“. Dieser, so Holger Heilmann, „*machte sich fest an der Abhängigkeit beider Ehepartner in vielen Familien und gerade in den ärmeren Familien von abhängiger Beschäftigung*“. (4) So weit, so gut. Doch worin besteht nach Auffassung der GRÜNEN der Verlust?

Deutet Heilmann immerhin noch an, daß zu einem großen Teil Armut die Frauen in die Fabriken und Büros getrieben hat und treibt, daß also die Verhältnisse, in denen die Arbeiterbevölkerung in der BRD leben muß, dem Familienleben abträglich sind, so sieht seine Kollegin Elisabeth Mordo das ganz anders. Nachdem sie sich erst über die „Mutterliebe“ ausgelassen hat („Mutterliebe ist Gnade und Barmherzigkeit“) und über die Folgen der „Berufstätigkeit der Frau mit Kindern“ („Gestresste Mütter sind zwangsläufig Rabenmütter“), bemerkt sie spitz: „Mutterliebe ist Gnade und Barmherzigkeit“) und über die Folgen der „Berufstätigkeit der Frau mit Kindern“ („Gestresste Mütter sind zwangsläufig Rabenmütter“), bemerkt sie spitz: „Mich wundert nicht, daß wir so...

de in dieser Zeit, in diesem Land, in einer Epoche von verhältnismäßig hohem materiellen Wohlstand, sozialer Abicherung ... mit einer jungen Generation zu tun haben, der es wie noch nie zuvor häufig an Nestwärme gefehlt hat und die dadurch gefährdet ist, die durch Drogen, Alkoholsucht, Konsumierung gekennzeichnet ist, durch Orientierungslosigkeit und Ziellosigkeit und nicht selten durch den Mangel an Fähigkeit zu lieben.“ (5) Uns wundert, daß die Frauenbewegung der grünen Abgeordneten Mordso die so einfach durchziehen läßt.

Denn zwar findet diese: „Die wachsende Bewegung zur Befreiung der Frau ist von unerhörter Bedeutung“

Nobelia Blom demonstriert die preiswerte Herstellung von Nistkasten



aber unter der Befreiung der Frau versteht sie offensichtlich das freiwillige Aufgehen in der Rolle der „liebenden Mutter“. Ganz ähnlich wie das frühere Bundesvorstandsmitglied der GRÜNEN Manon Maren-Griesbach, die die Erleuchtung hatte, daß „die einstmalige Beschränkung gedachte Rollenfestsetzung“ – „Kinder und Küche“ – „jetzt zur Rettung und Bereicherung des verschlungen, technizistischen Lebens“ geworden ist. (6) Doch könnte vielleicht sein, daß all das Gerede von der „liebenden Mutter“ und der „Reibermutter“, von dem „hohen materiellen Wohlstand“ und der „Nestwärme“ wirklich nur Gerede ist? Daß die Abgeordnete Mordo mit der Propaganda von Nestwärme und Familie ganz einfach denjenigen Frauen aus den benachteiligten Schichten das Wort redet, die nach einigen Jahren Studium und/oder Berufstätigkeit feststellen, daß ohne Arbeit leben angenehmer ist? – Das dann aber als „Befreiung der Frau“ zu bezeichnen, ist ein ziemlich deftiger Schlag gegen die Frauenbewegung (den ersten Jahren Studium und/oder Berufstätigkeit feststellen, daß ohne Arbeit leben angenehmer ist? – Das dann aber als „Befreiung der Frau“ zu bezeichnen, ist ein ziemlich deftiger Schlag gegen die Frauenbewegung.

Die Entdeckung der Familie durch die GRÜNEN kündigt aber noch Schlimmeres an. Wir befürchten, daß sich die Entdecker direkt den Kapitalisten und der Reaktion gegen die Arbeiterbewegung andienen. In den Jahren des Arbeitskräftemangels waren die Kapitalisten stark an allen interessiert, was die Verwandlung von Reproduktionszeit der Arbeiterbevölkerung in Arbeitszeit für die Kapitalisten ermöglichte. Dies hatte gewisse Folgen für die Reproduktionskosten der Lohnabhängigen (Waschmaschine und Kühlschrank z.B., in denen Elsbeth Mordo „verhältnismäßig hohen materiellen Wohlstand“ erblicken mag, wurde für die Organisation der Reproduktion

Da muß ausgerechnet der GRÜNE Heumann den „Funktionsverlust der Familien“ als „erheblichen Kostenfaktor“ anpreisen – und Verbilligungsvorschläge für das Lohnarbeiterleben durch Rückbenützung auf die gute alte Familie und bewährte Frauentugenden anbringen: Gemüse und Obst selbst einkochen statt in die Tiefkühltruhe greifen, Pullover selbst stricken statt kurzlebige Kunstfaserüberzieher kaufen, Muttermilch selbst „bereitstellen“ statt Nestle-Fertigprodukte kaufen. (4) Die GRÜNEN im baden-württembergischen Landtag sehen offensichtlich noch so viel Spielraum für die Senkung der Lebenshaltungskosten der lohnabhängigen Familien, daß Hasenclever der Landesregierung frank und frei das Angebot unterbreitet: „Wir sind also der Auffassung, daß Gehaltskürzungen noch so viel Spielraum für die Senkung der Lebenshaltungskosten der lohnabhängigen Familien, daß Hasenclever der Landesregierung frank und frei das Angebot unterbreitet: „Wir sind also der Auffassung, daß Gehaltskürzungen sehr diskutabel sind, daß wir aber

mit entsprechenden Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst gekoppelt sein müssen." (7)

### Anleihen bei der christlichen Soziallehre

Auch über „Lebensqualität“ und wie sie sich erhöhen läßt haben die GRÜNEN im baden-württembergischen Landtag nachgedacht. Sie kamen zu dem Ergebnis: Nicht „mehr Konsum“ braucht der Mensch, sondern „mehr Zeit“, und zwar für: „mehr Selbsthilfe“, „mehr Selbstversorgung“, und „ein Mehr an Nachbarschaftshilfe“.

(8) In der Debatte über die „Lage der älteren Generation in Baden-Württemberg“ malte Hasenclever aus, wie sich solcherart die „Lebensqualität“ der Menschen mit der Entlastung der Sozialversicherungen und des Staates verbinden läßt (in der christlichen Soziallehre heißt das „Subsidiarität“).

„Die Pflege zu Hause, die wir alle ... für das Ideal halten, sollte insofern unterstützt werden — ich möchte nur einen zusätzlichen Vorschlag dazu —, als diejenigen, die Alte pflegen, die Möglichkeit haben sollten, sich pflegerisch beraten zu lassen, damit sie in die Lage versetzt werden, mit den gesteigerten Anforderungen fertig zu werden.“ Billiger als die Bezahlung von Pflegekräften ist das allemal. „Wo Familien vorhanden sind, ist da sicher die beste Lösung für jeden alten Menschen. Aber es ist nicht nur für die Alten sehr wichtig. Wir haben schon darüber gesprochen, daß es auch für die Kinder sehr wichtig ist. In den meisten Fällen ist das Zusammensein gerade von Kindern und Alten sehr harmonisch.“ (9) Ist das nichts? Da kann der Staat an den Renten sparen und die Familie das Kindergartengeld. Wer das für überspitzt hält, sollte spätestens aufhören, wenn MdL Hasenclever der CDU-Fraktion das „Prinzip“ entgegenzuheulen, „das Sie selbst vertreten und das ich größtenteils für richtig halte ... nämlich das Subsidiaritätsprinzip, also das Prinzip, daß der Staat nur da einspringt, wo Eigenhilfe nicht möglich ist“. (10) Von „einspringen“ im Hinblick auf den Staat bei Vorrang der „Eigenhilfe“ in diesem Zusammenhang nur zu reden, heißt, die Sozialversicherungsansprüche der Lohnabhängigen und ihre Ansprüche an öffentliche Leistungen theoretisch bereits beseitigt zu haben.

In anderen Zusammenhängen jedoch ist die grüne Landingsgruppe hinsichtlich des „Einspringens“ des Staates nicht so spröde. Zwar äußert Hagenleuwer einerseits analog zur CDU die Auffassung: „Eine ausufernde Bürokratie erschwert jede private Initiative oder jeden Versuch einer Gruppe von Menschen, selbst aktiv zu werden.“ Andererseits jedoch wünscht er sich die staatliche Förderung ganz bestimmter „privater Initiativen“. So haben die GRÜNEN selbst ein „Existenzförderprogramm für selbständige junge Unternehmer“ vorgeschlagen und vor allem dann gefordert: „So sind Modelle zu fördern, bei denen sich Arbeitende mit Verwaltenden zu genossenschaftlichen Unternehmensformen verbinden.“ (1)

zu fördern, bei denen sich Arbeitende mit Verwaltenden zu genossenschaftlichen Unternehmensformen verbinden." (1)

Fortsetzung nächste Seite

## Fortsetzung

## Ein grünes Ja zur Vaterlandsverteidigung

Luftwaffe zu rechtfertigen. Und, um auf ein „banales“ Beispiel zu kommen, mit der gleichen Begründung wäre auch die Ausstattung der Polizei mit Schild und Knüttel zu rechtfertigen.

3. In einem Brief an den ARBEITERKAMPF verweist Gerd Bastian auf den Unterschied zwischen Kampf- und Panzerabwehrhubschrauber und behauptet dann, letztere ließen sich nicht als allgemeine Kampfhubschrauber, beispielsweise zur Unterstützung von Bodentruppen, verwenden. Er behauptet dann weiter: „Sie sind vielmehr auch die Panzerabwehrraketen am Boden in der Tat Abwehrwaffensysteme ohne offensive Verwendbarkeit.“ Das ist nachweislich falsch. Die Grundversion des PAH ist der Hubschrauber der Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm vom Typ BO 105. Wie der Ausgabe des „Spiegel“ vom 21.11. zu entnehmen ist, wird dieser gerade als Kampfhubschrauber im Krieg zwischen Iran und Irak eingesetzt. Die heute bestehende Version des Panzerabwehrhubschraubers, der PAH 2, ist mit 6 HOT-Raketen zur Panzerabwehr ausgerüstet. Bei der jetzt einzuführenden Version, dem PAH 2, bleibt diese Bewaffnung gleich. Nun ist aber bekannt, daß beispielsweise der BO 105 mit einer Könn-Kanone (1000 Schüsse pro Minute) ausgerüstet werden kann, d.h. es ist davon auszugehen, daß dies ebenfalls für die PAH-Version gilt. Die „FAZ“ vom 23.6.83 meldet, daß der

PAH 2 als Grundversion gemeinsam von der BRD und Frankreich entwickelt werden soll, aber so, „daß jeder von ihnen aus dem gemeinsamen Panzerabwehrkanonschrauber andere Versionen entwickeln kann, so wie es seinen Interessen entspricht.“

4. Oerd Bastian berücksichtigt überhaupt nicht, daß von ihm Militärstrategen diesen Hubschrauberverbänden schon ganz andere Aufgaben als allein Abwehrmaßnahmen gegen „feindliche“ Panzerarmeen zugedacht werden. Dazu der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte, von Senger, in der „Europäischen Wehrkunde“ 3/83: „Der Kampf/Hubschrauber ist der Vorläufer des zukünftigen Main Battle Air Vehicle. Wir sollten bereits jetzt Vorvorkehrungen treffen, daß diese Waffensysteme nicht „verklackert“ werden. Sie sollten vielmehr dazu genutzt werden, das Organisationskonzept und die taktischen und operative Grundsätze für luftmechanische Verbände zu erproben, ... Die Möglichkeit, daß unsere Streitkräfte in einem atomaren Gefecht verwickelt werden könnten, erhöht noch den Wert von Verbänden, für die ich hier einstreite. Politische Hemmnisse sollten uns nicht davon abhalten, unsere Vorstellungskraft zum Erproben neuer Organisationsformen und Taktiken einzusetzen. Wir haben in den Landstreitkräften lange Zeit Schwierigkeiten gehabt, die Probleme der Taktik in einem atomaren Gefecht gelöst zu bewältigen. Diese immer noch vorhandenen Schwierigkeiten müssen wir überwinden, indem wir entschlossen Möglichkeiten zur Erhöhung unserer Be-

weglichkeit ausschöpfen, die uns die neue Technik bietet." Einfacher gesagt: Die Kampfhubschrauber sollen (unter anderem) zur Erprobung von offensiven Kampftechniken dienen, die über die aktuellen Möglichkeiten dieser Hubschrauber bereits hinausweisen und die, was man bitte beachten möge, mit dem „begrenzten! Atomkrieg kalkulieren. In diesem Zusammenhang sei an den Rogers-Plan und den Airland-Battle-Plan erinnert, was hier nicht weiter ausgeführt werden kann.

Neben dem militärischen Unsinn, den Gerd Bastian über den „defensiven“ Charakter dieser Waffensysteme verbreitet, ist politisch vor allem eines interessant: Die GRÜNEN haben sich als eine ihrer tragenden Säulen die Gewaltfreiheit gewählt. Nach dieser Doktrin ist es den Unterthanen verboten, sich mit einem Helm gegen Angriffe der Polizei zu schützen; schon gar nicht ist es erlaubt, sich gegen Polizeihorden aktiv zur Wehr zu setzen; in den Bereich des absoluten Tabus ist beispielsweise der Angriff auf eine, ein Militärprojekt schützende Polizeikette gestellt worden. Zu verabscheuende Gewalt ist es dann schon, nach Desifikation des gleichen Ex-Generals, wenn ein antirender General symbolisch mit Blut bespritzt wird. Während also die Unterthanen gegenüber ihrer Obrigkeit auf rein politisch-moralische Widerstandsformen festgenagelt werden sollen, wird der gleichen Obrigkeit zugestanden, sich mit Mordinstrumenten höchsten Kalibers zu bewaffnen, um sich gegen einen unabsehbaren äußeren Feind zu

verteidigen. Dies ist die gleiche Mentalität und Logik, mit der die Sozialdemokratie 1914 einen Aufruf zu Rebellion und Revolution strikt ablehnte und die Untertanen lieber für das Vaterland in den Krieg zur „Verteidigung“ des Vaterlandes schickte.

Dies alles wäre zu verkraften, wenn es sich dabei um die Einzelmeinung eines Mitglieds der GRÜNEN handeln würde. Wir haben es hier allerdings mit der Meinung eines hochangesehenen Abgeordneten der GRÜNEN zu tun und wir haben es damit zu tun, daß es innerhalb der GRÜNEN selbst nach Bekanntwerden dieser Zustimmung zu keinerlei merkwürdigen Protesten gekommen ist. Die Grundlage für eine solche „Gleichgültigkeit“ gegenüber einer solchen Entscheidung ist, daß offensichtlich die Mehrheit der GRÜNEN die deutsche Bundesrepublik allein als ein gefährdetes, bedrohtes Gebilde ansieht und nicht als einen Staat, der aktives und treibendes Mitglied eines aggressiven militärischen Bündnisses — der NATO — ist. Die Möglichkeit, daß dieses Land in einem Atomkrieg selbst vernichtet wird, verbietet dabei offensichtlich die Augen davor, daß die Obrigkeit dieses Landes selbst aktiv an den Kriegsplanen gegen die Sowjetunion mitwirkt, daß die Bevölkerung dieses Landes nicht von der Gegenseite bedroht wird, sondern von den militärischen Zielen der eigenen Obrigkeit und daß somit die Opferung jedes Mitbürgers zur „Verteidigung“ dieses Staates reine Verschwendung wäre.

bo, KU



# Über Staat, gute Sitten, Gewaltlosigkeit, Kant und Ähnliches

## Fortsetzung

### Grüner Wertkonservatismus oder: Aus Liebe zu Volk und Heimat

Eine „Perspektive“ für die soziale Basis der GRÜNEN wäre es schon, in eigener Regie statt auf Weisung und zum Nutzen der Kapitalisten zu „verwalten“. Es muß jedoch ernsthaft bezweifelt werden, daß die „Arbeitsenden“ zu dieser Art „Verbindung“ mit den „Verwaltenden“ kommen wollen. Anders ausgedrückt: Solcherart kann sich ein Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und grün-alternativer Bewegung nicht entwickeln.

### Jeder auf seinen Platz? Grüne Bildungspolitik

Grüne Politik, so Hasenclever in einer Grundsatzrede im Landtag, „steht gegen eine Politik, die das Heil in der Spaltung der Atome, statt im Bewußtsein und in der Seele des Menschen sucht“ (1). Grüne Kritik an der herrschenden Gesellschaft ist vor allem Kritik an deren Unfähigkeit, „Leben zu bewahren“. Die Alternativbewegung verstehen sie als Repräsentanten einer „Ethik der Zukunft“, sich selbst als Fleischwerdung dieser neuen Ethik: „Die Ethik der Zukunft wird gekennzeichnet durch die Liebe zum Leben“, so Hasenclever mit Albert Schweitzer (11) und – „Grün ist die Farbe des Lebens“, so ergänzend eine der drei früheren Bundesvorsitzenden der GRÜNEN, Manon Marek-Griebach. (6)

Auf ihrer Heilsuche in der Seele des Menschen behaupten nun die GRÜNEN, die Waffen gefunden zu haben, mit denen auch das gegenwärtige Schulsystem kritisiert und verändert werden kann. Das, was zunächst noch als Kritik an der Unterwerfung der Schulbildung unter die Interessen des Kapitals erscheinen mag („Ich bin nicht der Ansicht, daß man immer nur das unterrichten soll, was unmittelbar gesellschaftlichen oder sonstigen Nutzen mit sich bringt“, so Kretschmann, MdL (12)), kehrt sich einen Satz weiter in die mystische Verherrlichung des bürgerlich-humanistischen Bildungsideals: „Ich möchte diese modernistische Auffassung zurückweisen ... Aristoteles hat unter „Praxis“ ein Handeln verstanden, das an sich gut ist, also nicht Handeln im Sinne von Irgendetwas-Herstellen ... Das nenne ich Wertbildung.“ (12)

Mit Aristoteles gegen Mayer-Vorfelder – das ist der kritische Dreh und die vorgebliche Pflöckigkeit dieser Sorte Fundamentallösung: „Das Erstaunliche ist jedoch, daß gerade die Politiker, die jetzt wieder nachhaltig leben lehnen, das gut ist, also nicht Handeln im Sinne von Irgendetwas-Herstellen ... Das nenne ich Wertbildung.“ (12)

Mit Aristoteles gegen Mayer-Vorfelder – das ist der kritische Dreh und die vorgebliche Pflöckigkeit dieser Sorte Fundamentallösung: „Das Erstaunliche ist jedoch, daß gerade die Politiker, die jetzt wieder nachhaltig bestimmen Werte für die Schule fordern, selbst gar nicht nach diesen Maximen handeln.“ (12) Diese Enthüllung der Christdemokraten als Wertverräter gleißelt dann in einem Zwischenruf, den Kretschmann ihnen entgegen-schleudert: „Die sind doch gar nicht konservativ! Die erhalten doch nicht! Sie machen alles kaputt!“ (12)

Die Frage, was die CDU den GRÜNEN kaputt macht, wird so beantwortet: Z.B. ... „Liebe zu Volk und Heimat. Es ist doch ihre Wachstumspolitik (gemeint ist die CDU-Landesregierung, d. Verf.), die die Originalität, die Unverwechselbarkeit, Schönheit und kulturelle Produktivität unserer Landschaften ... immer mehr uniformiert und zerstört. Ach schauen Sie sich die Feldern an (Landschaft südlich Stuttgart, wo das Kraut herkommt, d. Verf.), was ist da noch Heimat, was ist da noch heimelig?“ (12)

Soweit dabei angekommen, der Reaktion Verrat an der eigenen Sache nachgewiesen zu haben, gehen die grünen Bildungspolitiker dazu über, eine weitere Sünde der Schulpolitik der CDU aufzudecken: „... Ich prophete das dem Kultusminister auf jeden Fall eines: Wenn er jeder Kritik von Eltern an der Schule – diese Kritik ist gar nicht einmal unberechtigt – billig und sofort nachgibt, ohne auch einmal zu zeigen, ... daß sie den gesellschaftlichen Einflüssen wehren muß, wird ein solcher Populismus auf ihn selbst zurückfallen.“ (12) Erziehung also ist Lehrerrache, da soll sich niemand einmischen – vor allem nicht die Eltern.

Daß Lehrer ihre besonderen Interessen verteidigen – im Zweifelsfall auch gegen „Ansprüche der Eltern“, kann man ihnen kaum übelnehmen. Daß die GRÜNEN sich der Interessen der Lehrer annehmen, sicher auch nicht. Wenn sie aber all das als Bildung für alle ver-

kaufen wollen, gerät das Konzept zu einer Unterstützungskampagne für reaktionäre Bildungsreform. Was ihre praktischen Vorschläge angeht, sind sie da auch gelandet und haben an manchen Punkten – gedanklich – den Wunschtraum manch reaktionären Schulpolitiker überflügelt.

„Die Grünen fordern ein buntes Angebot an verschiedenen Schultypen, aus denen die Eltern die Schule für ihr Kind auswählen können, die den Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes entspricht.“ (13) Statt gesetzlich garantierter und einheitlicher Mindestbedingungen des Schulunterrichts: die möglichst freie Entfaltung des Privatschulwesens – mit staatlicher Zusatzfinanzierung, versteht sich, entweder per staatlichem „Bildungsgutschein“, einlösbar an staatlichen wie privaten Schulen, oder: „Denkbar wäre auch, daß die Eltern die Schule direkt frei finanzieren und das festgesetzte Schulgeld mit ihren Steuern verrechnet wird.“ (13) Ein Bauherrenmodell zur Geistesbildung – das bildungspolitische Ei des Kolumbus Kretschmann! Vorbei all der ideologische Streit um die Schulen. Die freie Waldorfschule mit musikischem Schwerpunkt für den Zögling des grünen MdL, die Montessori-Anstalt für die Tochter des Dipl. Phys. in Sachen Sonnenenergie (ganzheitlich), und für die Arbeiterkinder auch das Ihre – vielleicht mehr eine Schule, in der das „Irgendetwas-Herstellen“ gelernt werden kann (ruhig auch ganztags, was man sonst nicht so liebt, wegen der „Beschulung“ und der „Erziehungskraft der Familie“).

Man sieht, Interessenten könnte man sich denken für eine solche „bunte“ Bildungspolitik, deren volle Farbenpracht man in den USA studieren kann, deren schönste Blüte die GRÜNEN aber in der Wiederentdeckung der Dorfschule feiern. Allein, hierfür bedarf es „Anreize“, damit der Pädagoge dem faden Landeleben sich ausliefern: „Wenn die Dörfer ihre Möglichkeiten nutzen, um ihrerseits Anreize zu schaffen (z.B. billige Wohnmöglichkeiten mit Garten) ... könnte die Versorgung des ländlichen Raums mit Lehrern sicher gewährleistet werden.“ (14)

Unbestritten, die Lehrer gibt's, die sich sowas ganz putzig denken könnten. Dorfschullehrer mit freier Dienstwohnung nebst biol.-dyn. Schulgarten. Da mal einen Sack Kartoffeln, und zur Vernetzung eine halbe Sau. Und ansonsten mit dem Pfaffen und dem Bürgermeister das Sagen haben. Daß das die Wunschperspektive der Masse der GRÜNEN und ihrer Wähler ist, kann man bezweifeln. Sie haben großteils ihre eigene Erfahrung mit diesen heimattreu-humanistischen und wertebewußt-staatstragenden Steiltrommlern. Für die Hauptbetroffenen, die Werkstätten in der Stadt oder auf dem Land, steht solch Bildungsideal jedenfalls nicht zur Debatte.

### Für Heimat und Vaterland

Eines der Lieblingsobjekte zivilisationskritischer grüner Fürsorge ist der Wald. (Ihr großer Einsatz auf diesem Gebiet sei unbestritten und ihre Verdienste nichtlos anerkannt.) Würden sie sich dabei auf das beschränken, was der Wald nun einmal ist – eine Pflanzengesellschaft mit einer Vielzahl nützlicher natürlicher und gesellschaftlicher Funktionen – , alles weitere Mäkeln wäre ungehörig. Doch, es geht um mehr: „Fürster ist mit Abstand der Traumhafter des deutschen Mannes. Darin kommt – so meine ich – die hohe Wertschätzung, die die Deutschen für den Wald haben, zum Ausdruck. Wir alle können froh ein, daß wenigstens ein starkes emotionales Verhältnis zum Wald besteht.“ (15) Ironische Rhetorik eines grünen Parlamentariers gegen die Deutschnationalen von der CDU? Von wegen! Nur die Hervorhebung ist von uns. Der Ton ist original Kretschmann und kein Ausrutscher.

Was das Waldsterben angeht: Auch bei der grünen Landtagsgruppe in Stuttgart hat sich herumgesprochen, daß der Sauerregen, der den Wald zerstört, deutsch ist. So deutsch wie die Konzerne, die ihn produzieren. Es ist zwar nicht belegt, aber daß ein deutscher Sauerregenproduzent gegen deutsche Förster geworden wäre (wie so viele die Wahrscheinlichkeit für die Weckung dieses Berufswunsches mit dem monatlichen Einkommen des Vaters steigen wird), ist nicht unwahrscheinlich. Daß selbiger insbesondere als Deutscher das verlorene Berufsglück heute vielleicht durch eine mittlere Jagdpacht in den bayerischen Alpen auszugleichen versucht und insofern ganz natürlich ein emotionales Verhält-

Mit „dem Staat“ haben die GRÜNEN im Grundsätzlichen – wie man so schön sagt – „keine Probleme“. Die kommen erst, wenn's ums praktische Detail geht, und dabei werden dann die Grundsätze diskutiert, fixiert, bestätigt, neu geboren und auch problematisiert. So z.B. anlässlich des „blutigen Denkanstoßes“ (aus einem Glückwunsch zur Aktion) von Schwalb-Hoth gegen den US-General Williams im hessischen Landtag. (1)

Die Generalsuniform war noch nicht wieder geputzt, und schon brach gegen die hessischen GRÜNEN und den Landtagsabgeordneten Schwalb-Hoth eine bundesweite Einheit aller Demokraten los, die sich bis weit in die Reihen der GRÜNEN erstreckte. Aus den Reihen der baden-württembergischen Staatsgrünen um Kretschmann und Hasenclever wurde an den Landevorstand der GRÜNEN in Baden-Württemberg sogleich die Forderung nach Verurteilung, Verdammung, Achtung solcher „abscheulicher Aktionen“ (Gert Bastian) gestellt. Als der Landesvorstand dazu keine Veranlassung sah und das auch noch in einer Presseerklärung kundtat, da hielt es Kretschmann nicht länger. Unterschrieben mit „freundlichem Gruß Winfried Kretschmann“ und gegengezeichnet von den Abgeordneten Hasenclever und Heilmann, setzte er einen dreiseitigen Brief an und gegen den Landesvorstand ab, der so ziemlich alles enthält, was die neugrüne Staatsphilosophie in Zukunft machen soll. (2) Das Verhalten des Landesvorstandes finden die drei schon mal „schäbig“ und „politisch für verwerrend“. Das „Ethos der Gewaltlosigkeit“ sei verlassen, die Würde eines „Menschen“ verletzt, denn auch in Generalsuniform sei Williams „ein Mensch“. (Wer wollte das bestreiten?) Am Feind zeige sich, ob man wirklich gewaltlos sei oder nicht. Außerdem läge „im Dialog“ – mit Williams – der „Höflichkeitsschrei zum Frieden“, der jetzt blutig gelöscht sei. Die „internationalen Gepflogenheiten“ seien verletzt. Wenn das so weitergehe, könnte „niemand sicher sein ... ob er nicht erschossen, entführt, eingesperrt, ver-

griffen hat. Er hat für Interessen gesungen. Auch wer Moßmann nicht mag, wird anerkennen, daß sein „Bewußtsein“ (soweit öffentlich) nicht bloß aus „Landschaft, Wäldern und Bächen“ besteht, und seine Lieder auch nicht.

prücht, bespuckt, mit Farbe beschmiert und mit Blut bespritzt wird“, was dann alles in allem die „Gefahr von Kriegen und Auseinandersetzungen“ steigern würde. Und die Gastfreundschaft sei verletzt, und: „Wenn die Gastfreundschaft als eine der wenigen Bastionen, in der die Menschen wenigstens gewaltlos und höflich miteinander umgehen, auch noch fällt, dann können wir unsere pazifistischen Utopien gleich einsargen.“ Und nicht zuletzt: So, genau so und deswegen zöge man sich immer den Zorn des „politischen Gegners“ zu.

Solche und ähnliche Angriffe gegen die hessischen GRÜNEN und ihre Landtagsaktion wurden aber von anderen Mitgliedern der GRÜNEN scharf zurückgewiesen. Der Bundeshauptauschuß der GRÜNEN z.B. verabschiedete am 13./14.8. in Bremen eine Erklärung zu der Aktion im hessischen Landtag. Sie kritisiert die US-amerikanische Aggressionspolitik gegen die lateinamerikanischen Staaten und stellt dann unter anderem fest:

„Wir fallen den hessischen Landtagsabgeordneten nicht in den Rücken, sondern erklären, was mit der Aktion ausgesagt werden soll ... Wir sagen, wie die realen Gewaltverhältnisse aussehen ... Wir stellen fest, daß die Aktion im Wiesbadener Landtag gewaltfrei war ... Die Orden auf der Uniform stehen für Blut. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, auch noch als GRÜNE Vietnam-Generäle als Staatsgäste zu hofieren.“

Und R. Trampert vom Bundesvorstand der GRÜNEN erklärte in einer Begründung zum Beschluß des Bundeshauptauschusses: „Winfried Kretschmann und seine Freunde stellen sich aber schützend vor die Generale, ganz im Sinne der Staatspolitik, und drängen die völlig gewaltlose Aktion von Frank in die Gewaltdecke.“

Was neben allem an dieser Auseinandersetzung um grüne Staatspolitik oder grüne Staatskritik auffällt, ist, daß die Frage der „Gewaltlosigkeit“ bzw. „Gewaltfreiheit“ eine völlig unterschiedliche Bedeutung hat, je nachdem, ob sie von Grünen oder staatsgrü-

nen Positionen aus aufgeworfen wird. Während z.B. im Beschluß des Bundeshauptauschusses und in vielen Stellungnahmen, die die Aktion gegen reaktionäre und gegen staatsgrüne Kritik verteidigen, die Frage „Gewaltlosigkeit/-freiheit“ tatsächlich noch – wenn auch ziemlich methodisch abstrakt – eine Frage von Aktionen gegen politische Unterdrückung und imperialistische Kriegsvorbereitung ist, geht es Kretschmann und Co. darum schon längst nicht mehr. Unter der Flagge der Gewaltlosigkeit/-freiheit und angefeuert von CDU/CSU/FDP/SPD und der bürgerlichen Presse vollführen Kretschmann und Freunde den Elertanz um die positive Befürwortung und Absegnung des Gewaltmonopols des bürgerlichen Staates, und damit die Befürwortung und Unterstützung des Monopols der herrschenden Bourgeoisie auf Bestimmung und Sicherung der herrschenden Verhältnisse und der herrschenden Gesellschaftsordnung.

Im Aktionsformen- und -methodendeckelung sowie schon eine „Überdebatte“ – nämlich leider nicht um die Sache, sondern über die Methoden zur Behandlung der Sache, was leider immer schon ein untrügliches Zeichen für linke Ratlosigkeit war und ist –, so wird sie mit der staatsrechtlichen Aufladung durch Kretschmann, Hasenclever und andere vollends zum Überlaufen gebracht und damit voraussichtlich in Kürze ad absurdum geführt. (3) In kühler Erkenntnis dieser Schläge macht die staatsgrüne Abteilung deshalb auch tiefstürfende Anleihen – u.a. beim deutschen Idealismus.

Aus der Regierungskette Helmut Schmidt ist ja noch bekannt, wird's feierlich, kommt Kant – kommt Kant, kommt Kant. (4) Auch Kretschmann, Hasenclever und Heilmann eröffnen ihren Brief an den Landevorstand mit einer Kantprämisse. Auch die rührenden Ausführungen über die „Gastfreundschaft“ im Imperialismus scheinen einiges von Kants „drittem Defini-

Fortsetzung nächste Seite

Stuttgart vorerzählten Weg zum theoretischen und dann auch praktischen Bündnis mit der Reaktion? (kub, see, BWK)

Stuttgart vorerzählten Weg zum theoretischen und dann auch praktischen Bündnis mit der Reaktion? (kub, see, BWK)

- (1) Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode, Landtagsdebatte am 2.7.1980
- (2) Es soll nicht bestritten werden, daß die grüne Landtagsgruppe im baden-württembergischen Landtag in dieser Hinsicht einiges Nützliches geleistet hat.
- (3) Landtagsdebatte am 2.4.81
- (4) Landtagsdebatte am 10.3.83
- (5) Landtagsdebatte am 28.1.81
- (6) Manon Marek-Griebach, Philosophie der Grünen, München 1982
- (7) Landtagsdebatte am 10.11.82
- (8) Landtagsdebatte am 28.1.81
- (9) Landtagsdebatte am 30.4.81
- (10) Landtagsdebatte am 24.3.82
- (11) Landtagsdebatte am 16.7.80
- (12) Landtagsdebatte am 21.10.81
- (13) Die Grünen im Landtag, Nr. 5, Schulpolitik, hrsg. von der Gruppe der Grünen im Landtag Baden-Württemberg
- (14) Druckachen des Landtags Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode, Druckache Nr. 2290 (Antrag der Gruppe der Grünen: „Wiedereinführung von Dorfschulen“, v. 26.1.82)
- (15) Kretschmann in der Landtagsdebatte am 2.7.81
- (16) So führte z.B. Heilmann am 2.4.81 in einer Rede zu den Ursachen des Jugendprotestes aus: „Die derzeitige Rebellion vor allen Dingen der Jugendlichen von Zürich bis Berlin ist die Spitze eines Blauwegs einer tiefen Identitäts- und Wertekrise unserer gesamten Gesellschaft. Unter dem Schlagwort „Wertekrise“ verbirgt sich die Zerstörung menschlicher Beziehungen; dahinter verbirgt sich die Verinselung, die Zukunftslosigkeit, die Heimlosigkeit einer Gesellschaft, deren einziger Wert mehr und mehr der Mehrwert ist. Ich will das zunächst am Stichwort „Heimlosigkeit“ – das Recht auf Heimat steht in der Landesverfassung o darlegen, verbirgt sich doch hinter dem Wert der Heimat die Sehnsucht der Menschen nach der eigenen Identität. Wenn man die Heimat des Menschen zerstört, zerstört man damit auch ihre Identität.“
- (17) Landtagsdebatte am 4.3.82
- (18) Landtagsdebatte am 2.4.81



Fortsetzung

Über Staat, gute Sitten, Gewaltlosigkeit, Kant und Ähnliches

ativartikel zum Ewigen Frieden" abkommen zu haben, der den Kolonialismus unter dem Motto der notwendigen weltweiten Hospitalität (Gastfreundschaft) rechtfertigt. (5) Daß der rechtsgrünen, staatsräuberischen Abteiler der unverdaulichen Ideologien schwer im Magen liegt und von dort mächtig auf den Kopf drückt, wird schließlich vollends deutlich an einem — und zwar in einem Jahrgang einzigen — reichlich grundsätzlichen Artikel der Zeitung „Die Grünen“. Unter dem Titel „Was für ein Staat?“ lesen wir da: (6)

„Es gilt der Lehrsatz: Je stärker der Staat ist, um so geringer ist die Freiheit, die in ihm herrscht. Und umgekehrt: wenn einmal die praktische Vernunft im Sinne des Philosophen Emmanuel Kant zur Richtschnur allen menschlichen Handelns geworden wäre, dann bedürfte es keines Staates mehr.“ — Das ist aufschlußreich. Erstens: wenn totale Vernunft — wissen? — die Welt regiert, dann kein Staat. Zweitens: da dem nicht so ist, muß mangels vorherrschender Vernunft ein Staat her. Drittens: da es mensch — wie man weiß — bekanntlich nie lernt, erfordert also die Natur des Menschen den Staat zwecks Ordnung und Vermeidung von Chaos. (Sicht man ja im hessischen Landtag). Viertens: zwar hat Kant und der deutsche Idealismus etwas ganz anderes vertreten — daß nämlich der Staat die Verwirklichung der bürgerlichen Vernunft ist —, aber praktisch läuft's ja auf dasselbe hinaus. Kurz und bündig finden wir beim richtigen Kant den richtigen „Lehrsatz“: „A. Gesetz und Freiheit ohne Gewalt (Anarchie). B. Gesetz und Gewalt ohne Freiheit (Despotismus). C. Gewalt, ohne Freiheit und Gesetz (Barbarei). D. Gewalt, mit Freiheit und Gesetz (Republik). Man sieht (sagt Kant, d. Verf.), daß nur die letztere eine wahre bürgerliche Verfassung genannt zu werden verdient.“ (7)

Eben. Denn Gewalt des bürgerlichen Staates als „Formation bewaffneter Menschen“ (Engels) zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere mit Freiheit, nämlich Freiheit des Privateigentums, wie die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 fordert, und Gesetz, also die Rechtsformigkeit der Organisation der staatlichen Unterdrückung und der Regulierung der kapitalistischen Konkurrenz, das macht nun mal die bürgerliche Republik aus, den Rechtsstaat.

genfüßig, wie die Erklärung der menschen- und Bürgerrechte von 1789 fordert, und Gesetz, also die Rechtsformigkeit der Organisation der staatlichen Unterdrückung und der Regulierung der kapitalistischen Konkurrenz, das macht nun mal die bürgerliche Republik aus, den Rechtsstaat. Genfüßig, wie die Erklärung der menschen- und Bürgerrechte von 1789 fordert, und Gesetz, also die Rechtsformigkeit der Organisation der staatlichen Unterdrückung und der Regulierung der kapitalistischen Konkurrenz, das macht nun mal die bürgerliche Republik aus, den Rechtsstaat.

Der Artikel „Was für ein Staat?“ klingt unheilsvoller aus, wie folgt: „Wir wollen nicht den Unheilssaat, der über uns hängt wie eine Gewitterwolke vor dem Donnerschlag. Sondern den Staat, der dadurch menschlich ist, daß er seine Bürger nicht unterdrückt, und daß er ihre Selbstverwirklichung zu fördern vermag, weil er nicht über ihnen steht, sondern als die größte aller Bürgerinitiativen ihre natürliche Gemeinsamkeit darstellt.“

Der Staat als „natürliche Gemeinsamkeit“, und speziell der deutsche, hat seine blutigen Schleissspuren durch die Geschichte und quer durch Europa gezogen, ob nach der Auflösung aller Parteien in Deutsche (Kaiser Wilhelm), oder nach der Herstellung der „natürlichen Gemeinsamkeit“ der germanischen Rasse. Soll das ernstlich gemeint sein? Für wen bitte ist der bürgerliche Staat — und um diesen und keinen anderen handelt es sich bekanntlich — ein Förderverein zur Selbstverwirklichung? Wie anders als durchdringt vom tiefstehenden deutschen Nationalismus kann man eigentlich die staatliche Unterdrückungsmaschinerie, Resultat krasser und unversöhnlicher sozialer Widersprüche, zum Hört der „natürlichen Gemeinsamkeit“, also wohl der Volksgemeinschaft, machen? Oder ist vielleicht die staatsgrüne Idee vom schmusweichen Kuschelstaat, vom warmen — nicht fern und kalten — Pilschaderstaat zum Anfassern nur die handgreifliche Nutzenanwendung der Devise: „Kommt der Prophet nicht zum Berg, dann umkehrt“: kommt der Staat dann nicht nach unten, so der Staatsgrüne wenigstens nach oben.

Sollten die staatsgrünen Staatspolitiker das tatsächlich alles meinen und

wollen, was sie da so von sich geben, dann wäre mehr als die Einfallslosigkeit und Dürre dieses alideutschen Mistes zu beklagen.

Für „weniger Staat“ — mit mehr Marktwirtschaft oder durch mehr gesellschaftliche Organisation und Planung?

Die Grünen artikulieren als eine Partei der neuen Mittelklasse Widersprüche zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, der imperialistischen



Die neue Uniform für den General mußte aus Bad Homburg nach Wiesbaden gebracht werden.

Konkurrenz und der imperialistischen Reaktion. (8) Sie fordern eine Veränderung bestehender Verhältnisse im Rahmen und auf der Grundlage der herrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Sie kritisieren nicht, wie die Sozialdemokratie und der Reformismus, das Bestehen des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, um dann seine Versöhnung zu behaupten und zu versuchen, sondern sie behaupten seine Auflösung im Gegensatz von Mensch und Natur, um sich den Weg zur Kritik der herrschenden Klasse ohne Klassengegensatz zu ermöglichen.

Ihre am Gegensatz von Mensch und Natur entwickelte Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und der herrschenden Bourgeoisie ist fortschrittlich — d.h. sie begünstigt die Kritik der herrschenden Produktionsverhältnisse und die gesellschaftliche Einigung der arbeitenden Klassen dagegen —, solange sie damit die Unfähigkeit der herrschenden Klasse zur Lenkung der Gesellschaft kritisieren. Sie wird rückschrittlich, sobald sie die Unterwerfung der Gesellschaft unter die von ihnen angeblich aus der Natur geklaubten, tatsächlich aber gesellschaftlich bestimmten Gesetzmäßigkeiten des Privateigentums, der Konkurrenz, der Lohnarbeit usw. fordern.

Den bürgerlichen, imperialistischen Staat kritisieren sie — soweit überhaupt — als Unterfall „menschlichen Zusammenlebens“, statt als die gegenüber der Gesellschaft selbständige Zwangsanstalt der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion in den Händen der herrschenden Klasse zur Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden und abhängigen Klassen.

All das führt die GRÜNEN in theoretische und praktische Schwierigkeiten, wo an sie die Forderung gestellt wird, Interessen der arbeitenden Klassen gegen den bürgerlichen Staat zu unterstützen, die nur mit dem Ziel der gesellschaftlichen Kontrolle und Verfügung der arbeitenden Klassen über die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion zu verwirklichen sind.

Gegenwärtig betreibt die Reaktion die finanzielle, rechtliche und ideologische Zerschlagung erkämpfter gesellschaftlicher Rechte, Arbeits- und Lebensbedingungen. Was werden die Grünen tun? Werden sie die erkämpften Rechte und Ansprüche der arbeitenden Klassen — an eine gesetzliche Sozialversicherung, an gesetzliche, also allgemeine und gesellschaftlich gültige Regelungen der Arbeitszeiten usw. — werden sie diese gesellschaftlichen minimalen Standards verteidigen, oder werden sie sich dem Kurs der Reaktion öffnen, mehr Privatisierung fordern, Behebung des Privateigentums anregen und schließlich für die marktwirtschaftlich erforderliche staatliche Ordnungspolitik eintreten, was dann konsequent bei mehr und stärkerem Staat als Ordnungsfaktor endet?

In der Analyse Heimanns z.B. ist der

Wunsch nach Privatisierung schon wieder zum Vater der Bestandsaufnahme geworden. (9) „Die Krise des Sozialstaates ist vorhanden. Sie ist durch drei Faktoren bestimmt: 1. Durch die Auflösung funktionierender Gemeinschaftsformen. 2. Durch die Abhängigkeit des Sozialstaates vom herkömmlichen Wirtschaftswachstum. 3. Durch die Kosten des Faktors Arbeit.“

Und Hasenclever hält die dazu nötige Ordnungspolitik in seinen Grundrissen zur Landtagswahl schon parat: „4. Hierzu muß das Prinzip von der Freiheit des Menschen Grundlage unserer Ordnungspolitik in den verschiedenen Bereichen sein ... Diese Freiheit des Einzelnen ist freilich eingeschränkt

streiten. Was ist also nun „Basisdemokratie“? Basisdemokratie ist die Forderung nach der Ausweitung und Anwendung bürgerlicher Rechte und nach der Teilnahme an der Verwaltung des bürgerlichen Staates auch durch den Nicht-Besitz-Bürger. Der konservative Staatstheoretiker und -praktiker Lorenz von Stein hat diese Entwicklung bereits im 19. Jh. als logische Konsequenz aus der Herrschaftsorganisation der Republik des Eigentums geschlußfolgert. Die Behauptung der bürgerlichen Rechte als Rechte für alle — obwohl materiell nur mit Privateigentum zu verwirklichen — werde dazu führen, daß die Rechte und Forderungen der „Republik des industriellen Besitzes“ (Stein) durch Vertreter einer „Republik des industriellen Nichtbesitzes“ (Stein) erhoben werden. (14) Als Forderungen dieser „Republik des industriellen Nichtbesitzes“ nennt Stein u.a. allgemeines Stimmrecht, direkte Wahl, Ernennung der Minister durch die Volksvertretung im Bereich der Verfassung u.a.

Es ist klar, daß es sich dabei nicht um die Forderung nach der Republik der Arbeit handelt, denn das Privateigentum bleibt unangetastet. Daß gegenwärtig führende Staatsrechtler der Reaktion diesen Widerspruch einer bürgerlichen Kritik am bürgerlichen Staat mit bürgerlichen Mitteln in Untersuchungen, Seminaren, Büchern hin und her wälzen, hängt damit zusammen, daß die basisdemokratischen Forderungen des Nicht-Besitz-Bürgers durchaus im Gegensatz zur Entfesselung der imperialistischen Exekutivgewalt aus den letzten Hemmnissen bürgerlicher Republik stehen. (15) Entwickelt und vertieft als republikanische Kritik an der imperialistischen Reaktion können sie ein Beitrag zur Kritik der Reaktion sein. Leider ist diese Tragweite ihrer Staatskritik den GRÜNEN offensichtlich nicht recht klar, sonst könnten sie sich nicht so gedankenlos auf die „Regierbarkeitsdebatte“ einlassen und sich als Regierbarmacher auch noch andienen. (16)

Tatsächlich sind — neben den Kämpfen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung — die GRÜNEN selber es nämlich, die zur „Unregierbarkeit“ im Sinne der Reaktion beitragen. Unter dieser Fragestellung wird auch untersucht, ob und inwieweit die GRÜNEN noch verfassungsgemäß, vor allem FDGO-gemäß sind. (17)

Und die FDGO — die freiheitlich-demokratische Grundordnung — umfaßt bekanntlich die positive Wertentscheidung für die herrschenden kapitalistische Ordnung. Wenn die GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD durch die FDGO kommen. Denn die

positionellen Reformpartei neuen Typs zu entwickeln.

Je nachdem werden sie entweder unter der Flagge des Deutsch- und Europeanationalismus, zusammen mit Brandt, Lafontaine und anderen, eine objektive Variante westdeutschen Expansionismus alternativ vertreten oder zusammen mit der Arbeiterbewegung gegen alle Varianten deutschen Nationalismus und westdeutschen Expansionismus auftreten. (cfc, BWK)

(1) Schwabha-Moth hatte nach Rücksprache und mit Unterstützung seiner Landtagsfraktion den US-General mit Stolz besichtigt. Eine ausführliche Dokumentation der Auseinandersetzung findet sich in: „Die Würde einer Uniform ist antaustauschbar“, die GRÜNEN im hessischen Landtag.

(2) Dokumentation, S. 31. Die folgenden Zitate sind ebenfalls der genannten Dokumentation entnommen.

(3) Das zeigt sich schon an der fortwährend komplizierteren Begriffsbildung. Gewaltlosigkeit, Gewaltfreiheit, Gewaltlosigkeit gegen Sachen und/oder Personen.

(4) Immanuel Kant, 1742-1804

(5) Näheres dazu in: System der bürgerlichen Ideologie vom Krieg; in: Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg, Frankfurt 1977, hrsg. vom damaligen KBW.

(6) Die GRÜNEN v. 8. Oktober 1983, S. 1. Einen ganz anderen Standpunkt vertritt M. Maren-Griebach in ihrem ansonsten etwas verunglückten Buchlein „Philosophie der GRÜNEN“: „Staatlich verordnete Gesetze sind ebenso wie alle anderen Regeln veränderbare Dinge und unterliegen dem Grundprinzip der historischen Bewegung. Nicht Absterben des Staates schlechthin ist vorläufig Ziel, aber Aushöhlung seiner Machtansprüche.“ S. 85

(7) Kant, Anthropologie in pragmatischer Hinsicht, zitiert nach: Der Staat, das deutsche Staatsdenken seit dem 18. Jahrhundert, H.P. Waldrich, München 1973, S. 61

(8) Siehe dazu: Die Grüne Partei, die Partei der Mittelklasse, ein Beitrag des BWK, Arbeiterkampf v. 8. August 1983.

Zur bürgerlichen, liberal kritischen Sicht der Entwicklung der Neuen Mittelklasse und ihrer Parteien z.B.: A. Giddens, Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften, Frankfurt 1979; und: A.W. Gouldner, Die Intelligenz als Neue Klasse, 16 Thesen zur Zukunft der Intellektuellen und der technischen Intelligenz, in: Gouldner findet sich eine ausführlich kommentierte Bibliographie. Sowie: Was sollen die Grünen im Parlament, Hrsg. W. Kraushaar, Frankfurt 1983.

(9) Auch in dem Sozialstaat noch zu helfen? Rede zum Haushalt 1983/84 vor dem Landtag, 10. März 1983.

(10) Grüne Blätter, Die GRÜNEN Baden-Württemberg, Nr. 23, Juli 1983, S. 15. In den Grünen Blättern, die die Debatte der Grünen in Baden-Württemberg dokumentieren, werden auch andere, kritische Positionen vertreten. Aber sie stehen neben denen der Staatsfraktion, nicht kritisch dagegen.

(11) Petra K. Kelly, Um Hoffnung kämpfen, Gewaltfrei in eine grüne Zukunft, J. Aufl. 1983 — I. Kapitel „Das System ist bankrott“.

Gegen, werden auch andere, kritische Positionen vertreten. Aber sie stehen neben denen der Staatsfraktion, nicht kritisch dagegen.

(11) Petra K. Kelly, Um Hoffnung kämpfen, Gewaltfrei in eine grüne Zukunft, J. Aufl. 1983 — I. Kapitel „Das System ist bankrott“.

(12) Dazu u.a. die Beiträge von Fischer, Huber und Orwath in: Was sollen die GRÜNEN im Parlament.

(13) Die GRÜNEN, Das Bundesprogramm, S. 5

(14) Zitiert nach E.W. Bockenförde, Lorenz von Stein als Theoretiker der Bewegung von Staat und Gesellschaft zum Sozialstaat, in: Staat und Gesellschaft, Hrsg. E.W. Bockenförde, Darmstadt 1976. Bockenförde gehört zu den Vorreibern der gegenwärtigen reaktionären Staatstheorie und Politik.

(15) Exemplarisch hier ein Oberreaktionär: W. Leisner, Demokratie, Selbstzerstörung einer Staatsform, Berlin 1979. Als Übersicht zur Entwicklung der gegenwärtigen reaktionären Staatstheorien: R. Saage, Rückkehr zum starken Staat, Frankfurt 1983; und: Konservatismus in der BRD, Dietz-Verlag, Berlin (DDR) 1983.

(16) Eckpunkte dieser Entwicklung sind: 1975 veröffentlichte die trilaterale Kommission einen Bericht zur Regierungspolitik westlicher Demokratien, in der die Ratschläge für diktatorische Maßnahmen gibt. 1979 veröffentlichten Hennis, Kießmanns und Metz im Auftrag der Thyssen-Stiftung: Regierung, Studien zu ihrer Problematik.

(17) Zur FDGO als „Überverfassung“ z.B.: U. Preuß, Legalität und Pluralismus, Beiträge zum Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1979. In der Dezember-Ausgabe von „Konkret“ unterzeichnet H.L. Grembs im Konkret-Report die rechtsstaatliche Ausbeutung der Legalität durch die Legitimität der FDGO.

Umfassend entwickelt in die FDGO im KPD-Verbotsurteil.

Zur Frage: Wollen die GRÜNEN auf der FDGO: R. Stöber, Grüne und Grundgesetz, Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 9, September 1983.

(18) Vorwort zu: Frieden im Lande, vom Recht auf Widerstand, Hrsg. Basilius Breithofen

(19) Carl Schmitt, Legalität und Legitimität, in: Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924-1954, Materialien zu einer Verfassungslehre, Berlin 1958